



- Bundeskonferenz der GKS
- Vollversammlung des Katholikenrates
- Medientagung des Cartell Verbandes
- Bundeskanzler Schmidt und die Bundeswehr (II)
- Seminare Dritte Lebensphase 2010
- Chance und Grenzen ziviler Konfliktverhütung

EDITORIAL 3

SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN 4

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

- Zur Afghanistanrede der Bundeskanzlerin
von Klaus Liebetanz 5
- Chancen und Grenzen der Zivilen
Konfliktbearbeitung
von Klaus Liebetanz 8
- Zur Proliferationsproblematik
von Werner Bös 13
- Koalitionsvertrag und Forderungen der GKS
von Klaus Liebetanz 19

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Einheit suchen – Vielfalt wahren
Ost und West im ökumenischen Gespräch
von Heinrich Dorndorf 21
- Zum Gedenken an Corazon Aquino
und Kim Dae Jung
von Klaus Liebetanz 23

BILD DES SOLDATEN

- Ohne Ruhe, ohne Stand
Seminar Dritte Lebensphase
von Hans-Jürgen und Brigitte Mathias 26

RELIGION UND GESELLSCHAFT

- Das gute Wort zur rechten Zeit
Katholischer Medienpreis 2009
von Bertram Bastian 29
- Gemeinwohlorientierung oder Egozentrik-
Befindet sich unsere Gesellschaft am Scheideweg
von Bertram Bastian 30
- Ist der Unternehmer der Totengräber
der Sozialen Marktwirtschaft
von Klaus H. Tacke 33
- Mütter und Väter – Leistungsträger der
Gesellschaft
von Paul Schulz 37
- Unum Omnes – Generalversammlung der
Internationalen Katholischen Männervereinigung
von Paul Schulz 39
- Friede auf Erden den Menschen seiner Huld
Soldatendienst aus Sicht der Alten Kirche
von Andreas M. Rauch 42

BLICK IN DIE GESCHICHTE

- Kriegsende und Gefangenschaft
von Helmut Schuh 45
- 50 Jahre Bundeswehr: Helmut Schmidt (II):
Der fünfte Bundeskanzler und die Bundeswehr
von Dieter Kilian 46

KIRCHE UNTER SOLDATEN

49. WOCHE DER BEGEGNUNG IN HAMBURG

- Vollversammlung des Katholikenrates
von Bertram Bastian 58
- Bischofsabend am Mittwoch 60
- Bundeskonzferenz der GKS
von Bertram Bastian 61
- Grußwort des Militärgeneralvikars
von Walter Wakenhut 62

AUS ÖSTERREICH

- Internationale Woche der Begegnung
von Andreas Preuss 63
- Festakt 40 Jahre Arbeitsgemeinschaft
Katholischer Soldaten
von Christian Kersch 64
- Festvortrag 40 Jahre AKS
von Karl-Jürgen Klein 65
- Apostolat Militaire International Tagung
von Michael Jedlička 69

AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

GKS-KREIS AHLEN

- Körper – Geist – Seele 70

BEREICHE BREMEN/NIEDERSACHSEN - OST

- Aufbruch in gemeinsame Zukunft 70

BEREICH NRW

- Gemeinsam sind wir stark 71

GKS-KREIS BONN

- Fernbeziehung Väter/Mütter im Einsatz 73

STANDORT BONN

- Patrozinium und Goldenes Priesterjubiläum 74

BEREICH SÜD – NÜRNBERG

- Dank für Unterstützung 74

BEREICH NORD – ÖKUMENE

- Chor der Militärseelsorge in Garlstadt 75

GKS-KREIS WILDFLECKEN

- Loslassen 76

KURZ BERICHTET: . . . 7, 20, 25, 28, 36, 41, 57, 59, 76

BUCHBESPRECHUNGEN 77, 78

TERMINE 79

IMPRESSUM 80

UNSER TITELBILD: Der während der Bundeskonferenz neu gewählte Bundesvorsitzende Oberstlt i.G. Rüdiger Attermeyer (rechts) übernimmt von seinem Vorgänger Oberstlt a.D. Paul Brochhagen die Sitzungsglocke für die nächsten Bundeskonferenzen

editorial:

Liebe Leserschaft,



die Bundeskonferenz hat stattgefunden. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten hat eine neue Führungsspitze. Die vorgeschlagene neue Ordnung wurde von den Delegierten der Bundeskonferenz an den Vorstand mit dem Auftrag zurückgegeben, eine neue Fassung zu erarbeiten.

Die Bundestagswahl hat ebenfalls stattgefunden, die neue Regierung hat sich vorgenommen, die Bürger mit einer Steuerreform zu entlasten und die Familie sowie Bildung stärker als bisher zu fördern. Es bleibt abzuwarten, was unter den Einflüssen der Finanz- und Wirtschaftskrise umgesetzt werden kann, ohne den Schuldenberg zu vergrößern. Bei all den herausfordernden Themen in der Innen-, Finanz-, Wirtschafts- und Bildungspolitik sollten wir unseren Blick darauf richten, dass die berechtigten Interessen der Soldaten in den Einsätzen und in der Heimat nicht völlig verdrängt werden. Die Beschäftigung mit den großen Themen im Innern wirkt auf die dringend notwendige und seit Jahren eingeforderte Diskussion über Sicherheitspolitik nicht förderlich. Dem weiteren Verdrängen dieser Diskussion muss entgegen gewirkt werden, durch Berichterstattung, durch Fortsetzung der Politikergespräche, durch Veröffentlichungen und Erklärungen. Sowohl im Großen bei Veranstaltungen zum Weltfriedenstag und dem zweiten Ökumenischen Kirchentag, als auch bei Veranstaltungen in den Kreisen.

Die Arbeit an der Basis bei Familienwochenenden, Werkwochen und Veranstaltungen ist ein Hauptanliegen unserer Gemeinschaft. Diese Arbeit bleibt unverändert notwendig und nützlich, um im kleinen Kreis zu disku-

tieren und zu überzeugen. Dazu können die Kreise die Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“ und „Innere Führung“ anfordern. Anfänge sind gemacht worden die ermuntern, diesen Weg weiter zu gehen. Selbstverständlich steht auch die Redaktion den Kreisen und Ansprechpartnern zur Verfügung.

Während der Woche der Begegnung haben sich die Delegierten beider Veranstaltungen mit Ökumene beschäftigt. Dabei ist der Blick hier in Deutschland auf die evangelischen Christen gerichtet. Aber Ökumene ist weitaus mehr. Auch ein Zusammenführen der orthodoxen Kirchen mit Rom oder das Angebot an Mitglieder der anglikanischen Glaubensgemeinschaft in die katholische Kirche zurückzufinden, ist Ökumene. Der Papst trägt den Titel „pontifex maximus“, der größte Brückenbauer, und diesem Titel wird Benedikt XVI. gerecht, wenn er sich als Oberhaupt der katholischen Weltkirche auch um diese Glaubensbrüder kümmert. Die Katholiken in Deutschland vergessen manchmal, dass sie nur ein kleiner Teil dieser Weltkirche sind. Deshalb wird der Dialog mit den islamischen Gläubigen auf die Problemfelder der Migration hier reduziert, anstelle sich um den Welt-Islam zu bemühen. Dieser wird von unseren Kameradinnen und Kameraden in den Auslandseinsätzen wahrgenommen und wer sich bei dieser Begegnung nicht auf sein eigenes Glaubensgerüst stützen kann, hat bei den gläubigen Muslimen überall in der Welt seine Probleme. Die bevorstehenden Feiern zur Geburt unseres Erlösers ist eine sehr gute Gelegenheit, unseren katholischen Glauben zu stärken und nicht nur den.

Lassen Sie uns die bevorstehende Weihnachtszeit nutzen, um Kraft zu schöpfen für die Aufgaben im Neuen Jahr. Die Redaktion wünscht Ihnen und Ihren Familien ruhige Tage der Besinnung und Freude sowie für das kommende Jahr Gesundheit und Gottes reichen Segen für Ihr Wirken und Tun.

Mit herzlichen Grüßen aus Bonn

Dr. J. Janssen

Quo vadis – GKS in der Transformation?

Transformation ist in den Streitkräften als Begriff seit Jahren in aller Munde. Dieser stetige Veränderungsprozess hat auch die Militärseelsorge nicht verschont und so hat sich diese an die aktuellen Herausforderungen strukturell angepasst. Dem folgt die GKS; das Zusammenwachsen der mittleren Ebene ist im Süden bereits länger vollzogen, der Bereich Mitte hat sich gerade gefunden und der Bereich West wird noch in diesem Jahr fusionieren. Diese Veränderungen sind notwendig und unsere Ordnung muss in diesem Sinne noch angepasst werden. Das ist bei der letzten Bundeskonferenz nicht gelungen und steht daher unverändert auf der Agenda. Nicht vergessen sollten wir aber bis dahin, dass Strukturen wie Ordnung nur Mittel zum Zweck sind und keinesfalls einen Wert an sich darstellen. Diese Mittel unterstützen die Arbeit und machen Manches erst möglich.

Besinnen müssen wir uns aber vor allem auf das, was uns als Gemeinschaft wirklich ausmacht: Gemeinsame Ziele und Wege. Nicht zufällig heißt so unser Grundsatzprogramm und, das für uns Richtschnur im Handeln ist. Dabei gilt es nicht zu vergessen, dass sich unsere Gemeinschaft gefunden hat, um in der noch jungen Bun-

deswehr den soldatischen Dienst auf katholischer Grundlage bewusst zu gestalten und zu leben. Auch wenn sich die berufstypischen Anforderungen seit-

her verändert haben, die Menschen suchen unverändert nach Orientierung für ihr Handeln. Wenn wir weiterhin auf diesem Gebiet Antworten auf die Fragen der Soldaten anbieten und uns bei entsprechenden Themen immer wieder gesellschaftlich Gehör verschaffen, dann leisten wir einen spezifischen Beitrag, der ohne uns fehlen würde. Diese selbst gestellte Aufgabe der GKS ist alt und ewig neu zugleich.

Als neuer Bundesvorsitzender gehöre ich ebenfalls zu den „Veränderungen“, der personelle Wandel ist in der Politik und für uns Soldaten Normalität. Gerade deshalb

wünsche ich uns die Kontinuität des Bewährten und Erhaltenswerten bei allem Wandel, auch dafür möchte ich in meinem Amt eintreten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und für unsere gemeinsame Arbeit in der GKS ein konstruktives Neues Jahr 2010.

*Rüdiger Attermeyer
Bundesvorsitzender*



Afghanistan-Rede der Bundeskanzlerin Merkel

VON KLAUS LIEBETANZ

Am 8. September 2009 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Grundsatzrede zum deutschen Afghanistan-Einsatz im Deutschen Bundestag gehalten. Anlass war die Bombardierung zweier durch die Taliban geraubter Tanklastzüge Anfang September. Bei diesem Bombardement kamen nach Angaben der afghanischen Untersuchungskommission ca. 100 Menschen ums Leben, darunter 69 Talibankämpfer. Diese Regierungserklärung wurde allgemein als die bislang beste Rede von Angela Merkel eingeschätzt. Selbst der damalige Oppositionsführer und designierte Außenminister Guido Westerwelle begann seine Erwiderung im Deutschen Bundestag mit den Worten „Frau Bundeskanzlerin, Sie haben mit dieser Rede für das ganze deutsche Volk gesprochen“. Im Folgenden werden einzelne Abschnitte der Rede wiedergegeben und mit Zwischenüberschriften versehen. Des Weiteren werden die „Thesen zum Afghanistan-Einsatz der Internationalen Gemeinschaft – Auswege aus der Sackgasse?“ des Direktors des Hamburger „Institut für Theologie und Frieden“, Privatdozent (PD) Dr. Heinz Gerhard Justenhoven, zitiert, die klar zeigen, welche Aufgaben noch in Afghanistan zu leisten sind.

Die Zukunft von Afghanistan

„Afghanistan, dieses leidgeprüfte Land, hat eine bessere, eine friedlichere Zukunft verdient. Das ist unser aller Hoffnung. Wie in einem Brennglas werden in dem Vorfall vom Freitag alle grundsätzlichen Fragen sichtbar, die wir uns seit Beginn des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan immer wieder stellen müssen. Deshalb ist es richtig, und ich sage, es ist notwendig, dass wir darüber heute im Bundestag debattieren. Als deutsche Bundeskanzlerin möchte ich in diesem Hause festhalten:

Der Kampfeinsatz ist notwendig

„Der Kampfeinsatz der Bundeswehr zusammen mit unseren Partnern im Nordatlantischen Bündnis in Afghanistan ist notwendig. Er trägt dazu bei, die internationale Sicherheit, den weltweiten Frieden und Leib und Leben der Menschen hier in Deutschland vor dem Übel des internationalen Terrorismus zu schützen. Das stand am Anfang dieses Einsatzes, und das gilt bis heute. Das ist unsere Überzeugung. Das fand und findet die Zustimmung der afghanischen Regierung, und wir wissen, wie viele einfache Afghanen uns immer wieder bitten, sie im Kampf gegen die Taliban nicht allein zu lassen.“

Übernahme der Verantwortung durch Afghanen

„Die zweite Präsidentschaftswahl in Afghanistan markiert den Beginn

einer neuen Qualitätsstufe in den Beziehungen zwischen der internationalen Staatengemeinschaft und dem Staat Afghanistan. Es stehen Entscheidungen über neue Schritte an, Entscheidungen, die getroffen werden müssen, und zwar auch, wenn es den Vorfall vom Freitag nicht gegeben hätte. Mit der zweiten Präsidentschaftswahl muss für die Autoritäten in Afghanistan der Beginn der Übernahme eigener Verantwortung in einer neuen Qualität verbunden sein.“

Neue VN-Afghanistankonferenz

„Ich bin mit Staatspräsident Sarcozy und Premierminister Brown der Auffassung, dass jetzt, nach der zweiten Präsidentschaftswahl, der richtige Moment ist, um gemeinsam mit der neuen afghanischen Führung am Ende dieses Jahres festzulegen, wie diese Verantwortungsübernahme messbar geschehen kann. Wir schlagen deshalb dem Generalsekretär der Vereinten Nationen vor, noch in diesem Jahr eine Konferenz einzuberufen, bei der über Stand und Perspektiven der zukünftigen Afghanistan-Politik zu befinden sein wird. Ich erwarte auf dieser Konferenz Zielvorgaben zum politischen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes. Dabei wird die Konferenz klarzustellen haben, dass und wie die afghanischen Verantwortlichen alles in ihrer Macht Stehende tun müssen, um Kriminalität, Korruption und Drogenhandel zu unterbinden.“

Festlegung klar umrissener Zielgrößen

„Die Konferenz wird außerdem weitere klar umrissene Zielgrößen festzulegen haben, die die nächste afghanische Regierung auf gute Regierungsführung, auf Rechtsstaatlichkeit und auf die Einhaltung der Menschenrechte verpflichten. Vor allem aber muss die Konferenz Zielvorgaben zur Zahl und Qualität der auszubildenden afghanischen Sicherheitskräfte machen einschließlich klarer Zeitvorgaben, in denen dies zu geschehen hat. Die Konferenz wird festzuhalten haben, welches der beste Weg ist, um unser Engagement gerade auch den lokalen und regionalen Gegebenheiten des Landes anzupassen und die jeweiligen Machthaber vor Ort auf die gemeinsamen Ziele verlässlich zu verpflichten. Mit anderen Worten: Mit dieser Konferenz geht es Frankreich, Großbritannien und Deutschland darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir entschlossen eine international abgestimmte Übergabestrategie in Verantwortung entwickeln können. Denn unser übergeordnetes politisches Ziel ist und bleibt ein Afghanistan, das selbst für seine Sicherheit sorgen kann, ein Afghanistan, das wirksam verhindert, dass seine Regionen erneut Heimstatt des internationalen Terrorismus werden können.“

Übergangsstrategie in Verantwortung

„Innerhalb der nächsten fünf Jahre – das ist die Laufzeit des nächsten Afghan Compact – müssen hier substanzielle, qualitative Fortschritte erzielt werden, die es den internationalen Truppen Schritt für Schritt ermöglichen, sich mehr und mehr zurückzuziehen. Das meine ich, wenn ich von einer „Übergabestrategie in Verantwortung“ spreche. Diese Worte sind miteinander verbunden: Übergabestrategie in Verantwortung. Damit erreichen wir unser Ziel.“

Forderung nach einem in sich schlüssigen Gesamtkonzept

„Unser Engagement in Afghanistan war von Anfang an auf das Miteinander von wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherheit ausgerichtet. Das eine-so unsere Überzeugung- funktioniert ohne das andere nicht. Beides muss ineinandergreifen. Deshalb beteiligt sich die Bundesregierung mit

erheblichen Mitteln an Aufbau- und Entwicklungsprojekten: von der Infrastruktur über Bildungsprogramme bis hin zu Ausbildungsmaßnahmen für die Polizei. Es ist weitgehend auf das beharrliche Engagement der Bundesregierung und auch des Deutschen Bundestages zurückzuführen, dass nunmehr alle unsere Partner, auch alle in der NATO, von diesem Ansatz überzeugt sind. Wurde die Bundeswehr in der Vergangenheit oft als Brunnenbauer verspottet, so ist die Politik der vernetzten Sicherheit heute Konsens unter den Verbündeten. Das ist ein nachhaltiger Erfolg deutscher Afghanistan-Politik.“

Grundprinzipien deutscher Außenpolitik

„Wie in einem Brennglas werden in den Folgen des Luftangriffs vom letzten Freitag alle grundsätzlichen Fragen sichtbar, die wir im Zusammenhang mit unserem Einsatz in Afghanistan zu beantworten haben. Ich

gehe noch einen Schritt weiter: Wie in einem Brennglas werden uns die drei Grundprinzipien vor Augen geführt, die die deutsche Außenpolitik seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland leiten:

Deutschland ist dem Dienst für den Frieden in der Welt verpflichtet; so steht es in der Präambel unseres Grundgesetzes. Das Handeln Deutschlands auf der Basis dieser drei Grundprinzipien deutscher Außenpolitik eröffnet die Möglichkeit, dass Afghanistan ein stabiler, selbstständiger Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus wird und keine Verbündeten mehr im eigenen Land braucht. Das ist eine der schwierigsten internationalen Herausforderungen unserer Zeit. Sie zu meistern, ist mein Ziel und das Ziel der Bundesregierung. Dafür arbeitet die Bundesregierung, und dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung, auch in der Zukunft.“ Soweit die Bundeskanzlerin.

Konsequenzen aus dem deutschen Afghanistaneinsatz

Institut für Theologie und Frieden zum Afghanistan-Einsatz

Bereits im November 2004 – also schon vor fünf Jahren – hat die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) in ihrer Erklärung zu Friedenseinsätzen deutscher Kräfte „Der Friede ist möglich!“ ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept bestehend aus effektivem rechtstaatlichen lokalen Polizeiaufbau, verstärkter wirtschaftlicher Entwicklung mit Schaffung neuer Arbeitsplätze, Unterstützung der rechtstaatlichen Verwaltung und Gerichtsbarkeit und Ausbildung von lokalen Sicherheitskräften zur Stabilisierung des Landes gefordert.

Auswege aus der Sackgasse?

Im September 2009 hat der Direktor des Hamburger „Institut für Theologie und Frieden“, PD Dr. Heinz Gerhard Justenhoven, in enger Zusammenarbeit mit Oberst a. D. Ludwig Jacob (beide Mitglieder des GKS-Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“) die folgenden Thesen zur Überwindung der politisch/militärischen Sackgasse in Afghanistan schlaglichtartig publiziert, die in be-

merkenswerter Klarheit zeigen, welche Aufgaben noch in Afghanistan zu leisten sind:

Thesen zum Afghanistan-Einsatz der Internationalen Gemeinschaft

1. Der Anteil der zivilen Aufbauhilfe gegenüber den Mitteln für den Militäreinsatz muss erheblich gesteigert werden:

- Relation der dt. Ausgaben ca. 1:4; (125 Mio € Zivil : 487 Mio Militär in 2008 nur AFG)
- Relation der US-Ausg. ca. 1:17,5; (5,6 Mrd \$ Zivil : 100 Mrd Militär in 2008, AFG, Irak)
- AFG hat die geringste Rate an Aufbauhilfe im Vergleich zu allen anderen Nachkriegsstaaten: der durchschnittl. Bosnier hat 16 mal mehr Hilfe bekommen als ein vergleichbarer Afghane.
- Es gibt einen erheblichen Anteil an „armutsmotivierten“ Taliban, deren Lebensgrundlage und -perspektive zerstört ist weil in den letzten sieben Jahren nicht aufgebaut wurde.

2. Die Herrschaft des Rechts muss endlich eingeführt und die „Kultur der Straflosigkeit“ beendet werden:

- Die afghanische Regierung muss sich an bestehende Gesetze halten.
- Korruption und Gesetzesbruch müssen erkennbar bestraft werden.
- Verwaltungen müssen zur Verantwortung für übertragene Aufgaben gezogen werden
- Aufständische nach Möglichkeit für Anschläge auf Zivilisten vor Gericht stellen.
- Rechtsverstöße und Kriegsverbrechen durch ausländische Streitkräfte erkennbar bestrafen
- bisher ungenügender Aufbau von Polizei & Justiz.

3. „Good Governance“ ist gutes und effektives Regieren zum Wohl der Bevölkerung:

- nur wenn die politischen Entscheidungen letztlich von der afghanischen Bevölkerung getroffen werden, wird der Staats- und Wirt-

schaftsaufbau nachhaltig (Prinzip „ownership“).

- Verwaltungsstrukturen müssen aufgebaut bzw. überprüft werden.
- Die ehemals blühende Landwirtschaft muss neu aufgebaut werden.
- Bildung als Investition in die Zukunft.

4. Die Internationale Gemeinschaft hat in AFG 2002 eine Verantwortung übernommen und darf nicht die „Flinte ins Korn“ werfen, sondern muss nach einer dauerhaften, selbsttragenden Lösung suchen. Dazu gehört der zivile und ökonomische Aufbau sowie der internationale „Sicherheitsschirm“, bis die afghanische Polizei und das afghanische Militär Sicherheit gewährleisten können.

- Die Internationale Gesellschaft hat auch eine Schutzverpflichtung gegenüber der Zivilbevölkerung, die Gewalt der Taliban gegen die Zivilbevölkerung einzudämmen: Seit 2006 geht die Zahl der zivilen Opfer rapide hoch; 2/3 gehen auf das Konto der Taliban, 5 mal so viele zivile Tote wie Kombattanten.
- Für die Durchführung des politischen Auftrags braucht die Truppe angemessene militärische Mittel, d.b..
 - Ist die Personalstärke insb. der Kampftruppen hinreichend?
 - Muss die (Luft-)Aufklärung, Kampfhubschrauber-Kapazitäten verbessert werden?

5. Der Militäreinsatz soll der Herstellung von Sicherheit in AFG dienen. Derzeit werden die ausländische Streitkräfte eher als Besatzer wahrgenommen. Dies treibt die Zivilbevölkerung in die Arme der Taliban. Daher:

- Das aerial bombing zur Bekämpfung der Taliban ist indiskriminatorisch und politisch kontraproduktiv.
- Soldaten im Einsatz müssen Respekt vor der Zivilbevölkerung zeigen (Hausdurchsuchungen).
- Die „Guantanamo-/Bagram-Behandlung“ der Gefangenen widerspricht elementar dem Rechtsgedanken.
- US-Regierung muss deutlich machen, dass sie keine langfristigen Basen anstrebt.

6. Die verdeckte Kooperation zwischen Taliban und islamistischen Akteuren in Pakistan muss beendet werden. Sie beeinflusst die Sicherheitslage in Afghanistan dauerhaft negativ:

- Rückzugsgebiete der Taliban im pakistanischen Grenzgebiet,
- Unterstützung der Taliban durch pakistanische Armee und Geheimdienst,
- Problem der zunehmenden Islamisierung der pakistan. Armee & Teilen der Gesellschaft,
- Pakistan in einen regionalen Ansatz mit Indien einbinden: Kaschmir-Konflikt ist derzeit unlösbar und Grund für die Unterstützung der Taliban durch Pakistan,
- Finanzierung der Taliban durch wahabitische Geldgeber in Saudi-Arabien unterbinden.

7. Taliban als Bedrohung unserer Sicherheit?

- Die Taliban sind eine heterogene militante Aufstandsbewegung gegen den von der internationalen Gemeinschaft unterstützten Staatsaufbau.
- Sie sind bereit, radikal-islamistische Bewegungen zu unterstützen, die eine regionale (Pakistan, GUS-Staaten) oder internationale Agenda haben.

- Diese Bedrohung kann nur langfristig und nicht primär militärisch abgewehrt werden.

8. Fazit: Da es zu 1.-3. realistischerweise nicht oder nur in allerersten Ansätzen kommen wird, müssen die zu erreichenden Ziele minimiert werden:

- politische Selbstverantwortung für Afghanistan ohne rechtsstaatliche Demokratie.
- auf die politische Gestaltung hat die IG keinen Einfluss.
- Beteiligung der Taliban am politischen Prozess.
- Zweck und (minimiertes) Ziel des Einsatzes müssen politisch besser kommuniziert werden.

Bewertung und Schlussfolgerung

Die Absicht der Bundeskanzlerin zusammen mit den internationalen Partnern eine verlässliche Übergangsstrategie für die Verantwortung in Afghanistan zu entwickeln ist richtig, zielführend und wahrscheinlich der einzige Weg aus der Sackgasse in Afghanistan. Es wäre aber sicher blauäugig, eine politische Absichtserklärung bereits für die Durchführung zu halten. Daher wird es notwendig und angeraten sein, dass der GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ in den nächsten fünf Jahren den angestrebten und oben beschriebenen Friedensprozess in Afghanistan mit einem konsequenten Monitoring begleitet.

US-Studie: Jeder Vierte weltweit ist Muslim

Jeder vierte Mensch weltweit ist laut einer Studie des US-Statistikforschungsinstitutes Pew praktizierender Muslim. Auch wenn das islamische Herz im Mittleren Osten schlägt, lebten mehr als 60 Prozent aller 1,57 Milliarden Muslime in Asien, heißt es in dem Bericht auf der Webseite des Pew-Forums für Religion und öffentliches Leben. In Europa seien es nur 5 Prozent. Überraschend ist das Ergebnis im Ländervergleich. Demnach leben zwei Drittel der gesamten muslimischen Weltbevölkerung in nur zehn Ländern. Davon sind sechs in Asien, drei in Nordafrika und eines in der Region südlich der Sahara.

In Deutschland bekennen sich laut Studie vier Millionen Menschen zum Islam. Das wären mehr Muslime als im Libanon und so viele wie in Nord- und Südamerika zusammen. China zählte demnach mehr Islamgläubige als Syrien, und in Russland lebten mehr als in Jordanien und Libyen zusammen. Indonesien ist laut Pew-Forum das Land mit den meisten Muslimen. Dort seien 13 Prozent der weltweiten islamischen Bevölkerung zuhause. Indonesien ist traditionsgemäß von einem toleranten Islam geprägt. In den vergangenen Jahren gab es jedoch, vor allem durch terroristische Gruppierungen, Tendenzen für eine Radikalisierung.

Das US-Institut hat für seine Studie nach eigenen Angaben über drei Jahre Volkszählungen, demographische Studien und andere Erhebungen in 232 Ländern und Regionen ausgewertet. (KNA)

Chancen und Grenzen der Zivilen Konfliktbearbeitung

VON KLAUS LIEBETANZ

Im folgenden Beitrag untersucht das Mitglied des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Prüfer für weltweite Projekte der deutschen Humanitären Hilfe und langjähriges Mitglied der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, die Chancen und Grenzen der Zivilen Konfliktbearbeitung für die Friedensentwicklung in der Welt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung weiter ausgebaut und vorrangig gefördert werden müssten, weil nur diese einen sich selbst tragenden Friedensprozess generieren und nachhaltig unterstützen könnten.

Chancen der Zivilen Konfliktbearbeitung

Vorrang für die Zivile Konfliktbearbeitung

Ergebnis einer Bundestagsanhörung zur „Responsibility to Protect“

Am 14.02.2009 hat der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages (BT) eine Anhörung zum Thema „Responsibility to Protect“ (R2P) durchgeführt. R2P ist eine Selbstverpflichtung der Staats- und Regierungschef, die sich 2005 in New York im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) zusammengefounden hatten, zum Schutz der Völker vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Alle sechs Sachverständigen des Ausschusses sahen ein vom Sicherheitsrat genehmigtes militärisches Eingreifen zum Schutz vor schwersten Menschenrechtsverletzungen bei der Zivilgesellschaft als höchst unwahrscheinlich an. Sie verwiesen auf dringend notwendige Maßnahmen der Zivilen Konfliktbearbeitung im Vorfeld einer Krise und auf den Vorrang von Maßnahmen des zivilen Wiederaufbaus bei der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgephase. Der vormalige Generalinspekteur der Bundeswehr und ehemalige Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, General a. D. Klaus Naumann, der 2001 als Mitglied der Kommission zu Intervention und staatlicher Souveränität (ICISS) berufen wurde und an der Ausarbeitung der R2P beteiligt war, forderte bei der Anhörung ausdrücklich die präventive zivile Anwendung der R2P, wenn die ersten Anzeichen zu erkennen sind, dass ein Staat seiner Verpflichtung nicht nachkommt, seine Bürger vor schweren Menschenrechts-

versetzungen zu schützen. Prof. Dr. Sabine von Schorlemer von der TU Dresden plädierte in ihrem Beitrag für eine stärkere Beteiligung der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) in der zivilen Krisenprävention im Sinne der R2P. Das Ergebnis dieser BT-Anhörung und seiner Aussprache war ein eindeutiges Plädoyer für den Vorrang der Zivilen Konfliktbearbeitung.

Der Friedensbeitrag der Nichtregierungsorganisationen

Mit der Bildung der ersten Nichtregierungsorganisationen zu Beginn des letzten Jahrhunderts hat eine neue Epoche der Menschheit auf dem Weg zu größerem Frieden und sozialer Sicherheit begonnen. Regierende fürchten nichts mehr als eine öffentliche Meinung, die ihren Interessen widerspricht. Gab es vor dem 2. Weltkrieg nur einige Hundert NGOs, so stieg die Zahl weltweit heute auf 46.000 NGOs mit steigender Tendenz. Allein bei den Vereinten Nationen gibt es über 2.500 akkreditierte, größere Nichtregierungsorganisationen, die ein Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen und Beschlüssen zur Zukunft der Menschheit fordern. NGOs verfolgen – wenn auch meist mit sehr begrenzten Mitteln – ihre menschenfreundlichen Ziele unabhängig von den Regierungen. Zunehmend gibt es in demokratisch und rechtsstaatlich ausgerichteten Staaten Austausch und Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Ministerien. Das Auswärtige Amt hat seit Jahren erkannt, dass die Zusammenarbeit mit NGOs z.B. im „Ge-

sprächskreis Humanitäre Hilfe“ (ab 01.10.94 „Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe“) oder mit der „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“ seit 2000 von größter Bedeutung für seine eigene Arbeit ist. So ist auch der Aktionsplan der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ auf die Lobbyarbeit der „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“ zurückzuführen.

Gelegentlich wird an den NGOs kritisiert, sie seien zu geschäftstüchtig. Das mag für einige „schwarze Schafe“ unter ihnen zutreffen. Bei aller Kritik darf man jedoch nicht vergessen, dass NGOs gerade, wenn sie unabhängig und professionell sein wollen, auf ausreichende Geldmittel angewiesen sind. Sie benötigen dafür ein Höchstmaß an „Visibility“ (zu deutsch: Sie müssen dem potentiellen Spender einsichtig machen, dass nur sie das gewünschte humanitäre Ziel erreichen können und sie deswegen das Geld der Spender benötigen). Diese Mittel können jedoch nur öffentlichkeitswirksam eingeworben werden. NGOs sind keine „Volkeigenen Betriebe“. Ihr großer Vorteil besteht darin, dass sie nicht nationale Interessen durchsetzen, wie es auch manche westlichen Regierungen immer wieder tun, sondern sich für die Lösung von grenzüberschreitenden humanitären Problemen weltweit einsetzen. Aus diesem Grunde erweisen sich NGOs und Kirchen immer mehr als Hoffnungsträger der Völker. Ohne die beharrliche Lobbyarbeit zahlreicher NGOs für die jährlich weltwei-

ten 30.000 Minenopfer wäre die Antipersonenminen-Ottawa-Konvention gegen die Interessen von Einzelstaaten nicht durchsetzbar gewesen. Häufig sind es erst die NGOs, welche die Mitglieder des Sicherheitsrats zum Handeln bringen, wie zum Beispiel die präzisen Berichte der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“.

Wächterfunktion der NGOs bei den Millenniumszielen

Auch bei der Um- und Durchsetzung der Millenniumsziele kommt den NGOs eine entscheidende Wächterfunktion zu, da die Einzelstaaten dazu neigen, feierlich gegebene Versprechen – aus innenpolitischen Gründen – nicht zu halten oder zu verwässern. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der VN, der Weltbank, der OECD und mehreren NGOs formulierte auf dem Weltgipfel 2000 die wesentlichen Ziele:

- Halbierung der Weltarmut bis 2015 (22% der Erdbevölkerung hat ein tägliches Einkommen unter einem Dollar).
- Halbierung der Anzahl von Personen bis 2015, die keinen Zugang zu sauberen Trinkwasser haben (Bislang sind es 20% der Weltbevölkerung ohne Zugang).
- Sicherstellen bis 2015, dass alle Kinder der Welt einen Zugang mindestens bis zur Primärausbildung haben.
- Die Ausbreitung von Aids weltweit bis 2015 zu stoppen und einen Umkehrprozess einzuleiten.

Projekt „zivik“ des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa)

NGOs leisten einen wichtigen Beitrag zu internationalen Friedensbemühungen. Ihre Förderung ist daher Bestandteil des Gesamtkonzepts „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung. Die Förderung zivilgesellschaftlicher Einzelprojekte der Konfliktbearbeitung erfolgt durch das Projekt „zivile Konfliktbearbeitung“ (zivik) des Instituts für Auslandsbeziehungen. Das ifa übernimmt dabei die wichtige Funktion als Mittler zwischen dem Auswärtigen Amt und den Nichtregierungsorganisationen, es berät zu Vorhaben, wählt Pro-

jekte aus und gewährt Zuwendungen. Aufgabe von „zivik“ ist außerdem, bisherige und laufende Aktivitäten zu bewerten und zu dokumentieren mit dem Ziel, das Instrument zivilgesellschaftlichen Handels im Interesse der Bundesregierung weiterzuentwickeln. Die geförderten Maßnahmen sind mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt und fügen sich in die Gesamtheit deutschen Engagements zur Krisenprävention in einem Konfliktland bzw. Krisengebiet ein. Im Jahr 2005 wurden im Bereich „zivik“ 3,0 Mio. Euro auf ca. 50 Projekte und in 2009 wurden 6,6 Mio. Euro auf 80 Projekte verteilt. Die Steigerung geht auf eine Erhöhung des übergeordneten Haushaltstitels des AA „Friedenserhaltende Maßnahmen“ zurück, die zugleich eine ODA-Anrechenbarkeit (Official Development Assistance = Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen) sicherstellen sollte.

„Erfolgreich gewaltfrei – Professionelle Praxis der zivilen Friedensförderung“

„zivik“ hat Anfang 2009 die erfahrene Friedensfachfrau Christine Schweitzer mit einer Evaluierung zu Projekten der zivilen Konfliktbearbeitung beauftragt. In der Studie „Erfolgreich gewaltfrei – Professionelle Praxis der zivilen Friedensförderung“ gibt Christine Schweitzer einen ausgezeichneten Überblick über Ziele und Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung. Mit der Beschreibung von 24 ausgewählten Beispielen für wirkungsvolle Friedensförderung durch nichtstaatliche Akteure erhält die Studie zusätzlich Kompetenz und Glaubwürdigkeit. Von den 24 ausgewählten friedenspolitischen Maßnahmen bezogen sich allerdings lediglich sechs auf den Bereich der reinen Prävention. Die übrigen 16 Maßnahmen behandeln die Friedensarbeit im Bereich des „Post-conflict Peace-building“ (Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgephase). Bei einem Fachgespräch im Juli 2009 bei „zivik“ wurden als wesentliche Ergebnisse zur Studie herausgestellt, dass dem Präventionsgedanken der zivilen Konfliktbearbeitung ein höherer Stellenwert zukommen muss und die Öffentlichkeit, insbesondere die betreffenden Bundestagsabgeordneten,

eingehender über den Nutzen (Preis-Leistungsvergleich) der zivilen Konfliktbearbeitung informiert werden sollten. Ferner vermittelt die Studie in der derzeitigen Fassung unterschwellig den Eindruck, man könne weltweit alle gewalttätigen Konflikte verhindern, wenn man nur genügend Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung einsetzte. Dieser „fundamentalistische Pazifismus“ wird im zweiten Abschnitt „Grenzen der zivilen Konfliktbearbeitung“ behandelt.

Friedenserhaltende Maßnahmen (FEM) des Auswärtigen Amtes

„Angesichts der Vielzahl von Krisenherden und der Komplexität der Konfliktlagen sind einzelne Staaten oder Organisationen mit der Problemregelung häufig überfordert. Zivile Krisenprävention, zivile Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung haben vor allem dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie subsidiär, multilateral und multidimensional angelegt sind, wenn verschiedene staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure und vor allem konfliktvermittelnde Kräfte aus den Konfliktregionen zusammenwirken“ (Plenarbeschluss des Dt. Bundestages vom 15.03.2001, Drucksache 14/3862).

Zur Umsetzung dieses weiterhin aktuellen Auftrages stehen im Bundeshaushalt jährlich Mittel bereit. Im Bereich des Auswärtigen Amtes sind dies Mittel mit der Zweckbestimmung „Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung durch das Auswärtige Amt“.

Förderbereiche des Auswärtigen Amtes

- Ziviles Personal und Unterstützung für Friedensmissionen.
- Die Stärkung weltweiter Friedensmissionen Internationaler Organisationen wie zum Beispiel der Vereinten Nationen oder der Afrikanischen Union wird durch gezielten Einsatz deutschen zivilen Personals und unmittelbare finanzielle Förderung sowie logistische Unterstützung einschließlich der Bereitstellung von Material erreicht. So wurde das international renommierte Kofi Annan

Peace Keeping Training Centre (KAIPTC) in Accra/Ghana seit 2002 mit deutscher Hilfe aufgebaut und fortlaufend personell und finanziell unterstützt. Das vom AA finanzierte „Zentrum für internationale Friedenseinsätze“ (ZIF) wählt das zivile Personal aus und sorgt für seine einsatzorientierte Weiterbildung.

- Förderung internationaler und regionaler Friedensprozesse.
- Internationaler Friedensmissionen werden durch die gezielte Förderung von Friedensprozessen, durch Umfeldmaßnahmen sowie durch die Schaffung und Stärkung von Instrumentarien der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und Stärkung von Aus- und Fortbildungszentren für Personal in Friedenseinsätzen insbesondere in Afrika, so z. B. in Sierra Leone (UNAMSIL) oder in Liberia (UNMIL) unterstützt. Das AA (Referat VN 02) war auch an der erfolgreichen Friedensmission in ehemaligen Krisenregion ACEH (Indonesien) beteiligt.
- Konfliktbearbeitende Einzelprojekte deutscher und internationaler NGOs.
- Zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Friedensbemühungen fördert das AA über das Projekt „ifa zivik“ Einzelvorhaben deutscher und internationaler NGOs.

Verteidigungshaushalt kein Steinbruch für Zivile Konfliktbearbeitung

Der Titel „Friedenserhaltene Maßnahmen“ hat vom Jahr 2001 mit 12 Mio. Euro im Rahmen der Steigerung der ODA-Quote eine erhebliche Steigerung bis zum Jahr 2009 bis zu 110 Mio. Euro erfahren. Im Vergleich zum Militärhaushalt von 31,2 Mrd. Euro bleibt jedoch der FEM-Titel marginal. Die häufig geäußerte Forderung der Friedensbewegung, die Mittel des Verteidigungshaushaltes für zivile Friedensmaßnahmen zu nutzen, ist jedoch abwegig, weil das Parlament unsittlich handeln würde, wenn es deutsche Soldaten schlecht ausgebildet, unangemessen bewaffnet und mangelhaft ausgerüstet in gefährliche Auslandseinsätze senden würde. Außerdem dient der Verteidi-

gungshaushalt nicht ausschließlich den internationalen Friedenseinsätzen sondern auch der nationalen Verteidigung im Rahmen der NATO. Diese darf nicht vernachlässigt werden. In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass niemand den Krieg auf dem Balkan mitten in Europa in den 90er Jahren vorausgesehen hat und der amerikanische Präsidentenberater Fukimori nach dem Fall der Mauer (1989) vom „Ende der Geschichte“ gesprochen hat, weil es keine Kriege mehr geben würde. Der Schein tög. Die Steigerung der ODA-Quote muss aus dem Zuwachs des Bundeshaushalts generiert werden.

Friedenspolitische Instrumente des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Ein wichtiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit für das BMZ ist, den Partnerländern im Krisenfall zu helfen, Konflikte gewaltfrei zu beenden. Zielgerichtete Maßnahmen tragen dazu bei, die Lage zu entschärfen und gemeinsam mit den Akteuren vor Ort eine friedliche Lösung zu finden.

Das einzigartige Krisenfrühwarnsystem des BMZ

Ohne „early warning“ kann es auch kein „early action“ geben. Das BMZ ließ daher ein auf die Bedürfnisse der Entwicklungspolitik zugeschnittenes Frühwarnsystem entwickeln. Es wird seit 2000 angewendet und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt. Dieses Krisenfrühwarnsystem identifiziert Länder mit Gewaltkonflikt-Potentialen. Dafür werden viele verschiedene Informationsquellen herangezogen. Hervorzuheben ist das jährlich an das German Institute of Global and Area Studies (GIGA) in Auftrag gegebene System der Krisenfrühwarnung. Anhand eines vom BMZ entwickelten und ständig überarbeiteten Indikatorenkatalogs untersucht das GIGA mit seinen spezialisierten Mitarbeitern fortlaufend ca. 60 bis 70 Staaten (darunter viele sog. failing states) und gibt entsprechende Empfehlungen für die Entwicklungszusammenarbeit mit den Partnerländern. Im BMZ-Referat 210 „Friedensentwicklung und Krisenprävention“ werden alle diese relevanten Informationen in Zusammenarbeit mit den Fach-

und Regionalreferaten ausgewertet und in entsprechende entwicklungspolitischen Maßnahmen umgesetzt. Damit besitzt das BMZ die einzige, veritable „Humanitäre Lageauswertung“, die im wesentlichen die Interessen der betroffenen Partnerländer berücksichtigt. Im Gegensatz dazu ist das personell und materiell hervorragend ausgestattete „Krisenreaktionszentrum“ im Auswärtigen Amt in den ehemaligen Tresorräumen der Reichsbank am Werderschen Markt vorwiegend auf deutsche Interessen ausgerichtet und dient in erster Linie dazu, Schaden von deutschen Staatsangehörigen im Ausland und auf die Bundesrepublik im allgemeinen abzuwenden.

Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe

Entwicklung und Frieden sind untrennbar miteinander verbunden. In bestimmten Regionen, besonders in Afrika nehmen innerstaatliche Krisen, Konflikte und durch den Klimawandel bedingte Naturkatastrophen zu. Unter ihren Auswirkungen haben besonders die ärmeren Menschen zu leiden. Es ist Ziel der deutschen Entwicklungspolitik, im Kontext solcher Sondersituationen den von Not betroffenen Menschen schnell, flexibel und wirksam zu helfen. Dies geschieht durch Maßnahmen und Projekte der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, welche die Lücke zwischen humanitärer Soforthilfe und den längerfristigen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit schließt. Sie unterstützt die von Vertreibung, Flucht und Naturkatastrophen betroffenen Menschen bei der (Wieder-)Herstellung der erforderlichen Infrastruktur und stabilisiert die sonstigen Lebensgrundlagen. Im Jahr 2008 hat das BMZ rund 175 Projekte in einer finanziellen Größenordnung von 91, 5 Mio. Euro unterstützt. Für das Jahr 2009 stehen dem BMZ für Projekte und Maßnahmen der Not- und Übergangshilfe 129 Mio. Euro zur Verfügung.

Ziviler Friedensdienst – Fachleute im Einsatz für den Frieden

Mit dem Zivilen Friedensdienst (ZFD) hat die Bundesregierung 1999 ein neues Instrument zur Friedens-

sicherung und Krisenprävention geschaffen. Speziell ausgebildete Fachleute vermitteln im Konflikt, bringen die Anliegen benachteiligter Menschen an die Öffentlichkeit, begleiten ehemalige Soldaten auf ihrem Weg ins zivile Leben, arbeiten mit traumatisierten Opfern von Gewalt oder ermöglichen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat. Bis Mitte 2007 wurden für mehrjährige Einsätze insgesamt rund 380 Stellen von Friedensfachkräften in 43 Ländern mit einem Volumen von rund 127 Mio. Euro bewilligt. Im Durchschnitt sind jeweils gleichzeitig ca. 150 Friedensfachkräfte im Einsatz. Die Zahl soll in den nächsten Jahren auf 500 aufgestockt werden.

BMZ als Zukunft- und Schlüsselministerium ausbauen

Das BMZ verfügt wie oben beschrieben über ein einzigartiges Krisenfrühwarnsystem, das auf die Bedürfnisse der Entwicklungspolitik zugeschnitten ist. Ferner kann das BMZ auf die jahrzehntelangen Erfahrungen der weltweit anerkannten „Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit“ (GTZ) mit ihren über 10.000 deutschen und ausländischen wissenschaftlichen Mitarbeitern zurückgreifen und nutzbar machen. Des Weiteren verfügt das BMZ über zahlreiche Instrumente der zivilen Friedensförderung. Der entscheidende Vorteil des BMZ gegenüber dem AA und BMVg liegt in der Tatsache, dass das BMZ in der Frage der „Ownership“ (Eigenverantwortlichkeit) der jeweiligen Bevölkerung in den Krisengebieten am weitesten fortgeschritten ist. Frieden entwickelt sich von innen her. Die Bundesregierung hat die herausragende Rolle des BMZ für den Frieden in der Welt (Verfassungsauftrag aus der Präambel des GG) erkannt und den BMZ-Haushalt in den letzten beiden Jahren um jeweils 16% bzw. 13% gesteigert. Der ODA-Stufenplan der Europäischen Union sieht vor, dass die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit bis 2010 in allen Mitgliedsstaaten der EU auf 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens steigen, bis 2015 auf 0,7 Prozent.

„Agenda for Peace“ – Eine VN-Handlungsanweisung für den Frieden

In der Erklärung des Sicherheitsrats vom 31. Januar 1992 (kurz nach

Ende des Kalten Krieges) wurde der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros-Ghali, beauftragt, bis zum 1. Juli 1992 eine Empfehlung zu arbeiten, inwieweit die Fähigkeiten und Kapazitäten der Vereinten Nationen im Rahmen der VN-Charta zur vorbeugenden Diplomatie, zur Friedensschaffung (peace-making) und zur Friedenssicherung (peace-keeping) gestärkt und effizienter gestaltet werden können. Am 17.06.92 legte Boutros Ghali – nach gründlicher Rücksprache mit den Vertretern der wichtigsten Staaten und verschiedenen großen internationalen Organisationen – der Generalversammlung die „Agenda für den Frieden“ vor. Sehr deutlich zu erkennen ist auch der deutsche Beitrag, wo es um die vertrauensbildenden Maßnahmen zweier verfeindeter Staaten geht. Wer die Agenda sorgfältig liest, wird feststellen, dass fast jeder Satz auf Erfahrungen der jüngsten, teilweise schmerzlichen deutschen Vergangenheit zurückzuführen ist. Auch heute noch hat die „Agenda für den Frieden“ nichts an ihrer Aktualität verloren.

Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit (post-conflict peace-building)

Boutros Ghali hat die „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ als neuen Begriff in die Agenda for Peace aufgenommen. Sie hat sich im Laufe der Zeit als eine erfolgreiche Form der Konfliktprävention erwiesen (Mittelamerika, Hinterindien, Balkan etc.) und stellt in der Regel eine Zusammenarbeit von militärischer Stabilisierung und zivilem Wiederaufbau (humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Aufbau staatlicher Einrichtungen, wie rechtstaatliche Polizei und ein entsprechendes Gerichtswesen, Menschenrechtsarbeit und der Aufbau der Zivilgesellschaft) dar.

Forderung nach einem schlüssigen Gesamtkonzept (comprehensive approach)

Der „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ muss ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept zu Grunde liegen, das den zivilen Mitteln, wie rechtstaatlicher Polizeiaufbau, wirksame Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung rechtstaatlicher Strukturen mindestens den gleichen Nachdruck verleiht wie den militärischen Mitteln. Der stellvertretende Frakti-

onsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (16. Bundestag), Dr. Andreas Schockenhoff, zuständig in seiner Partei für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik, geht mit Recht davon aus, dass sich Friedensmissionen nach Beendigung der eigentlichen Kampfhandlungen aus 20% militärischer Absicherung und 80% zivilem Wiederaufbau zusammensetzen müssen. Halbherzigkeit wie bei der deutschen Führungsaufgabe in Afghanistan zum dortigen rechtstaatlichen Polizeiaufbau darf nicht zur Verlängerung des militärischen Engagements führen. Soldaten dürfen nicht Lückenbüßer für mangelhaften politischen Willen sein (vgl. dazu die Aussagen mehrerer Teilnehmer an den BT-Debatten vom 07.10. und 16.10.08). In Afghanistan beträgt derzeit das Verhältnis von militärischen Aufwendungen zum zivilen Aufbau 3:1. Das ist nicht zielführend und widerspricht eindeutig den Intentionen des Aktionsplanes der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“.

Gestiegene Anforderungen an die Bundeswehr

Im Rahmen der „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ kommt der Bundeswehr eine für den Friedensprozess unverzichtbare Stabilisierungsaufgabe zu. Für diesen neuen, sehr komplexen Auftrag benötigen die deutschen Streitkräfte umfassend gebildete Offiziere und Unteroffiziere (vgl. „Gedanken zu einer christlich inspirierten Sicherheitspolitik“ AUFTRAG 273, S. 15 ff.). Ferner wird es notwendig sein, dass der „Ownership“ (Eigenverantwortlichkeit) der lokalen Partnerstreitkräfte eine hohe Priorität zukommt. Das heißt, die Bundeswehr muss zunehmend Ausbildungsarmee für die lokalen Soldaten werden, damit diese für die Sicherheit ihres eigenen Landes verantwortlich werden.

Grenzen der Zivilen Konfliktbearbeitung

Zivile Omnipotenzfalle vermeiden

Nach Ansicht von Dr. Uschi Eid (Bündnis90/Die Grünen), der ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärin im BMZ, die Wesentliches

zur Einführung der Friedensfachkräfte beigetragen hat, wäre die in „friedensbewegten Kreisen“ häufig geäußerte Auffassung, man könne weltweit alle gewalttätigen Konflikte verhindern, wenn man nur genügend Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung einsetze, eine Omnipotenzfalle. In einem mit dem Autor dieses Beitrages geführte Interview (NOTFALLVORSORGE 1/2000 S. 5ff.) äußerte sich Uschi Eid wie folgt: *„Ich glaube, wir dürfen uns nicht in die Gefahr hineinbegeben, dass wir meinen, mit einer konfliktpräventiven Außenpolitik – mit dem Instrument der Peace-Keeping-Missionen und des Zivilen Friedensdienstes – können wir auf der ganzen Welt gewalttätige Konflikte verhindern. Das ist eine Omnipotenzfalle, und wir würden uns da wirklich etwas vormachen, wenn wir jetzt die Menschen glauben machen würden, der Zivile Friedensdienst sei nun ein Instrument, mit dem wir alle Konflikte im Vorfeld präventiv aus der Welt schaffen können. Ich finde, man muss da einfach bescheidener sein. Wenn der politische Wille der beteiligten Parteien nicht vorhanden ist, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen, können wir noch so viele Friedensfachkräfte in die Welt schicken – es würde überhaupt nichts nutzen.“* Uschi Eid als erfahrene Afrikakennerin wusste sehr wohl, wovon sie sprach.

Menschenverachtende Regime erfordern eine angemessene militärische Antwort

Regime, wie der Hitler-Faschismus, das Milosevic-System (Srebrenica!), menschenverachtende Rebellengruppen in Afrika und das pseudoreligiöse Terrorsystem der Taliban erfordern eine entschlossene militärische Antwort. Versuche mit ziviler Konfliktbearbeitung allein diesen Gruppierungen beizukommen, werden von jenen nicht ernst genommen und eher propagandistisch ausgenutzt (vgl. Münchner Abkommen, 1938).

Ergebnisse des Brahimi-Reports

Im Jahr 2000 hat sich eine hochrangige Kommission unter Leitung des ehemaligen algerischen Außenministers, Lakhdar Brahimi, mit der Auswertung von Friedensmissionen

im Rahmen der Agenda for Peace im Auftrag des VN-Generalsekretärs beschäftigt. In diesem Brahimi-Report wurde festgestellt, dass bei einigen VN-Friedensmissionen die Blauhelmschiffe unzureichend mandatiert und ausgerüstet waren (z. B. in der VN-Schutzzone Srebrenica oder beim Völkermord in Ruanda). Dieser Bericht gibt also keine Empfehlung, Blauhelme besser durch Polizisten oder gar Friedensfachkräfte zu ersetzen, wie es Teile der Friedensbewegung fordern. Des Weiteren wurde in diesem bemerkenswerten Bericht darauf hingewiesen, dass bei einigen VN-Friedensmissionen die Mittel für den zivilen Wiederaufbau im Verhältnis zu den Militärausgaben zu schwach und deshalb diese Missionen nicht nachhaltig waren.

Auch den vorbildlichen „Peace Brigades International“ (PBI) sind Grenzen gesetzt

PBI unterstützt in den Projektländern jene zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich mit gewaltfreien Methoden für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und friedliche Bearbeitung von Konflikten einsetzen. Durch die Präsenz von internationalen Freiwilligen-Teams versucht PBI, den zivilen Bewegungen Rückhalt zu geben und die Freiräume für ihre Arbeit zu erhalten und zu vergrößern. Im Laufe der Zeit konnte PBI weltweit ein internationales Netzwerk von Unterstützern aufbauen. Dazu gehören befreundete Organisationen, wie Amnesty International, politische Stiftungen, einflussreiche Parlamentarier, Kirchen, Medienvertreter, Botschaften und Regierungsstellen. Dieses Netzwerk kann jederzeit aktiviert und alarmiert werden. Dieses Netzwerk gibt den PBI-Teammitgliedern und deren Schutzbefohlenen den nötigen internationalen Schutz. PBI hat jedoch dort seine Grenzen, wo davon auszugehen ist, dass die menschenrechtsverletzenden Akteure bei ihren Aktivitäten keine Rücksicht auf die internationale Reaktion legen, wie z. B. die Taliban, welche eine Bombe auf einem belebten Marktplatz zur Detonation bringen oder wie die sog. „Lord Resistance Army“ in Uganda, die wahllos Menschen in Kirchen abschlachtet.

Zusammenfassung und Ausblick

Rückgang der Bedeutung von Streitkräften

Schon das Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr relativiert wie folgt die Rolle von Streitkräften bei der Lösung von weltweiten sicherheitspolitischen Konflikten: *„Allerdings kann diesen Risiken (Terrorismus etc.) weder allein noch vorrangig mit militärischen Mitteln begegnet werden“* (WB 2006, S. 23). Der Kommentar der Bertelsmannstiftung zum Weißbuch 2006 geht noch einen Schritt weiter und spricht in einem Abschnitt vom „Geringeren Stellenwert des Militärischen“ (S. 5 ff.). In der Tat zeigen die friedenspolitischen Institute einen ständigen Rückgang von zwischen- staatlichen Kriegen. Die Masse der bewaffneten Konflikte sind innerstaatliche Auseinandersetzungen. Kriege finden fast ausschließlich nur noch in extrem unterentwickelten Regionen statt. Es besteht offensichtlich ein Zusammenhang von Unterentwicklung und Konfliktgefahr.

Verhandlungen haben Erfolg

Das Weißbuch zur Entwicklungspolitik 2008 (13. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung) führt dazu aus: *„Tatsächlich brachen in den 1990er-Jahren doppelt so viele Konflikte aus wie in den 1980er-Jahren. Aber anders als zuvor wurden sie nicht bis zum bitteren Ende ausgefochten, sondern in ihrer Mehrzahl auf dem Verhandlungsweg frühzeitig beendet. Dadurch ist die Zahl der bewaffneten Konflikte seit Anfang der 1990er-Jahre insgesamt um 40% zurückgegangen. Das ist in vielen Fällen dem Engagement der internationalen Gemeinschaft zu verdanken. (...) Die 1990er-Jahre sind die erste Dekade der uns bekannten Menschheitsgeschichte, in der mehr Kriege durch Diplomatie beendet wurden als durch militärischen Sieg. Die Welt ist also auf dem richtigen Weg. Internationale Konfliktbearbeitung war in vielen Fällen erfolgreich.“*

AUFTRAG 276 • DEZEMBER 2009

Globalisierung und zivile Konfliktbearbeitung

So wie die alternativen, sanfteren Energiequellen, wie Windenergie, Fotovoltaik, Wasserkraft und Erdwärme in den nächsten 50 bis 100 Jahren die Masse der Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen voraussichtlich abgelöst

haben werden, werden die Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung beschleunigt durch die Globalisierung schon im Vorfeld von Konflikten darauf hinwirken, dass militärische Auseinandersetzungen weitgehend vermieden werden können, weil sie unzeitgemäß und viel zu teuer sind. Nati-

onale Streitkräfte werden zunehmend in kollektiven Sicherheitssystemen aufgehen, was de facto heute schon zum Teil der Fall ist. Einen gänzlichen Verzicht auf bewaffnete Sicherheitskräfte wird es jedoch nicht geben können, weil die Natur des Menschen ambivalent ist. □

Sachausschuss Sicherheit und Frieden

Entwicklungen bei der Weiterverbreitung von nuklearer (Waffen-)Technologien

(11. gekürzte Fortschreibung – Zeitraum August 2009 bis Oktober 2009)

VON WERNER BÖS

Die Redaktion wird auch weiterhin über das Monitoring der Proliferationsproblematik des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ berichten. Wie gewohnt, verzichten wir auf die detaillierte Wiedergabe der chronologischen Ereignisse und werden uns auf die Bewertungen des Autors stützen. An der chronologischen Entwicklung interessierte Leser könne diese bei der Redaktion AUFTRAG per e-mail abrufen (redaktion-auftrag@kath-soldaten.de). Zu den Wahlen im Iran und zur Problematik der atomaren Abrüstung kann eine gesonderte Bewertung von Werner Bös bei der Redaktion angefordert werden.

Iran:

Das Regime in Teheran folgte dem bekannten Muster autoritärer Krisenbewältigung: Zunächst wurde das Aufbegehren gegen die gefälschte Präsidentenwahl brutal niedergeschlagen. Nach tagelangen Massenprotesten auf der Straße bekamen Milizen und Polizei die Oberhand, sie machten Hunderte von Gefangenen. Inhaftierte berichteten von Folter; erste Gefangene kehrten in Särgen zu ihren Familien zurück. Als nächster Akt wurden die Opfer des Regimes in einem Massenprozess gezwungen, selbst die Schuld für ihr Leid zu gestehen, das ihnen und anderen angetan wurde.

Zahlreiche prominente Köpfe saßen in Teheran auf der Anklagebank, die meisten ehemalige Amts- und Würdenträger der Islamischen Republik. Sie waren die Sündenböcke, mit denen die Regierung und die Clique um den obersten religiösen Führer Ayatollah Chamenei die Gewalt gegen die Kritiker rechtfertigen wollten.

Diese harsche Reaktion entfremdete die Bevölkerung immer mehr

vom System. Aber das Regime hatte offenbar kein Interesse daran, das Vertrauen der Bevölkerung zurück zu gewinnen. Der Aufruhr war für Chamenei ein Anlass, um unter einflussreichen Kritikern aufzuräumen. Die letzten verbliebenen demokratischen Elemente des Systems sollten dabei verschwinden.

Mit dem Schauprozess in Teheran gegen die Vordenker der Reformen, gegen einfache Demonstranten und einige wenige Ausländer wollte das Regime nach den Unruhen im Land in allen Richtungen für Ruhe sorgen. Die Bevölkerung sollte eingeschüchtert werden, Regierungskritiker mundtot gemacht und am Ende die gesamte „grüne“ Führungsspitze unter dem Vorwurf, vom Ausland gesteuerte Putschisten zu sein, hinter Gitter gebracht werden. Doch was als Vernichtungsfeldzug gegen die Opposition angelegt war, entpuppte sich immer mehr als Zerreißprobe für das Regime selbst. Die Risse im eigenen Lager wurden zahlreicher und breiter, die Spannungen gingen in offene Selbstzerfleischung über. Zunächst

hatte die neue Justizspitze, die kein Hehl aus ihrer offenen Gegnerschaft zu Ahmadinedschad machte, den für Verschwörungstheorien anfälligen Chamenei überzeugen können, dass sich mit dieser dilettantisch inszenierten Justizposse weder die Ruhe im Land noch die Legitimität des Regimes wiederherstellen lassen würden. Darauf hat dieser per Fernsehbotschaft seine übereifrigen Schergen zurückgepfeiffen und die große Hatz auf die dunklen, angeblich von den USA und Großbritannien gesteuerten Machenschaften abgeblasen. Keine 48 Stunden später keilte Ahmadinedschad zurück: Vor dem Teheraner Freitagsgebet ließ sich der Nichtkleriker eine Bühne aufstellen, Anhänger herbeikarren und forderte unter „Exekutiert die Rädelsführer“-Gesängen, Mir Hossein und Mehdi Karubi zu verhaften. Ahmadinedschad wusste, dass Chamenei ihn nicht entlassen könne, ohne Neuwahlen auszulösen und sich damit selbst in den politischen Abgrund zu stürzen. Und Chamenei ahnte, dass die Islamische Republik nie wieder zu einem nor-

malen politischen Leben zurückkehren würde, wenn sich die Empörung im Volk nicht besänftigen ließe. Beide klammerten sich aneinander und prügelten dennoch aufeinander ein – während sie zusammen weiter in die Tiefe rutschten.

Der geistliche Führer des Iran, Ali Chamenei, hat es nie zum Großayatollah gebracht. Deswegen fürchtet er den hochrangigen Klerus. In seiner Welt haben nur jene Geistlichen etwas zu sagen, die sich in sein System einfügen. Er wirkt auf die westliche Welt wie ein viel beschäftigter Gelehrter, auf dessen Worte und Schriften der Klerus allerhöchsten Wert legt. Doch dieser Eindruck trügt.

Chamenei hat zwar den Koran studiert, doch der mächtigste Mann der Islamischen Republik hatte es theologisch nicht weit gebracht. Per Akklamation musste er 1992 sogar über Nacht zum Ayatollah ernannt werden, um überhaupt oberster geistlicher Führer werden zu können. Eigentlich hatte sich Revolutionsführer Ruhollah Chomeini über Jahre auf seinen Weggefährten Hossein Ali Montaseri als Nachfolger festgelegt – ein Großayatollah mit enormer Autorität und Millionen Anhängern. Doch der war wegen seiner Kritik an Massenhinrichtungen gerade in Ungnade gefallen. Deshalb kam Chamenei zum Zug, aber nur als zweite Wahl. Chamenei wusste, dass er als religiöse Instanz nicht ernst genommen würde. Dazu fehlten ihm Jahrzehnte intensiven Studiums.

Chamenei war in einem Dilemma: Er brauchte den Klerus, aber er fürchtete ihn auch und sein Alptraum schien wahr zu werden. Nicht nur die Opposition erschütterte das politische System, nicht nur jahrelange Mitstreiter wie Ex-Präsident Ali Haschemi Rafsandschani wandten sich gegen ihn, auch der hochrangige Kleriker Montaseri forderte ihn in nie da gewesener Weise heraus. In einer Fatwa, einer religiösen Anweisung, schrieb der 87-jährige Geistliche: Hat ein Verantwortlicher seine weltlichen und religiösen Pflichten verletzt und das Vertrauen des Volkes verloren, gilt er als abgesetzt.

Hinzu kommt, dass nur einer der vierzehn Großayatollahs, der höchsten Autoritäten des Landes, Präsident

Mahmud Ahmadinedschad zu seiner Wiederwahl gratuliert hatte. Eine Islamische Republik mit den Großayatollahs in der Opposition war auch für Chamenei eine absurde Vorstellung. Keiner der Großayatollahs ist in das politische System integriert. Von den insgesamt rund 5000 Ayatollahs im Iran sind nur 80 in offiziellen Staatsämtern. Allerdings sind diese den Versuchungen der Macht erlegen und bildeten bis heute eine mit politischen Privilegien ausgestattete Staatselite. Die Mehrheit der Ayatollahs aber steht dem heutigen Staat in schweigender Ablehnung gegenüber.

Große Teile des Klerus sind von Chameneis Unterstützung für Ahmadinedschad abgestoßen. Der Präsident ist zwar ein glühender Islamist. Er setzt allerdings nicht auf den Klerus, sondern auf den Sicherheitsapparat, insbesondere auf die Revolutionsgarden. Er hat sie in den vergangenen vier Jahren erheblich gestärkt und mit Privilegien ausgestattet. Im Grunde will Ahmadinedschad einen islamischen Staat ohne den Klerus. In diesem Ringen wirkt der Präsident nur auf den ersten Blick angeschlagen. Sein Stellvertreter wurde zum Rücktritt gezwungen, die Medien warfen ihm ungewöhnlich scharf mangelnde Loyalität zum Führer Chamenei vor. Daraufhin entließ er den Geheimdienstminister und nahm den Rückzug anderer Minister in Kauf. Ahmadinedschad lässt die Kritiker im eigenen Lager spüren, dass die Alternative zu ihm einzig Mir Hosein Mussawi ist. Seine Botschaft lautete: „Seht, ich bin nicht ersetzbar, und um des Erhalts der Islamischen Republik willen muss ich mich durchsetzen. Entweder stellt ihr euch also an meine Seite, oder wir gehen unter.“ Das tat denn auch der Führer Chamenei wieder. Denn er rügte den Chefredakteur der Hardline-Zeitung „Keyhan“ für dessen überzogene Angriffe gegen Ahmadinedschad.

Ahmadinedschad kostete den Triumph seiner Wahl aus. Mit einem Wahlergebnis von 62 Prozent im Rücken meinte er, nun noch weniger Rücksicht nehmen zu müssen auf die Widersacher im eigenen Lager. Bereits in seiner ersten Regierung saßen mehrheitlich Vertreter der Revolutionswächter, ergänzt um einige

Kleriker. Jene Konservative, die weder zu einem Lager gehören noch zum anderen, die aber im Parlament eine Mehrheit stellen, blieben in der Regierung außen vor.

Daran hat sich auch in der zweiten Regierung Ahmadinedschad nichts geändert. Daher die Wut konservativer Parlamentarier und einiger Publizisten, die um ihre Stellung in der Republik fürchten.

Doch Ahmadinedschads Stellung innerhalb des Regimes ist stark. Das iranische Parlament hat die neue Regierung Präsident Ahmadinedschads gebilligt. Die Geistlichkeit wird weiter entmachtet, Militärs und Bassidsch-Milizen haben an Einfluss gewonnen. Die Fronten im Land verhärten sich weiter. Nach einer heftig geführten Debatte über die Eignung der 21 Kandidaten haben die Abgeordneten lediglich drei Personen abgelehnt – eine Größenordnung, die auch bei vergangenen Abstimmungen üblich war. Durchgefallen sind der Kandidat für das Energieministerium, Aliabati, sowie die Kandidatinnen für die Ressorts Soziale Wohlfahrt und Erziehung. Das war das erste Mal seit 30 Jahren, dass Frauen in der Regierung vertreten sein sollten. Dabei handelt es sich um einen rein taktischen Versuch, mehr Unterstützung von der weiblichen Bevölkerung zu erhalten und bedeutet keinerlei politische oder gesellschaftliche Richtungsänderung. Letztlich haben hohe Geistliche die Berufung der beiden Frauen verhindert. Sie hatten „religiöse Zweifel an der Führungsfähigkeit“ von Frauen.

Aufgrund der scharfen Kritik vieler Abgeordneter an der Kabinettsliste war mit der Ablehnung von mindestens fünf Kandidaten gerechnet worden. Ein Grund für die unerwartet hohe Zustimmung mag der Aufruf von Revolutionsführer Chamenei gewesen sein, Ahmadinedschads Regierung zu unterstützen. 230 der 290 Abgeordneten galten als konservative Hardliner, höchstens 50 als Reformer. Trotz Differenzen zwischen Chamenei und Ahmadinedschad, etwa beim Kandidaten für das Amt des ersten Vizepräsidenten, funktionierte die Allianz der beiden offenbar wieder gut – auch weil Chamenei in der tiefsten Krise der Islamischen Republik seit der Revolution von 1979 keine Alternative zu

Ahmadinedschad sah und daher den Schulterchluss mit ihm forderte. Damit konnte sich Parlamentssprecher Ali Laridschani, der sich als Ersatz für den polarisierenden Ahmadinedschad in Stellung bringt, nicht weiter profilieren.

Die Ablehnung der drei Kandidaten lässt keinen Schluss auf politische Differenzen zwischen Legislative und Exekutive zu. Aliabati ist in der iranischen Bevölkerung nicht beliebt, weil er bis vor kurzem Präsident des erfolglosen nationalen Fußballverbands war. Der Freund Ahmadinedschads wurde für das Ausscheiden Irans aus der Qualifikation für die Fußballweltmeisterschaft verantwortlich gemacht. Frau Adschorlu und Frau Keshawarz sind über mangelnde Erfahrung gestolpert und weil sie als ultrakonservative Parteigänger des Präsidenten galten. Sie scheiterten aber auch, weil sie Frauen sind. Mehrere Kandidaten warfen die Abgeordneten Korruption und Geldwäscherei vor, billigten sie dann aber doch. Mehr als die Hälfte der Kandidaten musste sich vorwerfen lassen, unzureichend qualifiziert zu sein. Zum Verhängnis wurde das aber nur den beiden Frauen. Die dritte Kandidatin, die neue Gesundheitsministerin Dastscherdi, wurde mit 175 Stimmen bestätigt und wird damit erste Ministerin seit 1979. Insbesondere die führende Geistlichkeit hatte sich entschieden gegen die Berufung von Frauen ins Kabinett ausgesprochen. Schon mit der Nominierung der drei Kandidatinnen setzte sich Ahmadinedschad über ihren Willen hinweg.

Mit dem neuen Kabinett setzt sich die Entmachtung der Geistlichkeit fort. Alle Minister gehören entweder den Revolutionswächtern an oder waren als Zivilisten Mitglieder der Freiwilligenmiliz Bassidsch. Selbst der Geheimdienstminister Haidar Moslehi, der laut Gesetz ein Kleriker zu sein hat, war Vertreter Chameneis bei den Revolutionswächtern. Mit 227 Stimmen erhielt der neue Verteidigungsminister Ahmad Wahidi die höchste Stimmenzahl. Laridschani musste die Bekanntgabe seiner Stimmenzahl wiederholen, da sie in den Rufen „Tod Israels“ untergegangen war. Der neue Verteidigungsminister Ahmad Wahidi, der als Terrorverdächtiger auf der Fahndungsliste von In-

terpol steht, muss bei Auslandsbesuchen in vielen Ländern mit Verhaftung rechnen. Unter anderem wird ihm ein 1994 in Buenos Aires verübter Bombenanschlag auf das jüdische Kulturzentrum Amia mit 85 Toten vorgeworfen. Wahidi war damals Chef der Quds-Einheit, die innerhalb der Revolutionswächter mit den geheimen Operationen außerhalb Irans beauftragt ist. Er gehörte als Offizier der iranischen Revolutionsgarde an, die auf persisch Pasdaran genannt wird, die dem obersten iranischen Führer Chamenei untersteht. Die Abgeordneten nahmen damit einen weiteren Ansehensverlust Irans in Kauf. In dem unerfahrenen neuen Kabinett – Ahmadinedschad übernahm nur fünf Minister und stellte Loyalität über Kompetenz – gilt Wahidi als einer der am meisten qualifizierten. Schon seit 2005 hat er als stellvertretender Minister de facto das Ressort geleitet und den Aufbau einer lokalen Rüstungsindustrie vorangetrieben. Dem Parlament versprach Wahidi „innovative Verteidigungsprodukte zu entwickeln sowie mit einer aktiven Verteidigungspolitik die regionale und internationale Zusammenarbeit auszubauen“. Wahidis Vorgänger Mohammad-Nadschar, ebenfalls General der Revolutionswächter, wird Innenminister. Er spricht fließend Arabisch, hatte am Aufbau der libanesischen Hisbullah mitgewirkt und besuchte für Rüstungskäufe wiederholt Russland. Er gilt als einer der härtesten Kommandeure bei den Revolutionswächtern. Neuer Ölminister wird trotz der heftigen Kritik der Abgeordneten der bisherige Handelsminister Mir-Kazemi. Ihm wird vorgeworfen, zu Lasten der einheimischen Wirtschaft zu viele Importe zugelassen und die hohe Inflation mitverursacht zu haben. Ahmadinedschad preist ihn indes als fähigen Manager. Weniger umstritten war die Beförderung des bisherigen Leiters der Wahlbehörde, Daneschdschu, zum Wissenschaftsminister.

Die härtere Linie der neuen Regierung schlägt sich schon auf das Außenministerium durch, dessen Diplomaten aufgrund ihrer internationalen Erfahrung oft gemäßiger und geschmeidiger auftreten. Ahmadinedschad will mindestens 40 Botschafter abberufen, inoffiziell ist sogar von 80

Botschaftern die Rede. Viele von ihnen sollen mit der Opposition sympathisieren oder zumindest Verständnis für sie gezeigt haben. Wie früher der Schah legt auch in der Islamischen Republik das Staatsoberhaupt, also Revolutionsführer Chamenei, die Grundlinien der Außenpolitik fest. Außenminister bleibt der bisherige Amtsinhaber Mottaki.

Die Reihen sind nicht mehr so fest geschlossen; längst nicht mehr alle Mitglieder des konservativen Führungszirkels stehen hinter Ahmadinedschad. Doch in der politischen Gewichtsverteilung innerhalb des Regimes ist auch die Macht Chameneis nicht mehr so groß. Die Revolutionsgarden dominieren und Chamenei ist gezwungen, mit ihnen zusammenzuarbeiten, wenn er nicht seine Stellung riskieren will.

Die Fronten im Land verhärten sich weiter. Iranische Intellektuelle fürchten, dass Revolutionsführer Chamenei eine neue Kulturrevolution angestoßen und indirekt eine Säuberung an den Universitäten angeregt haben könnte. Anfang September kritisierte er nämlich, dass 70 Prozent der Studierenden in sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern eingeschrieben seien. Dort würden sie zu Ketzern ausgebildet, die sich vom Islam entfernten. Parallel dazu installierte die Schulaufsicht in den Schulen Kameras um Jugendliche zu kontrollieren und Proteste im Keim zu ersticken.

Auch in der Oppositionsbewegung zeichnet sich eine Radikalisierung ab. Die Oppositionspolitiker Mussawi und Karrubi werden immer mehr zu Organisatoren einer Bewegung, in der sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass sich mit Institutionen des Staates keine Gespräche führen lassen. Von den radikal gewordenen Oppositionellen können sich Mussawi und Karrubi aber auch nicht mehr distanzieren, da sie Gefahr laufen, dann verhaftet zu werden, wenn sie isoliert erscheinen. Karrubis Zeitung „Etemad-e Melli“ ist verboten, seine Internetseite wird gefiltert und sein Büro wurde von der iranischen Justiz durchsucht und geschlossen. In Dubai aber testen seine Anhänger ein Internetfernsehen, denn das Internet in Iran funktioniert weiter.

Iran ist hinsichtlich seiner Erdöl- und Erdgasvorkommen eine Weltmacht. Ohne die Öleinnahmen wäre die Subventionswirtschaft des wirtschaftspolitisch dilettantischen Mahmud Ahmadinedschad schon längst zusammengebrochen. Die Mullahs sind aber schlechte Wirte des natürlichen Reichtums; die Erschließung der Bodenschätze kommt nicht richtig voran. Weil aber gleichzeitig Energie im hohen Maße verschwendet wird, bleibt für den Export immer weniger übrig. Nach extrapolierten Daten würde der Iran schon ab 2015 genauso viel Erdöl und -gas im eigenen Land verbrauchen wie er produziert. Eine andere Regierung würde darum vielleicht Energie sparen – die Herrscher in Teheran setzen aber auf ihr Nuklearprogramm. Mit allen katastrophalen außenpolitischen Folgen.

Die erst Ende September vom Iran an die IAEA gemeldete, seit 2005 im Bau befindliche geheime Atomanlage zur Urananreicherung bei der Stadt Ghom brüskiert den Westen. Aber es war eine Rechnung des Irans, die nicht aufging. Seit Jahren schon beobachteten Geheimdienste und Experten, dass Iran wesentlich mehr Komponenten für Gasultrazentrifugen einkaufte, als die Atomtechniker in den unterirdischen Hallen der Urananreicherungsanlage von Natans aufstellten. Kann sein, so spekulierte man, dass sie nehmen, was sie kriegen können und die schwer zu beschaffenden Teile für die Maschinen auf Halde legen. Doch näher lag seit jeher der Verdacht, dass Iran noch irgendwo an einer Anlage baut, von der niemand etwas weiß. Diese Vermutung ist mit der Meldung des Iran an die IAEA zur Gewissheit geworden, und damit wächst auch der Verdacht, dass Iran nicht wie behauptet allein zivile Zwecke mit seinem Atomprogramm verfolgt. US-Präsident Barack Obama beschuldigte in einer kurzen Erklärung am Rande des G-20-Gipfels in Pittsburgh Iran nicht nur, den Bau der Atomfabrik über Jahre verschwiegen zu haben, er sagte darüber hinaus, ihre „Größe und Konfiguration“ stehe nicht im Einklang mit einer friedlichen Anwendung. Die Anlage wird in einem unterirdischen Tunnelkomplex auf dem Gelände eines Stützpunktes der Revolutionsgarden nahe der hei-

ligen Stadt Ghom errichtet. Damit soll bereits schon vor vier Jahren begonnen worden sein. Verantwortlich für die Anlage ist aber nicht das Militär, sondern die zivile Atomenergieorganisation des Iran. Die Urananreicherungsanlage soll auf 3000 Zentrifugen ausgelegt sein, allerdings hat die Installation der Maschinen scheinbar noch nicht begonnen. Mit einer Anlage dieser Größe ließe sich pro Jahr genug hochangereichertes Uran für eine Bombe produzieren. Westliche Geheimdienste hatten seit Jahren verdächtige Standorte überwacht. Möglicherweise versuchte der Iran der Satellitenaufklärung zu entgehen, indem es die Anlage in einem Tunnelsystem versteckte. Doch das hat wohl nichts genutzt, denn die USA haben der IAEA in Wien umfangreiches Beweismaterial übergeben. Iran hatte vermutlich festgestellt, dass die Geheimhaltung der Atomanlage durchbrochen worden war. Daraufhin hat das Land Selbstanzeige bei der IAEA erstattet.

Die IAEA hat den Eingang eines Schreibens der Iraner am 21. September bestätigt, in dem die Regierung mitteilt, im Land werde eine „Pilotanlage zur Urananreicherung“ gebaut. Nach Auffassung der IAEA wäre Iran durch sein Überwachungsabkommen mit der Behörde verpflichtet gewesen, den Bau der Anlage zu melden, sobald die Entscheidung zur Errichtung gefallen war. Iran hatte dieser Regelung noch 2003 selbst zugestimmt. Allerdings, nachdem der Atomstreit 2007 an den UN-Sicherheitsrat verwiesen wurde, teilte Iran mit, diese vom Gouverneursrat schon 1992 beschlossene Bestimmung nicht länger zu befolgen. Er werde sich nur an die zuvor geltenden Regeln halten, laut dieser mussten Atomanlagen spätestens 180 Tage, bevor nukleares Material eingebracht wurde, gemeldet werden. IAEA-Generaldirektor Mohamed El Baradei hat dieses Vorgehen immer als rechtswidrig zurückgewiesen.

Nicht bekannt ist bislang, welcher Zentrifugentyp in der nun entdeckten Anlage installiert wird. Iran hat in seiner von der IAEA überwachten Anlage in Natans etwa 9000 IR-1-Zentrifugen installiert. Sie sind letztlich Nachbauten einer vom deutsch-britisch-niederländischen Konsortium

Urenco entwickelten Maschine, deren Pläne der Iran vom pakistanischen Atomschmuggler Abdul Qadir Khan erhalten hat. Iran entwickelt aber leistungsfähigere Zentrifugen mit Rotoren aus Kohlefaser-Verbundwerkstoffen statt Aluminium. Diese Maschinen halten wesentlich höhere Drehzahlen aus und reichern daher Uran viel effektiver an. Um heimlich Uran für ein Waffenprogramm herzustellen, wären sie besser geeignet.

Bei der Entwicklung von Atomwaffen besteht technisch das größte Problem darin, genug spaltbares Material herzustellen. Für die Bombe eignen sich zwei Stoffe: das Plutoniumisotop 239 sowie das Uranisotop 235. Plutonium wird in Reaktoren produziert; Iran errichtet dazu geeignete Anlagen derzeit in Arak. Der andere Weg ist die Urananreicherung. Solange dabei das spaltbare Uran nicht mehr als fünf Prozent ausmacht, bewegt sich das im Bereich des Erlaubten für die Herstellung von Brennstäben für Reaktoren zur Stromerzeugung. Allerdings kann mit derselben Technik der Anteil des Stoffs auf bis zu 90 Prozent erhöht werden – den Anreicherungsgrad, den man für Atomwaffen braucht.

Iran hat der IAEA versichert, sich an diese Grenze zu halten. Die IAEA fordert vom Iran detaillierte Informationen und Zugang zu der Anlage, um die Angaben überprüfen und feststellen zu können, welche Kontrollen erforderlich sind. In Natans und der Urankonversionsanlage Isfahan überwacht die IAEA die Produktion. Damit wird versucht, den Iran daran zu hindern, nukleares Material abzuweigen und es heimlich für Waffen zu verwenden.

Diese Überwachung lässt kaum Lücken, daher musste für militärische Zwecke eine separate Anlage errichtet werden. Zudem können sich die Iraner zum Bau der zweiten, geheimen Anlage entschlossen haben, weil sie einen Angriff auf die bekannten Anlagen befürchten. Die IAEA darf aber nicht nach undeklarierten Einrichtungen suchen. Iran hat das Zusatzprotokoll, das solche Inspektionen erlaubt, zwar unterzeichnet, weigert sich aber, es anzuwenden.

Wer im Mittleren Osten nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist. Ein

alter Spruch, und eine im Oktober (hoffentlich) wieder neu gemachte Erfahrung: Durch die Gespräche am 1. Oktober in Genf ist unerwartet Bewegung in den Atomstreit gekommen. Die neue iranische Urananreicherungsanlage nahe der Stadt Ghom konnte am 25.10.09 beginnend für drei Tage von den Inspektoren der IAEA kontrolliert werden. Vor allem aber haben die Iraner grundsätzlich zugestimmt, Teile des bereits in der bestehenden Anlage Natans niedrig angereicherten Urans zur weiteren Anreicherung ins Ausland zu liefern. Der Vorschlag der Sechsergruppe sieht vor, dass zunächst 1,2 Tonnen niedrig angereichertes Uran nach Reinigung durch ein französisches Unternehmen nach Russland geschafft werden. Dort soll es auf 20% angereichert werden und als Brennstäbe zurück in den Iran kommen. Wenn das Material außer Landes geschafft werden würde, wäre ein großer Grund für die Sorgen beseitigt. Das heißt, die tickende Uhr, von der so lange geredet wurde, wäre ein ganzes Stück zurückgedreht. Somit ist die Verschärfung der Sanktionen gegen Iran zunächst einmal vom Tisch. Auch die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung – insbesondere Israel hat mit einem Militärschlag gedroht – ist nun stark gesunken.

Dennoch bleibt Vorsicht angezeigt. Es herrscht Skepsis, dass auch alles umgesetzt wird, was vereinbart wurde. Ob es denn tatsächlich zu einer grundsätzlichen Auslagerung der iranischen Urananreicherung ins Ausland kommt. Bislang besteht Iran allerdings auf einem eigenen Atomkreislauf. Aber es gibt auch Zweifel gegenüber den immer wieder vortragenen Glaubenbekenntnissen, das derzeitige iranische Regime sei grundsätzlich nicht verhandlungsfähig.

In der internationalen Politik haben Autokratien einen wichtigen Wettbewerbsvorteil: Sie können einen Kurs über Jahre, manchmal Jahrzehnte beharrlich verfolgen, weil Diktatoren sich nicht abwählen lassen und niemandem Rechenschaft ablegen. Der Iran und sein Revolutionsführer Ali Chamenei haben diesen Vorteil mit großem Geschick genutzt. Seit sieben Jahren weiß die Welt nun schon

vom Atomprogramm des Iran, das er lange im Geheimen betrieben hatte. Das sind sieben Jahre, in denen die Mullahs stetig auf dem Weg zur Bombe vorangeschritten sind, so dass sie nun kurz vor jener „break out“ genannten Schwelle stehen, an der sie genug angereichertes Uran und Know-how zum Bau einer Bombe haben.

In dieser Zeit hat Teheran mehrere Abkommen gebrochen und mehrfach dreist gelogen. Die Welt wurde mit immer neuen „fait accomplis“ konfrontiert – und hat die eigenen Forderungen dennoch ständig nach unten geschraubt. Man war angetreten mit der Bedingung, dass Teheran vor Verhandlungen auf jede weitere Urananreicherung verzichten müsse. Vor den Beratungen im Oktober in Genf war man schon zufrieden, wenn die Iraner ernsthafte Verhandlungsbereitschaft zeigen würden. Der Iran wird immer versuchen, gerade so viel Gesprächsbereitschaft zu zeigen, dass er keine ernsthaften Zugeständnisse machen muss, aber dennoch neue Sanktionen verhindert. Auf dieses seit sieben Jahren bekannte Muster sollte man nicht mehr hereinfallen.

Iran bleibt aufgefordert, Klarheit in sein Atomprogramm zu bringen. Tut er das nicht, dann drohen weitere Maßnahmen der Internationalen Staatengemeinschaft. Der Dezember wurde von den Westmächten bereits als möglicher Zeitpunkt für eine neue Sanktionsrunde angekündigt, falls Iran bis dahin nicht liefert.

Nordkorea

Kniefall oder vorsichtige Annäherung – Amerika ist sich nicht recht einig, wie es die Mission des Ex-Präsidenten Clinton Anfang August in Nordkorea bewerten soll. Ins Spiel für diese heiße Mission gebracht hatte Clinton wohl sein einstiger Vize Al Gore.

In Pjöngjang allerdings wird die Vermittlung von Bill Clinton, die zur Freilassung zweier US-Journalistinnen führte, als klarer Erfolg der nordkoreanischen Führung dargestellt. Einen leibhaftigen amerikanischen Ex-Präsidenten als Bittsteller empfangen zu können, ist ein schönes Gefühl für das Regime. Das Treffen hat den unter den Bürgern wenig geschätzten Staatsschef Kim Jong Il aufgewertet und vor

aller Welt das Ende der internationalen Isolierung des Landes bekundet. Clinton war Nordkoreas erste Wahl, da während seiner Präsidentschaft das Verhältnis beider Länder vergleichsweise entspannt war.

Aber kann die Clinton-Reise eine neue Ära der Entspannung einleiten? Ist ein Ende des bösen Spiels in Sicht, mit dem Kim und seine Generale jahrelang mit immer neuen Manövern, Drohungen, mit Atom- und Raketentests die Nachbarn in Angst und Schrecken versetzten, um internationale Wirtschaftshilfen für ihr verarmtes Land zu erpressen? Das Weiße Haus dementiert eisern alle Spekulationen, dass Clinton ein Angebot Obamas im Reisekoffer hatte. Doch mit ganz leeren Händen wird Clinton nicht nach Pjöngjang gereist sein. Es ist nicht bekannt, was Clinton seinem Gastgeber als Gegenleistung für die Freilassung der beiden Journalistinnen überbracht hat. Mit Sicherheit ließ sich der nicht gerade für seine Bescheidenheit bekannte Kim seine Geste teuer bezahlen. Die Wunschliste dürfte lang gewesen sein. Er brauchte Lebensmittel und Öl, ebenso sehr die Möglichkeit, Gelder über ausländische Banken transferieren zu können.

Allein die Zusammensetzung der Delegation ließ das hohe Interesse des Weißen Hauses an der angeblich strikt „privaten“ Reise durchscheinen. Mit an Bord war etwa John Podesta, Clintons früherer Stabschef und Obamas wichtigster Mann bei der Auswahl seiner Regierungsmannschaft. Auch Obama kann mit der Mission seines indirekten Vorgängers zufrieden sein. Ein neuer Kontakt zum Regime in Pjöngjang ist geknüpft, ohne dass Obama sich nach außen einen Schritt bewegen musste. Sollte der Besuch schließlich dazu verhelfen, dass die Diplomaten der USA und Nordkoreas an den Verhandlungstisch zurückkehren, wäre das ein Fortschritt. Aber wie sollte das funktionieren?

Die Regierung in Pjöngjang hatte erklärt, dass sie nur direkt und auf Augenhöhe mit den USA sprechen will, die Pekinger Sechsergespräche hält sie für sinnlos. Das Ziel Kim Jong Ils scheint zu sein: Er will Sicherheitsgarantien, diplomatische Aner-

kennung, Wirtschaftshilfen – ohne eine politische Öffnung.

Die Regierung von Präsident Obama will jedoch nicht in die Falle der Nordkoreaner tappen, Zugeständnisse zu machen und letztlich nichts dafür zu erhalten. Washington besteht auf Vorleistungen Pjöngjangs. Das Weiße Haus will zudem sicherstellen, dass Nordkorea nicht nur seine Reaktoren, Zentrifugen und Atombomben einmottet, sondern auch daran gehindert wird, Nukleartechnik im Ausland zu verschern.

Das Dilemma: Nordkoreas Nachbar China und die USA sind nicht über ihre Ziele einig. Das nutzt das Regime geschickt aus. China ist daran interessiert, die Diktatur zu erhalten, etwas weniger grausam, flexibler, wirtschaftlich liberaler. Südkoreaner und Amerikaner hoffen hingegen auf einen möglichst glimpflichen Zusammenbruch. Ein wiedervereinigtes Korea würde sich unter den militärischen Schutzschirm der USA stellen und so den Einfluss der künftigen Weltmacht China in Ostasien in Grenzen halten. Das wiederum ist für Peking ein Alptraum. Deshalb verweigert es sich, mit den Amerikanern über Zukunftsszenarien zu reden. Für das Kim-Regime ist dies die beste Ermunterung, weiter zu machen wie bisher.

Nordkorea ist nach dem zweiten Atomwaffentest im Frühjahr und den folgenden Raketenabschüssen gefährlicher als es vorher war. Neben den Waffenfähigkeiten wurde der auch vor Irrationalem nicht zurückschreckende Charakter des Regimes noch deutlicher. Die unausgesetzten Provokationen könnten zudem etwas in Gang bringen, was einige schon seit Jahren befürchten. In Südkorea, das von nordkoreanischen Raketen unmittelbar bedroht ist, wird der Ruf nach eigener Abschreckungsfähigkeit, also nach einer Atombombe, laut. Man kann sich ausrechnen, wie Japan darauf reagieren würde, zudem mögliche Proliferation auch nach Myanmar möglich scheint.

Beim Treffen der ASEAN-Staaten in Thailand, wo die De-Nuklearisierung von Nordkorea auf der Agenda stand, wurden besorgniserregende Entwicklungen diskutiert, nämlich die Annahme, dass Nordkorea Nukleartechnologie an Myanmar lie-

fern könnte. Offensichtlich gab es Erkenntnisse, dass die Generäle in Myanmar nukleare Fähigkeiten erwerben wollen und dabei im Rahmen einer sich ausweitenden militärischen Zusammenarbeit auf einen Transfer aus Nordkorea bauen. Die burmesische Junta ist bekannt dafür, dass sie das UN-Embargo missachtet und in letzter Zeit auch Raketentechnologie von Nordkorea erworben hat. Reisen der burmesischen Führung nach Nordkorea wurden in 2009 auffallend häufig registriert. Auch die vermehrte Anwesenheit von Nordkoreanern in Myanmar beflügelt die Proliferationsängste. Das wirtschaftlich schwankende Nordkorea hatte bei seinen nuklearen Lieferungen in der Vergangenheit, z.B. an Syrien auch keine Skrupel, so Einkommen zu generieren. Nachweislich hat Nordkorea Myanmar bei der konventionellen Aufrüstung und dem Ausbau seines unterirdischen Bunkersystems geholfen.

Im Spätsommer war es wohl doch allzu einsam in dem Schmollwinkel, in den Nordkorea sich gegenüber Südkorea zurückgezogen hatte. Das Regime in Pjöngjang wollte die demokratische Wahlentscheidung der Landsleute im Süden für den Unternehmer Lee Myung Bak einfach nicht akzeptieren. Aber Lee ist Präsident, und er wird es noch einige Jahre sein. Zwar hat er Nordkorea, wie erwartet, nicht zu Zugeständnissen beim Atomprogramm bewegen können. Aber die Strategie der Abschottung, die der Norden versuchte, hat das abgewirtschaftete Land nur noch tiefer in die Krise geführt. Deshalb waren die Trauerfeiern für den Friedensnobelpreisträger und Ex-Präsidenten Kim Dae Jung für beide Seiten ein gesichtswahrender Anlass, die Kontakte wieder aufzunehmen.

Die im September erstmals seit fast zwei Jahren wieder vereinbarte Zusammenführung von 200 Familien, die der Krieg auf der Halbinsel vor Jahrzehnten trennte sowie der erstmals seit Monaten wieder aufgenommene regelmäßige Grenzverkehr zu ihrem gemeinsamen Industriepark Kaesong - Pöngjang hatte den Grenzverkehr seit Dezember 2008 drastisch eingeschränkt sind weitere Zeichen für eine Entspannung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten.

Große Hoffnungen sollte man freilich mit der zarten Entspannung nicht verbinden. Über kurz oder lang wird die zentrale Frage nämlich wieder lauten: Ist Nordkorea bereit, als Gegenleistung für Wirtschaftshilfe seinen stalinistischen Käfig etwas zu öffnen? Vermutlich wird es das nicht tun. Dann zeigt sich, wie ernst es Lee Myung Bak mit seiner Politik „Leistung nur gegen Gegenleistung“ ist.

Andere

Nach mehr als 20jähriger Entwicklungszeit hat **Indien** das erste eigene Atom-U-Boot vom Stapel gelassen. Premier Manmohan Singh übergab die 112m lange „JNS Arihant“ an die Marine. Damit verfügt die Atommacht erstmals über die Möglichkeit, auch von See aus Kurzstreckenraketen abzufeuern, mit Nuklearsprengköpfen bestückt sind. Zwei weitere Boote dieser Klasse sollen gebaut werden. Zudem soll ein Leasingvertrag mit Russland über zwei U-Bote der Klasse „Akula II“ noch in 2009 geschlossen werden. Bisher hatten nur die offiziellen Atommächte im UN-Sicherheitsrat Atom-U-Boote entwickelt.

Indien und **Pakistan** stocken ihre nuklearen Arsenale weiter auf. Weil dieses Vorgehen der Entwicklung bei der Masse der anderen Staaten, die auf nukleare Abrüstung setzen, entgegenläuft, beschleunigt sich das Tempo. Denn Pakistan und Indien fürchten das Heraufziehen von internationalen Abrüstungsvereinbarungen, die ihre nukleare Rüstung beschränken könnte. Bevor das „Unvermeidliche“ eintritt, wollen Sie ihr Atomwaffenprogramm so weit wie möglich vorantreiben.

Pakistan produziert bombenfähiges Spaltmaterial in Zentrifugen im Khuta-Labor. Hinzu kommen drei Reaktoren am Standort Khushab, die Plutonium erzeugen. Die Zahl der Atomwaffen in Pakistan hat sich in 10 Jahren von 50 Stück auf 100 Stück verdoppelt. Islamabad hat die Versuche der Genfer Abrüstungskonferenz, die Produktion spaltbaren Materials zu begrenzen, bisher erfolgreich blockiert. Begründung: Seine nukleare Rüstung sei wegen der international vorhandenen Kernwaffenarsenale erforderlich. Hinter dieser vagen An-

deutung steht die Furcht vor der atomaren Rüstung des Erzfeindes Indien. Ein Berufungsgericht in Pakistan hebt fast alle noch bestehenden Beschränkungen gegen den Atomwissenschaftler Abdul Qadir Khan auf. Er muss aber Reisen und Besuche genehmigen lassen und wird vom Geheimdienst überwacht. Der als „Vater der islamischen Bombe“ bekannte Khan hatte Technik zum Bau von Atomwaffen zumindest an Iran, Libyen und Nordkorea verkauft. Pakistan hatte ihm nach seinem Geständnis 2004 zwar keinen Prozess gemacht, ihn aber u.a. unter Hausarrest gestellt und mit einer Kontaktsperre belegt.

Die zunehmende Kooperation **Birmas** (Myanmar) mit Nordkorea macht der internationalen Gemeinschaft große Sorgen. Ein vor der Küste abgefangenes nordkoreanisches Schiff mit zweifelhafter Ladung, Fotografien von einem mysteriösen Tunnelsystem im Land sowie ein geheimes Treffen der Militärjunta mit Pjöngjang lassen weltweit die Alarmglocken schrillen. Möglich, dass das isolierte südostasiatische Land mithilfe Nordkoreas seinerseits ein Atomprogramm plant.

Der Uran-Produzent **Südafrika** will den Aufbau einer exportfähigen Atomindustrie vorantreiben. Ziel seien nukleare Einrichtungen, die mit Blick auf den Export Weltklasse seien.

Im März schon hatte Südafrika in einem Minireaktor eigenen Nuklear-Brennstoff produziert und dabei eine in Deutschland aufgegebene Technologie angewandt.

Die **USA** erwägen den Verzicht auf eine US-Raketenabwehr in Polen und Tschechien. Noch vor dem Treffen Präsident Obamas mit dem Kremlchef Dmitri Medwedew am Rande der UN-Vollversammlung in New York Ende September wäre damit ein zentraler Konflikt zwischen Moskau und Washington beseitigt. Allerdings drohen Differenzen mit den Regierungen in Warschau und Prag, die sich für die Aufstellung der Raketen ausgesprochen haben.

Die USA bekräftigen, direkte Gespräche mit Nordkorea und Iran führen zu wollen. Solche Gespräche seien ohne Vorbedingungen möglich. Mit einer bilateralen Begegnung würden die USA von dem Prinzip abrücken, die Kontroverse im Atomstreit nur im Rahmen der Sechser-Gruppe zu verhandeln. Obama löst damit ein Wahlkampfversprechen ein. Präsident Obama hält gegen Widerstände an seiner Haltung fest, dass „direkte Diplomatie“ Früchte bringen könnte.

Jordanien will in der Nähe der der Hafenstadt Aqaba am Roten Meer ein Atomkraftwerk bauen. Die Regierung des Königreiches unterzeichnet

einen entsprechenden Vertrag mit einem französisch-belgischen Unternehmen.

Zahlreiche **arabische Staaten** planen den Bau von Atomkraftwerken. Unter ihnen sind die reichen Ölförderländer am Golf, aber auch das arme Jemen. Mit den Atomkraftwerken könnten auch die Voraussetzungen für militärisch nutzbare Atomprogramme entstehen, da arabische Staaten über das iranische Atomprogramm sehr beunruhigt sind.

Yukiya Amano wird zum neuen Chef der **Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA)** gewählt. Die Generalkonferenz der UN-Behörde bestimmte den 62-jährigen bei ihrer Sitzung in Wien zum Nachfolger von Generaldirektor Mohammed el Baradei, der für seine Arbeit 2005 den Friedensnobelpreis bekommen hatte. Er war zwölf Jahre im Amt und wird ab Dezember für Amano Platz machen.

Der **UN-Sicherheitsrat** unter Sitzungsleitung von US-Präsident Obama stimmt einstimmig einer Resolution zu, die die Verschrottung aller Atomwaffen fordert. Obama hat wiederholt für eine Welt ohne Atomwaffen geworben. In der Resolution werden zudem verstärkte Anstrengungen zur Nichtverbreitung von Nuklearwaffen gefordert. □

Koalitionsvertrag und Forderungen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

VON KLAUS LIEBETANZ

In der Zeit vom 26. bis 27. Juni 2009 haben die GKS-Ausschüsse „Sicherheit und Frieden“ und „Innere Führung“ in einem Positionspapier (AUFTRAG 275, S. 5) Erwartungen an die künftige Bundesregierung formuliert. Im Koalitionsvertrag vom 26.10.2009 sind wesentliche Forderungen der GKS, die sie teilweise seit 2004 gestellt hat, berücksichtigt worden.

Berücksichtigte Forderungen der GKS

1. Maßnahmen der Gewaltprävention im Vorfeld einer Krise sind vorrangig zu beachten.

Koalitionsvertrag:

„Bei der internationalen Krisenprävention und -bewältigung stehen bei uns politische und diplomatische Bemühungen an erster Stelle, den-

noch wächst die Bedeutung des Einsatzes ziviler Kräfte von Polizei und Justiz. Wir müssen gemeinsam mit unsern Partnern darauf vorbereitet sein, mit diesen Mitteln krisenhaften Entwicklungen frühzeitig entgegenzusteuern und bei Ausbruch von Krisen schnell und verlässlich zu handeln.“ (Ziffer 5737-5742)

2. Der militärische Einsatz soll ein Beitrag zur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Koalitionsvertrag:

„Wir werden unsere Strategie der Übergabe in Verantwortung entscheiden voran bringen und deshalb unsere Anstrengungen unter anderem bei der Europäischen Polizeieinsatzmission EUPOL, beim nachhaltigen Aufbau und bei

der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte deutlich verstärken.“ (Ziffer 5710-5713)

3. Einem Auslandseinsatz muss ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept zu Grunde liegen.

Koalitionsvertrag:

„Wir bekennen uns zum Ansatz der Vernetzten Sicherheitspolitik. Dies erfordert moderne und leistungsfähige Streitkräfte und geeignete zivile Instrumente zur internationalen Konfliktvorsorge und -bewältigung sowie eine noch engere Integration und Koordinierung. In künftige Mandate für Einsätze im Ausland werden wir konkrete Benennungen der zu leistenden Aufgaben sowie deren Zuteilung auf die verantwortlichen Ressorts aufnehmen.“ (Ziffer 5750-5755)

4. Die Dauer militärischer Einsätze sollte auf der Grundlage realistischer Ziele fortlaufend überprüft werden.

Koalitionsvertrag:

„Je früher die afghanische Regierung im Land selbst Sicherheit gewährleisten kann, desto früher können wir in Abstimmung mit unsern Partnern den schrittweisen Abzug beginnen.“ (Ziffer 5708-5710)

„Wir wollen die ressortübergreifenden Anstrengungen der Bundesregierung bündeln und das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung mit konkreten Vorgaben umsetzen. Für die Abstimmung mit unsern internationalen Partnern wird die Bundesregierung auf Vorschlag des Auswärtigen Amtes und in Abstimmung mit allen betroffenen Ressorts einen Sonderbotschafter ernennen. Dieser berichtet den für Afghanistan im Konzept der Vernetzten Sicherheit verantwortlichen Bundesministern, die gemeinsamen einen Kabinettsausschuss bilden.“ (Ziffer 5721-5727)

5. Ausbildung aller am Friedensprozess beteiligten Kräfte über die Kenntnisse und Vorgehensweise der jeweils anderen Friedensakteure, um alle Fähigkeiten auf das gemeinsame Ziel hin bündeln zu können.

Koalitionsvertrag:

„Schließlich werden wir die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) und die

Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) verstärkt nutzen, um Führungskräfte von Bund und Ländern sowie der Wirtschaft, Wissenschaft und Medien weiterzubilden und die Prinzipien der Vernetzten Sicherheitspolitik kontinuierlich weiterzuentwickeln.“ (Ziffer 5784-5788)

6. Volle Beibehaltung der Inneren Führung auch im Auslandseinsatz.

Koalitionsvertrag:

„Die Bundesregierung bekennt sich zur Inneren Führung und zum Leitbild vom Staatsbürger in Uniform. Unsere Soldatinnen und Soldaten müssen sich auf den Rückhalt in der Gesellschaft verlassen können. Ihre Leistungen für die Sicherheit unseres Landes gebührt hohe Anerkennung.“ (Ziffer 5811-5814)

7. Fürsorgepflicht für die Soldaten und deren Familien. Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Koalitionsvertrag:

„Unsere Fürsorgepflicht gilt in besonderem Maße den in Ausübung ihres Dienstes zu Schaden Gekommenen und ihren Familien. Für in Folge belastender Ereignisse traumatisierte Soldatinnen und Soldaten wird die Errichtung eines Trauma-Zentrums mit Priorität verfolgt. Zudem verständigten sich die Koalitionspartner vor dem Hintergrund des demografischen Wandels darauf, mit Blick auf die personelle Einsatzfähigkeit ein Maßnahmenpaket zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr bis Ende 2010 vorzulegen. Es wird sich hierbei u.a. um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Dienst, die Schaffung von Kinderbe-

treuungsmöglichkeiten, die Reduzierung der Versetzungshäufigkeit und die zügige Fortführung der Modernisierung „Kasernen-West“ handeln. Darüber hinaus gehende Änderungen, wie Schaffung eines neuen Laufbahnrechts, werden realisiert.

Wir schaffen eine zentrale Zuständigkeit der Justiz für die Verfolgung von Straftaten von Soldaten, die diesen in Ausübung ihres Dienstes im Ausland vorgeworfen werden.“ (Ziffer 5816-5834)

Abschließende Bemerkungen und Schlussfolgerungen

Der Koalitionsvertrag ist das wichtigste und folgenreichste Dokument einer Legislaturperiode. Er bildet die Arbeitsgrundlage der Koalitionspartner, über deren Einhaltung die Koalitionäre erfahrungsgemäß eifrig wachen. Erfreulich ist, dass nunmehr alle Forderungen, die schon im November 2004 in der Erklärung der GKS zu Friedenseinsätzen deutscher Kräfte „Der Friede ist möglich!“ (AUFTRAG 257, S. 69) zum Ausdruck gebracht wurden, in die zukünftige Arbeit der Koalition erklärtermaßen eingehen werden. Dies zeigt, dass die durchgeführten Politikergespräche, die Veröffentlichungen und Erklärungen der GKS genauso wie das persönliche Anschreiben an unsere Bundestagsabgeordneten letztendlich doch Wirkung zeigen. Gleichwohl gebietet die politische Erfahrung und menschliche Klugheit, dass die GKS-Ausschüsse „Sicherheit und Frieden“ und „Innere Führung“ ein sorgfältiges Monitoring der geplanten Maßnahmen durchführen. □

Nuklearwaffen greifen das Leben auf dem Planeten an

Überholte Militärdoktrinen, die das atomare Wettrüsten zur Zeit des Kalten Kriegs förderten, sind laut Erzbischof Dominique Mamberti nach immer wirksam. Der vatikanische Sekretär für die Beziehung mit den Staaten und damit „Außenminister des Vatikans“ forderte am 24. September beim UN-Sicherheitsrat „den Zeitpunkt zu nützen“, um eine Welt frei von Atomwaffen zu erreichen.

Atomwaffen seien von ihrer Natur her schädlich und ihr Einsatz völlig abwegig. Die Welt von heute verlange mutige politische Leitung, um das Vorhandensein von Nuklearwaffen auf Null zu reduzieren. „Um das zu erreichen, brauchen Staaten Vertrauen und Sicherheit. Zonen, die frei von Nuklearwaffen sind, sind das beste Beispiel für Vertrauen, Zuversicht und die Bekräftigung, dass Friede und Sicherheit ohne den Besitz von Nuklearwaffen möglich sind.“ (ZENIT)

Einheit suchen – Vielfalt wahren

Ost und West im ökumenischen Gespräch

VON HEINRICH DORNDORF

Vom 3. bis 5. September 2009 fand in Freising auf dem Domberg der 13. Internationale Kongress Renovabis statt. Das Thema „Einheit suchen – Vielfalt wahren“ kann man im Widerspruch zu Joh. 17,2: „Alle sollen eins sein“ sehen. Ca. 400 Teilnehmer aus 30 Ländern fanden sich ein, um in diesem Jahr das vereinende und trennende aus katholischer und orthodoxer Sicht zu erfahren, zu diskutieren und zu erleben. „Verschiedene Christen berufen sich alle auf Christus, aber in unterschiedlicher Art und Weise“ formulierte es Bischof Dr. Gerhard Feige Magdeburg zur Eröffnung des Kongresses.

Unterschiede der Kirchen und Bedeutung der Ostkirchen

Unterschiede bestünden nicht im Verständnis der Sakramente, sondern eher in der Durchführung wie z.B. den Fragen der wiederverheirateten Geschiedenen und der Abtreibungen. Hier habe die orthodoxe Kirche eine andere Meinung als die katholische Kirche. Für einen Orthodoxen hingegen sei es erstaunlich, dass Protestanten und Katholiken in Deutschland eher zusammen kommen könnten als die verschiedenen orthodoxen Kirchen im Osten. Erzbischof Joseph, Metropolit von West- und Südeuropa brachte es mit einem Satz auf den Punkt: „Die griechisch unierte Kirche mit Rom und die orthodoxe Kirche sind wie Brüder, sie lieben sich, aber sie hassen sich auch, doch beide haben das gleiche Evangelium“.

In seinem Referat „Europa atmet mit zwei Lungenflügeln. Die Bedeutung der Ostkirchen für Europa“, ging Walter Kardinal Kasper, der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, zunächst auf den vor 70 Jahren begonnenen 2. Weltkrieg und den Fall der Mauer vor 20 Jahren ein. Diese beiden Daten prägten das Gesicht des heutigen Europas. So bestimmten zunächst Vorurteile den Ost-West Dialog, führte er aus. Der Osten spreche vom gottlosen Westen, der Westen vom rückständigen Osten, insbesondere in Fragen der Liturgie, bemerkte Kardinal Kasper. Es sei festzustellen, dass ein religiöser Austausch stärker von Ost nach West geschehen würde als umgekehrt, da

das religiöse Empfinden und Leben im Osten stärker ausgeprägt sei als im Westen.

Das Jahr 1054 stehe für die Entfremdung zwischen Ost und West, die eigentliche Trennung aber sei die Eroberung und Verwüstung Konstantinopels während des vierten Kreuzzuges 1204 gewesen. So hätten Ost und West seit dieser Zeit das Christentum unterschiedlich geprägt. Die Kirchenspaltung zwischen Ost und West sei jedoch grundlegend anders zu bewerten als die der Reformation im 16. Jahrhundert. Besonders im Verständnis des Primats des Papstes hätten sich Unterschiede ausgebildet.

Die bis 1989 verfolgten katholischen Ostkirchen konnten aus dem Untergrund hervor kommen, jedoch seien bei den Orthodoxen Ängste wachgeworden in Bezug auf Proselytismus (Konfessionswechsel). Die orthodoxen Kirchen seien seit dem Fall des eisernen Vorhangs keine reinen Ostkirchen mehr, sie seien auch in Westeuropa, den USA, in Kanada und in Australien ansässig und pflegten gute Kontakte mit der katholischen Kirche vor Ort.

Die Geschichte der Trennung umfasse die letzten 1000 Jahre und ließe sich nicht von heute auf morgen umschreiben. Doch die Ökumene seit dem zweiten Vatikanum habe einen Versöhnungsprozess eingeleitet. „Wir können nur hoffen, dass die Versöhnung nicht ebenso lange dauert wie die vorhergehende Entfremdung“, so Kardinal Kasper. Andererseits solle man sich keine großen Hoffnungen auf eine volle Kirchengemeinschaft

zwischen Rom, Konstantinopel und Moskau machen.

Chancen und Problemfelder

Der Theologe Dr. Johannes Oelde-mann vom Johann-Adam-Möller-Institut für Ökumene, Paderborn, sprach über Chancen und Problemfelder im orthodoxen – katholischen Dialog. Es müsse zunächst einmal die Vielfalt wahrgenommen werden. Weiter führte er aus, dass man kann nicht einfach von der Orthodoxie sprechen könne, denn sie gliedere sich vielfältig z.B. in die Assyrische Kirche des Ostens mit dem ostsyrischen Ritus (Irak, Iran, Nordamerika), in die orientalisch-orthodoxen mit ihrer eigenen Kirchenfamilie (Kopten, Syrer, Armenier, Äthiopier, Eritreer) und die Gruppen der orthodoxen Christen mit ihrem byzantinischen Ritus (Griechenland, Russland, Ukraine, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Georgien; siehe dazu die Serie „Das christliche Erbe Ägyptens“, AUFTRAG 265, 266 und 268). Aber auch auf katholischer Seite gebe es Unterschiede zwischen der römisch-katholischen Kirche und den mit Rom unierten Kirchen mit ihren unterschiedlichen Riten.

Der Theologe fuhr fort: „Wo liegen nun die Problemfelder im orthodoxen katholischen Dialog?“ Nach Oelde-mann zunächst im Primat und Synodalität. Orthodoxe würden teilweise das Primat des Papstes anerkennen. In der katholischen Kirche gebe es zwar die synodale Beratung, aber mit Ausnahme der katholischen Ostkirchen kaum synodale Beschlussfassungen. Primat und Synodalität stellten

eine Herausforderung dar. „Für den ökumenischen Dialog mit der Orthodoxie wäre es von Vorteil, die Autorität der katholischen Patriarchen und Großerbischöfe sowie ihrer Synoden zu stärken“, führte Oeldemann aus.

Ein weiteres Problemfeld im Dialog sei das Verhältnis von Staat und Kirche bzw. zwischen Nationalität und Christentum. Gerade in den traditionell geprägten orthodoxen Ländern gebe es quasi eine Landeskirche, ähnlich wie die enge Verbindung auf katholischer Seite in Polen und Spanien.

War es auf katholischer Seite das Zweite Vatikanische Konzil, das Fragen zur Reform und Kontinuität gestellt habe, so stehe die orthodoxe Kirche weiterhin als Hüter in der Tra-

ten von Nöten, denn die Einheit war nie vollständig bis zu den Wurzeln abgebrochen gewesen, jedoch müssten neue Triebe entwickelt werden. Wenn wir die Vielfalt wahrnehmen und achten würden, könnte die Suche nach Einheit gelingen.

Ökumene aus Sicht des Ostens

Prof. Dr. Borys Gudziak, Rektor der Ukrainischen Katholischen Universität in Lwiw, wies auf die Schwierigkeiten der orthodoxen und der griechisch-katholischen Gemeinden in der Ukraine vor 1989 hin, mahnte aber die Einheit an. „Seit 1990 haben wir in der Ukraine die Freiheit, doch vergessen wird schnell was vorher war. Es gibt noch die To-

eine Pilgerfahrt, Pilgerwanderung von Katholiken und Orthodoxen organisieren mit Bischöfen und Kardinälen, um zu der Erkenntnis zu gelangen, welche Strukturen der Herr für uns vorgesehen hat“, führte der Rektor aus.

Prof. Dr. Konstantin Sigov, Professor an der Mohyla-Akademie und Direktor des St.-Clemens-Zentrum in Kiew, sieht in der Ökumene 3 Phasen: Hoffnung auf eine zukünftige Zusammenarbeit, Durchführung der Zusammenarbeit und die Erinnerung. Im St.-Clemens-Zentrum sei die Bibliothek Clementina geschaffen worden. Hier werde die Entwicklung der orthodoxen und katholischen Kirche erforscht. Ziel sei es, die Einheit zu fördern und der Vertrieb von ökumenischen Handbüchern. Prof. Sigov: „Beide Lungenflügel sollen wieder gemeinsam atmen. Die Mauern, die uns trennen, reichen nicht bis in den Himmel“.

Bischof Serafin von der weißrussischen orthodoxen Kirche Bobrjsk, setzte sich mit den Herausforderungen des Pluralismus aus orthodoxer Sicht auseinander, denn die orthodoxe Kirche hätte die ersten Jahrhunderte nicht in einer pluralistischen Gesellschaft gelebt. Dies hätte sich erst im Laufe des 20. Jahrhunderts geändert. „Jetzt müssen die Orthodoxen sich anstrengen und mit einer Situation, die unserer historischen, geistlichen und kulturellen Erfahrung fremd ist, umzugehen lernen“, schloss der Vortragende seine Rede.

Bischof Dr. Gerhard Müller aus Regensburg sprach in seinem Vortrag ebenfalls über die Herausforderung des Pluralismus aus Sicht der katholischen Kirche. Er sagte, dass der innere Kern der Menschenrechte die Religionsfreiheit sei, gemäß seinem Gewissen. Daraus ergebe sich eine Pluralität, die eine staatliche Neutralität bedeuten würde. Eine Zivilreligion könne nicht vom Staat verordnet werden. Pluralismus als Ideologie sei abzulehnen.

In einer Diskussionsrunde wurde betont, dass es in der christlichen Soziallehre keinen Unterschied zwischen der katholischen und orthodoxen Kirche gebe. So brachte es der Kiewer Weihbischof Dr. Bogdan Dzyurakh auf den kleinsten gemein-



Auf dem Bild von links Dr. Achimescu aus Rumänien, Dr. Anna Briskina-Müller, Halle, Erzbischof Joseph, Metropolit der rumänisch-orthodoxen Metropole, Msgr. Aldo Giordano, Straßburg und Walter Kardinal Kasper.

dition da. Hieraus würden aber auch Chancen erwachsen. „Eine Tradition, die sich nicht verändert, erstarrt. Ein Glaube, der sich nicht dem jeweiligen historischen Kontext anpasst, stirbt. Viele orthodoxe Theologen des 20. Jahrhunderts sprechen von der ‚lebendigen Tradition‘ der Kirche, die aber nur dann lebendig bleibt, wenn sie offen ist für Veränderungen“, so Oeldemann. Lebendige Tradition könne es nur geben, wenn sie zukunftsorientiert offen sei.

„Doch wie kommen wir zur Einheit?“ fragte der Theologe weiter. Wir bräuchten keine strukturelle, sondern eine gelebte Einheit. Beide Kirchen hätten ihre Bischöfe, Theologen und die Gläubigen. Daher seien persönliche Begegnungen und Partnerschaft-

iletten auf dem Hof, aber schon die Salatschüssel im Haus.“ 1941 hätte es noch 4 von 130 Bischöfen gegeben, von 50.000 Geistlichen seien 40.000 umgebracht worden. Diese Art von Gewalt hinterlasse Narben. Er fuhr fort, die neue Freiheit würde in der Ukraine bedeuten: Spannungen abbauen zwischen Polen, Russen und Ukrainern. Es gebe 11.000 Gemeinden, die zum Moskauer Patriarchat gehören, 4.000 griechisch-katholische Gemeinden, ca. 1.000 polnisch-katholische Gemeinden. Probleme gebe es beim Kommunioneempfang. „Petrus und Paulus haben schon gestritten, so sind Zuständigkeiten und Kompetenzen vielleicht noch hinderlich, aber wir sind eins. Vielleicht kann Renovabis mal

samen Nenner: „Wenn wir nicht gemeinsam Eucharistie feiern können, dann können wir doch gemeinsam beten. Wenn wir auch das nicht können – dann können wir wenigstens gemeinsam Kaffee trinken. Wir dürfen nur nicht nichts machen“.

Religiosität in Russland, war Thema eines Arbeitskreises. Nach jahrelanger Unterdrückung ist die orthodoxe Kirche wieder erstarkt. Doch es herrscht eine große Diskrepanz zwischen den Taufscheinchristen und praktizierenden Gläubigen. Es gab zwar einen religiösen Aufbruch nach dem Ende der SU, aber von 73% der Orthodoxen glauben nur 4% an die Existenz Gottes. So ist die Taufe das häufigste Sakrament, das Sakrament

der Ehe kommt deutlich weniger vor (90% leben in nicht kirchlich geschlossenen Ehen).

In Bezug auf den Wehrdienst hat es für die Priesteramtskandidaten einen ständigen Wechsel gegeben. Brauchten nach der Wende orthodoxe und katholische Kandidaten keinen Wehrdienst zu leisten, so wurde es bald geändert, d.h. Wehrdienst für alle. Eine Änderung dieser Regel ist mittlerweile wieder im Gange.

In seinem Schlusswort befand Pater Dietger Demuth, Congregatio Sanctissimi Redemptoris (CSsR), Hauptgeschäftsführer von Renovabis, dass das Thema des Kongresses: „Einheit suchen – Vielfalt wahren“, nicht nur theoretisch sondern prak-

tisch besprochen wurde. Die Migration ginge hauptsächlich von Ost nach West, wäre es nicht gut, wenn Christen auch nach Ost aufbrächen? War die Einheit der Christen eigentlich nie ganz zerbrochen, so müsse sie doch weiterhin gefördert werden. Krisen habe es immer gegeben. „Hatten wir im 1. Jahrtausend die Einheit, so ist sie im 2. Jahrtausend zerbrochen. Vielleicht kommt sie im 3. Jahrtausend wieder, aber wir können sie nicht erzwingen“, schloss Pater Demuth. Am Rande der Tagung hatten Vertreter der unterschiedlichen orthodoxen Kirchen auch Gelegenheit zum Austausch auf neutralem Boden. Dies war hier leichter als in den jeweiligen Ländern selbst. □

Vorbilder

Zum Gedenken an Corazon Aquino und Kim Dae Jung

VON KLAUS LIEBETANZ

Im August 2009 starben zwei hervorragende katholische Persönlichkeiten, die jeweils entscheidende Vorkämpfer für die Demokratisierung ihrer Länder waren, nämlich Corazon Aquino für die Philippinen und Kim Dae Jung für Südkorea. Beide hatten eine unterschiedliche Herkunft, die eine aus reicher Familie mit einer breiten Universitätsausbildung, der andere eher aus einfachen Verhältnissen, ein Selfmademan. Beide zeichnete eine tiefe Gläubigkeit aus. Daraus schöpften sie Mut, auch in schwierigen Situationen unter häufiger Todesdrohung zu bestehen. Beide wurden Präsidenten ihrer Staaten und brachten die Demokratisierung dieser asiatischen Länder voran.

Corazon Aquino – Mutter der philippinischen Demokratie

1. Herkunft und Ausbildung

Corazon Aquino wurde am 25.01.1933 als sechstes von acht Kindern in einer reichen chinesisch-mestizischen (Ureinwohner/Spanier) Familie geboren. Sie besuchte katholische Eliteschulen in Manila und studierte Kunstgeschichte und Französisch auf katholischen Universitäten in Kuba und den Vereinigten Staaten. Nach ihrer Rückkehr auf die Philippinen begann sie ein Jurastudium in Manila.

2. Heirat

Mit 21 Jahren heiratete sie Benigno Aquino, den Sohn des vormaligen Parlamentspräsidenten. Sie hatte mit ihm fünf Kinder. Ein Leben als Hausfrau und Dame der „besseren“ Gesellschaft mit Schönheitssalons und entsprechenden gesellschaftlichen Ver-

pflichtungen war vorbestimmt. Ihr Mann wurde als Mitglied der „Liberal Party“ in den Senat gewählt, wo er einer der führenden Kritiker des autokratisch regierenden Präsidenten Ferdinand Marcos wurde.

3. Ermordung ihres Ehemannes

Marcos änderte 1972 die Verfassung von 1935 und steckte Benigno Aquino auf Grund neuer Gesetze ins Gefängnis. Aquino kandidierte, obwohl im Gefängnis, erneut für ein politisches Amt. In dieser Zeit hielt Corazon erstmals öffentliche Reden zu Gunsten ihres Mannes und führte ein gesellschaftlich zurückgezogenes Leben. Auf Intervention von Jimmy Carter wurde Senator Aquino ins amerikanische Exil entlassen, um sich in Amerika einer gesundheitlichen Behandlung zu unterziehen. Drei Jahre später am 21.08.83 kehrte Benigno Aquino in die Philippinen zurück und

wurde auf dem Manila-Flugplatzes auf der Gangway seines Flugzeuges von einem „Unbekannten“ erschossen.

4. Präsidentschaftskandidatur

Einige Tage nach der Ermordung ihres Mannes kehrte Corazon Aquino nach Manila zurück und organisierte die Begräbnisfeierlichkeiten für ihren Mann. Ca. zwei Millionen Menschen nahmen an den Begräbnisfeierlichkeiten teil. Es war das größte Begräbnis in der Geschichte der Philippinen. Von einflussreichen Politikern der Opposition wurde ihr daraufhin die Präsidentschaftskandidatur angetragen. C. Aquino war zunächst abwartend. Nach einer zehnstündigen Meditation in einem katholischen Kloster entschied sie sich für die Kandidatur.

5. Gefälschte Wahlergebnisse

Die Präsidentschaftswahlen fanden am 07.02.1986 statt. Obwohl unabhängige Wahlbeobachter Aquino in

Front sahen, erklärte eine vom amtierenden Präsidenten eingesetzte Wahlkommission Marcos zum Wahlsieger. Eine Protestwelle erfasste das ganze Land. Die katholische Bischofskonferenz und der Senat der Vereinigten Staaten erklärte das Wahlergebnis für ungültig. Corazon Aquino rief zum Generalstreik und zu einem Boykott für alle Großunternehmen auf, die von Marcos kontrolliert wurden. Der allgemeine Protest und der internationale Druck führten zum Rückzug von Ferdinand Marcos, der ins Exil ging. Nun war der Weg frei für die Präsidentschaft von „Cory“ Aquino, wie sie liebevoll von der philippinischen Bevölkerung genannt wurde.

6. Erfolgreiche Präsidentschaft

Unter der Präsidentschaft von C. Aquino (1986-1992) wurde die Verfassung grundlegend reformiert und die Menschenrechte verankert. Das wichtigste Vorhaben war allerdings eine umfassende Landreform, welche den Millionen von Kleinpächtern eigenes Land zur Verfügung stellte (bis zu 5 Hektar). Die Großgrundbesitzer wurden staatlich entschädigt. Es wurden zahlreiche Genossenschaften gegründet.

7. Mehrere Putschversuche

Die Präsidentschaft von Corazon Aquino verlief nicht ohne den erbitterten Widerstand der vormals herrschenden Kreise. Von 1986 bis 1989 wurden insgesamt sieben Putschversuche durchgeführt, die jedoch alle scheiterten, weil die Bevölkerung und der Generalstabschef Fidel Ramos, ein gläubiger Protestant, an ihrer Seite stand. Der letzte Putschversuch fand im Dezember 1989 statt und endete mit 99 Toten (davon 50 Zivilisten) und 570 Verwundeten. Die Bevölkerung war zu ihrer Verteidigung stets zum Präsidentenpalast geeilt und betete dort gemeinsam den Rosenkranz. Daher auch der Name „Rosenkranzrevolution“. Am 30. Juni 1992 wurde Fidel Ramos als ihr Nachfolger ins Präsidentenamt gewählt, nachdem C. Aquino auf eine zweite Amtszeit verzichtet hatte.

8. Mutter der philippinischen Demokratie

Am 01.08.2009 erlag „Cory“ Aquino mit 76 Jahren einem Krebsleiden. Bei den Beisetzungsfeierlichkeiten wurde sie mehrfach als „Mutter

der philippinischen Demokratie“ bezeichnet. 300.000 bis 400.000 Menschen nahmen an der achtstündigen Begräbnisprozession in Manila teil. Viele Teilnehmer formten die Hand zu einem „L“ (Der Daumen wird im rechten Winkel zu den Fingern abgespreizt.). Das „L“ steht für „Laban“ was Kämpfen bedeutet. Viele Gläubige wollen die Einleitung eines Heiligsprechungsprozess beim Vatikan erreichen.

Kim Dae Jung – Vorkämpfer für die Demokratie in Südkorea

1. Einfache Herkunft

Kim wurde als Kind einer Familie mittelständischer Landwirte zur Zeit der japanischen Kolonialherrschaft in der Provinz Südliches Cholla geboren. Er hatte sechs Geschwister und besuchte eine Handelsschule. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde er Unternehmer und bis 1955 Leiter einer Reederei. Daneben war er etwa drei Jahre lang als Herausgeber einer Zeitung tätig. Als Südkorea nach dem dreijährigen Krieg, der zur Teilung der koreanischen Halbinsel führte, in Richtung eines autoritären Regimes abzugleiten drohte, ging Kim in die Politik. Nach drei vergeblichen Versuchen wurde er 1961 ins Parlament gewählt, wenige Tage bevor General Park Chung Hee nach einem Militärputsch das Parlament auflöste.

2. Das Regime fürchtete Kim Dae Jung

Kim mobilisierte die Massen wie kein zweiter. Er überstand fünf Anschläge auf sein Leben. Sechs Jahre saß er im Gefängnis, 55-mal wurde er unter Hausarrest gestellt. 1972 verließ er Südkorea und ging nach Japan, von wo aus er die südkoreanische Opposition organisierte. Am 08.08.1973 wurde er von Agenten des südkoreanischen Geheimdienstes entführt und sollte bei einer Schifffahrt im Meer versenkt werden. Durch US-amerikanische Intervention wurde das in letzter Sekunde verhindert. Nach dem bestialisch niedergeschlagenen Volksaufstand von Kwangju verurteilte ein Militärgericht Kim 1980 zum Tode. Wieder intervenierte Washington. 1982 ging Kim ins Exil, wurde in Harvard aufgenommen, kehrte 1985 nach Seoul zurück und wurde dort wieder unter Hausarrest gestellt.

„3. Wir müssen den Weg Christi gehen“

„Es war eine bittere, aber keine unglückliche Zeit. Ich glaube, mein Leben ist so sinnvoll, so stolz, weil ich immer die Bedrängnis meines Volkes geteilt habe“ sagte er im Sommer 1987 zu den ihn begleitenden Journalisten. Sie fuhren mit ihm zur Messe in der kleinen Kirche seines Wohngebietes. Zum ersten Mal nach zwei Monaten durfte der tiefgläubige Katholik wieder am Gottesdienst teilnehmen. Nach der Predigt reichte ihm der Pfarrer von der Kanzel das Mikrophon. „Wir müssen den Weg Christi gehen“, sagte Kim. „Unsere Situation ist sehr schwierig, aber als Christen müssen wir dem Kreuz folgen.“ Die Gemeinde applaudierte lange.

4. Kim Dae Jung wird Präsident

Zehn Jahre später, im Dezember 1997, wählten ihn die Südkoreaner zu ihrem Präsidenten. Beim vierten Anlauf hatte er es geschafft: Endlich zog er ins Blaue Haus ein, den pompösen Präsidentenpalast im Norden Seouls. Für dieses Amt hatte der Sohn eines Landwirtes aus der armen Provinz Cholla seine Gesundheit geopfert. Der furchtlose Demokrat Kim Dae Jung war auch ein kompromissloser Politiker. Wehe dem Weggefährten, der sich ihm nicht unterordnete! Mit seiner nun erworbenen Macht ging Kim daran seine Vision eines modernen Korea zu verwirklichen.

5. Debatte um „asiatische Werte“

Mit Leidenschaft mischte sich Kim in die Debatte um die „asiatischen Werte“ ein. Zornig verwarf er die These von Singapurs Ex-Premier Lee Kuan Yew, wirtschaftliche Entwicklung gebe es auch ohne Demokratie, asiatische Tradition vertrage sich nicht mit westlichen Werten. Im Disput mit dem „autoritären Führer“ Lee erhob er den Anspruch, Stimme des demokratischen Asiens zu sein. Kim wollte beweisen, dass Demokratie und Wirtschaft gut zusammengehen. Kaum war er im Amt, erschütterte die asiatische Finanzkrise das Wirtschaftswunderland Südkorea. Kim akzeptierte das vom Internationalen Währungsfond geforderte schmerzhaft Sparprogramm; schneller als bei den Nachbarn sprang die Wirtschaft wieder an. Kims Lehre aus der Krise: Korruption und Vetternwirtschaft sei-

en Asiens Grundübel. „Hätten wir den Pfad der Demokratie früher beschritten, wir hätten die gegenwärtigen Probleme vermeiden können.“

6. Kim Dae Jung erhält den Friedensnobelpreis

Von „asiatischen Werten“ spricht heute niemand mehr. Die Demokratisierung Asiens schreitet, tastend noch, voran. Ein wenig fällt der Glanz des Friedensnobelpreises, der Kim Dae Jung im Jahr 2000 ausdrücklich für seinen Einsatz „für Demokratie und Menschenrechte in Südkorea und Ostasien im Allgemeinen“ verliehen wurde, auch auf andere Vorkämpfer des freiheitlichen Wandels: Wie Jingsheng, den im Exil lebenden chinesischen Dissidenten; den Anwalt Martin Lee in Hongkong; Chen Shuibian, den Präsidenten Taiwans; Bischof Belo im geschundenen und nunmehr freien Osttimor. Der Preis lenkte den Blick auch auf die Despotie Myanmars, wo Aung San Suu Kyi lebt, die Friedensnobelpreisträgerin von 1991, welche bis heute von der Militärjunta geknebelt wird.

7. Kims „Sonnenscheinpolitik“

Kim erhielt seinen Preis aber auch für die Aussöhnung mit dem Norden, sein zweites großes Lebensthema. Seine so genannte Sonnenscheinpolitik führte zu einer beispiellosen Annähe-

rung der beiden koreanischen Staaten, die ihren Höhepunkt mit dem ersten Gipfeltreffen der früheren Kriegsgegner im Jahr 2000 in Pjöngjang hatte. Eine neue Eisenbahnlinie wurde errichtet. Familienzusammenführung und Reiseerleichterungen wurden vereinbart. Später wurde eine gemeinsame Wirtschaftszone nördlich der alten Demarkationslinie eingerichtet. Kims direkter Nachfolger Roh Moo Hyun setzte dessen Politik fort. Seit dem Amtsantritt des konservativen Präsidenten Lee Myung Bak 2007 ist die engere Zusammenarbeit wieder in Frage gestellt. Der Tonfall auf der koreanischen Halbinsel ist wesentlich schärfer geworden – nicht zuletzt wegen der nordkoreanischen Atompolitik und den Raketenstarts. Im August 2009 gab es erfolgreiche Verhandlungen zwischen dem nordkoreanischen Regime und dem Großkonzern Hyundai über die Fortführung des Industrieparks auf nordkoreanischem Gebiet. Dabei wurden auch Reiseerleichterungen und weitere Familienzusammenführungen beschlossen, so dass die Vorarbeit von Kim Dae Jung nicht umsonst war.

8. Große Anteilnahme der Bevölkerung

Nach seinem Tod wurden in 16 südkoreanischen Städten zu Ehren

Kim Dae Jungs Gedächtnisveranstaltungen durchgeführt, allein zwölf in Seoul. Mehrere Hunderttausend Menschen nahmen an den Trauerfeierlichkeiten teil. Am 21.08.09 entsandte Nordkorea Machthaber Kim Jong Il eine hochrangige Delegation mit einer Sondermaschine nach Seoul und stattete einen Kondolenzbesuch ab. Man rechnet mit einem Neustart für den innerkoreanischen Dialog. So wirkt Kim Dae Jung auch über seinen Tod hinaus.

Abschließende Bemerkungen und Schlussfolgerungen

Die Lebensgeschichte dieser beiden politischen Persönlichkeiten zeigt, dass der christliche Glaube Motor einer demokratisch-rechtstaatlichen Entwicklung werden kann. Beide entsprechen damit den Ergebnissen und Lehren des 2. Vatikanischen Konzils (1962-65), insbesondere der prophetischen Schrift „Die Kirche in der Welt von heute“, die den sog. Laien eine entscheidende Rolle in der Weiterentwicklung der Menschheit zuweist. Die Erfahrung dieser beiden vorbildlichen Christen zeigt aber auch, dass die herrschenden Kreise (Parteien und Einzelpersonen) nicht kampflos ihre Vorherrschaft und Privilegien aufgeben. □

Zur konfessionellen Zusammensetzung des neuen Bundestags

Die offizielle Angabe „konfessionslos“ ist im neuen Bundestag keine Ausnahme mehr. 20 der 622 Abgeordneten vermerken bei den biografischen Angaben auf den vorläufigen Bundestags-Internetseiten, dass sie keiner Glaubensgemeinschaft angehören. Nach der Wahl 2005 tauchte der Begriff lediglich einmal auf, bei einem PDS-Vertreter. Nun gesellen sich zu zehn Links- Abgeordneten sechs Sozialdemokraten, drei Grüne und ein Liberaler.

Eine Surf-Tour durch die Präsentation der 622 Abgeordneten auf der Homepage des Parlaments legt den Schluss nahe, dass der 17. Deutsche Bundestag nicht schwächer konfessionell gebunden ist als der bisherige. Im Gegenteil. Von 622 Parlamentariern erwähnen 245 (40 Prozent) keine religiöse Bindung. Vor vier Jahren waren dies zum gleichen Zeitpunkt drei Wochen nach der Wahl 328 von 614 (53,4 Prozent).

Zur steigenden Zahl der Konfessionsangabe tragen Union und vor allem Liberale bei. Mehr als jeder zweite Liberale gibt hierzu Auskunft - der Befund fällt auf, denn vor vier Jahren war es nur jeder Fünfte. Von 93 FDPern sind 21 katholisch, 28 evangelisch, einer Muslim. Allein unter den „Neuen“ sind 8, die „katholisch“ oder „römisch-katholisch“

anführen. Diese Langform taucht fraktionübergreifend übrigens häufiger auf. Und auf protestantischer Seite steht öfter als 2005 nicht einfach nur „evangelisch“, sondern „evangelisch-lutherisch“, gelegentlich auch „evangelisch-reformiert“.

Bei der CDU finden sich 95 Katholiken und 84 Protestanten. Und im Lager der bayerischen Schwesterpartei stehen 36 Katholiken lediglich 6 Protestanten gegenüber; nur bei 3 - erstmals gekürten - Mandatsträgern fehlen entsprechende Angaben.

In der Grünen-Fraktion macht etwa jeder fünfte Parlamentarier eine Angabe zur Konfessionszugehörigkeit. Bei der Linkspartei sind es 5 von 76.

Selbst bei der Linkspartei mag die Zahl tatsächlich etwas höher liegen, schickt die frühere Ost-Partei doch weit mehr „Wessis“ als früher in den Reichstag. Im SPD-Lager ist die Erwähnung der Gewerkschaftszugehörigkeit selbstverständlich, nicht das Thema Religion. So lassen nicht nur Parteichef Franz Müntefering, sondern auch der neue Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und alle anderen sozialdemokratischen Minister der bisherigen Bundesregierung diese Frage offen.

(Christoph Strack /KNA)

Ohne Ruhe, ohne Stand

VON HANS-JÜRGEN UND BRIGITTE MATHIAS

Viele Soldaten, die aus dem aktiven Wehrdienst ausscheiden, wollen sich nicht als „Alte“ erfahren, die ihrem Lebensabend entgegen dämmern. Im vergangenen Berufsleben als Soldat haben sie verschiedene Verwendungen gehabt, diese verantwortlich gestaltet und ausgefüllt. Die nun vor ihnen liegende dritte Lebensphase eröffnet viele Möglichkeiten und ist sicherlich eine völlig andere Herausforderung, als man bisher gewohnt war. Interessenten können sich an die örtlichen GKS-Kreise/Ansprechpartner oder an die Katholischen Militärpfarrämter wenden.

Entstehung und Inhalte

Aus Gesprächen zwischen dem Bundesvorstand der GKS und ausscheidenden Berufssoldaten aller Dienstgradgruppen entstand vor Jahren die Idee, „etwas für ausscheidende Berufssoldaten und ihren Ehefrauen anzubieten, um den Übergang in das Zivilleben ohne Bundeswehr zu erleichtern“. In Verbindung mit dem Militärbischofsamt wurden die Seminare „Vorbereitung auf die dritte Lebensphase“ eingerichtet. Anfängliche Bedenken, man würde die Fürsorgepflicht des Dienstherrn unterlaufen oder das andere Organisationen ebensolche Seminare anbieten wurden zerstreut, denn man war der Ansicht, dass der Ansatzpunkt nicht ausschließlich im versorgungsrechtlichen Bereich liegen dürfe sondern vermehrt im christlichen Glauben liegen müsse. In Arbeitsgruppen wurde das Konzept entwickelt und über Jahre hinweg fortgeschrieben und verfeinert. Folgende Seminarinhalte wurden festgelegt:

- Ruhestand – und nun? Der Lebens-Wert des Alters...Perspektiven, Chancen, Erwartungen
- Literatur und Kunst: Bücher machen schlau – Bilder regen an... Den Sinn des Lebens vertiefen
- Gesundheit – das höchste Gut? Was der Körper verlangt: Bewegung und Ernährung. Ein Arzt informiert und berät
- Spiritualität – Ausdruck von Lebensfreude: Gottes-Dienst am Menschen – Menschen-Dank an Gott. Gottesdienst – Wallfahrt – Meditation
- Versorgung und Betreuung: Sicherheit und Geborgenheit machen frei. Juristischer Rat ist oft gefragt

- Unfall und Krankheit im Alter: Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung. Mit klarem Kopf entscheiden
- Natur und Kultur: Mit offenen Augen durch die Umgebung. Stadtführung, Exkursion, Konzertbesuch, Museum, Lesung
- ...und nicht zuletzt: Begegnung und Austausch

Da die Seminare das gesamte Bundesgebiet abdecken sollten, entschied man sich für zwei Standorte. Im Norden erst Münster, jetzt Stapelfeld (bei Cloppenburg) und im Süden Nürnberg.

Themenmix zum Wechsel der Lebensphase am Beispiel Stapelfeld

Seit 2001 leiten Hans-Jürgen und Brigitte Mathias das jährlich einmal stattfindende Seminar in Stapelfeld. Dass auch eine „betroffene Ehefrau“ in der Leitung tätig ist, wurde von den Seminarteilnehmern bisher stets ausdrücklich begrüßt, ist sie doch eine wichtige Gesprächspartnerin, besonders für teilnehmende Ehefrauen. Die Überschrift für das Seminar fanden beide schnell: Rad des Lebens: Erinnern – Erleben – Erwarten. Das sich drehende Rad ist ein uraltes Symbol für den Kreislauf des Lebens sowie den Wechsel der verschiedenen Lebensphasen. Der Zeitpunkt des Ausscheidens eines Lebenspartners aus dem Berufsleben stellt einen Wendepunkt im Leben dar. Es beginnt die sogenannte dritte Lebensphase mit all ihren Chancen und Risiken, Hoffnungen und Freuden. Über neue Lebensperspektiven für den Einzelnen, aber auch für die gemeinsame Zukunftsgestaltung mit

dem Ehepartner soll in diesem Seminar nachgedacht werden.

In Absprache mit dem fachlichen Leiter des Seminars, Dr. Martin Feltes, Katholische Akademie Stapelfeld, werden die Tage mit verschiedenen Elementen gefüllt. So entsteht ein Mix aus geistigen, partnerschaftlichen, geistlichen und informellen Themen:

Mach Dir ein Bild von der Welt – im Spiegel der Kunst

Durch ausgewählte Bilder, zum Beispiel von Hieronymus Bosch und Caspar David Friedrich, die sehr anschaulich die verschiedenen Sichtenweisen des Lebens aufzeigen, entsteht bei den Teilnehmern Erstaunen über die aussagekräftigen Bilder und es entwickelt sich dabei eine lebhaft Diskussions

Woher kommst Du? Wohin gehst Du? Wonach suchst Du? Fragen, die unser Leben begleiten

Dieser Themenbereich führt die Seminarteilnehmer auf den „Weg nach Innen“ und macht deutlich, dass Gott einzuverlässiger Begleiter auf den jeweiligen Lebenswegen ist

Ohne Ruhe, ohne Stand Perspektiven zur Gestaltung der dritten Lebensphase

In der Reihenfolge Erinnern – Erleben – Erwarten beleuchten die Teilnehmer ihre jeweilige Lebenssituation in Kleingruppen, getrennt nach Männern und Frauen. Hoffnungen, Erwartungen, Sorgen und Befürchtungen werden zusammengetragen und es ist erstaunlich, dass sich die Aussagen der Männer nicht wesentlich von den Aussagen der Frauen unterscheiden. Manch einer hat erst jetzt über das Leben danach nachgedacht!

AUFTRAG 276 • DEZEMBER 2009

Ausgedient?

Wer als Berufssoldat aus dem aktiven Wehrdienst ausscheidet, will sich bestimmt nicht als „Opa“ erfahren, der passiv seinem Lebensabend entgegen-dämmert.

Wer ein Berufsleben lang viele Verwendungen hindurch gefordert wurde, wirft nicht auf einmal alles hin. Die meisten Soldaten a.D. sind fit und wollen die jetzt gewonnene freie Zeit - zusammen mit Frau und Familie - bewusst und aktiv gestalten.

Eine neue Lebensphase beginnt ...

Für Soldaten beginnt nach dem Ausscheiden ein neuer Lebensabschnitt, der nicht weniger lebenswert ist als die Berufstätigkeit. Frei von „Fremdbestimmung“ und der Gehorsamspflicht können sie nun das aufarbeiten, was „liegendeblieben“ ist und sich dem zuwenden, was sie schon immer - neigungsbedingt - wollten.

Im Mittelalter hieß „altern“ soviel wie „erneuern, erfrischen“. Dahinter steht die Erfahrung, dass Altern werden spannend sein kann, wenn es aktiv gelebt wird. Je nach Veranlagung wird das Altern in Würde als Wagnis, als Herausforderung wahrgenommen, die durchaus erfrischend wirken kann.

Vorhang auf zum dritten ...

In der dritten Lebensphase eröffnen sich neue Möglichkeiten, zusammen mit dem Ehepartner in gewachsener Gemeinsamkeit offen für Neues und zuversichtlich in die Zukunft zu gehen.

Jeweils im Frühjahr, im Sommer und im Herbst finden in Cloppenburg im **Kardinal-von-Galen-Haus** und in Nürnberg im **Caritas-Pirckheimer-Haus** Seminare statt, die auf diese Lebensphase vorbereiten sollen.

Eingeladen sind **Berufssoldaten mit ihren Ehepartnern**, die in absehbarer Zeit (innerhalb der nächsten zwei Jahre) aus dem Dienst ausscheiden (evtl. auch noch kurz nach der Pensionierung).

Seminarinhalte exemplarisch**Ruhestand - und nun?**

Der Lebens-Wert des Alters ...
Perspektiven, Chancen, Erwartungen

Literatur & Kunst

Bücher machen schlau - Bilder regen an ...
Den Sinn des Lebens vertiefen

Gesundheit - das höchste Gut?

Was der Körper verlangt: Bewegung und Ernährung
Ein Arzt informiert und berät ...

Spiritualität - Ausdruck von Lebensfreude

Gottes-Dienst am Menschen - Menschen-Dank an Gott
Gottesdienst - Wallfahrt - Meditation

Versorgung & Betreuung

Sicherheit und Geborgenheit machen frei
Juristischer Rat ist oft gefragt

Unfall und Krankheit im Alter

Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung
Mit klarem Kopf entscheiden

Natur & Kultur

Mit offenen Augen durch die Umgebung ...
Stadtführung, Exkursion, Konzertbesuch, Museum, Lesung

... und nicht zuletzt

Begegnung und Austausch



Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist ein Verband, der Katholiken in der Bundeswehr und Soldaten in der Katholischen Kirche eine geistige Heimat bietet.

Als Laienorganisation in der Katholischen Militärseelsorge lebt sie aus der Lehre des II. Vatikanischen Konzils. Sie orientiert sich an der katholischen Soziallehre im Allgemeinen und an ihrer Friedensethik im Besonderen.

Besonderes Augenmerk richtet die GKS auf friedens- und berufsethische Fragen. Seit mehr als vier Jahrzehnten bezieht die Gemeinschaft in diesen Problemfeldern deutlich Position. Aus der Perspektive des christlichen Glaubens sucht sie Antworten auf berufliche Existenzfragen und bedenkt dabei die Lebensumstände der Soldaten und ihrer Familien.

BEGEGNUNG

- + den Kameraden erkennen und
- + als Mitmenschen annehmen,
- + Gemeinschaft bilden und so
- + neue Wirklichkeiten schaffen

BESINNUNG

- + nachdenken über sich selbst
- + sein Tun reflektieren
- + Sinnfragen erörtern
- + Orientierung suchen aus dem Glauben

BILDUNG

- + den geistigen Horizont erweitern
- + ethische Probleme diskutieren
- + Impulse aufnehmen für den Dienstalltag
- + Profil gewinnen und Charakter formen

Anmeldung**Bundesgeschäftsführer GKS**

Am Weidendamm 2
10117 Berlin
Tel 0 30 / 20 61 99 90
Fax 0 30 / 20 61 99 91

Haushaltsbeauftragter

Johann-A. Schacherl
Dellbusch 369
42279 Wuppertal
Tel 02 02 / 52 83 69
Fax 02 02 / 52 83 00

Durchführende

Cloppenburg (Bereich Nord):
OSTFw a.D. Hans-Jürgen Mathias
Frau Brigitte Mathias
Am Wiesengrund 3
49835 Wietmarschen-Lohne
Telefon 0 59 08 / 14 11
Telefax 0 59 08 / 93 70 89
MobilTel 01 70 / 5 23 60 10

Nürnberg (Bereich Süd):
OSTFw a.D. Friedrich Mirbeth
Am Sonnenhügel 14
92358 Seubersdorf
Telefon 0 94 97 / 94 15 17
Telefax 0 94 97 / 94 14 69
MobilTel 01 70 / 8 77 09 24

Die konkreten Seminar-Termine können beim Bundesgeschäftsführer der GKS und bei den Durchführenden erfragt werden. Der Tagungsort kann frei gewählt werden. Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Liegen mehr Anmeldungen vor als Plätze vorhanden sind, so erfolgt die Zuteilung der Plätze nach den vom Bundesvorstand der GKS festgelegten Kriterien.

Sonderurlaub

Diese Seminare gelten als Veranstaltung der Katholischen Militärseelsorge. Soldaten können Sonderurlaub gem. ZDv 66/1, Nr 1, in Verbindung mit ZDv 14/5, Teil F, Ziffer 74 beantragen.

Beitrag für das gesamte Seminar (Stand 2007)

- pro Ehepaar
- Soldat als Einzelteilnehmer (in Klammern)

- bis einschl. BesGrp A 8 = 56,00 Euro (36,00 Euro)
- BesGrp A 9 bis A 12 = 84,00 Euro (56,00 Euro)
- BesGrp A 13 bis A 15 = 104,00 Euro (68,00 Euro)
- ab BesGrp A 16 aufwärts = 132,00 Euro (88,00 Euro)

Die offizielle Einladung und das aktuelle Seminarprogramm werden etwa vier Wochen vor Beginn des Seminars vom zuständigen **Katholischen Leitenden Militärdekan** zugesandt.

Da diese Seminare großen Zuspruch finden, wird um **frühzeitige** Anmeldung gebeten.

So buchstabieren wir PENSION

P = Persönliche Lebensplanung
E = Einkommensveränderung
N = Nachdenken über sich selbst
S = Sinnfragen erörtern
I = Individuelle Freizeitgestaltung
O = Offen sein für Neues
N = Neues zulassen
... und Sie?

Ausgabe 2008: Bundesgeschäftsführer GKS - Berlin
Redaktion & Layout: jermerDesign - Grafschaft



Information
über die Seminare
„Vorbereitung auf die
dritte Lebensphase“

Ausgedient?**Sinnerfülltes Leben
im Ruhestand**

Ein Angebot
der GKS
für Soldaten,
die aus dem
aktiven Dienst
ausscheiden

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

Versorgungsrecht der Berufssoldaten mit persönlicher Beratungsmöglichkeit (Rechtsanwalt/Referatsleiter des DBwV)

Das umfangreiche Gebiet der Alterssicherungssysteme für ausscheidende Berufssoldaten wird ausführlich dargestellt. Über Ruhegehalt, Einmalzahlungen, Pension und Rente, Steuern, Sonderzahlungen, Anschlussarbeitsverhältnis, Hinzuverdienst, Versorgungsausgleich und Hinterbliebenenversorgung entstehen regelmäßig heftige Diskussionen. Über die Jahre stellte sich immer mehr heraus, dass gewisse Unwissenheiten und Halbwahrheiten im Raum stehen. Die angebotenen persönlichen Beratungen werden stets in Anspruch genommen.

Wo guter Rat nichts kostet – Sozialdienst der Bundeswehr

Viele Soldaten haben in ihrer Dienstzeit, soweit sie nicht dienstlich damit konfrontiert wurden, keine engere Berührung mit dem Sozialdienst der Bundeswehr gehabt und kennen deshalb nicht die spezifischen Aufgaben des Dienstes. Umso überraschter sind diese während des Vortrages und der Information, dass sie

hier nach dem Ausscheiden einen kompetenten Ansprechpartner für ihre Belange, wie z.B. Beihilfe, Unfall und Krankheit finden

Gesunder Geist im gesunden Körper – Gesundheitliche Fragen für Menschen in der dritten Lebensphase (Arzt und studierte Ernährungs-/Fitnessberaterin)

Durch erfahrene und kompetente Referenten werden die Besonderheiten der gesundheitlichen Fragen in diesem Lebensabschnitt aufgezeigt und Ratschläge sowie Lösungen für einzelne Situationen angeboten. Angebotene altersgerechte, praktische Übungen werden mit Interesse wahrgenommen und durchgeführt.

Spiritualität und Natur & Kultur

Gottesdienst und Meditation sind wichtige Bestandteile des Seminars. Hier besteht die Möglichkeit, etwas auszuspannen, sich etwas Ruhe zu gönnen, die Flut der Informationen zu reflektieren und den ebenso wichtigen Aspekt des Geistes zu berücksichtigen. Der Gottesdienst wird gehalten vom Leitenden Militärdekan, der mit den Teilnehmern anschließend ins

Gespräch kommt und Zeit für ihre Anliegen hat. Die Fahrrad-Wallfahrt durch die Felder in Cloppenburgs Umgebung bietet Raum für Stille und Innehalten. An markanten Stellen, die als Wallfahrtsorte ausgewiesen sind, werden Texte vorgetragen.

Begegnung und Austausch

Was wäre ein solches Seminar ohne genügend freie Zeit? Freie Zeit für ausgiebige Gespräche miteinander und Zeit, das Gehörte oder Besprochene noch einmal zu reflektieren. Hier können Freundschaften entstehen!

Jedes Jahr wird das Seminar neu zusammengestellt, basierend auf den Erkenntnissen der vorangegangenen Seminare und aktuellen Gesetzesänderungen. Die Rahmenbedingungen und die Zielrichtung bleiben davon unberührt. Aufgrund der bisherigen Rückmeldungen kann man sagen, dass die Seminare in der schnellen und oberflächlichen Welt den Blick nach innen öffnen. Man schaut wieder auf das Wesentliche und starte so gestärkt und mutig in den neuen Lebensabschnitt. □

Mentalitätswechsel im Blick auf Ehe, Familie und Kinder

Es brauche einen Mentalitätswechsel im Blick auf Ehe, Familie und Kinder, so Erzbischof Dr. Robert Zollitsch am Samstag, 21.11.09 im Schönstattzentrum Oberkirch. Wer Familie und Kinder nur unter demographischen Gesichtspunkten unterstütze, bleibe an der Oberfläche. Es müsse gezeigt werden, dass es etwas Wunderschönes ist, Kindern das Leben zu geben – und dafür auch zu Verzicht bereit zu sein. Nichts staatliche finanzielle Unterstützung – so wichtig sie auch sei –, sondern Ehepaare, Eltern, die zeigen, wie glücklich sie mit ihren Kindern sind, könnten der Gesellschaft eine neue Perspektive geben. Erzbischof Zollitsch sprach im Rahmen der Verleihung der Zertifikate an die Absolventen des zweijährigen Ausbildungskurses der Akademie für Ehe und Familie im Schönstattzentrum Oberkirch. Sieben Ehepaare erhielten mit dem Nachweis ihrer Qualifikation als „Familientrainer“ den kirchlichen Segen für ihre Aufgabe, ehrenamtlich in Kirche und Gesellschaft für Ehepaare und Familien zu arbeiten.

Die zweijährige Ausbildung in der Akademie für Ehe und Familie auf der Grundlage des christlichen Ehe- und Familienverständnisses ist offen für alle Ehe-

paare, die bewusst miteinander auftreten, in die Optimierung der eigenen Ehe investieren und als Ehepaar ein Projekt für andere Ehepaare angehen wollen. Sie ist in zwei Abschnitte gegliedert; im ersten geht es darum, die eigene Partnerschaft zu bereichern und ihr persönliches Ehe Thema zu formulieren; im zweiten werden methodische Fertigkeiten vermittelt. Dabei gehen die Ehepaare auf Spurensuche nach dem Einsatzgebiet, das ihrem Ehe Thema entspricht. Ausgebildete Familientrainer, die immer wieder auch Fortbildungsangebote durch die Akademie erhalten, sind tätig in der Ehevorbereitung, in der Leitung von Familienkreisen, im Aufbau von Elternkollegs, in Gesprächsangeboten für Paare und als Referenten für Hausgespräche.

Die Kirche könne sich nur selbst gratulieren zu diesen Ehepaaren, so Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, die „von innen her engagiert“ anderen Familien und Ehepaaren Mut machen möchten. „Sie tun das, indem Sie zeigen, wie im alltäglichen Miteinander der Familie das Wirken Gottes sichtbar wird.“

Informationen zur Akademie für Ehe und Familie: www.akademie-ehe-familie.de

(BB/Zenit)

Das gute Wort zur rechten Zeit

VON BERTRAM BASTIAN

Am 19.10.09 verlieh der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Dr. Robert Zollitsch im Rahmen eines Festaktes im Rheinischen Landesmuseum in Bonn den diesjährigen Katholischen Medienpreis in den Kategorien Elektronik und Print. Seit 2003 wird der Katholische Medienpreis von der Deutschen Bischofskonferenz in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft Katholischer Publizisten e.V. (GKP) und dem Katholischen Medienverband (KM) ausgeschrieben. Erzbischof Zollitsch würdigte in seiner Ansprache die anwesenden Vertreter aus Medien, Kirche und Gesellschaft als hohe Verantwortungsträger. Er führte aus, dass Qualität und Wahrhaftigkeit und das gute Wort den Katholischen Medienpreis auszeichnen würde. Auch mit diesen Grundlagen ließe sich Quote machen und die Auflagen steigern. Vor allem bekämen die Mediennutzer neues Vertrauen in die Medien selbst.

„Das Fenster zum Himmel war offen“

Unter diesem Titel seiner Hörfunksendung des Norddeutschen Rundfunks spricht der Preisträger in der Kategorie Elektronik Bert Strebe

bendes Licht umflutete ihn, er fühlte sich „zu Hause“. Einfühlsam unterhält sich Bert Strebe und lässt dabei hauptsächlich den Dirigenten zu Wort kommen. Für das Hintergrundwissen des Hörers erläutert der Neu-

Pensionierung für die Hospizarbeit ausbilden lassen. Die Belastung bei der Sterbebegleitung ist für ihn nicht so schlimm, denn „ich weiß, wo die hingehen“ sagt er. Das vollständige Interview kann über einen Link auf der Internetseite der Deutschen Bischofskonferenz (www.dbk.de) von der entsprechenden Seite des NDR für private Zwecke als pdf-Datei herunter geladen werden.



Die Preisträger mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Dr. Robert Zollitsch: Bert Strebe links und Michael Ohnewald rechts

mit dem Dirigenten George Alexander Albrecht, der als damaliger Generalmusikdirektor des Nationaltheaters und der Staatskapelle Weimar das Silvesterkonzert 2001/2002 dirigierte, dabei zusammenbrach und ein Nahtod-Erlebnis hatte. Dies bedeutet, er sah sich am Boden liegend, wie sich Menschen um ihn bemühten, ein helles, nicht richtig zu beschrei-

ologe und Psychiater Michael Schröter-Kunhardt die Ergebnisse seiner Untersuchungen, die er seit Jahren über dieses Phänomen der Nahtod-Erfahrungen durchführt. Schröter-Kunhardt sagt, dass diese Erlebnisse deutlich auf ein Leben nach dem Tod hinweisen würden. Der Dirigent Albrecht, der als gläubiger Christ daran nie zweifelte, hat sich nach seiner

„Die Frau aus der Cafeteria“

Der Preisträger in der Kategorie Print Michael Ohnewald schildert in diesem Beitrag die Geschichte einer Frau hinter der Kasse in der Cafeteria, mit der man täglich ein paar freundliche Worte wechselt, die man aber bewusst nicht wahrnimmt. Erst wenn die Frau an ihrem Arbeitsplatz fehlt, merkt man auf einmal, wie wichtig diese freundlichen Worte waren und das Interesse an der unscheinbaren Frau in der Cafeteria ist geweckt. Vorsichtig nähert sich der Autor diesem Menschen, schildert ihn und seine Familie, die ebenfalls mit dem plötzlichen Tod zurechtkommen muss. Der Laudator Joachim Frank, Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, drückte es wie folgt aus: „Scheinbar aus dem Ungefähren kommend, nähert sich der Autor der von ihm porträtierten Frau immer intensiver an. In dieser Verdichtung verschränkt er kunstvoll Form und Inhalt.“ Auch dieser Beitrag kann über die oben genannte Adresse unter dem Stichwort „Katholischer Medienpreis“ bei der Deutschen Bischofskonferenz zum privaten Gebrauch herunter geladen werden. □

Medientagung des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen

Gemeinwohlorientierung oder Egozentrik Beindet sich unsere Gesellschaft am Scheideweg?

VON BERTRAM BASTIAN

Der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen führte unter diesem Thema vom 2. bis 4. Oktober 2009 eine Medienfachtagung im Kloster Banz durch. Teilnehmer aus den einzelnen Verbindungen diskutierten unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise die Möglichkeiten der Politik aber auch des Einzelnen, den Herausforderungen der heutigen Zeit zukunftsfähig zu begegnen.

Wirtschaft in der Krise – Gesellschaft in der Krise?

Mit einem Vortrag zu dieser Fragestellung eröffnete die Stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Christlich Demokratischen



tischen Arbeitnehmerschaft (CDA) Ingrid Sehrbrock die Fachtagung. Schlaglichtartig beleuchtete Ingrid Sehrbrock das Versagen der Politik aus Sicht der Gewerkschaften. Beginnend mit der Erklärung, dass die Sparguthaben sicher seien, hätte der Staat sich immer mehr in das freie Spiel der Kräfte eingemischt und so auch die Rolle der Gewerkschaften in diesem feinen Mechanismus eingeengt. Die Gier nach höheren Gewinnen habe vor allem das Dritte Welt Problem verschärft, in dem Arbeit als etwas „virtuelles“ angesehen wird, ohne die Errungenschaften wie Krankenversicherung oder Urlaub. Sie führte weiter aus, dass die internationale Arbeitnehmerorganisation schon in der Erklärung von Durban (im Jahr 2001) eine Globalisierung der sozialen Gerechtig-

keit gefordert habe. Beschäftigung müsse immer die Grundlage der eigenen Existenzsicherung sein. Diesem Zweck dienen letztendlich auch Forderungen nach Mindestlöhnen oder das Entsendegesetz. Der Trend, durch immer mehr Rationalisierung unter gleichzeitigem Personalabbau die Leistungen zu erhöhen, müsse durch eine neue Humanisierung der Arbeitswelt umgekehrt werden, führte Sehrbrock weiter aus. Während in Deutschland die Zukunft des Kapitalismus weiter betrieben werde, diskutierten die englischsprachigen Länder die Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft. Die Vortragende erklärte weiter, dass der funktionierende Markt nicht sozial sein könne, da die sittliche Verantwortung fehlen würde. Das soziale Element sei die Statik des Gesamtgebäudes. Freiheit und Verantwortung ergänzten sich in der Bedeutung für die Gemeinschaft, wobei die Gemeinschaft auf Dinge zurückgreifen würde, die sie selbst nicht hervorbringen könne, wie Bildung und Werte.

In der anschließenden Diskussion wurde von Ingrid Sehrbrock betont, dass die Gewerkschaften sich auch um die Arbeitslosen kümmern würden, wenngleich der beschäftigte Arbeitnehmer der Mittelpunkt der Gewerkschaftsbewegung bliebe. Unterschiedliche Meinungen traten auf, als es um die Frage ging, ob die Rettung von Opel dem Gemeinwohl der Opel-Beschäftigten oder dem Gemeinwohl des Staates dienen würde, der mit Steuermitteln eine Insolvenz verhindere. Bei der Bedeutung der Bildung sowohl für den Einzelnen als auch für das Gemeinwesen war Konsens zwischen der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden und dem Plenum.

Weltkrise der Wirtschaft – Herausforderung für die Politik

Die Reihe der Vorträge setzte der ehemalige Präsident des Bayerischen Landtages Alois Glück fort, der das oben angeführte Thema mit dem Untertitel ergänzte: „Was kann, was



soll, was muss die Politik tun?“ Als gemeinsame Basis definierte er, dass Politik aus grundsätzlicher Orientierung verbunden mit praktischem Handeln bestünde. Für ihn als Politiker seien stets die drei „K“ wichtig gewesen: Kompass, Kompetenz und Kompromissbereitschaft. Kompass stünde für die innere Überzeugung, die Werteausprägung, die dem Politiker sein unverwechselbares Profil gäbe. Kompetenz müsse man sich auch für schwierige Sachverhalte aneignen, um nicht in völliger Abhängigkeit von den Fachleuten Entscheidungen zu treffen, die Wohl und Wehe des Volkes beträfen. Und die Kompromissbereitschaft führe zu dem Problem der Abwägungen, was machbar sei in der jeweiligen politischen Konstellation. Seine folgenden Ausführungen stellte der ehemalige Landtagspräsident mit

drei Jahreszahlen vor: 1989/1990 sowie 2001 und 2008/2009.

1989/1990 seien drei Entwicklungen aufeinander getroffen. Der Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa habe zu einer nie geahnten Durchlässigkeit des Weltmarktes geführt. Die technologische Entwicklung des World-Wide-Web habe in der Informationstechnik zu einer beispiellosen Nachrichtenflut geführt. Hinzu sei in der angelsächsischen Welt die Verteilung von Markt und Staat in eine Schieflage gekommen, weil man behauptete, der Markt besäße eine Selbstregulation.

2001 habe man nach einer zehnjährigen, dynamischen Wachstumsperiode, in der die Armut abnahm, jedoch die Kluft größer wurde, feststellen müssen, dass auch die spirituelle Wahrnehmung der Welt eine andere geworden sei. Die Welt sei eben nicht nur über technische Möglichkeiten steuerbar, die geistigen Kräfte seien stärker.

In dieser Abfolge sei 2008/2009 die Ideologie der Selbstregulierung der Märkte endgültig zusammengebrochen. Man habe feststellen müssen, dass ein absolut freier Markt die schlechten Eigenschaften des Menschen genau so anstacheln könne, wie er die guten gleichfalls fördern könne.

Die Krise könne nicht gemeistert werden, indem man zu einem Status quo ante zurückfinde, es müsse eine neue Ordnung gefunden werden, meinte Alois Glück weiterhin. Schließlich kämen auf die junge Generation Probleme zu, die denen der Nachkriegszeit in nichts nachstünden. Die Frage stelle sich, was wir als Christen in diese Entwicklung einzubringen hätten. Er führte weiter aus, dass unser heutiges Menschenbild sich aus den Quellen des Christentums über die Aufklärung und den Humanismus entwickelt habe. Es gäbe aber auch andere Menschenbilder, die eine solche Entwicklung nicht durchlaufen hätten. Hier gelte es, verstärkt einzuwirken, sagte der Redner, um unsere Quellen nicht zu verschütten.

Glück meinte als zweites, dass eine neue Verantwortungskultur benötigt würde. Eine Verantwortung des Einzelnen für sich selbst bzgl. seiner Bildung und Fortbildung, aber auch

eine Verantwortung für die Mitmenschen, die nicht nur auf die ehrenamtlich Engagierten beschränkt bleiben dürfe und ebenso wichtig, eine Verantwortung für die Zukunft der Gesellschaft, in der man lebe. Die dritte Forderung des Politikers Glück bezog sich auf die Zukunft der Gesellschaft, die ihre Fähigkeit zur Weiterentwicklung nicht aufgeben dürfe. Er sprach sich für Chancengerechtigkeit der Schwachen aus unter gleichzeitiger Chancengleichheit für die Starken. Eine einseitige Förderung der Schwachen führe in der Bildungspolitik nun mal zu solchen Ergebnissen, wie sie in der PISA-Studie deutlich wurden. Eine Leistungskultur bedeute eben nicht eine Ellbogengesellschaft. Diese entstünde erst, wenn die geforderte Verantwortungskultur ausbliebe, schloss Glück diesen Teil seines Vortrages, bevor er auf die Rolle der Parteien einging.

Parteien seien aus sich heraus nicht innovativ, sie griffen gesellschaftliche Entwicklungen auf und schlugen daraus politisches Kapital. Stabile Parteien hätten einen großen Wert für die Gesellschaft, dies sei in den neuen Ländern deutlich geworden. Aber nur organisieren, genüge nicht, um eine Partei erfolgreich zu machen, man brauche in dieser politischen Organisation eine feste Grundlage, feste Werte und damit eine Verankerung in der Gesellschaft, sonst würde Beliebigkeit zum System erhoben, führte der ehemalige Landtagspräsident aus. Eine Kommunikation der Ideen mit der Gesellschaft sei unabdingbar notwendig, damit die Politiker wieder einen Vertrauensvorschuss bekämen anstelle des zurzeit herrschenden Misstrauens.

Money makes the world go round

Die selbständige Unternehmensberaterin Dr. Claudia Nagel trug über das Verhältnis zwischen Mensch und Geld vor. Ausgebildet sowohl im Bankfach als auch in der Psychoanalyse trug sie aus der Sicht der Psychoanalyse das Entstehen der Finanzkrise vor, die nicht allein den Investmentbankern vorgeworfen werden könne. Viele hätten dazu beigetragen, dass nach dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers diese gewaltige

Schieflage entstand. Das gewaltige Anwachsen des Finanztopfes von 2 Mrd in 1980 auf 57.000 Mrd in 2007 stünde in keinem Vergleich zu einem Wertzuwachs, der damit nicht Schritt halten konnte. Verständlich für Nicht-Banker schilderte Claudia Nagel das Entstehen der Krise und die daraufhin entstehende Dynamik des Zusammenbruchs, der aufgrund von Kreditverkäufen ohne nennenswerte Deckung an Dritte weiter anwuchs, bis das System kollabierte und Gelder abgezogen wurden. Da ein System aber nicht therapierbar sei, sondern nur der Einzelne im System, müsse unbedingt eine Eigenreflexion erfolgen. Die Unternehmensberaterin führte aus, dass der Einzelne sich fragen müsse, wo und wie weit er in diesem System des schnellen Geldes



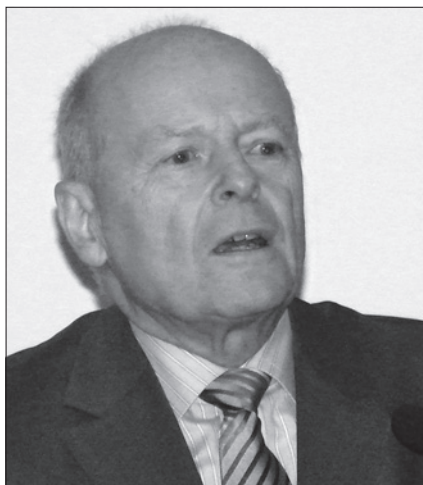
mitgespielt habe und wie viel Schuld er persönlich dabei trage. Erst nach dieser Erkenntnis sei der Weg frei für eine dringend benötigte Änderung der Verantwortungskultur. Solange der Kleinanleger auch auf Renditeversprechungen von astronomischer Höhe spekuliere, brauche man den Investmentbanker nicht als alleine Schuldigen hinstellen. Dass es keine wundersame Vermehrung des Geldes (ohne Gegenwert) gäbe, habe auch die deutsche Gesellschaft mit den Spekulationen bei den Ost-Immobilien erleben müssen. Die Erkenntnis über die eigene Rolle in dieser Krise sei der notwendige Ausgangspunkt, um sich aus diesem System zu beschreiben.

Nach der Rolle der Religion in diesem Eigenprozess gefragt, führte Claudia Nagel aus, dass die Sinnzuschreibung des Lebens es erst ermög-

licht, ein erfülltes Leben zu führen. Der Glaube sei ein guter Ansatz aber nicht das Allheilmittel in dieser Situation. Dabei sei die Rolle der Religion aber wesentlich komplexer, weil auch befreiender. Eine Vertiefung dieses Aspektes würde den Rahmen des Vortrages aber vollends sprengen.

Wirtschaft und Medien – ein schwieriges Verhältnis

Der ehemalige Hauptabteilungsleiter der Wirtschaft des Zweiten Deutschen Fernsehens Michael Jungblut sprach darüber, wie Berichterstattung über die Wirtschaft erfolgen solle und wem diese Berichte dienen können. Ein Grundproblem bestünde darin, sagte Jungblut, dass eine Vielzahl von Informationen über die ganze Welt gestreut werden und man immer weni-



ger zwischen wichtig und unwichtig unterscheiden könne. Auch totalitäre Systeme könnten zwar Zensur ausüben, aber die Aufnahmen von Fotohandys könnten über das Internet rasend schnell verbreitet werden, wobei ein Abschalten dieses Informationsnetzes aus wirtschaftlichen Gründen gar nicht ginge.

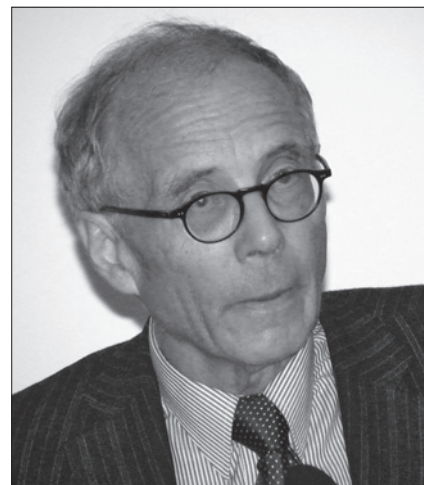
Aber die Medien seien nicht allein. Hinter ihnen stünden Verleger und Aktionäre, die Gewinne machen wollten, was aus unternehmerischer Sicht unabdingbar sein müsse. Desto wichtiger eine unabhängige Nachrichtenquelle bei den öffentlich-rechtlichen Sendern. Hier könne man auch über wirtschaftliche Vorgänge berichten, ohne dass man auf die Quote reflektieren müsse. Eine Nachricht müsse aber auch aufbereitet werden, um sie einem Nichtfachmann nahe zu-

bringen. Gerade bei wirtschaftlichen Themen unbedingt notwendig, da der normale Leser oder Fernsehzuschauer kein ausgebildeter Bankfachmann sei. An diesen kleinen Beispielen merke man schon, dass die Antwort „Berichterstattung müsse dem Medienkonsumenten dienen“ zwar nicht falsch sei, aber wesentlich zu oberflächlich. Eine Früherkennung von Krisen sei für einen ausgewiesenen Fachmann zwar möglich, aber der Zeitpunkt der Veröffentlichung von solchen Nachrichten sei von großer Bedeutung. Jungblut führte an, dass eine Prognose des Zusammenbruchs 2007 zwar von mutigen Journalisten gebracht wurde, aber keinen Glauben fand. An geschichtlichen Beispielen schilderte der Fernsehjournalist die historische Abfolge von Finanzkrisen, die sozusagen zyklisch auftreten würden. Interessant sei die Frage, warum keine Lehren aus diesen Krisen gezogen wurden, sodass es immer wieder zu solchen Zusammenbrüchen kam. Durch die Überbetonung des Kurzfristigen Gelderfolges würde die Absicherung der Zukunft in Frage gestellt und durch die Überbetonung des Kapitals gegenüber der Arbeit käme es zu diesen völlig überhöhten Gehältern, nicht nur der Boni. Da es sich nicht um ein Marktversagen handele, sondern um ein Versagen der Handelnden, müsse eine Rückbesinnung auf die eigenen Werte erfolgen. Als Beispiel führte er die großen Familienunternehmen an, die durch die Krise kommen, ohne den Staat zu Hilfe zu rufen.

Schlagwort der Krise – Ethik

Prof. Dr. Hans G. Ulrich, ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Ethik an der Friedrich-Alexander Universität in Erlangen, stellte in seinem Vortrag die Frage, ob die Gesellschaft ein neues Denkgerüst brauche. Ausgehend von den sprachlichen Wurzeln des Wortes, erklärte er die Ethik, als das, was uns gemeinsam verbinde. Wichtig sei, dass die Verantwortung hinzukäme, um Antworten zu geben. In der heutigen Zeit drohe durch die Boniregelungen, die Verantwortung zu schwinden, wenn nach negativen Abschlüssen die verantwortlichen Manager trotz Misserfolg noch Millionenabfindungen kassierten. Die Schuld an dieser Schieflage suche

man zunächst in Gruppen, nie bei sich selbst, führte der Redner aus. Auch Hilfe suche man bei Regierungen und dränge diese zur Handlung. Die Komplexität des Geschehens werde reduziert, um besser damit umgehen zu können. Dies würde auch die Frage beantworten, warum sich bei den geschichtlichen Krisen nichts geändert hätte. Da der Einzelne sich nicht geändert hätte, habe sich der Gang der Geschichte immer wiederholt, führte Prof. Ulrich aus. Das Gewinnstreben des Einzelnen führe dazu, dass keine teuren Kontrollmechanismen eingeführt wurden, denn „Vertrauen ist billiger“. Somit müsse der Ansatz beim Einzelnen gesucht werden, nach dem Motto: „lasst Euch Eure Lebensform verändern, durch Veränderung der Wahrnehmung“. Durch die Frage, wie



man den Wirklichkeitssinn verändern solle, bliebe nur die Antwort, indem man den Nächsten so wahrnehme und auch akzeptiere, wie man selbst wahrgenommen werden wolle. Somit käme dem christlichen Gebot der Nächstenliebe bei der Überwindung der Krise eine zentrale Bedeutung zu. Hinzu kämen die Betrachtungen über die öffentlichen Einrichtungen (wobei die Schöpfung im weitesten Sinne gehöre) ebenso wie die Bildung, die ja kein Produkt sei, sondern ein Prozess.

Eine solche geänderte Ethik müsse aber auch in den Köpfen verankert werden, dafür sei Bildung in Form von Seminaren etc. geeignet, um die Tugenden wieder in der Gesellschaft zu etablieren.

Der Vortrag von Dr. Tacke, der im Folgenden abgedruckt ist, schloss die Vortragsreihe. □

AUFTRAG 276 • DEZEMBER 2009

Ist der Unternehmer der Totengräber der Sozialen Marktwirtschaft?

VON KLAUS H. TACKE¹

Das Thema kam mir zunächst nur als rhetorische Frage vor. Denn es wird kaum jemanden geben, der öffentlich zugibt, er sei Egozentriker – oder der nicht unterstreichen würde, dass das Gemeinwohl ein wichtiger Faktor des Zusammenhalts einer Gesellschaft ist. Wenn alle so handeln würden wie sie vorgeben zu denken, müsste eigentlich alles in Ordnung sein.

Man stellt allerdings fest, dass das verbale Bekenntnis zum Gemeinwohl in der Praxis eher ins Gegenteil umschlägt. Es wird erforderlich sein festzustellen, welche Kräfte innerhalb der Gesellschaft sich in welche Richtung orientieren (s. Abb 1, Seite 34).

Um das Gruppen- und Individualverhalten verstehen zu können, muss man sich immer eins vor Augen halten. Zu den Grundveranlagungen eines jeden Menschen gehört ein ausgeprägter Selbsterhaltungstrieb. Ohne den hätte die Spezies Mensch wohl kaum bis heute überleben können.

Jeder Mensch strebt danach, seinen individuellen Nutzen zu maximieren. Dazu wägt er in jeder Entscheidungssituation ab, welche Alternativen es gibt – und welche Nutzen und Kosten diese verursachen. Das bedeutet nichts anderes, als dass jeder Einzelne immer danach strebt, die Summe der – nennen wir sie – Befriedigungselemente für sich zu maximieren. Das hat zweifellos egoistische Komponenten. Aber Befriedigung kann man ebenfalls empfinden bei der Hilfe und Sorge für andere, in der Wertschätzung durch andere oder durch gemeinsames Erleben mit anderen.

Darin liegt also die gute Nachricht, dass menschliches Handeln, auf andere Menschen bezogen und

zu ihrem Wohl, mit diesem Denken durchaus vereinbar ist.

Die schlechte Nachricht bleibt hingegen, dass jedes Individuum durch die Grundveranlagung zu seiner Überlebenssicherung dahin ten-

Bei der Betrachtung diverser Gruppen hinsichtlich ihrer Tendenz auf der Skala, sollte ich fairerweise mit meiner eigenen Gruppe, den selbstständigen Unternehmern, anfangen.



Der Vortragende Dr. Klaus H. Tacke (2. v.l.) mit der Leitung der Tagung. Von links: Prof. Hans-Peter Niedermeier, Leiter des Förderungswerkes, Manfred Speck, Vorsitzender im CV-Rat, Wolfgang Braun, Pressesprecher CV und Domkapitular Ulrich Bonin, CV-Seelsorger.

diert, seine Situation gegebenenfalls auch auf Kosten anderer zu stabilisieren und zu verbessern.

Generell sind wir geneigt, eine derartige Verhaltensweise spontan zu verurteilen.

Ist es aber nicht so, dass wir durchaus mit der moralischen Verwerflichkeit leben könnten, wenn sie uns denn selbst zum Vorteil gereichte? – Und ist nicht eben dieser Zwiespalt ein Teil des natürlichen Grundverhaltens des Menschen?

Wir können diese Basisveranlagung nicht ändern. Statt sie zu ignorieren, sollten wir sie deshalb als festen Bestandteil bei der Ausgestaltung unserer Gemeinschaft berücksichtigen und versuchen, die für unser Gemeinwohl negativen Auswirkungen der individuellen „Selbsterhaltungs-Aktivitäten“ so gering wie möglich zu halten.

Sie ist in meinen Augen die einzige gesellschaftlich relevante Gruppe, die offen zu erkennen gibt, dass sie angetreten ist, um für sich selbst eine optimal befriedigende Situation zu schaffen. Die Unternehmer tun etwas für sich. Somit ist für jeden sichtbar, dass sie sich bereichern – wenn sie denn erfolgreich sind. Daraus folgt – wenn auch nicht zwingend logisch – dass sie mit ihrem Verhalten möglicherweise dem Gemeinwohl Schaden zufügen. Schließlich stammt ihre Bereicherung in der Regel aus dem Geld, welches sie von den Konsumenten zu viel genommen oder den Arbeitern zu wenig bezahlt haben.

Das System der freien, ungebremsten Marktwirtschaft des Manchesterkapitalismus gab den Unternehmern freie Hand. Unternehmer konnten ihre Arbeiter ausbeuten und mittels Monopolen und Kartel-

¹ Dr. rer. pol. Klaus H. Tacke ist selbständiger Unternehmer und hielt diesen Vortrag während der Medientagung des Cartell-Verbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen im Kloster Banz.

len überhöhte Preise für ihre Produkte verlangen. Das Konzept musste scheitern, weil man dem Grundverhaltensmuster des Menschen, seine individuellen Vorteile als oberste Wertkategorie einzusetzen, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hatte.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es bei uns der Gruppe um Ludwig Erhard, die wirtschaftliche Basis so zu konzipieren, dass unternehmerische Dynamik weiterhin erhalten blieb, Unternehmer aber durch das Verbot von privatwirtschaftlichen Monopolen und Kartellen zum Schutz des Gemeinwohls an die Kandare genommen und unter einen permanenten Konkurrenzdruck gesetzt wurden, der dem gesamten Gemeinwesen mehr Vorteile brachte. Der Zwang zur Konkurrenz, das war die wichtigste soziale Auswirkung der neuen Wirtschaftspolitik.

Der zweite Aspekt war der, dass der Staat – und damit die Gesellschaft – sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sein sollte für alle die Mitglieder, die nicht aus eigener Kraft in der Lage waren, in ausreichender Weise für sich selbst zu sorgen. Als Beispiel dafür soll die dynamische Renten Anpassung dienen.

Die Konzeption der Teilnahme aller an einem freien Markt setzt zwangsläufig voraus, dass jedes Mitglied der Gemeinschaft die Möglichkeit haben muss, Geld zu verdienen, um sein Leben selbst gestalten und in seiner sozialen Position eine gesellschaftliche Persönlichkeit sein zu können.

Zum Geldverdienen braucht man in der Regel Arbeitsplätze. Von denen gibt es – vereinfachend ausgedrückt – zwei Kategorien.

Die einen umfassen im weitesten Sinne die Verwaltung des Gemeinwesens. Sie sind drittfinanziert (durch Steuern und Abgaben) und sollten deshalb in der Zahl so klein wie möglich gehalten werden, um das Gemeinwesen finanziell so wenig wie möglich zu belasten. Nennen wir sie „öffentliche Arbeitsplätze“.

Die zweite Kategorie der Arbeitsplätze betrifft den gewinnorientierten Sektor, den ich hier vereinfachend als „privaten Sektor“ bezeichnen möchte. Der produktive Arbeitsplatz entsteht in der Regel durch private un-

ternehmerische Initiative. Er ist ohne Zweifel das Herzstück unserer Wirtschaftsform. Allerdings gibt es eine problematische und oft missverständliche oder bewusst falsch interpretierte Beziehung zwischen dem Unternehmer und den Arbeitsplätzen. Denn ein Unternehmer wird nur dann Arbeitsplätze schaffen, wenn er durch Einstellen neuer Mitarbeiter seine Befriedigungsmöglichkeiten mittelfristig weiter verbessern kann.

Die privaten Unternehmer sind ebenfalls die einzige Gruppierung, bei der die Einheit von Risiko und Haftung gegeben ist. Und diese

Einstieg in die Selbstständigkeit so schmackhaft machen, dass es immer genügend „Unternehmungslustige“ gibt, die sich selbstständig machen wollen und die der Gemeinschaft in der Folge quasi als Kollateral-Nutzen ihrer eigenen Ambitionen die benötigten Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Wir haben hier, um es salopp auszudrücken, das Trüffelschwein-Syndrom vor uns. – Das Trüffeltier (in diesem Fall der Unternehmer) erhofft sich einen Lustgewinn bei der Suche nach Trüffeln (d.h. nach Befriedigung), und die Gesellschaft als

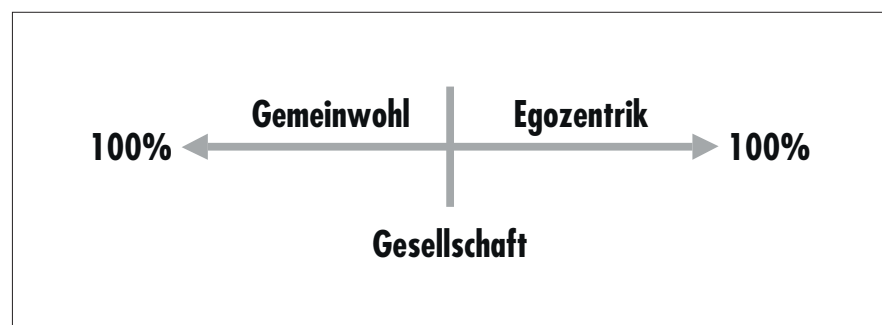


Abb 1: Wenn die Gesellschaft selbst sich in der Mitte befindet, so schlägt Egozentrik nach rechts bis zu hundert Prozent aus, wie das Gemeinwohl zu hundert Prozent nach links ausschlägt

Haftung für sein Tun bewahrt den Unternehmer wie auch seine Arbeitnehmer vor halsbrecherischen Entscheidungen. Fehlerhaftes Handeln seitens der privaten Unternehmer wird vom Markt schonungslos bestraft. Also tun sie alles, um diese Strafe nicht zu erleiden.

Sie sind damit zu unterscheiden von den Managern als Angestellten-Unternehmern, die sich gerne und ausgiebig an Gewinn und Wertsteigerung beteiligen, aber nicht so ohne weiteres bereit sind, für ihr Tun persönlich zu haften. Die Manager sind nur in dem Sinne Unternehmer, dass sie die von Unternehmern gegründeten Firmen mehr oder weniger erfolgreich weiterführen.

Dem Staat ist es generell egal, ob dieser Unternehmer oder sein Konkurrent am Markt erfolgreicher ist. Er braucht auch nicht unbedingt reiche Unternehmer – wenn man einmal von den Steuereinnahmen absieht. Der Staat muss aber im eigenen und in unser aller Interesse die unternehmerische Freiheit so gestalten und den

Schweinehirt profitiert von den gefundenen Trüffeln in Form von Arbeitsplätzen. Hat das Trüffelschwein keine Lust mehr zu suchen, hat der Schweinehirt ein Problem und keine Trüffel.

Die aktuelle Situation – mit Millionen von Arbeitslosen – führt zu der Erkenntnis, dass die Soziale Marktwirtschaft in der heutigen Form offensichtlich nicht in der Lage ist, unser Gemeinwohl in ausreichender Weise zu schützen. Die Betonung liegt dabei auf der „heutigen Form“, denn grundsätzlich hat sie sich nach wie vor als die dynamischste Wirtschaftsform erwiesen.

Bei der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft hat man zwar die Unternehmer fest an die Kandare genommen, aber übersehen, dass es noch etliche weitere Gruppen gibt, die ihre eigenen Interessen so konsequent verfolgen, dass unser aller Gemeinwohl dadurch von innen ausgehöhlt werden kann.

Solange Gesetze und Verordnungen den uns allen innewohnenden ur-

eigenen Selbsterhaltungstrieb nicht berücksichtigen, wird sich unsere derzeitige Situation nicht verbessern lassen. Speziell in den Bereichen, in denen ein Individuum im Rahmen seiner Tätigkeit Macht ausüben oder Geld verwalten und einsetzen kann, das nicht ihm gehört, ist die Gefahr der Berücksichtigung eigener Interessen besonders eklatant.

Wie angekündigt möchte ich ein paar Szenen herausgreifen, bei denen deutlich auffällt, dass sich gesellschaftliche Gruppen bei einzelnen Situationen unseres Gemeinwohls in einer Form bedienen, die – wenn wir heute zu entscheiden hätten – von uns nicht gutgeheißen würde. Sie sind dadurch mit verantwortlich für die nicht zufrieden stellende Situation unseres Gemeinwohls (s. Abb 2)

- Die Arbeit eines Politikers wird von der Gesellschaft gut bezahlt. Sie verhält sich insofern gemeinwohlneutral. Die überhöhten Altersbezüge als Folge der Tatsache, dass Politiker über die Höhe ihrer Bezüge selbst entscheiden, führen zu Politikverdrossenheit und permanenten Protesten des Bundes der Steuerzahler.
- Die Kassenärztliche Vereinigung reicht die Abrechnungen ihrer Ärzte nur als anonymen Pauschalbetrag an die Versicherungen weiter, deren Kontrollmöglichkeiten insofern stark beschränkt werden.
- Lobbyverbände – allein 430 sind um das Gesundheitsministerium angesiedelt – begründen ihre Tätigkeit mit dem demokratischen Interessenausgleich im Rahmen der Gesellschaft. Das setzt jedoch voraus, dass die Politiker – als die eigentlichen Lobbyisten unseres Gemeinwohls – diesen Ausgleich im Rahmen des gemeinsamen Interesses unserer Gesellschaft herstellen.
- Die Soziologie hat die „Bürokratisierung der Verwaltung“ und deren Tendenz, sich selbst zu Monstern zu entwickeln, eindeutig und detailliert erforscht. Das Ergebnis muss ein Alarmsignal für uns alle sein, uns der geringen Effizienz und der ausufernden Kosten derartiger Strukturen bewusst zu sein. Die Bürokratie wächst von unserem Geld und genehmigt

sich Pensionen, die fast dreimal so hoch sind wie die gesetzliche Rente. Wer sich verantwortlich erklärt für die öffentliche Verwaltung, aber keine persönliche Verantwortung trägt, lässt sich auch nicht beeindrucken von den fehlgeleiteten Milliardenbeträgen, die der Bundesrechnungshof jährlich aufdeckt.

- Wenn Risiko und Haftung hier in ähnlicher Weise zusammengehören würden wie bei den selbstständigen Unternehmern, gäbe es mit Sicherheit nur einen Bruchteil heutiger Fehlbeurteilungen

ten nicht mehr unter das Postulat sozialer Gerechtigkeit fallen. Dabei müssten Gewerkschaften und Unternehmer gemeinsam den Staat dazu bringen, den wirtschaftlichen Rahmen für eine Erhöhung der Investitionslust zu schaffen. Lohnerhöhungen im privaten Sektor führen fatalerweise im öffentlichen Sektor zu ungerechtfertigten Kostenerhöhungen, die mangels gesteigerter Effizienz lediglich mit sozialer Gerechtigkeit begründet werden. Die Leistung steigt nicht, aber kostet uns alle mehr – das lässt sich durch-

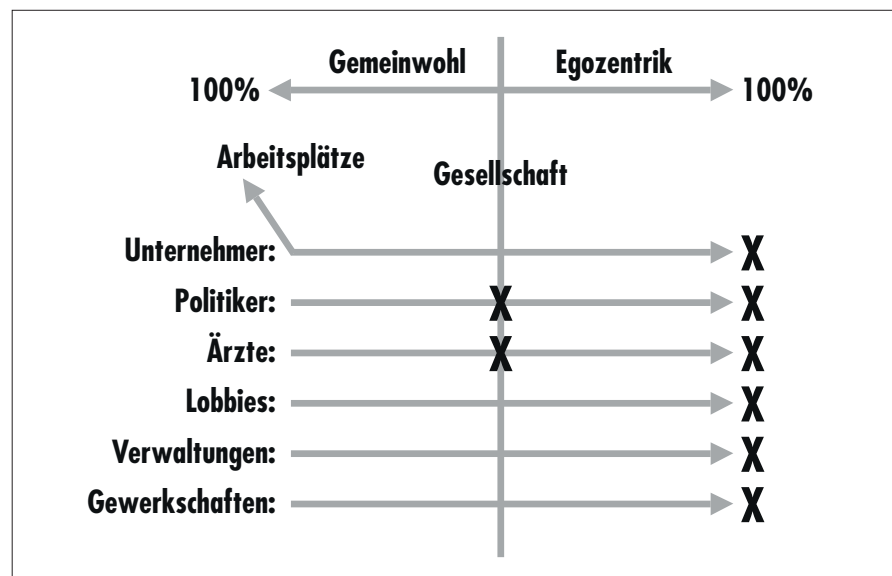


Abb 2: Der Unternehmer handelt zuerst aus eigenem Interesse heraus, schafft aber dadurch Arbeitsplätze. Bei Ärzten und Politikern werden zwei Kreuze gesetzt, um die Ambivalenz dieser Berufsgruppen deutlich zu machen

und Verschwendung aufgrund verantwortungsloser Entscheidungen.

- Gewerkschaften zeigen ebenfalls die typischen Symptome von Großorganisationen, die auf den eigenen Erhalt ausgerichtet sind. Während Arbeitnehmer eines Betriebes eher auf Lohnanteile verzichten zugunsten Arbeitsplatzsicherung, verzichten die Gewerkschaften nicht auf Flächentarifverhandlungen und drücken den Staat, durch von uns oder der nächsten Generation finanzierte Konjunkturprogramme die unrentabel gewordenen Arbeitsplätze zu halten oder zu ersetzen und im Zweifel für die Arbeitslosen zu sorgen, die bei den Gewerkschaften

setzen, weil ein überwältigender Teil der in der Politik Tätigen den Gewerkschaften nahe steht und beiträgt, sie zu einer der größten und einflussreichsten Lobbies in unserem Lande zu machen.

Was können oder müssen wir ändern?

Wenn wir den Menschen nicht ändern können, bleibt nur der Weg, die für das Gemeinwohl negativen Auswirkungen seiner Handlungsweise besser zu kontrollieren. Dazu gehört zum einen, dass in jedem Fall verhindert werden muss, dass Kontrollierende und Kontrollierte derselben Interessengruppe angehören können.

Zum anderen muss man zunächst einmal das Bewusstsein für die Problematik wecken. Das gestärkte Bewusstsein wird es leichter ermöglichen, die Werte wieder zu erkennen, die das Zusammenleben in einer Gemeinschaft benötigt als einen unverzichtbaren Grundkonsens.

Der Weg ist also gleichzeitig das Ziel: Dem Bewusstsein dafür, was unserer Gemeinschaft wichtig ist, seinen notwendigen Stellenwert zurückzugeben.

Appelle an Moral, Sozialverhalten und Menschenwürde als Ansatz sind richtig und wichtig. Sie haben aber nur Sinn, wenn sie auf einen fruchtbaren Boden fallen. Und fruchtbar wird der Boden nicht, wenn man etwas zum Nachdenken gibt, sondern wenn man ein existentielles Bewusstsein wieder erweckt, das den notwendigen Bedingungsrahmen selber wieder herstellt.

Der zweite Ansatz muss deshalb sein, die Gemeinschaft dem Einzelnen wieder präsent zu machen, Gemeinschaftserlebnisse zu erfahren, einen Sinn in der Gemeinschaft zu sehen und eine positive Einstellung zu dem Miteinander zu erreichen – und damit wegzukommen von der „Geiz-Ist-Geil-Weltanschauung“.

Es gilt, ein Wir-Gefühl zu schaffen, welches uns wieder positiv fühlen lässt, dass wir in eine Gemeinschaft eingebettet sind – in der Sicherheit, notfalls von ihr getragen zu werden und in dem Bewusstsein, etwas von unserer Stärke und Solidarität zur Verfügung zu stellen und beizutragen, um diese Gemeinschaft vom bloßen Wunschbegriff zur Realität zu machen.

Wie man Gemeinschaft erleben kann, zeigt das Beispiel von Langenfeld (zwischen Köln und Düsseldorf, 59.000 Einwohner und vor Jahren noch mit 38 Millionen Euro verschuldet). Nach gemeinsamer Anstrengung und Überlegungen ist die Stadt schuldenfrei. Es lohnt sich, im Internet nachzulesen, wie stolz alle auf sich und das gemeinsam Erreichte sind und wie sich so etwas wie ein Mannschaftsgefühl entwickelt hat.

Das zweite Beispiel ist geeignet, unser selbstverantwortliches Sozialgefühl wieder zu beleben. In dem

50.000 Einwohner-Ort Drachten bei Groningen hat der Verkehrsplaner Monderman sein Konzept vom gemeinsam zu nutzenden Verkehrsraum realisieren können. Seine Logik: Vorschriften senken das Verantwortungsbewusstsein.

Er ließ die meisten Ampeln, Schilder und viele Bürgersteige abschaffen. Es gelten neben Tempo 30 nur noch zwei Regeln: „Rechts vor links“ und „wer stört, wird abgeschleppt“. Das Resultat lässt auf Nachahmung hoffen, denn

- Unfälle und PS-starke Aggressivität tendieren gegen Null, und
- Tempo 30 ist schneller als „Stop and Go“.

Es kommt zu einem miteinander aller Verkehrsteilnehmer, weil die Menschen Hirn und soziales Denken einschalten müssen, um aus den unsicheren Verkehrssituationen mit Hilfe von Verständigungszeichen sicherer zu machen.

Die Drachtener sind begeistert und stolz, dass ihre Stadt mittlerweile zu einem Wallfahrtsort für die Verkehrsplaner aus über 40 Nationen geworden ist.

Das ist es, was wir brauchen, um wieder „Wir“ zu sein. Ein Gefühl für Gemeinschaft und Gemeinsamkeit zu schaffen ist oberste Notwendigkeit, wenn die Zukunft anders aussehen soll. In dem Maße wie es erreicht ist, wird es leichter sein, die unabdingbaren Erfordernisse durchzusetzen, die das Wohl der Gemeinschaft in Zukunft für uns und unsere Kinder sichern soll.

Meine Antwort auf das Thema „Gemeinwohlorientierung oder Egozentrik?“ lautet deshalb: Es gibt kein „Entweder – Oder“. Wir alle brauchen die Gemeinschaft. Wir müssen aber auch respektieren, dass der Mensch angetrieben wird von der naturgewollten Wahrung der eigenen Sicherheit und der eigenen Vorteile im Sinne des Selbsterhaltungsgebotes. Unsere Gemeinschaft sollte aber nicht zulassen, dass Individuen oder Gruppen buchstäblich ihr Ego ins Zentrum setzen können, wenn das unserem Gemeinwohl zum Schaden gereicht.

Wir sind die Gemeinschaft, **wir** sind das Volk und **wir** sind schuld, wenn unser Gemeinwohl verkommt zu dem Rest, den andere zurückgelassen haben.

Experte fordert Aufbau von islamisch-theologischer Fakultät

Für die rasche Einrichtung einer islamisch-theologischen Fakultät in Deutschland hat sich der Stuttgarter Islam-Experte Hansjörg Schmid ausgesprochen. Angesichts von vier Millionen Muslimen in Deutschland und einer großen „Pluralität der Herkunftsländer, Glaubensrichtungen und Strömungen der Muslime in Deutschland“ seien die bestehenden sechs Professuren für islamische Theologie zu wenig, schreibt Schmid in einem am 17. Oktober veröffentlichten Gastbeitrag für die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) in Stuttgart. Als Vergleich verwies er auf bundesweit 39 katholische oder evangelische theologische Fakultäten.

Zu den zentralen Aufgaben einer neuen islamischen Fakultät zählt Schmid die Ausbildung von Imamen und islamischen Religionslehrern. Viele Moscheegemeinden wünschten sich Imame, die in Deutschland verwurzelt sind und studiert haben. „Es passt nicht mehr zu einem Leben auf Dauer im Einwanderungsland, dass das religiöse Personal wie bislang weitgehend aus dem Ausland rekrutiert wird“, so der Referent der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Schmid kritisiert einen fehlenden politischen Mut beim Aufbau islamischer Fakultäten. Dabei gehe es nicht um muslimische Sonderinteressen, sondern um „eine Angelegenheit der ganzen Gesellschaft“. Daher stehe nicht nur der Staat in der Pflicht.

Internationale kirchliche Männerarbeit

EUROPA-AKADEMIE 2009 / 15. Osteuropa-Seminar
16.09.-22.09.2009, Schmochtitz, Bischof-Benno-Haus



GENERALVERSAMMLUNG DER INTERNATIONALEN VEREINIGUNG
KATHOLISCHER MÄNNER **unum omnes**
19.09.-26.09.2009
SCHMOCHTITZ / DRESDEN / BERLIN



Gemeinschaft der Katholischen
Männer Deutschlands (GKMD)

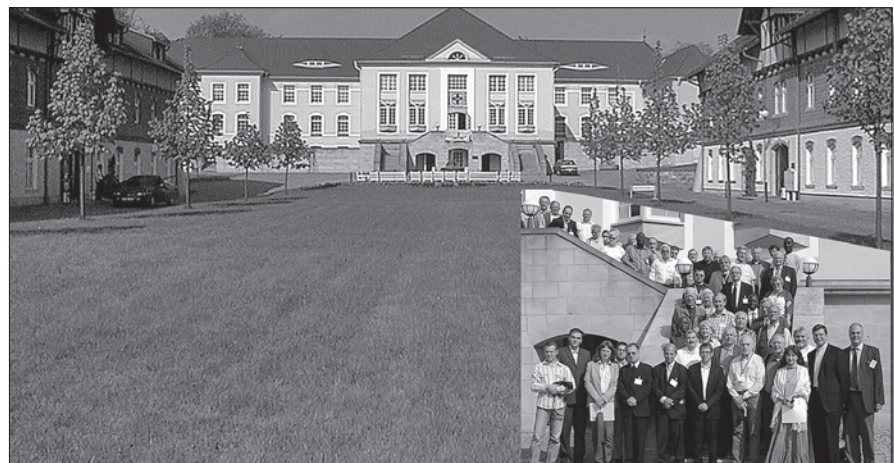


Teil 1: Europa-Akademie 2009 / 15. Osteuropa-Seminar

Mütter und Väter – Leistungsträger der Gesellschaft

Familie – ein Dauerthema in Gesellschaft, Politik und Kirche. Vor allem über Missstände wird in der Öffentlichkeit geklagt und berichtet: die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, Kinder als Armutsrisiko, mangelnde Erziehung und Verwahrlosung von Kindern ...

Demgegenüber haben sich die Teilnehmer am 15. Osteuropa-Seminar aus acht Ländern¹ mit dem Thema „WAS MÜTTER UND VÄTER LEISTEN – FÜR FAMILIE, GESELLSCHAFT, KIRCHE“ zuerst einmal den großen Leistungsträgern der Gesellschaft gewidmet: Was lei-



Die Anlage des Bischof-Benno-Hauses. Auf der Freitreppe des Hauses postierten sich die Delegierten zum Erinnerungsfoto (eingefügter Bildausschnitt) Das Bildungs- und Tagungshaus des Bistums Dresden-Meißen ist ein idyllisch in der Nähe von Bautzen gelegenes ehemaliges Rittergut, das den Namen des Bistumspatrons Bischof Benno von Meißen (1010-1096) trägt.

¹ Die Teilnehmer des 15. Osteuropa-Seminars kamen aus den Ländern: Bulgarien, Deutschland, Litauen, Luxemburg, Österreich, Rumänien, Ukraine und Weißrussland.

sten Väter und Mütter nicht nur für ihre Kinder und die ganze Familie, sondern auch für die Gesellschaft und Kirche. Als Zweites wurden zur Frage, wo und wodurch Mütter und Väter Unterstützung erfahren können, vor allem die Angebote von Politik und Kirche in den Blick genommen.

Weiterhin befasste sich das vom 16. bis 22. September im Bischof-Benno-Haus in Schmochtitz bei Bautzen in Sachsen stattfindende Seminar mit der grundsätzlichen Frage, welche Bedeutung Kirche und Religion überhaupt noch in Europa haben oder ob man von einer Wiederkehr der Religion sprechen könne.

Gerade die aktuelle Wirtschaftskrise zeige die Bedeutung intakter Familien, erklärte Kestutis Kevalas², Kaunas/Litauen, in seinem Vortrag „Väter und Mütter – unverzichtbar auch für eine Gesellschaft der freien Märkte“. Familien seien der beste Ort, wo Menschen Werte erwerben und Tugenden wie Mut und Fürsorge lernen. Ohne unternehmerischen Mut und eine gewisse Moral funktioniere Wirtschaft aber nicht: Moral und Profit gehen Hand in Hand.

Wie sehen aber heute Familie und Elternschaft aus? Diese Frage untersuchte die Bamberger Soziologin Gudrun Cyprian³ in einem Vortrag zum Thema „VATER- UND MUTTERSCHAFT IN DEN EUROPÄISCHEN GESELLSCHAFTEN. BILDER – GESCHICHTEN – WIRKUNGEN“. Die Wunsch- und Leitbilder von Familie in unseren Köpfen entsprächen oft nicht mehr der Realität, so die Soziologin. Vor allem die Rolle der Väter sei im Umbruch. Das verunsichere viele Männer. Auch wenn die Mütter heute stärker als früher berufstätig sind, seien vielfach doch die Väter weiterhin die Haupternährer der Familie. Andererseits brauchen Kinder ihre Väter, und die Väter wollen in deren Leben auch eine aktive Rolle spielen.

Denkt Familienpolitik vor allem an die Bedürfnisse von Staat und Wirtschaft oder an die der Kinder

und Familien? Dienen Maßnahmen wie das Elterngeld und der Ausbau von Kinderbetreuung nur dazu, durch höhere Geburtenzahlen den demografischen Wandel abzumildern und Mütter rasch wieder als Arbeitskräfte verfügbar zu haben? Peter Döge, Zukunfts- und Geschlechterforscher aus Berlin, stellte unter dem Thema „MÜTTER UND VÄTER STÄRKEN – EINE FAMILIENPOLITISCHE HERAUSFORDERUNG IM ZUSAMMENWACHSENDEN EUROPA“ verschiedene familienpolitische Strategien in Eur-

jekte, die sie in ihren Heimatländern umsetzen wollen. Zum Abschluss des Seminars verabschiedeten die Teilnehmer ein gemeinsames Thesenpapier, das sowohl als Position für die eigene Weiterarbeit als auch für die Information der jeweils nationalen Öffentlichkeit dient (siehe Kasten).

Die Osteuropa-Seminare finden seit 15 Jahren im Bischof-Benno-Haus, der Weiterbildungsstätte des Bistums Dresden-Meißen statt. Sie dienen dem gegenseitigen Austausch



Ein Ausflug in die Kreisstadt Bautzen und ein geführter Bummel durch die barocken Straßen und romantischen Gassen gehörte zum Programm des Osteuropa-Seminars. Hier der Blick von der Friedensbrücke über die Spree auf den mittelalterlichen Stadtkern von Bautzen: im Vordergrund die Alte Wasserkunst (1558), links dahinter die Ortenburg (vermutlich 958), rechts vom Turm der Alten Wasserkunst Michaelskirche (1429), Wasserturm von 1878 und oberhalb der Bürgerhäuser der Dom St. Petri (1231-21), seit 1524 Simultankirche für die evangelische und die katholischen Konfession.

opa vor. Nach seiner Meinung fehlt Europa aber eine Vision, die Familien einen Eigenwert als ein zentrales Lernfeld für unsere Gesellschaft zugesteht.

Die Teilnehmer der Tagung sind in ihren Heimatländern in verschiedenen Bereichen der kirchlichen Laienarbeit aktiv. Beispiele für deutsche Initiativen, die die Situation der Familien verbessern, wurden ihnen auf einem „INFOMARKT – AUS DER (KIRCHLICHEN UND VERBANDLICHEN) FAMILIEN-, FRAUEN- UND MÄNNERARBEIT“ vorgestellt. In Arbeitsgruppen entwickelten sie dann konkrete Pro-

und geben vor allem den katholischen Männern in den ehemals kommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas Anregungen und Hilfen für die Schaffung eigener Männervereinigungen. In diesem Jahr überschneit sich das Seminar mit der Generalversammlung der Internationalen Vereinigung Katholischer Männer UNUM OMNES, die erstmals seit ihrer Gründung im Jahr 1948 in Deutschland stattfand. So haben die Teilnehmer Einblicke in die weltweite kirchliche Laien- und Männerarbeit erhalten.

Veranstalter der Osteuropa-Seminare sind die Internationale Vereinigung Katholischer Männer UNUM

² Dr. Kestutis Kevalas ist Vizedekan und Dozent für Moralthologie und pastorale Verwaltung am Department Kath. Theologie der Vytautas-Magnus-Universität in Kaunas/Litauen.

³ Dr. Gudrun Cyprian ist Professorin für Soziologie am Fachbereich Soziale Arbeit der Universität Bamberg.

OMNES, die Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD), die Kirchliche Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männer-

arbeit in den deutschen Diözesen in Fulda sowie das Bischof-Benno-Haus. Die Europa-Akademie wird vom „Programm für lebenslanges Lernen“ der

EU sowie von Renovabis, der Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, gefördert.

Leistungen anerkennen, die Mütter und Väter für Familie, Gesellschaft und Kirche erbringen

Die Teilnehmer der Europa-Akademie 2009 aus Bulgarien, Deutschland, Litauen, Luxemburg, Österreich, Rumänien, der Ukraine und Weißrussland erklären:

1. Auch in Zeiten gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbrüche bleiben Familien die Keimzelle und das Fundament der Gesellschaft und der Kirche. Deshalb bedürfen sie der besonderen Aufmerksamkeit und Fürsorge von Gesellschaft, Staat und Kirche.
2. An Mütter und Väter werden heute hohe Erwartungen gerichtet – auch von ihnen selbst. Manche fühlen sich überfordert und allein gelassen. Deshalb bedarf es der Mitverantwortung und -gestaltung aller in unserer Gesellschaft, damit das Leben in den Familien gelingt.
3. Wir beobachten mit Sorge, dass sich in unseren Ländern alles an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausrichtet. Wir brauchen aber keine wirtschaftsgerechten Familien, sondern eine familiengerechte Wirtschaft.
4. Die Familie muss ins Zentrum des politischen Handelns rücken. Dies gilt auf allen Ebenen, von der Kommune über die Länder bis zur europäischen Politik.
5. Das Leben von Familien und anderen Lebensformen ist sehr vielfältig geworden. Die Kirche versteht die christliche Familie mit Mutter, Vater und Kindern als eine auf Dauer angelegte Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft. Die Kirche respektiert Menschen, auch wenn sie in anderen Lebensformen leben, und begleitet sie pastoral.
6. In der kirchlichen Männerarbeit richten wir unseren Blick besonders auf die Väter und ihre Bedürfnisse. Unsere Überzeugung ist dabei: Väter wollen heute nicht nur allein Ernährer sein, sondern das Leben in der Familie aktiv mitgestalten.
7. Familien sind Orte des Glücks, wo Werte wie Vertrauen, Zuwendung und Verlässlichkeit sowie der christliche Glaube gelebt und gelernt werden.

Teil 2

UNUM OMNES – Generalversammlung der Internationalen katholischen Männervereinigung

Erstmals in ihrer 60-jährigen Geschichte hielt die Internationale Vereinigung Katholischer Männer UNUM OMNES eine Generalversammlung in Deutschland ab. Vom 19. bis 25. September trafen sich Delegierte katholischer Männervereinigungen aus drei Kontinenten¹ zu gegenseitigem Austausch, inhaltlicher Fortbildung und Wahl eines neuen

Präsidiums. Tagungsort war das Bischof-Benno-Haus in Schmochtitz bei Bautzen.

Mit einem feierlichen Pontifikalgottesdienst in der Dresdener Hofkirche eröffnete die Generalversammlung, der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Männerseelsorge. Er ermutigte in seiner Predigt zu Hoffnung und Zuversicht – auch in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise. Zugleich sollten die Christen über der weitverbreiteten Oberflächlichkeit in der Politik stehen und die wesentlichen Probleme angehen: die Sorge um die Familien,

Werte und Tugenden sowie die Bewahrung der Schöpfung.

Im Rahmen eines gemeinsamen Thementages befassten sich die Generalversammlung von UNUM OMNES und das Osteuropa-Seminar mit der Frage, wie sich die katholischen Männerverbände angesichts eines Wiedererstarkens der Gläubigkeit in vielen Ländern verhalten sollen. In einem Vortrag „Die Wiederkehr der Religion in den Gesellschaften Europas: Wunschdenken oder Realität?“ berichtete Prof. Miklós Tomka², Buda-

¹ Durch Delegationen waren vertreten:
- Afrika: Ghana, Nigeria
- Europa: Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Litauen, Luxemburg, Österreich, Rumänien, Slowakei/Tschechien, Ukraine, Weißrussland
- Südamerika: Argentinien

² Dr. Miklós Tomka ist Direktor der Ungarischen Religionssoziologischen

pest, dass sich in den letzten zwanzig Jahren gerade in den postkommunistischen Staaten Ostmitteleuropas eine deutliche Hinwendung zur Religion beobachten lässt. Diese Entwicklung sei ein deutlicher Gewinn für die Gesellschaften, da gläubige Menschen sich durch größeres



Sonntagshochamt in der Dresdner Hofkirche. Neben Erzbischof Ludwig Schick der Geistliche Beirat von UNUM OMNES, Msgr. Willibald Steiner (Österreich).

gesellschaftliches Engagement und mehr soziale Kompetenzen auszeichnen würden. Das Fazit des Vortrags waren drei Fragen, die auf Antworten von Seiten der Kirche warten:

- „Wie lässt sich die christliche Verpflichtung für Gemeinschaftsbildung in ein Engagement für die Zivilgesellschaft umsetzen?
- Wie kann die verspiritualisierte katholische Getto mentalität bzw. der katholische Hegemonialanspruch abgebaut und durch Weltoffenheit und Dialogbereitschaft ersetzt werden (Akzeptanz der Anderen)?
- Wie kann die Affinität der Christen für die nationale Tradition bewahrt und gleichzeitig von Überheblichkeit gegenüber anderen Nationen befreit werden?“

Forschungsstelle in Budapest, Präsident der Kath. Sozialakademie und Professor an der Theologischen Fakultät der Universität Szeged.

In einem zweiten Vortrag zum Thementag „Die Wiederkehr der Religion“ warf Prof. Maria Widl³, Erfurt, einen Blick auf die kirchliche Männerarbeit: „Männerpastoral – Quo vadis?“ Ihre Ausführungen mündeten kurz gefasst in der Aussage:

„Eine Männerpastoral orientiert sich wie jede Pastoral an den kirchlichen Grundvollzügen, wie sie sich postmodern zeigen: Lebenshilfe (Diakonie), Gemeinschaft (Communio), Evangelisierung (Verkündigung) und Gotteslob (Liturgie). Sie müssen an Männerart orientiert sein:

- *Erfahrungen von Kraft und Macht:* körperbetonte Formen der Selbsterfahrung, Umgang mit schwächenden Erfahrungen (Beruf, Frauenrollen, Sachzwänge), Charismen- und Berufungspastoral. Schlüsselthema: *Verantwortung*
 - *Gestaltung von Ansehen und Erfolg:* männerspezifische Emanzipation, Zeitmanagement und Beziehungskultur, Arbeitstugenden und Zielvergewisserung, ethische Maßstäbe und Prophetie. Schlüsselthema: *Liebe*
 - *Suche nach Sicherheit und Reichtum:* Geborgenheit im Gottesbezug, männliche Formen der Spiritualität, Riten und Rituale, Ämter und Normen, Konzepte und Strategien, Schutz der und Kampf für die Schwachen, Umgang mit Reichtum und Armut. Askese. Schlüsselthema: *Gerechtigkeit*
- Männerpastoral setzt gleichzeitig bei zwei Zielgruppen an,
- bei Männer in Verantwortung positionen und
 - bei Männer am Rande der Legalität.

³ Prof. Dr. habil. Maria Widl hat den Lehrstuhl für Pastoraltheologie und Religionspädagogik an der Kath.-Theol. Fakultät der Universität Erfurt inne.

Beide sind Schlüsselgruppen für die Kulturentwicklung und müssen daher besonders im kirchlichen Blickwinkel sein. Junge Männer und ihre Bedürfnisse sind dabei speziell zu berücksichtigen.“

Ihr Fazit: „Ich halte Männerpastoral für ganz dringlich.“

UNUM OMNES

wurde 1948 als Internationale Vereinigung Katholischer Männer in Lourdes gegründet. Der Name drückt den Wunsch Jesu aus, dass die Menschen in Gott „alle eins“ seien. Der Sitz der Vereinigung ist Rom. Organisationen aus mehr als 40 Ländern sind in ihr vertreten.

UNUM OMNES hat das Ziel:

- Männern zuhelfen, ihre Fähigkeiten im Leben als Katholiken zu nützen,
- Männer zu ermutigen, ihre rechtmäßige Rolle in der Kirche und in der Gesellschaft anzunehmen,
- die Familie als Ursprung allen Lebens zu fördern und als wesentlichen Verantwortungsbereich und Handlungsbereich des Mannes zu sehen,
- die Schaffung von Vereinigungen katholischer Männer zu fördern,
- den Dialog zwischen katholischen Männervereinigungen zu entwickeln,
- die Verbindungen zu nationalen und internationalen Organisationen zu fördern,
- die Hoffnungen und Erwartungen der Männer auf allen Gebieten des Lebens zu vertreten.

Der dritte Tag der Generalversammlung von UNUM OMNES diente der Präsentation der katholischen Kirche in Deutschland. Dr. Stefan Vesper⁴ stellte die Strukturen, Ziele, Möglichkeiten und Arbeitsweisen des Laienkatholizismus vor. Er ging besonders auf das politische Wirken des ZdK und des katholischen Verbandswesens, die Katholikentage und ökumenischen Kirchentage sowie auf die drei Grundprinzipien und deren Quellen ein, die das Selbstverständnis der Laien in Deutschland ausmachen:

⁴ Dr. Stefan Vesper ist Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in Bonn.

- *Selbstbewusstsein* (Dogmatische Konstitution über die Kirche „Lumen gentium“ Nr. 33.
- *Eigenständigkeit* (Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et spes“ Nr. 76).
- *Koalitionsrecht* („Codes Juris Canonici“ can. 215 u. 216, Dekret über das Laienapostolat „Apostolicam actuositatem“ Nr. 26).

In der Diskussion wurde deutlich, wie wir deutsche Katholiken von den anderen Ländern ob unserer Möglichkeiten beneidet werden. Denn außer der Katholischen Aktion in Österreich kennen andere keinen vergleichbaren organisierten und strukturierten Laienkatholizismus.

Der sächsische Landtagspräsident Erich Iltgen erläuterte das „VERHÄLTNISS VON STAAT UND KIRCHE IN DEUTSCHLAND“. Am Beispiel des Freistaates Sachsen zeigte er auf, wie und warum gerade katholische Christen in der Zeit der Wende die Politik des Bundeslandes geprägt haben.

Die Generalversammlung wählte turnusgemäß ein neues Präsidium. Als Nachfolger des Argentiniers Alejandro Madero wurde Nial Kennedy aus Irland für eine dreijährige Amtszeit zum neuen Präsident von UNUM OMNES gewählt. Neben Edward Prah aus Ghana ist jetzt auch ein Deutscher Vizepräsident: Franz-Josef Schwack, der Präsident der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD). Als Schatzmeister erhielt Gilbert Pataille (Frankreich) die Zustimmung der Mitglieder. Der Geistliche Beirat, Msgr. Willibald Steiner (Österreich), wur-



Das Präsidium von UNUM OMNES (v.l.): Vizepräsident Edward Prah (Ghana), Präsident Nial Kennedy (Irland), Vizepräsident Franz-Josef Schwack (Präsident der GKMD, Deutschland), Schatzmeister Gilbert Pataille (Frankreich), Geistlicher Beirat Msgr. Willibald Steiner (Österreich).

de in seinem Amt bestätigt. Schließlich konnten die Generalversammlung eine Reihe von neuen Mitgliedern begrüßen, nämlich Organisationen aus Bulgarien, Kamerun, Liberia, Litauen und Weißrussland.

Nach der Idylle Schmochtitz, dem Besuch der mittelalterlichen Kreisstadt Bautzen und der sächsischen Landeshauptstadt Dresden zog die Generalversammlung zum Abschluss ihrer Tagung um nach Berlin. Die Teilnehmer aus nah und fern sollten als ein Kontrastprogramm zum ländlichen Schmochtitz die lebendige und sich stets wandelnde deutsche Hauptstadt erleben.

Auf dem Programm standen eine Stadtrundfahrt und ein Besuch des Reichstages. Einblicke in die jüdische Geschichte und das jüdische Leben in Deutschland ergaben sich bei einer Besichtigung der Synagoge in der Rykestraße im Stadtteil Prenzlauer Berg.

Geplant war auch ein Treffen mit dem Erzbischof von Berlin, Georg Kardinal Sterzinsky. Für den erkrankten Kardinal sprang dessen Generalvikar, Ronald Rother, ein. Er erläuterte den Teilnehmern die Situation des Diasporabistums und nahm sich sogar die Zeit, durch die St.-Hedwigs-Kathedrale zu führen.

(GKMD/PS)

Kardinal Cordes: Priesteramt ist unersetzbar

Kurienkardinal Paul Josef Cordes hat sich entschieden gegen die Leitung von Pfarren durch Laien gewandt. Dies verstöße gegen das Kirchenrecht und könne keine Antwort auf den Priestermangel sein, sagte der Präsident des Päpstlichen Rates „Cor Unum“ Anfang Oktober in Frankfurt. Dennoch gebe es diese Praxis in einigen Bistümern Italiens und der Schweiz, und auch in Deutschland wisse er von einer Diözese. Das Weiheamt sei aber nicht ersetzbar etwa durch Pfarrgemeinderäte, „die sich dann für bestimmte Aufgabe mal einen Priester dingen“, so Cordes. Der 75-jährige deutsche Kurienkardinal äußerte sich bei der Vorstellung seines neuen Buches „Warum Priester? Fällige Antworten mit Benedikt XVI.“

Auch der Philosoph Robert Spaemann betonte bei der Veranstaltung die Notwendigkeit geweihter Geistlicher für die Kirche. Viele Priester seien aber heute „durch den Blick von außen auf sie“ verunsichert. Kaum eine Gruppe stehe so sehr im Fokus öffentlicher Kritik wie die Priester. Gerade die Bereiche der Soziologie und Psychologie „scheinen Instanzen geworden zu sein, die dem Priester sagen wollen, was er zu tun hat“. Die Geistlichen müssten aber vielmehr umgekehrt fragen, ob die moderne Gesellschaft aus christlicher Sicht auf dem richtigen Weg sei.

(KNA)

„Friede auf Erden den Menschen seiner Huld“ Der Soldatendienst aus Sicht der Alten Kirche

VON ANDREAS M. RAUCH¹

Die Standortbestimmung der Alten Kirche in den ersten fünf Jahrhunderten in Bezug auf den Dienst im römischen Militär ist seit Beginn des 20. Jahrhunderts vielfach diskutiert worden. Die Literatur zu den Themen „Alte Kirche“ und „Römisches Militär“ sind gerade im Jahr 2009 kaum zu überschauen, da der 2000. Geburtstag des christlichen Völkerapostels Paulus und die 2000. Wiederkehr der Schlacht des römischen Feldherrn Varus gegen den germanischen Cheruskerfürsten Arminius Anlass zahlreicher Publikationen ist. Wie beim hl. Paulus, der Varusschlacht und der Frage des Soldatendienstes zur Zeit des Imperium Romanum muss unterschieden werden zwischen tradierten Mythen und Volksfrömmigkeit einerseits und belegbaren, wissenschaftlichen Aussagen im Horizont von Kirchengeschichte und Archäologie andererseits.

So wurden über Jahrhunderte Geschichten über die so genannte „Thebäische Legion“ und seinen christlichen Märtyrern, dem hl. Mauritius in der heutigen Schweiz, den hl. Cassius und Florentius in Bonn, dem hl. Gereon in Köln und dem hl. Victor in Xanten tradiert. Tatsächlich hat es zwar eine römische Legion im ägyptischen Theben gegeben, doch ist diese nie in die Alpen und an den Niederrhein verlegt worden. Wir wissen aber um eine starke Präsenz koptischer Christen in römischer Zeit und um archäologische Belege, dass es bereits in der Spätantike Orte christlicher Verehrung in Bonn, Köln und Xanten gegeben hat.

Römische Soldaten sind immer wieder ein Thema im Neuen Testament, so etwa beim Hauptmann von Kapharnaum, beim Hauptmann unter dem Kreuz und beim Hauptmann von Caesarea. Wir wissen aus römischen Gerichtsakten, dass der römi-

sche Soldat Appollonius um das Jahr 185 n. Chr. hingerichtet wurde, weil er sich zu Christus bekannte. Es ist bekannt, dass es einen römischen Soldaten Sebastianus am Hof von Kaiser Diokletian in der zweiten Hälfte des dritten Jahrhunderts gegeben hat. Die Existenz des römischen Soldaten Martinus (ca. 316/317 bis 397 n. Chr.), Sohn eines römischen Tribun, kaiserlicher Gardereiter und späteren Bischofs von Tours lässt sich wissenschaftlich belegen. Doch ob Martinus als Soldat am Stadttor von Amiens seinen Mantel um einen frierenden Bettler gelegt hat oder ob Sebastianus wegen seines christlichen Glaubens als Märtyrer gestorben ist und vielleicht sogar ein erstes Martyrium mit Pfeilen überlebt hat, lässt sich wissenschaftlich nicht belegen und ist wie viele andere Märtyrerlegenden dem Bereich christlicher Volksfrömmigkeit zuzuordnen.

Standortbestimmungen

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die (Kirchen-) Historiker, die sich mit der Frage des Soldatendienstes im römischen Militär auseinandersetzen, sich in drei verschiedene Gruppen einteilen lassen: römisch-katholische, protestantisch-pazifistische und ‚etabliert‘-protestantische, vor allem lutherische (Kirchen-) Historiker.

Die römisch-katholischen (Kirchen-) Historiker wollen aufzeigen, dass sich der Konflikt zwischen Christen und Militär nur um das Problem der „Idololatrie“ – also der Frage des Götzendienstes und der Gotteslästerung – in der römischen Armee drehte. Sie vermeiden die Erwähnung von Fakten, die die Christen entweder als nicht-loyale Untertanen des römischen Reiches oder als Menschen charakterisierten, die mit politischen Dingen überhaupt nichts zu tun haben wollten. Wohl vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Kulturkampf in Deutschland im 19. Jahrhundert argumentiert der Theologe

Bigelmair, dass die Christen zwar gewillt gewesen wären, zu kämpfen, aber unter keinen Umständen gewillt waren, ihr spirituelles Leben der Gefahr von militärischen Religionen auszusetzen. Wie die anderen katholischen Kirchenhistoriker, so vermittelt Bigelmair den Eindruck, dass es eine ungebrochene Tradition christlicher Loyalität gegenüber der römischen Herrschaft von der frühesten Zeit bis zum Ende des römischen Reiches und dem Beginn des europäischen Mittelalters gegeben habe.

Für die zweite Gruppe der protestantisch-pazifistischen (Kirchen-) Historiker stand die Untersuchung des Neuen Testaments, vor allem der Bergpredigt, im Vordergrund ihrer Überlegungen zur Beantwortung der Fragestellung der Wahrnehmung des Militärdienstes durch die Alte Kirche. Diese (Kirchen-) Historiker führen die Heilige Schrift und ihr Echo bei den Kirchenvätern als determinierenden Faktor im Konflikt zwischen Christen und dem Militär an, obwohl sie unmöglich die Verbindung zur „Idololatrie“ ignorieren können. Cadoux schließt mit der These, dass die dem Ende der großen Verfolgungen im Jahre 311 folgenden christlichen Jahrhunderte nicht in der Lage waren, noch einmal diesen hohen Wert von spiritueller und moralischer Integrität zu erreichen wie die drei ersten, nachchristlichen Jahrhunderte. Er glaubt, dass seine Studie eine wenn auch nur partikuläre Relevanz für seine Zeit hätte, in der die Folgen des I. Weltkriegs noch deutlich zu spüren waren.

Die lutherischen Historiker haben dagegen eher verschiedene Stoßrichtungen. So argumentiert Adolf von Harnack in „Militia Christi“ unter anderem, dass die militärischen Analogien von den nur metaphorisch gebrauchten „geistlichen Armeen“ vor allem in den Briefen des Heiligen Paulus eine Förderung militärischer Aktivitäten durch Christen zur Folge hatten, etwa durch die „Mission mit dem Schwert“ durch Kaiser Karl

¹ Professor ehrenhalber Dr. Andreas M. Rauch ist Gymnasiallehrer im kirchlichen Dienst und Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln

dem Großen bis hin zu den realen Heeren der Kreuzfahrer. Der evangelische Theologe Hans von Campenhausen glaubt, dass die frühe Kirche pazifistisch orientiert war, aber nach dem römischen Kaiser Konstantin die Verantwortung für die Verteidigung des Römischen Reiches übernommen habe, eine Verantwortung, der sie sich nicht entziehen konnte, da jede Verteidigung des Konstantinischen Reiches einer Verteidigung des christlichen Glaubens per se gleich kam.

Das „Regenwunder“ unter Marc Aurel

Wie auch immer man zu den einzelnen (Kirchen-) Historikern und ihren Aussagen stehen mag, so ist doch nun zu beachten, dass eine neue Analyse des Problems sich davor hüten muss, zu stark von einem „doktrinären“ Aspekt durchdrungen zu werden. Stattdessen müssen die Quellen sprechen und allein auf ihrer Basis kann die Frage des Soldatendienstes aus Sicht der Alten Kirche beantwortet werden.

Für die Zeit bis ca. 170 n. Chr. ist so gut wie kein Quellenmaterial vorhanden. Eine „Soldatenfrage“ scheint es bis zu dieser Zeit nicht gegeben zu haben. Der getaufte Christ wurde nicht Soldat und die Maxime des Apostels Paulus: „Ein jeder bleibe in dem Stande, in welchem ihn der Ruf Gottes getroffen hat“, wurde auch auf die Soldaten, die Christen wurden, angewandt. Der christliche Soldat musste selber zusehen, wie er mit dem Leben im Lager zurechtkam.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass nach Christen weder in der römischen Gesellschaft noch im römischen Heer gezielt gefahndet wurde. Das ergibt sich aus einem Briefwechsel zwischen dem römischen Kaiser Trajan und seinem Konsul Plinius dem Jüngeren um 110 n. Chr., in dem Trajan sagt:

„Du hast, mein Secundus, als Du die Fälle derer untersuchtest, die bei Dir als Christen angezeigt wurden, ein völlig korrektes Verfahren eingeschlagen. Denn es lässt sich nichts allgemein Gültiges verfügen, das sozusagen als feste Norm gelten könnte. Fahnden soll man nicht nach ihnen; wenn sie aber angezeigt und überführt werden, muss man sie bestrafen, so jedoch, dass

einer, der leugnet, Christ zu sein, und dies durch die Tat, daher durch Vollzug eines Opfers unserer Götter, unter Beweis stellt, aufgrund seiner Reue zu begnadigen ist, wie sehr er auch für die Vergangenheit verdächtig sein mag. Anonyme Anzeigen dürfen freilich bei keiner Anklage berücksichtigt werden.“ (Adolf Martin Ritter: Alte Kirche. Band I. Neukirchen-Vluyn 1997, S. 15/16)

Christenverfolgungen in der römischen Gesellschaft und im Heer blieben Ausnahmeerscheinungen und auf Ereignisse oder überschaubare Zeiträume beschränkt, angefangen von Nero, der beim Brand von Rom 66 n. Chr. ein Sündenopfer suchte, wie auch in nachkonstantinischer Zeit unter Kaiser Julian (361-363 n. Chr.). Ein Ärgernis waren Christen und Juden für die Römer gleichermaßen, da ihre monotheistische Religion in eindeutigen Gegensatz zum römischen Polytheismus stand. Dabei zeigten sich die Römer in religiösen Fragen offen: von den Griechen übernahmen sie fast alle Gottheiten und zudem integrierten sie auch den ägyptischen Isis-Kult und den germanischen Mithras-Kult in ihren Götterhimmel. Im Ergebnis blieb die Ausübung privater Religionskulte neben der „offiziellen“ Lagerreligion durch römische Soldaten toleriert, sofern dadurch nicht die Heeresdisziplin beeinträchtigt wurde.

Die erste Nachricht von christlichen Soldaten im römischen Heer nach den apostolischen Quellen finden wir im Gefolge der Ereignisse, die mit dem Ausdruck „Regenwunder“ gekennzeichnet sind. Diese „Legende“ beinhaltet wohl auch wahre Aussagen, wie wir in zahlreichen Untersuchungen nachlesen können. In unserem Zusammenhang ist lediglich von Bedeutung, dass hier von christlichen Soldaten im Heer die Rede ist, und zwar in einer recht großen Zahl. Dies folgt daraus, dass sogar der Kaiser von den Gebeten der Christen Notiz genommen hatte, nachdem die 12. Legion (Fulminata Melitensis) durch einen heftigen Regen vor dem Verdursten gerettet worden war.

Eine prinzipielle Ablehnung des Soldatenstandes, sofern sie jemals vorher ausdrücklich seitens der Alten Kirche ausgesprochen worden ist, darf also nicht zu dem Schluss verleiten,

dass es keine christlichen Soldaten gegeben hat. Die Kirche musste sich mit der Tatsache abfinden und nirgendwo wurde es nicht gebilligt, dass die bedrängten Christen Gott um Rettung aus der Gefahr anflehen dürften: Gott eilt dem römischen Heer und den darin dienenden Christen also zu Hilfe. Das ist doch eine bedeutsame Feststellung. Christliche Rigoristen hätten doch eher wünschen müssen, dass Gott das Heer vernichtet und dadurch gezeigt hätte, dass er den Krieg nicht dulde.

Die spätere christliche Ausdeutung des Regenwunders stellt Marc Aurel als Christenfreund dar, um ihn – im Gegensatz zu den Verfolgern – als guten Kaiser zu bewerten. Dieses Ereignis wurde von den Apologeten wie Origines in erster Linie benutzt, um Celsus, dem ältesten, in der Literatur bekannten Gegner der Christen die Spitze zu nehmen. Bei Förster erfahren wir von der Klage des Celsus, dass die Christen unpatriotisch seien und dem Kaiser keine Soldatendienste leisten wollten, sodass der Kaiser bald alleine und das Chaos im Reich nahe sei.

Der Soldatenstand bei Tertullian

Vor Tertullian gibt es kaum Anzeichen dafür, dass die Frage des Armeedienstes der Christen überhaupt in den Horizont der Alten Kirche getreten ist, geschweige denn von ihr grundsätzlich behandelt worden wäre. Kirchenvater Tertullian ist somit der erste christliche Schriftsteller, der nicht nur, wie andere vor ihm, den Soldatenstand mit kritischen Augen betrachtet, sondern seine christliche Haltung auch zu begründen versucht.

Vor allem zwei Schriften von Tertullian behandeln die Frage des Soldatenstandes: „De Idololatria 19“ und „De Corona 11“. In beiden Tertullian-Texten kommt zum Ausdruck, dass das Tötungsverbot entscheidendes Gewicht hat. Bei Tertullian spielt dieser Punkt eine große Rolle, vor allem durch sein Bekenntnis zum Montanismus: Tertullian erwartete das nahe Ende der Welt, weshalb seine Argumentation einem strengen, sittlichen Rigorismus folgt. Tertullian stuft Mord, Ehebruch und die Idolotarie als unverzeihliche Kapitaltünden

ein, die vom kirchlichen Bußinstitut nicht vergeben werden können.

Das Verbot des Blutvergießens hat insbesondere im frühchristlichen Schrifttum einen reichhaltigen Niederschlag gefunden. Zahlreiche Teilfragen werden behandelt: Mensehtötung zu kultischen Zwecken, Selbstmord, Euthanasie, Notwehr, Tod in der Arena, Kindermord, Todesstrafe, Tyrannenmord und Krieg. Im Ergebnis wird dabei überall grundsätzlich am Prinzip festgehalten, dass der Christ nicht töten darf.

Allerdings stellt sich dem Leser der Texte von Tertullian und später Cyprian die Frage, wie die Kirchenväter die Kriege verstanden haben, die von Gott im Alten Testament ausdrücklich angeordnet wurden. Die Kirchenväter argumentierten dahingehend, dass die Kriege im Alten Testament geschichtliche Realitäten waren, die sich jedoch auf einer niedrigeren Stufe der religiösen Erziehung des Menschen abgespielt haben; das Christentum und das Neue Testament überbieten hingegen als Friedensreligion diese Vorstellung.

„De militia Christi“

Das Verhältnis der Alten Kirche zum Soldatenstand und die Urteile über ihn lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Bereits im Neuen Testament ist das Christentum, speziell das Leben des christlichen Missionars und seiner Mitarbeiter, in militärischen Bildern geschildert. Das Leben als Christ wird als Kampf aufgefasst: einerseits als Kampf gegen den inneren Feind, den Hang zur Sünde und zur bösen Leidenschaft, andererseits als ein Kampf gegen das heidnische Wesen und gegen Irrlehren, gegen Dämonen und den Teufel.

- Der Soldatenstand ist ein Kriegerstand und das Christentum verwirft prinzipiell den Krieg und das Blutvergießen.
- Der Soldateneid steht im Gegensatz zum Taufversprechen. Vor allem Offiziere können nicht umhin, die Aufgaben von Richtern oder/und Henkern zu übernehmen, wodurch sie unmöglich zugleich Christen und Soldaten bleiben können.

- Soldaten müssen öffentlich dem Kaiser opfern, weshalb der getaufte Christ unter keinen Umständen Soldat werden darf.

- Der gemeine Soldat, der Christ geworden ist, darf im römischen Heer weiter aktiv bleiben, muss aber gegebenenfalls die Konsequenz ziehen, wenn es um das Bekenntnis seines Glaubens geht.

Vom Christentum wurde die römische Staatsordnung per se nicht verworfen, sondern akzeptiert und gefördert. Loyalität zum Kaiser war gewährleistet. In konstantinischer Zeit und danach konnte sich der christliche Soldat in Verantwortung für einen Kaiser und eine Staatsordnung sehen, die von Gott eingesetzt war. In diesem Sinne befand sich der christliche Soldat auf dem Weg zu einem kriegslosen und späterhin christlichen Friedensreich (pax dei), deren Verwirklichung jedoch allein durch Gott möglich ist. Im Rahmen dieser christlichen Hoffnungsperspektive erscheint es verständlich, wenn Christen für tapfere römische Heere beteten und den Soldatendienst im römischen Herr ableisteten, denn dadurch wird nach ihrer Meinung die Verwirklichung eines friedlichen, irdischen Weltstaates (pax mundi) nur voran getrieben, einen politische Idee, von der sich auch das oströmische Kaiserreich, das Frankenreich und das Heilige Römische Reich deutscher Nation geleitet sahen.

Aus der römischen Spätantike ist bekannt, dass die Alte Kirche Priester zu den römischen Heeren schickten und christliche Soldaten in der Ausübung ihres Militärdienstes begleiteten. Bis heute segnen die Priester dabei nicht die Waffen der Soldaten, die ihren Soldatendienst in Verantwortung für die Staatsordnung ableisten, sondern die Seelen der Soldaten, die im christlichen Verständnis durch die Taufe Gottes Friedensreich angehören, ganz im Sinne der Engel, die in der Weihnachtsgeschichte beim Evangelisten Lukas singen: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden den Menschen Seiner Huld.“ (LK 2,14)

Literaturhinweise:

- Bigelmair, Andreas: Die Beteiligung der Christen am öffentli-

chen Leben in vorkonstantinischer Zeit. München 1902

- Cadoux, Cecil John: The Early church and the world. Edinburgh 1925
- Campenhausen, Hans von (Hg): Nimm und lies. Christliche Denker von Origenes bis Erasmus von Rotterdam. Stuttgart 1991
- Deschner, Karlheinz: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 1. Die Frühzeit. Reinbek bei Hamburg 2006
- Dassmann, Ernst: Die Anfänge der Kirche in Deutschland. Stuttgart, Berlin, Köln 1993
- Förster, Hans: Die Anfänge von Weihnachten und Epiphanias. Tübingen 2007
- Graf, Friedrich Wilhelm; Wiegandt, Klaus: Die Anfänge des Christentums. Frankfurt am Main 2009
- Harnack, Adolf von: Militia Christi. Tübingen 2005
- Marksches, Christoph: Das antike Christentum. Frömmigkeit, Lebensformen und Institutionen. München 2006
- Rauch, Andreas: Paulus in Ephesus. Zum 2000. Geburtstag des Völkerapostels. Auf den Spuren des Heiligen in Kleinasien, in: Gemeinschaft Katholischer Soldaten (Hrsg): AUFTRAG, Heft Nr. 274, Juli 2009
- Ritter, Adolf Martin: Alte Kirche. Band I. Neukirchen-Vluyn 2007 (9. Auflage)

Redaktionsschluss

AUFTRAG 277

März 2010:

Freitag,

29. Januar 2010

AUFTRAG 276 • DEZEMBER 2009

Nachtrag zu Bundeskanzler Helmut Schmidt (I)

Kriegsende und Gefangenschaft

Ein Zeitzeugengespräch mit Paul Erich-Lohmeyer am 21. Mai 2007 in Bad Münstereifel

VON HELMUT SCHUH¹

Oberleutnant Paul-Erich Lohmeyer – geboren am 14. Oktober 1921 – war in den letzten Kriegsmonaten Chef einer schweren Flak-Batterie in Hamburg. Zur Abwehr der britischen Truppen, die in der norddeutschen Tiefebene vorrücken, verlegte die Batterie Ende April 1945 zum Bodeneinsatz in den Raum Bremen. Beim ersten Versuch, die 10,5 cm Geschütze gegen einen kanadischen Panzerverband einzusetzen, verliessen die ukrainischen „Hilfswilligen“ der Batterie fluchtartig die Stellungen, zumal die Soldaten in der Bekämpfung von Erdzielen völlig ungeübt waren. Der Batterieführer war gezwungen, die Geschütze aufzugeben und sich mit dem Rest der Truppe in Richtung Hannover zu Fuß abzusetzen. Bei Nacht wurde marschiert, bei Tage in Feldscheunen o. ä. kampiert. Am 24. April 1945 war der Krieg für P.-E. Lohmeyer und seine verbliebenen Soldaten vorbei. Britische Soldaten nahmen sie in der Lüneburger Heide gefangen und ließen sie mit amerikanischen Fahrzeugen nach Westen abtransportieren. Nach mehreren Zwischenstationen, getrennt von seinen bisherigen Untergebenen, fand sich P.-E. Lohmeyer in einem auf freiem Wiesengelände errichteten Gefangensammellager bei Weeze nahe Xanten wieder. Die nächsten Stationen waren Lager in Belgien, zunächst bei Brüssel (Lager 2218 und 2230) und schließlich das POW Camp Yabbecke (2224) bei Gent.

Mittlerweile hatte P.-E. Lohmeyer sich mit zwei anderen Offizieren zusammengetan, zu denen ein wei-

terer Oberleutnant der Flakartillerie stieß. Sein Name: Helmut Schmidt. Als die Nachricht durchsickerte, dass alle Soldbücher eingezogen werden sollten, kommt es zu einer ersten gemeinsamen Aktion. Auf einem Stück Papier und auf einem Taschentuch beglaubigten sich die Offiziere gegenseitig die Eintragungen aus dem Soldbuch und dokumentierten die Orts- und Zeitdaten ihrer Gefangenschaft (siehe Abbildungen). Das

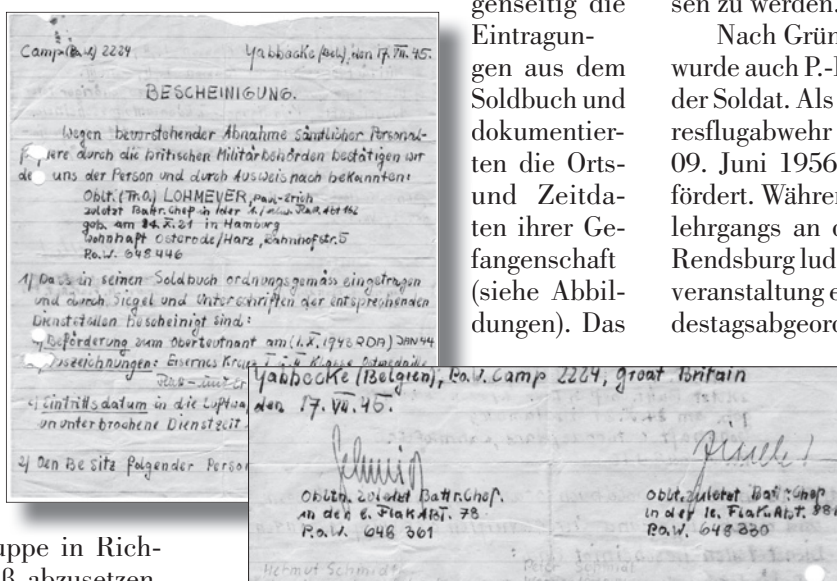
wirte und Postbeamte aus der Gefangenschaft entlassen. Von den Offizieren war es Helmut Schmidt, der zu den ersten Entlassenen gehört. P.-E. Lohmeyer verließ erst am 28. Februar 1946 das Lager in Belgien, um am 02. März über Uelzen nach Osterode aus der Kriegsgefangenschaft entlassen zu werden.

Nach Gründung der Bundeswehr wurde auch P.-E. Lohmeyer 1955 wieder Soldat. Als Oberleutnant der Heeresflugabwehr tritt er ein und wurde 09. Juni 1956 zum Hauptmann befördert. Während eines Einweisungslehrgangs an der Flugabwehrschule Rendsburg lud man zu einer Vortragsveranstaltung ein. Es sprach der Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt

(SPD) über die Stellung des Soldaten in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Vortrag trat P.-E. Lohmeyer an den Abgeordneten heran und hielt ihm das Dokument aus der Kriegsgefangenschaft entgegen mit den Worten: „Na, Schmidt, kennst Du mich noch?“ Der Angesprochene, dem die Gesichtszüge vor Überraschung entgleisen: „Ach, Sie sind das!“ Keine weitere Reaktion. Enttäuscht wandte sich P. E. Lohmeyer ab.

Als Helmut Schmidt später Verteidigungsminister wurde, sandte P.-E. Lohmeyer ihm die damals auf Klopapier niedergeschriebenen und in Ruffen gebundenen Erkenntnisse aus dem Buchhaltungskurs im Lager zu. Auch dieser Versuch eines Kameraden, an den gemeinsamen Erfahrungen der Kriegsgefangenschaft anzuknüpfen, scheiterte. Der Bundesminister für Verteidigung Helmut Schmidt antwortete nicht.

Oberstleutnant a. D. Paul-Erich Lohmeyer starb am 06. März 2008 im Alter von 86 Jahren in Bad Münstereifel. □



Tuch nähten sie verdeckt in ihre Kleidung ein. Zum Lagerleben gehörte auch der Zeitvertreib mit Schach- und Skatspielen. Helmut Schmidt fiel immer wieder als schlechter Verlierer auf und wurde deshalb von seinen Offizierskameraden gemäßregelt.

Hier hörte P.-E. Lohmeyer erstmals auch einen Vortrag von Helmut Schmidt, der sich intensiv mit dem deutschen Widerstand im NS-System beschäftigte. Das Eiserne Kreuz mit dem Hakenkreuz (EK I) hat Helmut Schmidt abgelegt. In vielen Gesprächen wird deutlich, dass sich Helmut Schmidt bereits zu diesem Zeitpunkt mit der jüngsten Vergangenheit kritisch auseinandergesetzt hat und eine politische Rolle in einem Nachkriegsdeutschland anstrebte. Neben Beiträgen zur Politischen Bildung organisierten die Kriegsgefangenen für sich Fremdsprachen-, Koch- und Buchhaltungskurse. Als erste wurden Land-

¹ Helmut Schuh ist Oberst d.R., Pensionär und war als Truppenpsychologe während seines Berufslebens eingesetzt

Zeitgeschichte – 50 Jahre Bundeswehr



Helmut Schmidt, der fünfte Bundeskanzler und die Bundeswehr

Teil II: Die Kanzlerjahre 1974 bis 1982¹

VON DIETER KILIAN

Zehn Tage nach dem überraschenden Rücktritt von Kanzler Brandt am 6. Mai 1974 wurde Bundesfinanzminister² Helmut Schmidt vom Bundestag zum fünften Bundeskanzler gewählt. Vater Gustav Schmidt, hochbetagt, erlebte den Aufstieg seines ältesten Sohnes noch. In zahllosen Gesprächen und Interviews während seiner Kanzlerschaft und auch in den langen Jahren danach drückte Helmut Schmidt seine soldatisch geprägte, hanseatisch-preußische Dienstauffassung aus. Sie war überdies von geistiger Unabhängigkeit geprägt. Auch als Kanzler blieb er ein Mann klarer Worte: „Die von ihm bevorzugte ungeschminkte Sprache ... entsprach nicht immer diplomatischem Brauch, ließ aber dafür seine Auffassungen klar erkennen.“³

Dass nicht alle seine Aussagen, wie z.B. die zum Ehrbegriff des Soldaten, von jedem geteilt wurden, ist natürlich: „Ich bin der Meinung immer gewesen, dass es keine kollektive Schuld gibt, immer nur die Schuld der Person und nicht einer Masse. Ich muss hinzufügen, es gibt auch keine kollektive Ehre. Viele ehemalige Berufssoldaten haben in jenen Jahren von der Ehre des deutschen Soldaten geredet. Dem hab ich immer widersprochen.“⁴

Doch Schmidt wollte und will nicht gefallen. Seine Gegner bezeichneten ihn als „le Feldwebel“ und auch Parteifreunde griffen ihn an. So hatte z.B. ausgerechnet der nachgeborene Oskar Lafontaine, dem eigene Erfahrungen in Krieg und Not erspart blieben, Schmidt einmal vorgeworfen, „Sekundärtugenden“ zu vertreten.⁵ Doch in einer Zeit, in der die Verlogenheit der sog. „political correctness“ immer weiter um sich greift, wird gerade diese Offenheit des Altkanzlers verbunden mit Bescheidenheit in Lebensführung und Pflichterfüllung seitens der Bürger als besonders vorbildlich geschätzt.⁶ Bisweilen muss aber selbst der Altkanzler dem Zeitgeist Zugeständnisse machen. So antwortete er im Dezember 2008 auf die Frage von Ulrich Wickert, ob es heute noch angemessen wäre, Staatsgäste mit militärischen Ehren zu empfangen: „Nein, angemessen weiß ich nicht. Ich würde das gerne in den Or-

kus der Geschichte verschwinden sehen, aber das ist nun mal in allen Staaten der Welt immer noch so und da können die Deutschen keine Sonderrolle spielen. Ich halte nicht viel davon. Ich halte auch nichts von Paraden.“⁷

Bereits die Frage weist auf das gestörte Verhältnis eines Teils der Medien und der sog. Intelligenz zum Militär hin, die ihre Staatsgäste mit Flötenspiel und Ringelreihen empfangen möchten, ohne dabei deren Wünsche zu beachten. Hier wirken puritanisch-scurrile Ideen à la Heinemann nach, vermischt mit der Idee des „deutschen Wesens“, an dem heute nur mit anderen Vorzeichen wieder die Welt genesen soll. Sicher haben Paraden in unserer Zeit keinen unmittelbaren Wert für einen militärischen Einsatz mehr und sind in einer Wehrpflichtarmee zu zeitaufwendig. Doch ihre repräsentative Außen- und Binnenwirkung sollten nicht unterschätzt werden. Zu Recht marschieren heute deutsche Soldaten mit Stolz am französischen Nationalfeiertag auf der „Avenue des Champs Élysées“ als Gäste und Freunde. Es sind solche Sätze, welche leicht dahingesagt die unterschwellige Ablehnung des Militärischen wach halten. Schmidts Sympathie galt stets der Wehrpflicht. Gegen eine Berufsarmee hegt er bis heute Unbehagen, selbst wenn es für jene angeblichen Risiken in der deutschen Militärgeschichte keinen über-

Wickerts Bücher“ auf NDR Kultur. Eine verbindliche Definition gibt es nicht. Ehre wird allgemein als Wertschätzung durch die Umwelt verstanden. Dabei kann ein einzelner Angehöriger einer Berufsgruppe, die als solche eine hohe Wertschätzung genießt, durchaus fehlen und sich dieser als nicht würdig erweisen. Im Umkehrschluss kann sich auch das Mitglied einer als wenig ehrenhaft angesehenen Gruppe ehrenhaft verhalten und damit seine persönliche Ehre bewahren. So existiert z.B. für Heuss ein „allgemeines soldatisches Berufsethos“.

⁵ Interview mit der Illustrierten „Stern“ am 15.07.1982

⁶ Schmidt selbst lehnt eine Vorbildrolle ab: „Der Staat, seine Institutionen und seine politischen Repräsentanten und Führer können und sollen nicht die geistige Führung unseres Volkes beanspruchen“; in: Schmidt, Helmut, Strategie des Gleichgewichts, S. 317.

⁷ Helmut Schmidt im Interview mit Ulrich Wickert, in: TV-Phoenix am 23.12.1999. Ausgerechnet der ungediente Wickert moderierte 2005 eine Sendung der ARD zum 50-jährigen Bestehen der Bundeswehr. Niemals würde hingegen z.B. eine Fußball-Übertragung oder die Hochzeit in einem Königshaus von einem Nicht-Experten kommentiert.

¹ Zu Teil I des Beitrags „Die Vor-Kanzlerjahre 1918 bis 1972“ siehe AUFTRAG Heft 275/September 2009, S. 32-42.

² 1972 führte er als Nachfolger Karl Schillers im 1. Kabinett Brandts zunächst für mehrere Monate das Doppelministerium für Wirtschaft und Finanzen und übernahm im 2. Kabinett Brandts dann das Finanzressort.

³ Maizière, Ulrich de: In der Pflicht, S. 323.

⁴ siehe: Die Welt vom 20.12.2008, Altkanzler Schmidt im Gespräch mit Ulrich Wickert in der Reihe „

zeugenden Beweis gibt: „Eine Aufhebung der allgemeinen Wehr- oder Zivildienstpflicht dagegen ... wäre ein böser Schlag gegen die Kräfte der inneren Bindung der Gesellschaft, ganz abgesehen von den politischen Risiken, die von einer reinen Berufs- oder Söldnerarmee ausgehen können.“⁸ Doch ihrer Aufgabe, auch die Verankerung der Bundeswehr im Volk zu vertiefen, ist die Wehrpflicht nicht gerecht geworden, auch wenn dies immer wieder bekräftigt wird. Eher ist – u. a. durch die geschrumpfte Zahl an Wehrpflichtigen und den Einfluss der 68er – das Gegenteil eingetreten.

Georg Leber, der im Juli 1972 unter Kanzler Brandt Verteidigungsminister und damit Nachfolger Schmidts geworden war, blieb im 1. und 2. Kabinett Schmidts Chef auf der Hardthöhe. Am 1. Februar 1978 trat Leber wegen eines ungenehmigten Lauschmitteleinsatzes des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) vom Amt zurück. Der Kanzler nahm den bisherigen Finanzminister Hans Apel (* 1932) gegen dessen massiven Widerstand vor einer Übernahme des Verteidigungsressorts in die Pflicht. Stundenlang versuchte Schmidt, den sich sträubenden Apel zu überreden. Er verwies u.a. auf Apels internationale Erfahrung und als Behördenchef. Apel beugte sich schließlich. Der Kanzler nahm als Ehrengast am Amtswechsel teil, als bei schneidender Kälte das Wachbataillon unter Oberstleutnant Michel Walther auf dem Paradeplatz der Hardthöhe vor dem „Hochhaus“ angetreten war, um im Schein flackernder Fackeln Verteidigungsminister Leber mit einem Großen Zapfenstreich zu verabschieden.

Die Entscheidung Schmidts, Hans Apel zum Verteidigungsminister zu machen, war ein Affront gegenüber der Bundeswehr und ist ähnlich zu bewerten wie die Entscheidung Kohls, Minister Wörner wegen dessen Verhalten in der sog. „Kießling-Affäre“ im Amt zu belassen. Es war nicht die Tatsache, dass Apel nichts von militärischen Dingen verstand, sondern seine grundsätzliche Aversion gegenüber allem Militärischen, die sich auch in seinen vier Jahren auf der Hardthöhe nicht geändert hat, gepaart mit ei-

ner oft verletzenden Schnodderigkeit beim Umgang vor allem mit höherrangigen Soldaten, die sich – legt man die Grundsätze der Inneren Führung zugrunde – kein militärischer Vorgesetzter hätte ungestraft erlauben dürfen. Und die meisten haben – ein Armutszeugnis für die Zivilcourage im Militär – eine solche Behandlung auch widerspruchslos hingenommen. Schmidt als alter Soldat, der Apel gut kannte, war wahrscheinlich bewusst, was er der Bundeswehr mit dieser Personalentscheidung zumutete, doch er setzte sie durch. Das Beispiel zeigt – wie der Haarerlass, dass Politiker mit militärischer Erfahrung und Sympathie für die Armee nicht unbedingt im Sinne der Streitkräfte entscheiden. Apels Ernennung wurde von vielen Soldaten mit Zähneknirschen begleitet, aber sie war als Akt des Primats der Politik zu akzeptieren.

Drei Generalinspektoren dienten Kanzler Schmidt als militärische Berater. Zunächst blieb das Amt in den Händen von Admiral Armin Zimmermann (1917–1976), den Schmidt selbst 1972 auf den höchsten militärischen Posten berufen hatte. Die Wertschätzung war auf beiden Seiten hoch. Allerdings starb Zimmermann bereits viereinhalb Jahre später, am 30. November 1976, als erster Generalinspekteur im Dienst. Ihm folgte Luftwaffengeneral Harald Wust (* 1921). Doch die Zusammenarbeit zwischen Wust und Minister Apel war nur von kurzer Dauer und jene zwischen Kanzler und seinem militärpolitischen Berater – beide Luftwaffenoberleutnante im Krieg – nicht sehr eng. Nach nur zwei Jahren warf der sensible Wust das Handtuch. Heeresgeneral Jürgen Brandt (1921–2003) trat im Dezember 1978 die Nachfolge an und blieb dies über die Amtszeit Schmidts hinaus bis Ende März 1983. Der SPD-nahe Offizier hatte schon als Oberst zu den engen Beratern des Verteidigungsministers Schmidt gehört, der sein politisches Gespür und seine sachlichen Analysen schätzte.

Armin Halle (* 1936), einer der Redenschreiber Schmidts, leitete 1978/79 die Gruppe „Information und Kommunikation“ im Kanzleramt; bereits 1970 war er dessen Pressesprecher im Verteidigungsministerium ge-

wesen.⁹ Die Gruppe 23 im Kanzleramt wurde nach dem Kanzlerwechsel zunächst noch von Brigadegeneral Dr. Hans-Georg Zuber (1916–1995) weitergeführt. 1976 trat Kapitän z.S. Ulrich Borgemeister (1932–1985) dessen Nachfolge an, der bereits als Fregatkapitän von 1969 bis 1972 der militärische Adjutant Helmut Schmidts auf der Hardthöhe und danach noch mehrere Monate von Minister Leber gewesen war.¹⁰ Borgemeister leitete die Gruppe bis 1978 und übergab sie dann an Oberst i.G. Dr. Dietrich Genschel (* 1934; später Generalmajor), der sie ebenfalls zwei Jahre führte. Dieser kam vom NATO-Hauptquartier in Brüssel und war zuvor von 1974 bis 1976 als erster Leiter des Studentebereiches der Bundeswehruniversität Hamburg, d.h. deren „Kommandeur“, enger Mitarbeiter von Prof. Dr. Thomas Ellwein, des ersten Hochschulpräsidenten, gewesen.¹¹ 1980 übernahm Kapitän z.S. Gerhard Krancke (* 1937) als vierter Gruppenleiter (GL) unter Schmidt diese Aufgabe. Der Kanzler hatte Krancke im April 1979 als Kommandant des Schulschiffes „Deutschland“ bei einem Besuch in der Dominikanischen Republik kennengelernt. Im Vergleich zu den anderen Beamten seiner Ebene im Kanzleramt ist der Gruppenleiter 23 insofern herausgehoben, als er – neben seiner fachlichen Qualifikation – zum einen seitens der Perso-

⁹ 1957 als Soldat auf Zeit in die Bundeswehr eingetreten, führte Halle u.a. als Pionieroberleutnant eine Ausbildungskompanie in Holzminden und war Jugendoffizier im II. Korps in Ulm. Während des Studiums ab 1963 und während seiner Zeit im Internationalen Militärstab der NATO als „Director of Information“ leistete er insgesamt acht Wehrübungen. 1977 nahm er an einem Lehrgang des NATO-Defence-College in Rom teil und führte als Oberstleutnant d.R. zwischen 1979 und 1984 das schwere Pionierbataillon 620 in Schleswig wiederholt als Kommandeur.

¹⁰ Auf dem Dienstposten des Adjutanten von Georg Leber folgte Oberst i.G. Peter Heinrich Carstens, der spätere Vier-Sterne-General.

¹¹ Genschel kritisierte in einem Erfahrungsbericht vom Dezember 1976, dass der militärische Berufsfeldbezug im Studium bisher nicht verwirklicht worden wäre, das Interesse an militärischer Weiterbildung ab- und die Vernachlässigung des äußeren Erscheinungsbildes zunähmen. Siehe: Leonhardt, Rudolf Walter, in: Die ZEIT vom 28.01.1977.

⁸ Schmidt, Helmut, Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral, S. 214.

nalabteilung und zum anderen auch durch den jeweiligen Regierungschef handverlesen ist. In einem persönlichen Gespräch sucht sich der Kanzler unter mehreren Bewerbern „seinen GL“ aus.¹² Parteimitgliedschaft spielt dabei nahezu keine Rolle. „In allen meinen Ämtern hat mich, wenn Beförderungen anstanden – sei es zum Ministerialdirektor, zum Drei-Sterne-General oder zum ‚großen‘ Botschafter – immer nur die fachliche und persönliche Qualifikation eines Kandidaten interessiert, nicht aber seine parteiliche Bindung oder Neigung.“¹³

Diese weitgehend partei-unabhängige Personalauswahl setzte Schmidt im Kanzleramt fort. Zeitweise gab es dort unter den Abteilungsleitern nur einen einzigen Sozialdemokraten.¹⁴ Zu den Routineaufgaben des Gruppenleiters gehören z.B. die Vorbereitung und Begleitung des Kanzlers bei Besuchen von Truppenteilen und Manövern im Inland, nicht aber bei Auslandsreisen. Er ist für die unmittelbare Unterstützung des Kanzlers in sicherheits- und militärpolitischen, sowie rein militärische Fragen zuständig. Als „Militärspezialist im Kanzleramt“ arbeitet er eng mit dem Abteilungsleiter 2 (AL Außenpolitik)¹⁵ in dessen Funktion als außenpolitischer Berater des Kanzlers zusammen. Jürgen Ruhfus (* 1930), langjähriger AL 2 unter Kanzler Schmidt, schreibt: „Ich hatte in der Unterabteilung 23 mit Kapitän z.S. Borgemeister und später mit Oberst i.G. Dr. Genschel engagierte und kenntnisreiche Offiziere, die gu-

ten Kontakt auch zur Truppe hielten. ... Als ‚weißer Jahrgang‘ ... hatte ich nur geringe Erfahrung in militärischen Dingen. Die Offiziere der Bundeswehr haben mich dies nie spüren lassen. ... General Wolfgang Altenburg führte mich ein in die Probleme der Nuklearstrategie. Die Generalinspektoren Armin Zimmermann, Harald Wust und Jürgen Brandt haben mich stets mit Rat und Tat unterstützt.“¹⁶



Bild 2: Bundeskanzler Helmut Schmidt empfängt den 15. Generalstabslehrgang der Führungsakademie (2.v.l. Brigadegeneral Günter Raulf).

Anders als der Verbindungsoffizier beim Bundespräsidenten übt der Gruppenleiter aber keine protokollarische Funktion aus. Oft fungieren Offiziere der Gruppe als Protokollanten von Vier-Augen-Gesprächen hochrangiger militärischer Besucher und der Sitzungen des Bundessicherheitsrates. Schmidt praktizierte einen direkten Führungsstil. „Manch einer der Referenten musste damit rechnen, per Telefon von mir zur Rücksprache gebeten zu werden.“¹⁷ So rief er auch hohe deutsche Offiziere in NATO-Verwendungen unmittelbar an, wenn die Lage dies erforderte.

Mitte Juni 1974, nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt als Kanzler, empfing Schmidt den 15. und 17. Generalstabslehrgang von Heer und Luftwaffe, sowie den 14. Admiralstabslehrgang der Hamburger Führungsakademie im Palais Schaumburg. Es war das erste Mal, dass ein Regierungschef angehende Generals- und Admiralstabsoffiziere traf. Die Gruppe wurde von dem der SPD nahestehenden Luftwaffen-Bri-

gadegeneral Günter Raulf (* 1928; später Generalleutnant)¹⁸ geführt. Am Ende einer brillanten Tour d’horizon, bei der er die eingeplante Zeit weit überschritt, fragte ein sichtlich gut gelaunter Kanzler mit seinem bekannten „Haifischlächeln“ und provokant zugleich nach der Begründung für die besonderen Kragenspiegel der Generalstabsoffiziere in Heer und Luftwaffe. Nach einer Schrecksekunde aller

Zuhörer antwortete ihm der schlagfertige Major Jürgen von Block-Schlesier (* 1941; später Oberst): „Dann müssen Sie, Herr Bundeskanzler, auch General Raulf die Kragenspiegel abnehmen, denn sie sind ebenfalls ein Zeichen für eine besondere Ausbildung.“ Schmidt lachte ob des überzeugenden Arguments und wechselte das Thema.

In der zweiten Oktoberhälfte 1975 nahm Helmut Schmidt erstmals als Kanzler an der 20. Kommandeurtagung der Bundeswehr unter Generalinspekteur Zimmermann in Wiesbaden teil. Nach dem Besuch von Kanzler Erhard zwölf Jahre zuvor im November 1963 bei der 9. Kommandeurtagung¹⁹ war es das zweite Mal, dass ein deutscher Regierungschef zu den Kommandeuren der Bundeswehr sprach. Im Zentrum seiner Rede standen weltwirtschaftliche Probleme

¹² Auch die anderen Offiziere der Gruppe 23 gehören – wie die Verbindungsoffiziere beim Bundespräsidenten – bis heute zur Spitzengruppe ihres Jahrgangs und steigen meist in die Dienstgradgruppe der Generale und Admirale auf. So diente z.B. gleichzeitig mit Kz.S. Krancke – d.h. als „2. Mann“ – Oberstleutnant i.G. Harald Kujat (* 1942), der spätere Generalinspekteur der Bundeswehr. Lediglich die Personalführung der Deutschen Marine handhabte dies in mehreren Fällen enger.

¹³ Schmidt, Helmut, Außer Dienst, S. 43.

¹⁴ siehe: Knoll, Thomas, Das Bundeskanzleramt, S. 267 und Ruhfus, Jürgen, aufwärts, S.178.

¹⁵ 1974-76: Dr. Carl-Werner Sanne (1923-1981), Sohn von Generalleutnant Werner Sanne (1889-1952; Ritterkreuz), war von 1940-45 Marineoffizier. 1976-1979: Dr. Jürgen Ruhfus (* 1930). 1979-1981: Berndt von Staden (* 1919) 1981/82: Dr. Otto von Gablentz (1930-2007).

¹⁶ Ruhfus, Jürgen, aufwärts, S. 187.

¹⁷ Schmidt, Helmut, Außer Dienst, S. 50.

¹⁸ Kommandeur der Verwendungslehrgänge an der Führungsakademie; er war erst wenige Wochen zuvor aus der Leitungsebene des Verteidigungsministeriums an die Elbe versetzt worden war.

¹⁹ Im Jahre 1963 fanden zwei Kommandeurtagungen statt; siehe Maizièrre, Ulrich de, In der Pflicht, S. 249.

nach der Ölkrise. Den ersten Truppenbesuch im neuen Amt stattete Kanzler Schmidt am 21.11.1975 dem Standort Lüneburg ab. Als er jedoch anstatt in einer Staatskarosse mit Ständer in einem schlichten hellgrauen Mercedes mit dem Kennzeichen SU-S 809 an der Wache der Schlieffen-Kaserne vorfuhr, wurde er zunächst nicht erkannt. Kurzfristig kam Hektik auf, denn als Oberst Joachim Graf von Schwerin (* 1922; später Brigadegeneral), der Kommandeur der Panzerbrigade 8, dem Kanzler melden wollte, war der Ehrenzug der Panzeraufklärungskompanie 80 unter Oberleutnant Götte noch nicht angetreten. Schmidt – vom Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Horst Hildebrandt, dem Parlamentarischen Staatssekretär Hermann Schmidt-Würgendorf (1917-1983) und Generalmajor Eberhard Burandt (* 1923; später Generalleutnant), dem Kommandeur der 3. Panzerdivision begleitet – nahm es gelassen. Sein Besuch galt dem Panzerbataillon 83 unter Oberstleutnant Kurt Schindler (* 1936; später Oberst), das in diesem Jahr den NATO-Schießwettbewerb „Canadian Army Trophy“ gewonnen hatte. Schmidt sprach mit Soldaten der verschiedenen Dienstgradgruppen und ließ sich technische Details von Panzern und Großgerät erklären. Als ein Soldat ihm vortrug, der Leopard-Panzer habe vier Fahrstufen, erzählte der Kanzler den alten Witz vom „italienischen Panzer“, der mit vier Rückwärts- und nur einen Vorwärtsgang ausgestattet wäre. Schmidt wurde das Aufmunitionieren eines Leopard-Panzers vorgeführt. Der Kanzler wollte es selbst probieren und wuchtete das schwere Panzergeschoss vom Kaliber 105 mm zum Ladeschützen, dem Gefreiten Wilfried Jahnke (* 1955) aus Hittbergen, auf den Panzer und stöhnte ob des Gewichtes.²⁰

Bei einem Besuch der Volksrepublik China im Oktober 1975 lobte Schmidt gegenüber Mao Zedong (1893-1976) die Bundeswehr vollmundig: „Unsere Armee gehört zu den am besten ausgebildeten und ausgerüsteten Streitkräften der Welt; das gilt

auch für ihren Geist. Wir können uns im Falle der Not gut verteidigen.“²¹

Doch dies war nur ein nach außen gerichtetes Signal. Ob sich aber die Bevölkerung der Bundesrepublik in jenen Jahren wirklich hätte verteidigen wollen, ist fraglich. Fünf Jahre später, bei der 24. Kommandeurtagung 1980 wies Schmidt auf die Abhängigkeit zwischen militärischer Verteidigungsfähigkeit und jener der

von Staden (* 1919; später Staatssekretär), dem deutschen Botschafter in Washington, an Bord des Zerstörers „Hessen.“ Das Schiff unter Fregatenskapitän Klaus Schwabe (* 1938; später Kapitän z.S.) diente dem Regierungschef anlässlich der 200-Jahrfeier der USA in Boston als schwimmende Botschaft. Drei Tage später, am 16. Juli 1976, lud Schmidt aus gleichem Anlass US-Präsident Gerald



Bild 3: Erster Truppenbesuch von H. Schmidt als Kanzler in Lüneburg beim PzBtl 83. Die Lüneburger Landeszeitung zeigt den Kanzler, wie er – beobachtet vom begleitenden Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Luther (l.) – ein 105 mm Panzergeschoss zum Ladeschützen auf dem Panzer hochwuchtet.

Gesellschaft hin. Die Gegner der Bundeswehr und des Staates waren zwar in der Minderheit, doch lautstark und gewalttätig. So war am 24. April 1975 Oberstleutnant i. G. Andreas Baron von Mirbach (1931-1975), der Verteidigungsattaché der Botschaft in Stockholm, zusammen mit dem Botschaftsrat Dr. Heinz Hillegaart (1911-1975) bei einem Überfall von Terroristen der „Roten Armee Fraktion“ ermordet worden.

Am 13. Juli 1976 weilte Bundeskanzler Schmidt, zusammen mit Marineinspekteur Günter Luther (1922-1997; später Admiral) und Berndt

Ford (1913-2006), den Marineoffizier des Zweiten Weltkriegs, und Außenminister Henry Kissinger (* 1923) in die Kapitänskajüte des Segelschiffes „Gorch Fock“ ein, das im Hafen von Baltimore lag. Kommandant war Kapitän z.S. Hans Freiherr von Stackelberg (* 1924).

Am 21. Mai 1976 bat Kanzler Schmidt 50 Vertrauensmänner der Bundeswehr in seinen Amtssitz, das Palais Schaumburg, nach Bonn. Er wollte von ihnen wissen, „was ihre Kameraden im Augenblick bewegt“. Vor dem Erscheinen des Regierungschefs hatte dessen Parlamentarische Staatssekretärin Marie Schlei (1919-1983) den versammelten neun Offi-

²⁰ Niedersächsisches Tageblatt – Lüneburger Landeszeitung vom 22./23.11.1975; s.a.: Bundesarchiv/Militärarchiv – Aktenband B 136/27054.

²¹ Schmidt, Helmut, Menschen und Mächte, S. 360.

zieren, neun Unteroffizieren und 32 Mannschaftsdienstgraden humorvoll versichert, des ehemaligen Verteidigungsministers „Liebe zur Bundeswehr“ sei nicht gerostet. 1976 deckte der Kanzler seinen Verteidigungsminister Leber, der die Luftwaffengenerale Krupinski und Franke²² nach § 50 des Soldatengesetzes in den einstweiligen Ruhestand geschickt hatte, vorbehaltlos im Parlament. Zunächst hat-

wurde Schmidt erneut zum Kanzler gewählt. Von insgesamt 29 Mitgliedern in den drei Kabinetten Schmidts hatten – einschließlich des Kanzlers – insgesamt 17 als Soldat im Zweiten Weltkrieg gekämpft; zwölf – davon drei Damen – waren bei Kriegsbeginn noch im Kindesalter.²³ Natürlich war und ist dies kein Kriterium bei der Auswahl von Ministern. Und auch die Tatsache, dass jemand Soldat war, ist

wehr als Instrument der Außenpolitik – eher Mangelware.

Am 6. Dezember 1976 erwies der Kanzler dem verstorbenen Generalinspekteur, Admiral Armin Zimmermann, die letzte Ehre und nahm an der Trauerfeier auf der Bonner Hardthöhe teil. Heftige Schneeschauer fegten über den Paradeplatz des Verteidigungsministeriums. Sechs Generale und zwei Admirale hielten die Totenwache. Sichtlich ergriffen folgte Schmidt dem Sarg. Er hatte Zimmermann noch als Verteidigungsminister auf diesen Posten berufen, war ihm freundschaftlich verbunden – beide hatten wiederholt zusammen gesegelt – und schätzte ihn fachlich.

Im Oktober 1977 gratulierte Bundeskanzler Schmidt dem früheren General Hans Speidel zu dessen 80. Geburtstag.



Bild 4: Bundeskanzler Helmut Schmidt in Begleitung des Kommandanten, Fregattenkapitän Klaus Schwabe, in den USA an Bord des Zerstörers „Hessen“.

te es allerdings heißen, der Kanzler wäre der Meinung gewesen, eine Rüge für die beiden Generale hätte gereicht.

Nach dem Wahlsieg der sozial-liberalen Koalition im Dezember 1976

weder ein Indiz für eine besondere Nähe zum Soldatentum noch für militärischen Sachverstand. Oft ist eher Distanz zu verzeichnen. Heute aber verfügt kaum ein deutscher Politiker über militärische Erfahrung, und militärstrategisches Denken ist – trotz gesteigener Bedeutung der Bundes-

Am 28. Oktober 1977 hielt Schmidt als zweiter Ehrengast bei der „Alastair Buchan Memorial Lecture“²⁴ im Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) in London eine Rede, in der er sich kritisch mit der Nuklearstrategie der NATO auseinandersetzte. Schmidt deckte die Schwachstelle der strategischen Abrüstung der beiden Supermächte für Europa auf und schlug Alarm. Die Kernpunkte („strategische Notwendigkeiten“) seiner Aussagen waren:

- Durch die SALT-Verträge²⁵ neutralisierten sich die strategischen Nuklearpotentiale der USA und der Sowjetunion.
- Eine Rüstungsbegrenzung, die nur auf die beiden Großmächte beschränkt wäre, beeinträchtigte daher die Sicherheitsinteressen der westeuropäischen Bündnispartner.
- Dadurch stiegen in Europa die Ungleichheiten auf nukleartaktischem und konventionellem Gebiet zwischen Ost und West.
- Die Konsequenz wäre, dass die NATO entweder ihr Potenzial erhöhen, oder NATO und War-

²² Im Herbst 1976 war der hochdekorierte frühere Stuka-Oberst Hans-Ulrich Rudel zu einem Traditionstreffen des Aufklärungsgeschwaders 51 „Immelmann“ nach Bremgarten eingeladen worden. Der Chef der Luftflotte, Generalleutnant Walter Krupinski und sein Stellvertreter, Generalmajor Karl Heinz Franke, die von der Einladung Rudels nichts gewusst hatte, stellten sich in Wahrnehmung ihrer Fürsorgepflicht vor den Kommodore, Oberst Fritz Schade, und meinten, man müsse „dem als rechtsradikal geltenden Rudel ebenso das Recht auf Läuterung zubilligen wie ‚Linksextremisten und Kommunisten‘, die früher in Moskau waren wie Herbert Wehner.“ Dieser war Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag.

²³ Soldat im 2. Weltkrieg waren: W. Arendt, E. Bahr, H. Ehrenberg, E. Eppeler, J. Ertl, E. Franke, H-D. Genscher, K. Gscheidle, O. Graf Lambsdorff, G. Leber, W. Maihofer, H. Matthöfer, K. Ravens, H. Schmidt, H. Rohde, H-J. Vogel und H. Westphal. Nicht gedient hatten: H. Apel (* 1930), G. Baum (* 1932), A. v. Bülow (* 1937), B. Engholm (* 1939), H. Friderichs (1931), D. Haack (* 1934), V. Hauff (* 1940), M. Lahnstein (* 1937) und J. Schmude (* 1936), sowie Frau K. Focke, Frau A. Fuchs und Frau A. Huber.

²⁴ Veranstaltung zu Ehren des ersten Direktors des IISS, die seit 1976 durchgeführt wird; Henry Kissinger war der 1. Gastredner.

²⁵ „Strategic Arms Limitation Talks I & II“ von 1969 bis 1979. Ergebnis war der im Mai 1972 geschlossene Anti-Ballistic-Missile (ABM)-Vertrag.

schauer Pakt (WP) das militärische Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau herstellen müsste. Schmidt wollte – wie Adenauer – verhindern, dass die Bundesrepublik in eine Situation kommen könnte, in der sie nuklear erpressbar würde. Er zeigte sich hier erneut als strategisch denkender und handelnder Politiker, eine Facette, die – neben seiner intellektuellen Durchdringung in seinen Büchern – bereits als Verteidigungsminister bei dem Bemühen nach stärkerer europäischer Mitsprache bei der Nuklearplanung der NATO deutlich geworden war. „Flexible response is nonsense. Not out of date, but nonsense... The Western idea, which was created in the 1950's, that we should be willing to use nuclear weapons first, in order to make up for our so-called conventional deficiency, has never convinced me.“²⁶

Die Bedrohung Europas durch mobile sowjetische SS-20-Raketen war zuvor nicht zur Sprache gekommen. Doch nun nahmen die USA, wenn auch zunächst zögerlich, die vom deutschen Kanzler angestoßene Thematik auf. Schmidt wusste, dass eine Nachrüstung der NATO von der deutschen Öffentlichkeit als Gefährdung der Entspannung angesehen würde und wollte daher in einem ersten Schritt die Sowjetunion zum Abbau jenes Potenzials bewegen, das ausschließlich Europa bedrohte. Erst wenn dies scheiterte, sollte die NATO ihrerseits nachrüsten. Überzeugt von seinem Kurs, spielte er auf Risiko: „Ich verknüpfe mein politisches Schicksal mit der Verwirklichung beider Teile des Doppelbeschlusses, insbesondere nicht nur mit dem Beginn von Verhandlungen, sondern mit dem Erfolg der Verhandlungen – damit stehe und falle ich.“²⁷ Mit dieser Rücktrittsdro-

hung hielt er die SPD kurzzeitig hinter sich, aber nach dem konstruktiven Misstrauensvotum 1982 kündigte sie ihm die Gefolgschaft.

1977 handelte der Kanzler zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt, wenngleich in einer vom Grundgesetz nicht vorgesehenen Grauzone: Am 17. Oktober gab er dem Kommandeur der

J. Evans (1924-2000), dem Oberbefehlshaber der US-Luftwaffe in Europa, und Generalleutnant Gerhard Limberg (1920-2006), dem Inspekteur der Luftwaffe, begleitet wurden. Dann fuhren Kanzler und Präsident zur nahen Airbase Wiesbaden-Erbenheim, wo sie um 09:40 Uhr durch Colonel Robert W. RisCassi (* 1936; später General), Kommandeur einer Brigade der 4. US Infanteriedivision,



Bild 5: Bundeskanzler Schmidt empfängt im September 1978 den scheidenden Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Limberg.

GSG 9, Polizeidirektor Ulrich Wegener (* 1929), den Einsatzbefehl, die von arabischen Terroristen entführte Lufthansa-Maschine „Landshut“ in der somalischen Hauptstadt Mogadischu zu stürmen.²⁸ Auch der politische Repräsentant vor Ort, Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski (1922-2005; EK I) war am Ende des Krieges – wie Schmidt – Oberleutnant und Kompaniechef in einem Panzergrenadierregiment.

Anlässlich des Staatsbesuchs des amerikanischen Präsidenten in Deutschland empfing Kanzler Schmidt am Morgen des 15. Juli 1978 Jimmy Carter (* 1924) auf dem militärischen Teil des Rhein-Main-Flugplatzes. Es folgte ein kurzer, fünfzehnminütiger Besuch einer Waffenschau („static display“) amerikanischer und deutscher Flugzeuge,²⁹ bei dem Carter und Schmidt von General William

und Oberst Robert Promies (1927-1980; später Brigadegeneral), dem Kommandeur der Koblenzer Panzerbrigade 14, begrüßt wurden. Danach nahmen sie in einem offenen Jeep eine 20-minütige alliierte Feldparade ab, an der von Seiten der Bundeswehr u.a. die 2. Batterie des Panzerartilleriebataillons 145 beteiligt war. Es folgte ein kurzes Treffen mit amerikanischen und deutschen Soldaten und deren Familien. Wenige Wochen später, am 19. September 1978, weilte der scheidende Inspekteur der Luftwaffe Limberg zu einem Abschiedsbesuch beim Bundeskanzler.

Zu seinem 60. Geburtstag hatte Helmut Schmidt die Hamburger Bürger am Sonnabend, dem 23.12.1978, zu einem öffentlichen Gratulationsempfang eingeladen. Im Großen Festsaal des Rathauses spielte die Big Band der Bundeswehr unter Leitung von Günter M. Noris (1935-2007; eigentlich Günter Maier), dem ersten Orchesterchef. Der Musik liebende und praktizierende Schmidt hatte

²⁶ Helmut Schmidt 1987 in einem BBC-Interview: „Die flexible response (= Bezeichnung der NATO-Strategie, die den Einsatz von Kernwaffen als eine mögliche Reaktion auf einen nicht-nuklearen Angriff des Warschauer Pakts vorsah) ist sinnlos. Nicht veraltet, aber sinnlos. Das in den 50er Jahren entstandene Konzept des Westens, dass wir bereit sein müssten, als erste Kernwaffen einzusetzen, um unsere sogenannte konventionelle Unterlegenheit auszugleichen, hat mich nie überzeugt“.

²⁷ Rede in Recklinghausen am 17. 05.1981.

²⁸ Aust, Stefan, Der BM-Komplex, S. 823 f.

²⁹ siehe: Jimmy Carter, Library – Presidential Diaries Online.

1970 die Idee, ein „Großes Schau- und Unterhaltungsorchester“ in der Bundeswehr zu schaffen. Bereits am 03.06.1971 hatte sich die Big Band erfolgreich der Öffentlichkeit präsentiert, wurde zur „musikalischen Geheimwaffe“ Schmidts und spielt seitdem „auf Augenhöhe“ mit internatio-

nister, war er zum ersten Mal bei diesem Verband gewesen.

Mit Minister Hans Apel, Generalinspekteur Jürgen Brandt und Oberst i.G. Dr. Dietrich Genschel, dem Gruppenleiter 23, weilte Schmidt am 02.02.1979 als Gast bei der US-Armee. Nahe dem fränkischen Dorf

brochen und als Stabsrahmenübung weitergeführt, damit sie nicht zu einer „Schlamm Schlacht“ würde. Insgesamt waren 61.000 Soldaten, 4.300 Ketten- und 8.000 Räderfahrzeugen sowie 95 Flächenflugzeuge und 335 Hubschrauber im Einsatz.



Bild 6: Der Kanzler besucht US-Truppen in Deutschland beim Manöver „Reforger“; rechts vom Kanzler BMVg Hans Apel, dahinter Kapitän z.S. Dr. Fischer, Leiter Informations- u. Pressestab des BMVg.

nen Orchestern. Mittlerweile steht mit Oberstleutnant Christoph Lieder bereits der 5. Chef³⁰ am Pult der 22 Musiker und 10 Techniker.

Zu Beginn des Jahres 1979 versank Norddeutschland im Schnee: Der Flugplatz des Marinefliegergeschwaders 1 unter Kommodore Waldemar Scholz im schleswig-holsteinischen Jagel verwandelte sich in einen riesigen Hubschrauberstützpunkt, von dem aus 130 Hilfseinsätze mit zivilen Helikoptern und Hubschraubern der Bundeswehr und des BGS geflogen wurden. Am 26. Januar 1979 stattete der Bundeskanzler dem Geschwader einen Dankesbesuch ab; im Dezember 1969, damals noch Verteidigungs-

Aufstetten im Landkreis Würzburg besuchte der Kanzler die A-Kompanie des 4. Bataillons des 63. Armor Regiments. Der Verband gehörte zur 2. Brigade der 1. Infanteriedivision („The Big Red One“), die am US-Manöver „Certain Sentinel“ teilnahm. Die Übung unter der Leitung von General George S. Blanchard (1920-2006), dem Oberbefehlshaber der US-Armee in Europa und zugleich Oberbefehlshaber der 7. US-Armee, war Teil des amerikanischen Manövers „REFORGER 79“, das vom 27.01. bis zum 07.02.1979 in Unter- und Mittelfranken sowie Teilen Baden-Württembergs stattfand. Von deutscher Seite war die Panzerbrigade 14 (alt) aus Koblenz unter Oberst Promies an der Übung beteiligt. Bedingt durch einen Wärmeeinbruch am 1. Februar, durch welchen in kürzester Zeit die Schneedecke schmolz den Boden aufweichte, wurde die Übung unter-

Während einer elftägigen Lateinamerikareise, die den Kanzler nach Brasilien, Peru und in die Dominikanische Republik führte, gab er am 12.04.1979, dem letzten Abend der Reise, für den dominikanischen Staatspräsidenten Antonio Guzmán (1911-1982/Freitod) einen Empfang an Bord des Schulschiffes „Deutschland“. Das größte Schiff der Bundesmarine³¹ lag im Hafen Hauptstadt Santo Domingo unter seinem Kommandanten Kapitän z.S. Gerhard Krancke vor Anker und diente auf der 51. Auslandsausbildungsreise (AAR) dem Regierungschef als „schwimmende Botschaft“. Der Rückflug nach Deutschland am Abend mit der Boeing 707 „Otto Lilienthal“ der Flugbereitschaft der Bundeswehr verspätet sich, weil sich der Kanzler an Bord „festgeredet“ hatte. Eineinhalb Jahre später wurde Marineoffizier Krancke als Nachfolger von Oberst i.G. Dr. Genschel Gruppenleiter im Kanzleramt.

Im April 1980 besuchte Kanzler Schmidt die 24. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Trier unter Generalinspekteur Jürgen Brandt. Nach 1971 – damals noch als Verteidigungsminister – und 1975 war er nun zum dritten Mal bei diesem Treffen der Spitzenmilitärs zu Gast. In seiner Rede skizzierte er die „deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik im westlichen Bündnis“. „Bei allen Bemühungen ... sollten die Streitkräfte und vor allem die Gesellschaft nicht vergessen, dass die Verteidigungsfähigkeit einer Armee in der Demokratie nicht wesentlich größer sein kann als die Verteidigungsbereitschaft der Gesellschaft selbst.“

Wie er diese einschätzte, ließ Schmidt offen. Doch er wiederholte mit dieser verdrängten Binsenweisheit – ohne darauf zu verweisen – im Kern eine der zentralen Feststellungen jener sei-

³⁰ Die Bandleader waren: Günter M. Noris (1971-83), sowie die Oberstleutnanten Heinz Schiffer (1983-91), Robert Kuckertz (1991-2001), Michael Euler (2001-08) und Christoph Lieder (seit 2008).

³¹ Stapellauf 1960 auf der Nobiskrugwerft in Rendsburg; am 28.06.1990 außer Dienst gestellt.

nerzeit heftig angegriffenen „Schnezz-Studie“ von 1969.

Am 01.07.1980 führte Bundeskanzler Schmidt ein Gespräch mit dem Verteidigungsminister der Sowjetunion, Marschall Dimitrij Ustinow (1908-1985), sowie mit Marschall Nikolaj Ogarkow (1917-1994) und weiteren hohen sowjetischen Offizieren. Neben dem Kanzler bestand die deutsche Delegation aus Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Pressesprecher Klaus Bölling (* 1928) und dem deutschen Botschafter in Moskau, Dr. Hans-Georg Wieck (* 1928). Erstaunlich war, dass weder der Verteidigungsminister, noch der damalige Generalinspekteur Jürgen Brandt als militärpolitischer Berater der Bundesregierung dabei waren. Auf Schmidt machten die beiden Marschälle der Sowjetunion Ustinow und Ogarkow intellektuell einen vorzüglichen Eindruck, es seien *„Männer von einem Kaliber, das dem ihrer westlichen Kollegen in keiner Weise unterlegen ist.“*³²

Ein ähnliches Urteil fällt Schmidt über die militärischen Spitzen der USA. Dort bliebe die Armee von den regelmäßigen parteipolitischen Personalveränderungen verschont. Deshalb könnten sie ihre besten Leute *„in relativer Ruhe durch vielfältige Verwendung fördern und ziemlich früh in einflussreiche Spitzenstellungen bringen. Diese Männer haben sich dadurch oft ein über das Militärische hinausgehendes gesamtstrategisches Urteil verschafft, das den Europäern in der Gestalt guter Oberbefehlshaber in Europa zugute gekommen ist.“*³³ Über den Politiker Haig (* 1924) hingegen fällt Schmidts Urteil verhalten aus. Er habe als Außenminister nicht ganz so umsichtig agiert wie zuvor als NATO-Oberbefehlshaber in Europa.

Im September 1980 besuchte Kanzler Schmidt mit Minister Apel die Korpsgefechtsübung „Sankt Georg“ des III. Korps unter Generalleutnant Paul-Georg Kleffel (* 1920; Ritterkreuz) in Osthessen. An der größten Übung der Bundeswehr im Rahmen der NATO-Herbstübungen im Jahre 1980 nahmen etwa 48.000 Soldaten mit 15.000 Fahrzeugen teil. In einem Interview während des Besuches bei

Übungsgruppen des Manövers St. Georg räumte Bundeskanzler Schmidt ein, dass die geburtenschwachen Wehrpflichtigen-Jahrgänge ihm Sorgen bereiteten. Als eine Möglichkeit zu Behebung des Engpasses schloss er die Einstellung von Frauen ab 1986 nicht mehr aus.³⁴



Bild 7: Im September 1981 empfängt der Kanzler Generalleutnant Johannes Poeppel, den scheidenden Inspekteur Heer.

Am 12.11.1980, dem 25. Geburtstag der Bundeswehr, legten 150 Rekruten auf dem Bonner Münsterplatz ihr Feierliches Gelöbnis in Anwesenheit von Bundespräsident Carl Carstens, Verteidigungsminister Apel und Außenminister Genscher ab. Auch der Bundeskanzler nahm, begleitet von seinem Gruppenleiter 23 Kapitän z.S. Krancke, daran teil. Doch wieder einmal ging die feierliche Veranstaltung – wie wenige Monate zuvor die Vereidigung von Rekruten des Panzergrenadierbataillons 323 aus Schwane- wede im Bremer Weserstadion – nach kurzer Zeit im Tumult linker Demonstranten unter.

Am 15.09.1981 empfing der Kanzler Generalleutnant Johannes Poeppel (1921-2007), den scheidenden Inspekteur des Heeres, zum Abschiedsbesuch. Die Bürde des Amtes forderte ihren Tribut: Im Oktober 1981 wurde Schmidt mit schweren Herzrhythmusstörungen ins Bundeswehr-Zentral-Krankenhaus nach Ko-

blenz eingeliefert und bekam einen Herzschrittmacher. Doch er erholte sich schnell. Ministerpräsident Johannes Rau, der ihn einen Tag später besuchte, sagte hinterher: *„Schmidt ist ein hanseatischer Preuße oder ein preußischer Hanseat wie Sie wollen!“*

Im März 1982 empfing Schmidt

den Stellvertretenden Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte Europa (DSACEUR), den deutschen Admiral Günter Luther zu dessen Abschiedsbesuch, den er noch als Inspekteur der Marine kannte.

Am 8. Mai 1982 besuchte Schmidt die 3. Batterie des Flugabwehr-Raketenbataillons 26 in der ostfriesischen Gemeinde Wiesmoor unter ihrem Kommodore Oberstleutnant Peter Dreher. Der Kanzler wurde vom Stellvertretenden Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Paul Sommerhoff (* 1929), Generalmajor Hans Jörg Kuebart (* 1934), dem Kommandeur der 4. Luftwaffendivision, und dem neuen Gruppenleiter 23 im Kanzleramt, Kapitän z.S. Ulrich Weißer (* 1938; später Vizeadmiral), begleitet. Das Bataillon war mit dem leistungsgesteigerten Waffensystem „NIKE Hercules“ ausgerüstet.³⁵ Nach der Begrüßung durch den Batteriechef Major Klaus Montag und dem Abschreiten der Ehrenformation erwartete den Kanzler ein „Briefing“ über

³² Schmidt, Helmut, Menschen und Mächte, S. 124.

³³ Schmidt, Helmut, a.a.O., S. 277 f.

³⁴ Heute – Ende 2009 – dienen ca. 16.300 Frauen (8,6% aller Berufs- und Zeitsoldaten) in der Bundeswehr.

³⁵ Reichweite: über 150 km; bis zu einer Höhe von 30 km. Fester, wartungsfreier Treibstoff.

Gliederung und Auftrag der Einheit. Die „Dritte“ war eine der wenigen Batterien der NATO, die bei überraschenden Prüfungen der Einsatzbereitschaft wiederholt höchste Noten erreicht hatte. Neben seiner eigenen früheren Erfahrung als „Flak-Mann“ mögen ihn die herausragenden Lei-

ein konstruktives Misstrauensvotum abgewählt. Helmut Kohl trat die Nachfolge an. Schmidt blieb noch vier Jahre als Politiker aktiv. Erst am 10.09.1986 hielt er seine Abschiedsrede im Deutschen Bundestag und wechselte nach fast 30 Jahren in der Politik ins journalistische Metier.



Bild 8: Der Bundeskanzler besucht das FlaRakBtl 26 (rechts neben dem Kanzler der Chef der 3. Batterie Major Klaus Montag, links am Bildrand Kptn z.S. Ulrich Weiser).

stungen bewogen haben, gerade diese Batterie für seinen Besuch auszuwählen. Nach dem Mittagessen und Gesprächen mit Vertrauensleuten erläuterte der Kanzler in der Sporthalle 150 Soldaten aller Dienstgradgruppen die Grundzüge deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Er stand den Soldaten Rede und Antwort, warnte aber vor überzogenen Hoffnungen: „Ich bin kein Fachmann für Ihre täglichen Sorgen und Nöte“, entgegnete er, als er mit Fragen wie nach finanzieller Vergütung, Dienstzeitbelastung und Heimfahrten in überfüllten Zügen konfrontiert wurde.

Am 17.09.1982 verließen die vier Minister der FDP das Kabinett Schmidts.

Zwei Wochen später, am 1. Oktober, wurde der Kanzler – nach fast achteinhalb Jahren im Amt – durch

Teil III: Jahre als Publizist und Altkanzler 1983 bis heute

Nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik startete Helmut Schmidt eine weitere intensive und erfolgreiche Schaffensperiode. Das Schreiben war ihm vertraut; mehr als 25 Bücher hat er insgesamt veröffentlicht, viele darunter Bestseller.³⁶ 1983 wurde Schmidt im 65. Lebensjahr stehend Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“ und übernahm später eine Zeit lang auch das Amt des Geschäftsführers. Auch in dieser Zeit verbarg er seine Affinität zum Militär nicht. „In Einstellungsgesprächen

³⁶ Die Helmut-Schmidt-Universität hat eine vollständige Bibliografie zusammengestellt.

unterdrückte er bei Männern selten die Frage: „Haben Sie gedient?“³⁷

Im Oktober 1983 war der Altkanzler einer der Vortragenden bei der Wintervortragsreihe der Panzergrenadierbrigade 16 in Wentorf unter Brigadegeneral Eckhard Klewin (* 1934). Schmidts Verbundenheit mit alten Soldaten kam z.B. auch dadurch zum Ausdruck, dass am 06.12.1984 das Ehrenmal für die Gefallenen der Flak-Artillerie, seiner alten Truppengattung im Krieg, in Berlin-Steglitz besuchte und dort einen Kranz niederlegte. Der Führungsakademie in Hamburg stattete er als Kanzler keinen Besuch ab, doch er kannte sie aus zahlreichen Besuchen in der Vergangenheit. Nach seiner Zeit als Regierungschef kam er wiederholt nach Blankenese, so am 16.12.1983 und am 10.10.1996. Überdies ist er Ehrenmitglied im 1993 gegründeten „Freundeskreis ausländischer Offiziere an der Führungsakademie der Bundeswehr e.V.“ Auf Einladung von Generalmajor Wolf-Dieter Löser (* 1949; später Generalleutnant) eröffnete der Altkanzler am 06.09.2006 als Schirmherr die Wanderausstellung „Für eine starke Republik! – Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“³⁸ in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese. In seiner Festrede mahnte er: „Unsere wichtigste Aufgabe ist es, den jungen Leuten zu zeigen, wohin Diktaturen führen“. Dass die Ausstellung in der Führungsakademie der Bundeswehr ausgestellt werde, zeichne die Bundeswehr aus, so Schmidt.

Im Dezember 2003 ehrte die Bundeswehr ihren fünften Verteidigungsminister, in dem die Bundeswehr-Universität der Hansestadt ihm die Ehrendoktorwürde verlieh und sich – was ungewöhnlich ist – noch zu dessen Lebzeiten seinen Namen gab.³⁹

³⁷ Sommer, Theo, Macher und Moralist, in: Zeitpunkte, Heft 1/2004, S. 9.

³⁸ Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wurde 1924 als überparteiliche Organisation ehemaliger Kriegsteilnehmer und Republikaner von der SPD, der liberalen Deutschen Demokratischen Partei und dem Zentrum als Reaktion auf die Morde und Putschversuche in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in Magdeburg gegründet und entwickelte sich zu einer Massenorganisation mit mehr als drei Millionen Mitgliedern.

³⁹ Schmidt hatte als Verteidigungsminister

Er war häufig bei „seiner“ Bundeswehruniversität in Hamburg zu Gast, so zur 10- und 20-Jahrfeier 1983 und 1993, sowie bei der Namensgebung am 16.12.2003. Bei diesem Anlass wurde er mit der Ehrendoktorwürde des Fachbereiches Wirtschafts- und Organisationswissenschaften ausgezeichnet. In seiner Rede ging Schmidt auf die Kameradschaft ein: *„Ich habe erst im Krieg begriffen, dass wir unter einer grundfalschen, einer katastrophalen Führung gedient haben. Zugleich aber hat es im Kriege eine Fülle mitmenschlicher kameradschaftlicher Erfahrungen, guter Erfahrungen gegeben.“*

Schmidts Einschätzung, die heutige Bundeswehr wäre „weit besser in Staat und Gesellschaft eingefügt, als jemals deutsche Streitkräfte seit 1871 und nach 1933“, ist nur insofern richtig, wenn er dies auf die formal-rechtliche Seite bezieht. Sollte er jedoch damit die Integration in die Gesellschaft gemeint haben, liegt er falsch.

Von Optimismus geprägt ist auch Schmidts folgende Aussage: *„... und weder ein Hauptmann von Köpenick ist heute denkbar, noch ein politisch intrigierender General Schleicher, noch ein politisch unterwürfiger General Keitel.“*

Auch heute gibt es – weil menschlich – „politisch unterwürfige“ Offiziere. Es sind z.B. jene, die sich der eigenen Karriere wegen dem „vorausweisenden Gehorsam“ mehr verpflichtet sehen als loyalem Dienen und vorurteilsfreier Beratung. Andere wiederum interpretieren ihre Loyalität nur eindimensional, d.h. wännen sich nur gegenüber ihren politischen Meistern in der Pflicht und übersehen, dass sie treues Dienen unserem Land geschworen haben – was nicht deckungsgleich sein muss – und auch gegenüber den unterstellten Soldaten in der Kameradschaftspflicht stehen. Doch da der Primat der Politik unbestritten ist, hat sich das Militär grundsätzlich, d.h. ohne Wenn und Aber unterzuordnen. Schmidt selbst bestätig-

den Aufbau der beiden Universitäten der Bundeswehr in Hamburg und München, die am 01.10.1973 den Lehrbetrieb aufgenommen hatten, maßgeblich gefördert und kann als ihr geistiger Vater betrachtet werden.

te dies, als er von der „weit besseren Einordnung der Bundeswehr“ sprach. Politiker aller Couleur haben diese Haltung seit Bestehen der Bundeswehr gefördert, allerdings ist dabei die geistige Eigenständigkeit weitgehend auf der Strecke geblieben.⁴⁰ Was Wunder, dass systemkonformes Verhalten

in Washington, in London oder Paris, in Warschau, in Madrid oder in Berlin ... hat keine eigene, persönliche Erfahrung mit militärischer Gewalt. ... Die Generationen davor, ..., ob Churchill, ob Adenauer oder Kurt Schumacher, ... die haben noch selbst gewusst, was Krieg ist.“



Bild 9: Altkanzler Helmut Schmidt (89) beim der Gelöbnisfeier am 20. Juli 2008 vor dem Reichstag in Berlin.

höher im Kurs steht als Mündigkeit und Mut zum Widerspruch, so er geboten ist. Blickt man auf über fünfzig Jahre Bundeswehr zurück, kann man den Eindruck gewinnen, dass der Staatsbürger in Uniform überwiegend nur als Modell für die Wehrpflichtigen erwünscht ist. Von manchem Politiker wird offenbar auch rüdes Verhalten gegenüber Soldaten als Ausdruck des Primats des Politischen verstanden.

Schmidt lobte die Zusammenführung der Offiziere der vormaligen NVA und der Bundeswehr; sie sei *„unter Verteidigungsminister Volker Rühe überraschend gut gelungen.“* Die Aufgaben der Streitkräfte sind heute *„wesentlich komplexer ... als damals zu meiner Zeit“*, räumte er ein. *„Die Generation der heutigen ‚Steuerleute‘*

Indirekt deutet Schmidt damit an, dass Politiker, die keinen Krieg erlebt haben, Soldaten leichter in einen solchen schicken. Nun wird kein Krieg begonnen, damit politische Führer darin Erfahrung gewinnen können. Dass eine solche vor Gewalt schützt, ist überdies nur eine Annahme. Träfe sie zu, hätte es z.B. keinen 2. Weltkrieg geben dürfen, da einige Politiker als Soldaten im 1. Weltkrieg gekämpft hatten und somit nach Schmidtscher These diesen hätten vermeiden müssen.

Den Auslandseinsätzen der Bundeswehr steht der Altkanzler kritisch gegenüber. Die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg 1999 lehnte er ab und lobte die Entscheidung der Regierung Schröder, sich nicht am Krieg gegen den Irak (3. Golfkrieg)⁴¹ zu beteiligen. *„So haben wir unserem Grundgesetz und dem Völkerrecht ge-*

⁴⁰ Wenn in der Vergangenheit hohe Offiziere in Einzelfällen politisch agierten oder auch nur in den Verdacht gerieten, so zu handeln, d.h. eben nicht „unterwürfig“ waren, wurden sie – unabhängig von der Parteizugehörigkeit des jeweiligen Ministers – durchweg gemaßregelt und abgestraft.

⁴¹ 1. Golfkrieg (Iran-Irak, 1980-1988); 2. Golfkrieg (US geführte Allianz-Irak, 1990/91); 3. Golfkrieg (USA-Irak, seit 2003).

horcht, als wir uns dem Krieg im Irak verweigert haben.“⁴²

Auch der Afghanistan-Einsatz ist für ihn problematisch. Die Aussage seines Parteifreundes Peter Struck, Deutschlands Freiheit werde auch am Hindukusch verteidigt, lehnt er ab. In einem „Spiegel“-Interview im Herbst 2007⁴³ sagte er: „Uns stellt sich nicht die Aufgabe, Afghanistan davon abzubringen, Mohn anzubauen. Eine zivile Gesellschaft aufzubauen, ist kein Grund, dort einzugreifen. Der Grund für die Intervention war ausschließlich al-Qaida; und inzwischen ist al-Qaida nach Pakistan gezogen. Sollen wir demnächst auch dort einmarschieren?“

Im Jahre 2008 bekräftigte Schmidt seine Haltung: „Damals (2001) hätte ich nicht dafür plädiert, dass Deutschland nicht mitmacht. Aber heute frage ich mich in vollem Ernst: Was soll eigentlich der Westen dort wollen? Es ist leicht, den Entschluss zu einer militärischen Intervention zu fassen, und es ist relativ leicht, ihn dann in die Tat umzusetzen. Es ist unendlich viel schwieriger, wieder rauszukommen, ohne ein Chaos und Mord und Totschlag zu hinterlassen.“⁴⁴

Am 17. November 2004 stellte Schmidt an der Bundeswehr-Universität Hamburg sein Buch „Die Mächte der Zukunft“ vor. Auch am Festakt anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Bundeswehr, am 7. Juni 2005 in Berlin, nahm der Altkanzler teil.

Zum Jahrestag des Stauffenberg-Attentats sprach Schmidt als Ehrengast in Anwesenheit von Kanzlerin Merkel am 20. Juli 2008 bei der Gelöbnisfeier von 500 Rekruten zweier Kompanien des Wachbataillons der Bundeswehr unter Oberstleutnant Frank Schuster (* 1963). Erstmals fand das Zeremoniell, bei dem das Musikkorps der Bundeswehr unter der Stabführung von Oberstleutnant Walter Ratzeck (* 1960) spielte, auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag statt. Im Vorfeld hatte es Streit um diesen Ort gegeben, den einige Medien mit „Berliner Posse“ titulierten, der aber viel über den

schwierigen Umgang mit der Bundeswehr aussagt. Offiziell hatte das Berliner Grünflächenamt Bedenken wegen der Belastung des Rasens geäußert. Inoffiziell aber hieß es aus der rot-roten Stadtregierung im Berliner Rathaus, eine solche Veranstaltung sei „politisch nicht opportun“. Erst auf massiven Druck von Medien und Politik kam die kommunale Freigabe. Möglich war dieses unwürdige Schauspiel wohl nur in Deutschland.⁴⁵ Es versteht sich von selbst, dass auch hier die Sicherheitsmassnahmen so streng waren, dass von einer öffentlichen Veranstaltung keine Rede sein konnte. Schmidt sagte in seiner Rede: „Erst da (1944) habe ich angefangen, den verbrecherischen Charakter des ‚Dritten Reiches‘ zu begreifen. Jedoch habe ich danach gleichwohl als kämpfender Soldat weiterhin meine Befehle und Pflichten befolgt – so wie Millionen anderer Soldaten auch. ... Heute muss kein Deutscher sich ... mit seinem gespaltenen Bewusstsein quälen, des Nachts Hitler zum Teufel zu wünschen, aber am nächsten Tage abermals seine Befehle zu befolgen.“ Der Altkanzler warnte vor der Annahme, unsere heile Welt wäre ein Dauerzustand, gleichsam ein unabänderliches Grundrecht. Den Afghanistan-Einsatz bezeichnete er als rechtmäßig. Allzu kritische Töne vermied er wahrscheinlich aus Loyalität gegenüber der Regierung und Kameradschaft gegenüber den Soldaten, die am Hindukusch ihre Pflicht tun, obwohl er ihn – wie angesprochen – in der Vergangenheit nicht mit Sympathie verfolgt hatte. „... wenn wir heutzutage an militärischen Eingriffen in Afghanistan uns beteiligen, dann geschieht es in Übereinstimmung mit unserem Grundgesetz, ... Man kann über solche Einsätze streiten.“

⁴⁵ Bereits zehn Jahre zuvor, am 13.08.1998, hatte es in Berlin Auseinandersetzungen um eine Gelöbnisfeier gegeben. Damals hatte der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Wolfgang Thierse geäußert, dass der Tag des Mauerbaus für eine solche Zeremonie der Bundeswehr nicht angemessen wäre, da dieses Datum bei ihm und vielen Ostdeutschen „traurige und bittere Erinnerungen“ weckte. An diesem Tag hätten die zu DDR-Zeiten üblichen Aufmärsche der Kampfgruppen stattgefunden.

Seine letzten Worte klangen mehr als Mahnung, denn als Versprechen: „Jedoch jeder Soldat und jeder Rekrut darf sich darauf verlassen: Auch künftig werden Bundestag und Bundesregierung unsere Streitkräfte nur im Gehorsam gegen das Grundgesetz und nur im Gehorsam gegen das Völkerrecht einsetzen. ... Aber Ihr könnt Euch darauf verlassen: Dieser Staat wird Euch nicht missbrauchen.“

Am 29. Januar 2009 fand in Anwesenheit von Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung und Altbundespräsident von Weizsäcker ein Festakt unter dem Motto „Wissen, was zu tun ist – von den Aufgaben und Problemen guten Regierens“ zur nachträglichen Feier von Schmidts 90. Geburtstages statt. In seiner Dankesrede lobte dieser die Entwicklung der Bundeswehr. „Alles in allem befehligen Sie eine Zuverlässigen-Armee“, sagte Schmidt zu Jung. Im Gegensatz zu früher seien die heutigen Streitkräfte eindeutig verfassungstreu. Als er die Befehls- und Kommandogewalt zu übernehmen hatte, sei es noch ungewiss gewesen, ob und wie weit sich die Soldaten dem Geiste des Grundgesetzes anvertraut hatten und sich bewusst als demokratische Staatsbürger verhielten. Dieser Satz ist überzogen und ein Affront gegenüber jenen Soldaten, die die Armee aufgebaut und dieses Misstrauen nicht verdient haben.

Der Wirtschafts- und Finanzfachmann Helmut Schmidt hat auch als Verteidigungspolitiker auf drei unterschiedlichen Verantwortungsebenen – im Verteidigungsausschuss, als Ressortminister und als Regierungschef – für die Bundeswehr sowohl im strategischen Bereich als auch auf dem Bildungssektor Herausragendes und Beständiges geleistet. Nur wenige deutsche Staatsmänner können eine solche Bilanz vorweisen.

Literaturverzeichnis zu Teil I-III

- Aust, Stefan, Der Baader-Meinhof-Komplex, (Neuausgabe) Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2008.
- Bald, Detlef, Politik der Verantwortung – Das Beispiel Helmut Schmidt. Der Primat des Politischen über das Militärische, Aufbau-Verlag Berlin 2008.

AUFTRAG 276 • DEZEMBER 2009

- Bradley, Dermot, Würzenthall, Heinz-Peter, Model, Hansgeorg, Die Generale und Admirale der Bundeswehr 1955-1997, Biblio-Verlag, Osnabrück 1998.
- Carter, Jimmy, Library Presidential, Diaries Online.
- Dönhoff, Marion Gräfin, (Hrsg.), Hart am Wind: Helmut Schmidts politische Laufbahn, Goldmann Sachbuch, München 1980.
- Genscher, Hans-Dietrich, Erinnerungen, Jobst Siedler Verlag, Berlin 1995.
- Knoll, Thomas, Das Bundeskanzleramt: Organisation und Funktionen 1949-1999, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004.
- Maizière, Ulrich de, In der Pflicht, Verlag E. S. Mittler & Sohn, Herford 1989.
- Noack, Hans-Joachim, Helmut Schmidt Die Biographie, Rowohlt Verlag, Berlin 2008.
- Rall, Günther, Mein Flugbuch. Erinnerungen 1938-2004, Hrsg. Kurt Braatz, Neunundzwanzig-Sechs Verlag, Mossburg 2004.
- Rupps, Martin, Helmut Schmidt. Mensch-Staatsmann-Moralist. Helmut Schmidt Zum 90. Geburtstag, Herder Verlag, Freiburg 2009.
- Schmidt, Helmut, Verteidigung oder Vergeltung, Seewald Verlag, Stuttgart 1968.
- Schmidt, Helmut, Strategie des Gleichgewichts, Seewald Verlag, Stuttgart 1968.
- Schmidt, Helmut, Menschen und Mächte, TB im Goldmann Verlag, München/ Jobst Siedler Verlag, Berlin 1987.
- Schmidt, Helmut, Die Deutschen und ihre Nachbarn, Jobst Siedler/ Goldmann (TB-Ausgabe) Verlag, Berlin 1990.
- Schmidt, Helmut, Handeln für Deutschland. Wege aus der Krise, Rowohlt Verlag, Berlin 1993.
- Schmidt, Helmut, Weggefährten Erinnerungen und Reflexionen, Jobst Siedler Verlag, Berlin 1996.
- Schmidt, Helmut, Kindheit und Jugend unter Hitler, Jobst Siedler Verlag, Berlin 1998.
- Schmidt, Helmut, Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral,

Goldmann Taschenbuch, München 2000.

- Schmidt, Helmut Außer Dienst Jobst Siedler Verlag Berlin 2008
- Schmidt, Loki, Hannelore Schmidt erzählt aus ihrem Leben, Hoffmann & Campe, Hamburg 2003.
- Schmückle, Gerd, Ohne Pauken und Trompeten. Erinnerungen an Krieg und Frieden, DVA Stuttgart, 1982.
- Schmückle, Gerd, Auf der Suche nach einer neuen NATO-Strategie, in: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995, R. Oldenbourg Verlag, München 1995.
- Soell, Hartmut, Helmut Schmidt 1918-1969. Vernunft und Leidenschaft, DVA Sachbuch, München 2003.
- Soell, Hartmut, Helmut Schmidt. Macht und Verantwortung 1969 bis heute, DVA, München 2008.
- Sommer, Theo, Macher und Moralist, in: Zeitpunkte Heft 1/2004.
- Ruhfus, Jürgen, aufwärts Erlebnisse und Erinnerungen eines diplomatischen Zeitzeugen 1955 bis 1992, EOS-Verlag Sankt Ottilien 2006.
- Stoves, Rolf, Die 1. Panzer Division, Podzun Verlag, Bad Nauheim 1961.
- Thiel, Reinhold, Die bremische Flugabwehr im Zweiten Welt-

krieg, Verlag M. H. Hauschild, Bremen 1995.

Bildnachweis

- BPA (1, 8), Bundesarchiv (5, 7), IP-Stab BMVg (2, 9), Privatarchiv Generalmajor a.D. Dr. Genschel (6), Lüneburger Landeszeitung (3), Archiv der Traditionsgemeinschaft Zerstörer „Hessen“ (4)

Besonderer Dank gilt den Herren Generalmajor a.D. Dr. Dietrich Genschel, Kapitän z.S. a.D. Gerhard Krancke, OstFw a.D. Eberhard Friedrichs (Traditionsverein PzBtl 83) und Horst Balla von der Traditionsgemeinschaft des Zerstörers „Hessen“.

Verfasser

Dieter Kilian, Oberst a.D.; Militärattaché 1880-84 in Pakistan und 1991-94 in Saudi-Arabien; zahlreiche Veröffentlichungen im AUFTRAG, u.a. in: AUFTRAG Nr. 251/Juli 2003 (Sonderdruck) „Islam und Westliche Welt; AUFTRAG Nr. 259/August 2005 bis 268/Dezember 2007 „Die Bundespräsidenten und die Bundeswehr“ sowie ab Nr. 269/März 2008 „Die Bundeskanzler und die Bundeswehr“ (Adenauer Nr. 269 bis 271, Erhard Nr. 272, Kiesinger Nr. 273, Brandt Nr. 274 und Schmidt, Teil I, Nr. 275).



Gespräche mit der Priesterbruderschaft St. Pius X.

Ab 28.10.09 wurden am Sitz der Kongregation für die Glaubenslehre und der Päpstlichen Kommission „Ecclesia Dei“ die Gespräche zwischen der Kommission der Heiligen Stuhls und den Vertretern der Priesterbruderschaft St. Pius X. aufgenommen. Ziel der Arbeiten sei des, die lehramtlichen Probleme zu untersuchen, die noch immer zwischen der Bruderschaft und dem Heiligen Stuhl bestehen.

„In einer herzlichen, respektvollen und konstruktiven Atmosphäre wurden die größten Fragen lehramtlicher Art hervorgehoben, die im Verlauf der Gespräche behandelt werden“. Die Begegnungen würden in den kommenden Monaten fortgesetzt werden und wahrscheinlich alle zwei Monate stattfinden.

„Im Einzelnen werden die Fragen bezüglich des Traditionsbegriffes, des Messbuches Pauls VI., der Interpretation des II. Vatikanischen Konzils in Kontinuität mit der katholischen Lehrtradition, der Themen der Einheit der Kirche, der katholischen Prinzipien der Ökumene, der Beziehung zwischen dem Christentum und den nicht christlichen Religionen sowie der Religionsfreiheit untersucht werden.“ (BB/ZENIT)

Vollversammlung des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof

VON BERTRAM BASTIAN

Vom 14. bis 16. September tagte das höchste Laiengremium der Katholischen Militärseelsorge im Tagungshotel der Telekom in Hamburg-Bergedorf. Unter dem Themenkreis „Christsein in der Bundeswehr – Ökumene unter Soldaten“ trafen sich rund einhundert Delegierte aus der gesamten Bundesrepublik und den Auslandsdienststellen der Bundeswehr. Das Pontifikalamt am Mittwoch von Militärbischof Walter Mixa gab der Vollversammlung des Katholikenrates einen würdigen Abschluss.

Ökumene heute: Schwierigkeiten – Hoffungszeichen – Herausforderungen

Unter diesem Thema trug Privatdozent (PD) Dr. Burkhard Neumann vor. Zu Beginn seiner Ausführungen erläuterte der Redner, dass er unter der Einschränkung vortrage, nur aus dem Blickwinkel der römisch-katholischen Kirche zu sprechen und außerdem sich auf die Situation der Ökumene hier in Deutschland beschränke. Diese sei im weltweiten ökumenischen Dialog der katholischen Kirche aber nur ein Mosaikstein, der uns zwar persönlich beträfe, aber im Gesamtkonsens gesehen werden sollte, damit man die Größenordnung der existierenden Probleme richtig einordnen könne. Die Schwierigkeiten der Ökumene lägen zum einen in der gesellschaftlichen Situation, führte der Vortragende aus, zum anderen auch in dem Identitätsverständnis der Beteiligten. Er erläuterte, dass die gesellschaftliche Situation der Beliebigkeit dazu führe, dass unbedenklich Schlagworte nachgeredet würden, ohne in die Tiefe einer sachgerechten Argumentation einzutreten. Die Identitätsprobleme der Handelnden würden unter der Aussage „Ökumene der Profile“ von dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bischof Wolfgang Huber, angesprochen. PD Neumann gab aber zu bedenken, wenn dies dazu führe, dass man das Profil benutze, um sich von den anderen Gesprächspartnern dieses Prozesses abzugrenzen, sei das Ziel der Ökumene in Gefahr: Dann würde das Trennende betont und das Gemeinsame unterschlagen.

Die Hoffungszeichen seien vielfältig, führte Neumann aus. Allgemein bekannt sei die Existenz der Gemeinsamen Erklärung, die den zehnten Jahrestag am 31.10.09 feiern könne, ebenso wie der zweite Ökumenische Kirchentag in München 2010, zwei Leuchttürme der ökumenischen Entwicklung. Weniger bekannt seien die Dialoge zwischen der orthodoxen und der röm.-kath. Kirche, in der es hauptsächlich um die Stellung des Papstes geht, sowie der altkatholisch – röm.-kath. Dialog. Die gegenseitige Anerkennung des Sakramentes der Taufe sei gleichfalls in der Allgemeinheit weniger bekannt. PD Neumann betonte, dass alle diese Dialoge und Anerkennungen die Ökumene weit voranbrächten, auch wenn diese Gespräche im Fluss seien und noch nicht durch Erklärungen manifestiert seien. Sie zeigten aber, dass die Ökumene auf dem richtigen Wege sei.

Als Herausforderung hob der Redner hervor, dass es notwendig sei, das Wesen der Ökumene deutlich herauszustellen und zu begreifen: das Bemühen um Einheit im Glauben bilde einen Teil des eigenen Christseins und des eigenen Kircheseins. Das Ökumenismusdekret des Zweiten Vatikanischen Konzils stelle ausdrücklich fest: „Die Sorge um die Wiederherstellung der Einheit ist Sache der ganzen Kirche, sowohl der Gläubigen wie auch der Hirten, und geht einen jeden an, je nach seiner Fähigkeit.“¹ Damit die positiven Ergebnisse dieses Bemühens von den Gläubigen angenommen würden, müsse man Begegnungs- und Erfahrungsräume schaffen, führte Neumann aus. Ökumene baue auf einer zutiefst geistlichen Grundhaltung auf. Denn Ökumene könne nur dann wirklich fruchtbar sein, wenn sie nicht ein rein äußeres, diplomatisches oder kirchenpolitisches Handeln oder gar Taktieren bedeute, sondern wenn sie auf einer zutiefst geistlichen Grundhaltung ruhe. Das Vertrauen auf die Führung des Geistes Gottes sei Grund und die Kraftquelle der Ökumene, betonte PD Neumann, und wenn dieses Vertrauen auf die Führung des Geistes in den Kirchen lebendig bleibe, dann würde Gott, auf den Wegen, die er allein kenne, die Ökumene tatsächlich weiterführen.

Die anschließende Podiumsdiskussion moderierte BrigGen Josef Blotz, General der Infanterie und Kommandeur der Infanterieschule des Heeres. Da BG Blotz sich nur für diesen Tag dienstlich freimachen konnte, nutzte er die Gelegenheit und stellte sich den Delegierten persönlich vor, da er für einen Sitz im Zentralkomitee der Katholiken Deutschlands kandidierte. Außer dem Vortragenden waren auf dem Podium für die Theologen der LdtMilDekan des Evangelischen Kirchenamtes Dr. Dirck Ackermann, der LdtWissDir i.K. des katholischen Militärbischofsamtes Lothar Bendel und für die Laien der Vertreter der Gemeinschaft evangelischer Soldatinnen und Soldaten StFw Ralf Siegmann sowie die Moderatorin der Dekanatsarbeitskonferenz des LdtMilDekan Kiel OberStA Caroline Traue. Bei allen Beispielen der praktischen Ökumene, wie die Trauerbewältigung oder der organisierten Laienarbeit, wurden die Fortschritte gelobt. Bei theologischen Fragen, wie dem Abendmahlsverständnis, wurden die eigenen Standpunkte der Theo-

1 „Unitatis redintegratio“, Dekret des II. Vaticanums zu Fragen des Ökumenismus, Ziffer 5

logen hervorgehoben. Während die Vertreter der Laien einig betonten, dass die Ökumene als eine Art TÜV des Glaubens verstanden werden könne (vgl. unitatis redintegratio), waren die Meinungen der Theologen nicht einheitlich. Während der vortragende Redner betonte, dass vieles von dem Erreichten noch gar nicht umgesetzt worden sei, betonte die evangelische Seite, dass theologisch nichts mehr ginge, das Maximum sei herausgeholt worden. Über diese Behauptung konnte kein Konsens erzielt werden, denn eine solche absolute Äußerung wäre der Stillstand der ökumenischen Bewegung. Nach lebhafter Diskussion wurde diese Podiumsdiskussion mit dem Hinweis beendet, dass Ökumene gleichfalls das gemeinsame Handeln von Christen in der Bundeswehr sein könne, damit die nichtgläubigen Kameraden gewonnen würden.

Anschließend wurde die Erklärung „Christsein in der Bundeswehr – Ökumene unter Soldaten“ von den Delegierten besprochen und verabschiedet (siehe Seite).

Nachdem der Hauptgeschäftsführer von Renovabis Pater Dietger Demuth die Delegierten informierte, wie vielfältig und wichtig dieses kirchliche Hilfswerk immer noch sei, stellte OStFw Peter Weber das neue Projekt der Nachbarschaftshilfe des Katholikenrates vor. Zukünftig werden über Renovabis der Caritas in Georgien Gelder zur Verfügung gestellt, damit in diesem Land Jugendliche zu Handwerkern ausgebildet werden können. Diesen Jugendlichen, die sonst keine richtige Chance auf eine Ausbildung hätten, wird somit eine echte Lebensgrundlage gegeben. Die Versammlung bestätigte dieses Projekt, sodass die Sammlung während der Woche der

Begegnung und die Kollekte beim Pontifikalamt diesem Zweck zugeführt wurden. Eine Summe von 1.500,00 €, die anlässlich des 50. Geburtstages von Hptm Michael Grundmann zusammenkam (er hatte die Sammlung auf diesen runden Betrag aufgerundet), wurde im Rahmen der Vollversammlung der Nachbarschaftshilfe übergeben.

Breiten Raum nahmen die Berichte der Bereiche ein, die im Detail über den Stand der Laienarbeit in den einzelnen Bereichen der Versammlung vortrugen. Aufmerksame Zuhörer waren hier der Katholische Militärbischof Walter Mixa und der Militärgeneralvikar Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut. Diese Sachstandsberichte können über die Moderatoren der Bereiche abgefragt werden. Anschließend wurden die Ergebnisse der Neuwahlen bekannt gegeben: neu in den Vorstand des Katholikenrates wurden gewählt der Leiter des Sachausschusses Verbandsarbeit, Oberstlt Alfred Warner, der Leiter des Sachausschusses Information, Oberstlt i.G. Dr. Jörg Wellenbrink, die Leiterin des Sachausschusses Ehe – Familie – Partnerschaft, Tanja Limmer, der Leiter des Sachausschusses Gesellschaftliche Entwicklung/Friede/Umwelt, Oberstlt Norbert Kisters und für den als Einzelpersonlichkeit in das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken gewählten General Karl-Heinz Lather wurde BrigGen Josef Blotz von den Delegierten in das ZdK gewählt.

Zum Abschluss der Vollversammlung wurde am Abend in der Katholischen Pfarrgemeinde St. Ansgar (erster Bischof von Hamburg), die unter der Bezeichnung „Kleiner Michel“ bekannt ist, das Pontifikalamt von Dr. Walter Mixa gefeiert, bevor man sich in der Katholischen Akademie Hamburg zum Empfang des Militärbischofs traf.

Vor 450 Jahren starb der Reformator Philipp Melanchthon

Vermittler zwischen getrennten Kirchen

„Melanchthon sah Brücken, wo Luther nur noch Gräben sah“, so kennzeichnete der langjährige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber, einmal die Unterschiede zwischen den beiden großen Reformatoren. Denn Philipp Melanchthon, Theologe und Humanist, suchte das Gemeinsame zwischen den auseinanderdriftenden Kirchen. Am 19. April 1560, vor 450 Jahren, starb der Reformator. Mit einem am 31. Oktober 2009 beginnenden Gedenkjahr will die evangelische Kirche an seine Leistungen erinnern.

Melanchthons große Stunde kam während des Augsburger Reichstags 1530. Kaiser Karl V. hatte den Reichstag in der Absicht einberufen, die katholische Kirche und ihre Lehre zu verteidigen. Die Protestanten waren für ihn „ketzerische Neuerer“, die die Tradition der Christen aufgegeben hatten. Melanchthon, Weggefährte Luthers, bemühte sich dagegen in seinem Augsburger Bekenntnis, die Kontinuität der neuen Lehre mit der Theologie und den Glaubensbekenntnissen der Kirche nachzuweisen. Um des Friedens zwischen den Konfessionen willen verzichtete er dabei auf die Erwähnung heißer Eisen wie die Stellung des Papstes.

Zwar gefiel Luther das Augsburger Bekenntnis recht gut, er bemerkte aber zugleich, dass er „so sanft und lei-

se“ nicht treten könne. Zunehmend war er über die Nachgiebigkeit „seines Philippus“ verärgert. Luther sah keinen Raum mehr für Kompromisse gegenüber Rom, während Melanchthon immer noch fragte, wie viel man nachgeben könne. Allerdings führte auch Melanchthons Nachgiebigkeit nicht zum Kirchenfrieden. Luther war über das Scheitern der Einigungsbemühungen nicht überrascht. Für die Ökumene jedoch bleibt Melanchthon ein Vorbild, stellte er doch das Gemeinsame und Verbindende der Christen immer vor das Trennende.

Melanchthon, der Systematiker und Ökumeniker der Reformatoren, wurde als Philipp Schwartzert am 16. Februar 1497 im badischen Bretten bei Karlsruhe geboren. Seine Erziehung übernahm der Humanist Johannes Reuchlin. Er war es auch, der den Namen „Schwartzert“ nach humanistischer Manier ins Griechische übersetzte: Melanchthon („schwarze Erde“). Als 21-Jähriger war Melanchthon bereits Professor für griechische Sprache in Wittenberg. Hier begegnete er Martin Luther und schloss mit ihm Freundschaft. 1521 verfasste Melanchthon seine berühmten „Loci communes“, eine Urdogmatik der Reformation, in der er den Inhalt der reformatorischen Lehre erstmals zusammenfasste. (Ulrike Leicht/KNA)

Bischofsabend am Mittwoch



Bild 1: Einzug zum feierlichen Pontifikalamt im Kleinen Michel



Bild 3: Der Befehlshaber im Wehrbereich I Konteradmiral Jens Kronisch begrüßte die Teilnehmer und Gäste im Festsaal der Katholischen Akademie Hamburg. Im Vordergrund der Vertreter des Erzbistums Hamburg, Domkapitular Msgr. Wilm Sanders



Bild 2: Die musikalische Begleitung des Pontifikalamtes hatte das Bläserensemble des Marinemusikkorps Ostsee



Bild 5: Militärbischof Dr. Walter Mixa schenkt dem Bundesvorsitzenden der GKS, Oberstlt a.D. Paul Brochhagen Wein ein. Links Prof. Dr. Hans-Christoph Zeidler, Präsident der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg



Bild 4: Vom Evangelischen Militärpfarramt Hamburg trug Militärdekanin Gertrud Schäfer ein Grußwort vor



Bild 6: Oberstlt a.D. Paul Brochhagen im Gespräch mit Prof. Dr. Hans-Christoph Zeidler, Präsident der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg und Pfarrer Simon Rapp, BDKJ-Bundespräses

49. Woche der Begegnung

Bundeskonzferenz Gemeinschaft Katholischer Soldaten

VON BERTRAM BASTIAN

Am Morgen nach dem Pontifikalamt beginnt traditionsgemäß die Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Auch die GKS bereitet sich auf den zweiten ökumenischen Kirchentag (2.ÖKT) im nächsten Jahr vor, hatte darüber hinaus Neuwahlen und die Diskussion über die neue Ordnung auf der Basis des Leitershofener Programms 2007 vorgesehen.

In den Grußworten wurde die Verwurzelung der GKS in der Landschaft der katholischen Verbände Deutschlands deutlich. Die Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands (GKMD) ist vertreten durch unseren Ehrenbundesvorsitzenden Oberstlt a.D. Paul Schulz, die Katholische Akademikerarbeit Deutschlands wurde durch die Vizepräsidentin und Schatzmeisterin Elke Peters vertreten. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) schickte den Bundespräses Pfarrer Simon Rapp und von der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung war der Geschäftsführer Rainer Krotz anwesend und sprach – wie die anderen Vertreter auch – ein Grußwort zu den angereisten Delegierten. Militärgeneralvikar Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut ging in seinem Grußwort mit deutlichen Worten auf die Diskussion innerhalb der GKS über das Katholisch-Sein eines Verbandes und den Mitgliedsbeitrag ein (siehe Seite).

Den Vortrag über das Thema unseres Leitsatzes 10 hielt Prof. Dr. Thomas Hoppe, der an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg Katholische Theologie unter besonderer Berücksichtigung der Sozialwissenschaften und Sozialethik lehrt (Bild 1). In Vorbereitung auf den 2.ÖKT in München 2010 betonte Prof. Hoppe, dass er in seinem Vortrag die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen würde. Aus diesem Grund begann er den Vortrag mit der Stellungnahme der EKD zur Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz „Gerechter Friede“. Dabei stellte er fest, dass die Positionen in der Frage nach einer weltumspannenden Gerechtigkeit für alle nicht weit auseinander lägen und sich in Nuancen unterscheiden würden, allerdings interpretationsfähig ausformuliert. Gerade in diesem Zeitalter der Globalisierung sei jedem Menschen klar, das Armut ungerecht sei und über die globale Verteilung des Wohlstandes geredet werden müsse. Auch in der Beurteilung des Vorranges der zivilen Konfliktprävention vor militärischer Gewalt seien die Positionen beider Kirchen nicht unvereinbar. Breiteren Raum nahmen die Ausführungen



Bild 1: Prof. Dr. Thomas Hoppe während seines Vortrages

des Redners über die Stärkung des internationalen Rechtes ein. Hier sei die Forderung der Fortentwicklung der internationalen Friedensabsichten hin zu einer echten, belastbaren und auch vollstreckbaren Rechtsordnung der Kernpunkt der beiden Kirchen. Die von allen bemerkbare Selbstblockade des VN-Sicherheitsrates zwingt geradezu zu einer solchen Rechtsordnung, aber der Weg dorthin sei nicht leicht, führte Prof. Hoppe aus. Letztendlich sei der Einsatz der militärischen Macht als „ultima ratio“ im Grunde genommen unbestritten, sagte Prof. Hoppe, die Voraussetzungen gingen auseinander.

In der anschließenden Diskussion wurden von Prof. Hoppe auch die Fragen zu den aktuellen Einsätzen der Bundeswehr konkret angesprochen. Dies zeigte, dass der Wissenschaftler nicht im Elfenbeinturm der Wissenschaft lebt, sondern in der Realität zuhause ist. Beeindruckend war seine Stellungnahme zur Verteidigung Deutschlands am Hindukusch die Aussage: „Wenn Sie für die Menschenwürde sind, für die Gottähnlichkeit der Menschen, warum wollen Sie den afghanischen Frauen dieses verweigern und die Zustände von vor 2001 wieder erstarken lassen?“

Nach diesem Vortrag brachte der Bundesvorsitzende die Beschlussvorlage ein, die neue Ordnung betreffend. Aufgrund der vielen Änderungsvorschläge von Einzelpersonen und der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit, hatte sich der Bundesvorstand entschlossen, die Änderungsvorschläge in „Paketform“ zur Abstimmung zu stel-



Bild 2: Der scheidende Bundesvorsitzende Oberstlt a.D. Paul Brochhagen übergibt OSiFw Hans-Georg Schneeberger die Urkunde



Bild 3: Ebenfalls verabschiedet aus seinen vorherigen Funktionen wurde StFw Alfred Bergmann

len. Dies war der Sache nicht förderlich, denn Delegierte, die den Originalvorschlag nicht kannten, mussten nachfragen und hatten Klärungsbedarf. Die einfachen, kurzen Erläuterungen der Antragsteller führten keine Klarstellung herbei, sodass sich die dann eintretenden Diskussionen verzettelten. Letztendlich wurde von der Bundeskonferenz als höchstem Beschlussgremium der GKS, nach einer Unterbrechung der Sitzung, auf Vorschlag der spontan einberufenen Bundesvorstandssitzung, die Entscheidung getroffen, den vorliegenden Entwurf der neuen Ordnung an den Bundesvorstand zurückzuweisen mit der Auflage, einen neuen Entwurf den Gremien zu präsentieren.

Am Abend des Freitags beim gemeinsamen Abendessen der GKS wurden von Paul Brochhagen noch die verdienten Mitglieder StFw a.D. Alfred Bergmann und OstFw a.D. Hans-Georg Schneeberger verabschiedet (Bild 2 und Bild 3). □

Grußwort des Militärgeneralvikars Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten versteht sich als ein katholischer Verband. Als Laienorganisation im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr gründet sie auf dem Glauben der katholischen Kirche und orientiert sich besonders an den Ergebnissen des II. Vatikanischen Konzils und der katholischen Friedenslehre. Auf dieser Basis gibt sie Antwort auf die ihren Berufsstand bedrängenden Fragen. Sie tut das heute genauso als damals, als sich in Königstein im Taunus katholische Offiziere trafen, um miteinander in der Bundeswehr „bewusst katholisch“ zu sein.

Tempora mutantur et nos mutamur in illis. Die Zeiten ändern sich und wir ändern uns mit und in ihnen. Die fünfzig Jahre, die seither vergangen sind, haben unseren Staat, haben vor allem auch die Bundeswehr verändert. Über deren veränderten politischen Auftrag im geeinten Deutschland im Dienste der Völkergemeinschaft brauche ich hier nichts zu sagen, das hieße Eulen nach Athen tragen. Was uns mit Sorge erfüllen muss, ist, dass die Bundeswehr, wie auch unsere Gesellschaft, immer weniger von Christen geprägt und getragen wird. An Stelle unserer christlichen Werte tritt die normative Kraft des Faktischen, welche die unseren Staat tragenden Grundwerte von Menschenrecht und Menschenwürde auszuhöhlen droht.

Der Wahlkampf zeigt es uns wieder einmal, dass viele nach dem Grundsatz leben: Was mir (und auch – unserem Staat) im Augenblick Vorteile verschafft, ist gut, alles andere ist schädlich und abzulehnen. Man demonstriert in Berlin gegen die Atomkraft für eine saubere Energie und hinterlässt eine Wolke von Feinstaub aus überalterten Traktoren und Berge von Müll.

Soldaten und Soldatinnen leben mitten drin in dieser Gesellschaft, sind Tag für Tag mit dieser Entwicklung konfrontiert. Es genügt jetzt nicht, sich auf alte Zeiten zu besinnen, sondern wir müssen uns auf das Jetzt, auf das Heute einstellen und das ist diese Gesellschaft und das ist dieser säkulare, weltanschaulich neutrale Staat.

Sie haben sich in den vergangenen Jahren mit den Inhalten ihrer Arbeit, mit den Grundsätzen ihrer Gemeinschaft auseinandergesetzt. Das Leitershofener Grundsatzprogramm „Gemeinsam in die Zukunft! Ziele und Wege“ hat diese festgeschrieben. Jetzt gilt es all dem eine Ordnung, einen äußeren Rahmen zu geben, einen Rahmen der hält – auch in unserer Zeit.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ist Teil des organisierten Laienapostolates in Form einer kirchlichen Vereinigung. Sie hat sich seinerzeit selbst in diese kirchenrechtliche Position eingeordnet. Als freier Zusammenschluss von Gläubigen nach can 215 CIC. Frei heißt, dass man nicht gezwungen ist, einer Vereinigung beizutreten. Man tut dies, um deren Ziele und deren Auftrag umzusetzen. Für mich heißt das, es muss eine klare Grenze zwischen Mitgliedschaft, also denen, die die Inhalte ihrer Arbeit voll mittragen, sich mit der gKS voll identifizieren, und denen, die nur ab und zu dabei sind, Veranstaltungen besuchen, mit ihnen als Verband sympathisieren. Es muss eine Eintrittserklärung geben und man muss auch austreten können und man darf eben nicht als Karteileiche weiter existieren können und trotzdem als Mitglied zählen.

Nur so kann diese Ordnung auch das Selbstbewusstsein und Selbstverständnis der GKS als kirchlicher, katholischer Verband stärken und festigen. Für mich gehört

dazu, dass Mitglieder einen Namen haben, mit ihrem Namen für die GKS stehen und dazu auch finanziell beitragen. Es kann eigentlich nicht sein, dass ein Verband zum allergrößten Teil von „Fremdmitteln“ lebt; der Eigenbeitrag gehört einfach dazu und ist für alle anderen Verbände und Vereine im Katholischen Deutschland eine Selbstverständlichkeit. Dass sie weiterhin vom Militärbischof tatkräftig unterstützt werden, ist selbstverständlich! Aber der Militärbischof soll wissen, wer das alles ist, den er da unterstützt. Die GKS ist ein katholischer Verband. Auch und gerade im Zeichen der Ökumene kommt es auf das katholische Profil eines Verbandes an. Die selbstverständliche Offenheit nach allen Seiten hin – auch zu den ungetauften und noch nicht glaubenden Kameraden und

Kameradinnen – darf nicht zu einer Ausfransung der Ränder (seid umschlungen Millionen) führen und damit die GKS zu einer unbestimmten Größe machen und zu einer Verwässerung der Inhalte führen. Die Frage muss klar beantwortet werden: Wer gehört jetzt wirklich dazu? Sind es fünftausend wie bei der Brotvermehrung oder sind es nur die zweiundsiebzig oder gar nur die zwölf?

Auch deshalb braucht der katholische Soldat/Soldatin als Mitglied in der GKS Namen und Gesicht. Denn zur Erfüllung der Ziele und Aufgaben der Gemeinschaft ist es erforderlich, dass im Glauben verwurzelte, sittlich gebundene, politisch gebildete, fachlich kompetente, gewissenhaft dienende, dem Frieden verpflichtete Frauen und Männer diese Gemeinschaft bilden. □

Internationale Woche der Begegnung 2009

VON ANDREAS PREUSS

Im Sommer 2009 nahmen Kinder und Jugendliche aus Deutschland an der Internationalen Woche der Begegnung in Kärnten/Österreich teil. Wie in den letzten 5 Jahren hatte auch in diesem Jahr die Militärpfarre in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) Jugendliche und Kinder der GKS zu einem Ferienlager auf den Truppenübungsplatz Marwiesen eingeladen.

Vor 40 Jahren hatte die österreichische Militärseelsorge erstmals Kinder von katholischen Soldaten eingeladen, um diesen zwei Wochen Erholung in der Natur zu ermöglichen und die Eltern zu entlasten. Seit nunmehr sechs Jahren wird dieses Ferienlager mit Teilnehmern aus verschiedenen Ländern durchgeführt. Aufgrund des Jubiläums hatte sich dieses Jahr das Betreuungsteam um Marlene Treiber und Oberstabswachtmeister Markus Stromberger viele interessante Programmpunkte einfallen lassen. So wurde erstmalig in diesem Jahr die deutsche Delegation dem Alter entsprechend aufgeteilt und ein speziell auf Jugendliche und ein auf Kinder abgestimmtes Programm angeboten.

Die Anreise erfolgte über den Luftweg von Köln/Bonn nach Klagenfurt, für einige der Teilnehmer war dies der erste Flug und somit das erste Abenteuer in diesen zwei Wochen. Am Zielort Klagenfurt standen die Militärfahrzeuge zur Weiterfahrt bereit.

Die Woche in Kärnten verging bei durchwachsenem Wetter wie im Flug, alte Freundschaften wurden aufge-

frischt und neue geknüpft. Viel zu früh musste die Gruppe um ihre drei Betreuer Anja Wieting und Martina und Andreas Preuss nach einer Woche feststellen, dass die Vor-

bereitungen für die Abreise getroffen werden mussten. Zu gern wären alle noch eine Woche dageblieben. Über eines waren sich auch dieses Jahr alle Teilnehmer einig: „Neben der Kommunikation via E-Mail sehen wir uns im nächsten Jahr garantiert wieder.“

Aus Sicht der Betreuer wäre es wünschenswert, dass im nächsten Jahr wieder möglichst viele Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet teilnehmen würden. Im Jahr 2010 wird das Ferienlager voraussichtlich vom 31. Juli bis 7. August 2010 stattfinden.



Die Teilnehmer am Jugendferienlager mit ihren Betreuern vor dem Klettergarten mit Sicherheitsausrüstung

Feststellungen der Teilnehmer

Einen ausführlichen Erlebnisbericht mit den wichtigsten inhaltlichen Programmpunkten schrieben die jugendlichen Teilnehmer Annika Preuss und Jan Gaab im Anschluss an das gelungene Jugendferienlager:

„Der perfekte Sommer“ hieß das Lied das den Song-Contest der Jugendlichen im Jugendferienlager gewonnen hat. Wir haben uns eine Woche lang mit dem Thema „Musik“ beschäftigt. Ziel war es, eine Band zu gründen und die Kinder des Camps dafür zu begeistern. Während die Jugendlichen fleißig getextet und geübt haben, lernten die Kinder vieles rund um das Thema „Zirkus“. Buntes Treiben herrschte auf der Marwiese während der ersten Woche des

Camps. Die Kinder entdeckten ihre Talente als Jongleure und Artisten und hatten eine Menge Spaß.

Den Jugendlichen wurde es durch ein abwechslungsreiches und ansprechendes Programm nie langweilig. Die Ausflüge waren immer super. Die Touren zum Klettergarten (s. Bild 1) und zum Silbersee haben uns am besten gefallen. Trotz Höhenangst der Teilnehmer und schwierigen Klettersteigen haben es alle bis ans Ziel geschafft. Insgesamt rundete die Sommerrodelbahn den Tagesausflug ab. Geschafft und müde machten wir uns mit der Seilbahn auf den Weg zurück ins Camp. Bei super Wetter ging es am Donnerstag für alle zum Silbersee baden. Wir eroberten die Badeinsel und genossen die Sonne beim spielen von Beachvolleyball. Dieser Tag war für alle ebenfalls voll von bleibenden Erinnerungen. Da das Wetter sich drastisch ver-

schlechterte musste das Sturmbootfahren ausfallen. Stattdessen sind wir ins ‚Warmbad Villach‘ gefahren. Was eine perfekte Alternative darstellte. Weitere Ausflüge gingen zum Affenberg, zum Wandern in den kärntnerischen Bergen und ins Kino. Trotz der vielen Aktivitäten fand täglich das Abendlob auf der Marwiese statt. Viel Zeit und Energie steckten wir in die Vorbereitungen für die Auftritte unserer vier Bands. Neben der Bandgründung hatten wir die Performance und das Management der Bands zu perfektionieren. Die Band „Unknown“ heizte dem Publikum ein und gewann schließlich mit einer Coverversion von „Die perfekte Welle – Juli“ den Wettbewerb.

Neben den Tränen zum Abschied kam die Freude auf einen regen E-Mailverkehr und auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr bei allen Teilnehmern auf. □

Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) in Österreich

Festakt 40 Jahre AKS im Rahmen der Herbstkonferenz

VON OBERLEUTNANT CHRISTIAN KERSCH

In der Woche vom 5. bis 9. Oktober 2009 trafen die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften und Militärpfarrgemeinden zur diesjährigen Herbstkonferenz im niederösterreichischen Seminarhotel Hirschwang zusammen. Obwohl die Konferenz ganz im Zeichen des Festaktes und des Dankgottesdienstes zum 40. Jahrestag der Gründung der AKS stand, wurde doch den aus allen Bundesländern angereisten Teilnehmern ein reichhaltiges Fortbildungsprogramm und viel Platz für Diskussionen und Erfahrungsaustausch geboten.

Der Montagnachmittag war dem Erfahrungsaustausch im Bereich der Basisarbeit in den Militärpfarren und den örtlichen Arbeitsgemeinschaften gewidmet. Besondere Schwerpunkte waren die seit der Frühjahrskonferenz 2009 gesetzten Aktivitäten, die Weitergabe von Bildungsinhalten an die Basis, die Erfassung der AKS-Basis, sowie die Bewerbung des Familienseminars und des Seminars 3. Lebensabschnitt.

Militärdekan Mag. Alfred Weinlich, der geistliche Assistent im Präsidium der AKS, setzte am Dienstag den auf der Frühjahrskonferenz 2009 begonnenen Grundkurs Liturgie fort. Ziel dieser Fortbildung ist es, die Mitarbeiter der AKS in die Lage zu versetzen, die wesentlichen Grundzüge der katholischen Liturgie erklären und mitgestalten zu können. Hauptaugenmerk legte Militärdekan Weinlich dieses Mal auf die Feier der Eucharistie. Durch die Gestaltung der Morgen- und Abendandacht als „Laudes“ und „Vesper“ lernten viele Konferenzteilnehmer eine für sie neue – wenn auch in Wahrheit klassische – Art, den Tag zu beginnen und abzuschließen, kennen.

Im Bildungsbereich „Kirche und Gesellschaft“ erhielten die Teilnehmer am Mittwoch in einer durch Oberst Manfred Rotter, Oberst i.R. Michael Haubl und Amtsdirektor Regierungsrat Eva Marschalek einen Überblick über die Aktivitäten der Katholischen Aktion Österreich, des Katholischen Laienrates Österreichs und anderer katholischer Arbeitsgemeinschaften. In diesem Zusammenhang wurde auch besprochen, wie sich die AKS vor Ort in die Katholische Aktion Österreich einbringen und welche

Möglichkeiten es zur Zusammenarbeit mit deren Organisationen es geben kann. Anschließend referierte Oberst Otto Just, M.Sc. Leiter des Referates Truppen- und Fa-



Bild 1: Männer der ersten Stunde: der Ehrenbundesvorsitzende der GKS, Oberst a. D. Dipl. Ing. Klein, und der ehemalige Präsident der AKS, General i.R. Prof. König

milienbetreuung im Streitkräfteführungskommando über das Konzept und die Umsetzung der Familienbetreuung und stellte auch Problemfelder in diesem Bereich dar. Die Teilnehmer diskutierten mit Oberst Just darüber, wie sich

die Mitarbeiter der AKS in die Tätigkeit des Referates einbringen könnten.

Der Donnerstag, der Tag des Festaktes und des Dankgottesdienstes, wurde mit Vorträgen des ehemaligen Präsidenten der AKS, General i.R. Professor Mag. Ernest König, und seines damaligen Vizepräsidenten, Oberst i.R. Michael Haubl, über die Entstehung und Geschichte der AKS begonnen. Sie zeigten bei dieser Gelegenheit auch Möglichkeiten auf, wie die AKS unserer Kirche ihren Platz in Militär und Gesellschaft einräumen kann.

Am Nachmittag verlegten die Teilnehmer nach Wiener Neustadt an die Theresianische Militärakademie. Hier fanden in der St.-Georgs-Kathedrale der Festakt und der Dankgottesdienst statt. Dem Festakt wohnte, neben zahlreichen geladenen Gästen, in Vertretung des Chefs des Generalstabs, als militärische Höchstanzwesender Generalleutnant Mag. Othmar Commenda bei. Höhepunkt des Festaktes war der vom Ehrenbundesvorsitzenden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) der Deutschen Bundeswehr, Oberst a. D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, gehaltene Festvortrag (*Bild 1 und folgender Beitrag*). Oberst a. D. Klein ging dabei vor allem auf die Probleme ein, die es in der alltäglichen Arbeit sowohl in der GKS, wie auch in der AKS gibt: „Betrachtet man aus der Historie die Gründung und Entwicklung der AKS, so ist ganz offenkundig festzustellen, dass diese Verläufe ganz ähnlich verlaufen sind, wie wir sie in der GKS bzw. deren Vorgängerorganisation, dem Königsteiner Offizierkreis, beobachten können.“ Und weiter: „Sowohl von der Struktur wie auch von den Inhalten bietet sich eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen AKS und GKS an, was wir über Jahre hinweg sehr intensiv wahrnehmen und üben. Aus meiner eigenen Zeit als Bundesvorsitzender der GKS ... erinnere ich mich ganz konkret über den Gedankenaustausch bezüglich der Einsätze im Ausland, Probleme der betroffenen Familien und des Rückhaltes in der Gesellschaft, einen Bereich, wo die Kameraden der AKS schon über viele Jahre Erfahrungen gesammelt hatten, die sie uns sehr bereitwillig und ungeschminkt in vielen Gesprächen weitergegeben haben. Für uns war das damals eine große



Bild 2: Oberst a. D. Dipl.-Ing. Klein, S. Ex. Militärbischof Mag. Werner, Generalmajor Mag. Sinn und die Vizepräsidentin der katholischen Aktion Österreichs Frau Mag. Regina Petrik-Schweifer (von li).

Hilfe davon inoffiziell Gebrauch machen zu können, um diese für unsere eigenen Mitglieder zu verwerten.“

Im Rahmen des Festaktes wurden auch die ehemaligen Präsidenten und Generalsekretäre geehrt. So erhielten unter anderem General i.R. Prof. Mag. Ernest König, Oberst Michael Haubl, der Generalsekretär „der ersten Stunde“, Brigadier Mag. Roland Vogel, sowie der langjährige Generalsekretär und spätere Vizepräsident, Brigadier Mag. Rolf Urrisk, eine Dankurkunde und eine speziell für diesen Anlass geschaffenen Erinnerungskerze.

Höhe- und Mittelpunkt war der von SE Militärbischof Mag. Christian Werner (*Bild 2*) zelebrierte festliche Dankgottesdienst, der durch den A Capella Chor Weinviertel unter der Leitung von Karl Seimann, einem Quartett der Militärmusik Niederösterreich und der Orgelmusikalisch umrahmt wurde – dem Haydn-Jahr entsprechend die „Kleine Orgelsolomesse“. □

40 Jahre Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten

Festakt an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt am 08. Oktober 2009

VON KARL-JÜRGEN KLEIN

Der Bitte, beim heutigen Festakt 40 Jahre AKS an der Theresianischen Militärakademie hier in Wiener Neustadt die Festrede zu übernehmen, bin ich sehr gerne nachgekommen, ich fühle mich von diesem Vertrauen und der Wertschätzung besonders geehrt. Dafür danke ich sehr herzlich. Viele Gemeinsamkeiten verbinden seit Jahren uns miteinander, die AKS und die GKS – die Ar-

beitsgemeinschaft Katholischer Soldaten in Österreich und die Gemeinschaft Katholischer Soldaten in Deutschland, diese Gemeinsamkeiten möchte ich im Folgenden näher beleuchten, aber auch Unterschiede ansprechen als Herausforderung für den jeweils anderen Verband.

Doch lassen Sie mich zu Beginn Ihnen allen die herzlichen Glück- und Segenswünsche der GKS überbringen

zu diesem herausragenden Ereignis. Einen besonderen Gruß und Glückwunsch darf ich im Namen unseres neuen Bundesvorsitzenden der GKS, Herrn Oberstleutnant i. G. Rüdiger Attermeyer, entbieten, der Mitte September dieses Jahres in Hamburg während unserer Bundeskonferenz zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt wurde.

Ich persönlich habe die AKS und einige Ihrer Vertreter zum ersten Male kennen gelernt während der Generalversammlung des Apostolat Militaire International (AMI) 1977 in Bad Honnef (Deutschland) und war damals sehr beeindruckt von den handelnden Personen und der gesamten Thematik, die dort behandelt wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt führte Österreich das „Ständige Sekretariat“ mit dem ständigen Sekretär an der Spitze, es müsste zu diesem Zeitpunkt General Karl Majcen gewesen sein. Gerade ein Jahr vorher war ich nach Absolvierung meiner akademischen Studien zum Diplom Ingenieur an der Technische Hochschule in Aachen wieder als Hauptmann mit wissenschaftlicher Vorbildung in die Bundeswehr eingetreten, sodass dieser erste Eindruck für mein zukünftiges Engagement in der katholischen Verbändearbeit sehr entscheidend war und mich diese positiven Erfahrungen bis heute geprägt haben.

An dieser Stelle ist besonders zu bemerken, dass auch in den Folgejahren bis heute die AKS und damit Österreich in besonderer Weise Verantwortung getragen hat in ideeller, konzeptioneller und materieller Form für AMI. Über viele Jahre wurden von Vertretern der AKS die Präsidenten bzw. die Generalsekretäre gestellt, die sich immer der vollen Unterstützung Ihres Militärbischofs und des eigenen Verbandes sicher sein konnten.

Auch dafür gilt an dieser Stelle ein besonderer Dank, zumal hier schwierige Probleme zu lösen waren, die durch die Weitsicht und die Kompetenz der handelnden Personen stets zu einem guten Ergebnis geführt werden konnten. Dieses kann ich aus eigener Anschauung und tatkräftiger Begleitung über Jahre hinweg bezeugen.

Betrachtet man aus der Historie die Gründung und Entwicklung der AKS, so ist ganz offenkundig festzustellen, dass diese Verläufe ganz ähnlich verlaufen sind, wie wir sie in der GKS bzw. deren Vorgängerorganisation, dem Königsteiner Offizierkreis, beobachten können: Als am 15. Oktober 1956 die ersten Rekruten zum österreichischen Bundesheer einrückten, traten auch die ersten vier Katholischen Militärseelsorger ihren Dienst an. Soldaten aller Dienstgrade waren von Anfang an darum bemüht, die wenigen Militärseelsorger bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Die ersten Anfänge der AKS gehen auf das Jahr 1962 zurück, während die eigentliche Gründung dann am 28. Februar 1969 in Wien erfolgte. Bei Ihrer ersten Konferenz auf Bundesebene am 10. Oktober 1970 in Stift Melk beschloss die AKS ihre zukünftige Arbeitsweise und ihre Struktur.

Die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) als eine Vereinigung katholischer Offiziere und Unteroffiziere sowie ziviler Angehörige des österreichischen Bundesheeres, versteht sich als Katholische Aktion der Militärdiözese also Laienapostolat, vergleichbar Kolping, Cartellverband, Jugendverbände, Katholische Frauen- und Männerbewegung und ähnliche Vereinigungen. Entspre-

chend ihrer Struktur ist sie daher dem Militärbischof bzw. der Militärdiözese mit eigener Jurisdiktion zugeordnet und wird über das Generalvikariat administriert.

Auch hier gibt es ganz enge Parallelen zur Struktur und Arbeitsweise der GKS in Deutschland, was im wesentlichen auf die Verbandsstrukturen der beiden Länder Österreich und Deutschland zurückzuführen ist, die im weltkirchlichen Kontext in dieser Form sicherlich einmalig sind. In Deutschland haben wir derzeit zusammengefasst in der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen der katholischen Verbände, geistliche Gemeinschaften und Sach- und Berufsverbände, über hundert an der Zahl, die das gesellschaftliche Leben in Kirche und Staat sehr wohl mitgestalten und in gegenseitiger Abhängigkeit beeinflussen. Die GKS hat über Jahre im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken einen festen Sitz, den ich persönlich als gewählter Vertreter schon über 13 Jahre wahrnehme.

Sowohl von der Struktur wie auch von den Inhalten bietet sich eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen AKS und GKS an, was wir über Jahre hinweg sehr intensiv wahrnehmen und üben. Aus meiner eigenen Zeit als Bundesvorsitzender der GKS in den 90er Jahren erinnere ich mich ganz konkret über den Gedankenaustausch bezüglich der Einsätze im Ausland, Probleme der betroffenen Familien und des Rückhaltes in der Gesellschaft, einen Bereich, wo die Kameraden der AKS schon über viele Jahre Erfahrungen gesammelt hatten, die sie uns sehr bereitwillig und ungeschminkt in vielen Gesprächen weitergegeben haben. Für uns war das damals eine große Hilfe, davon inoffiziell Gebrauch machen zu können, um für unsere eigenen Mitglieder diese Erfahrungen zu verwerten.

Ich persönlich war als Kommandeur des Logistikregimentes KFOR im Jahre 2000 sieben Monate im Kosovo und Mazedonien und habe mich dort sehr intensiv mit Kameraden des österreichischen Bundesheeres und Mitgliedern der AKS ausgetauscht und konnte auch dort die Erfahrung machen, dass diese Kameraden wesentlich erfahrener waren in diesen Auslandseinsätzen, die zu Beginn für uns Soldaten der Bundeswehr nicht immer einfach zu meistern waren.

Ich komme zurück zur Historie. In den ersten Jahren wurde ähnlich wie bei der GKS versucht, einen Kreis von Mitarbeitern in den einzelnen Kasernen aufzubauen. Zwei jährliche Konferenzen dienten der Weiterbildung der AKS-Vorsitzenden der einzelnen Militärpfarren und der Koordinierung der Arbeit mit der Militärseelsorge.

Die AKS setzt sich mit wehrethischen Themen wie „Christ und Soldat“, der Problematik des gerechtfertigten Einsatzes von Gewalt durch Streitkräfte, der Frage des Wehersatzdienstes sowie mit der Bedeutung der Menschenrechte auseinander. Es werden Angebote zur religiösen Fortbildung erarbeitet, Wallfahrten, Kinderferienaktionen und Seniorenveranstaltungen durchgeführt. Als weitere Aufgaben sind die Unterstützung in Not geratener Soldaten und andere karitative Aktivitäten – wie z. B. die Unterstützung behinderter Jugendlicher – zu nennen.

Lassen Sie mich aus diesem Wirkungskreis nochmals zwei Aktivitäten herausnehmen und besonders beleuchten.

Seit einigen Jahren dürfen unsere Kinder über unseren Internationalen Sachausschuss der GKS an der internati-

onalen Ferienaktion, die durch die AKS vorbereitet und durchgeführt wird, teilnehmen. Hier wurde von der AKS eine offizielle Einladung ausgesprochen, welche die GKS sehr gerne angenommen hat.

Diese Aktion ist bei uns in der GKS auf eine große Resonanz gestoßen und hat allseits Beachtung gefunden. Die Kinder kehren begeistert nach Hause mit den jeweils gemachten Erfahrungen zurück und erzählten davon. An dieser Stelle möchte ich für diese Möglichkeit und die hohe Qualität des Erlebten besonders danken. An welcher Stelle müsste es uns mehr wert sein als in unsere Kinder und Jugendliche im Verbund mit Internationalität zu investieren.

Ein weiteres Arbeitsfeld sind unsere Pensionäre und die Soldaten, die kurz davor stehen, in Pension zu gehen. Hier möchte ich kurz von einem Angebot der GKS für Soldaten berichten, die aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Wir führen mit großer Resonanz seit einigen Jahren ein Seminar über drei Tage durch als Vorbereitung auf die dritte Lebensphase und das drei bis viermal im Jahr. Dieses Seminar erfreut sich größter Resonanz und höchster Anerkennung. Hier möchte die GKS anbieten, Kameraden aus der AKS zur Teilnahme dazu einzuladen, um in Vorbereitung einer eigenen Veranstaltung der AKS in Österreich auch auf diesem Gebiet einen fruchtbaren Austausch zu ermöglichen.

Ähnlich wie ich das Betätigungsfeld der AKS beschrieben habe, wird auch die GKS in dem besonderen Berufsbereich Bundeswehr und in den Sachbereichen Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit tätig. Dabei ist es das Ziel, aus der Perspektive des christlichen Glaubens heraus Antworten auf die Lebensfragen und Lebensmöglichkeiten der Soldaten und ihrer Familien zu geben. Sie will Katholiken in der Bundeswehr, Soldaten in der Katholischen Kirche und katholische Soldaten in Staat und Gesellschaft sittlich religiöse Orientierung bieten und geistige Heimat geben. So will sie ihre Anliegen, die sich aus den Besonderheiten des Soldatenberufes ergeben, in den Meinungsbildungsprozess von Kirche, Politik und Gesellschaft einbringen und in den Streitkräften zur Verwirklichung des christlichen Zeugnisses beitragen.

Das Präsidium der AKS, das Leitungs- und Koordinierungsgremium auf Ebene der Militärdiözese in gleicher Form, wie der Bundesvorstand der GKS vertritt die AKS in der Katholischen Aktion Österreichs, im Katholischen Laienrat Österreichs und wie bereits von mir näher ausgeführt, im Apostolat Militaire International. Es hält auch den Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Soldaten im Bundesheer. Ein wichtiges Anliegen der AKS, besonders nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, ist die ideelle und materielle Unterstützung der Militärseelsorge anderer Staaten hier vor allem aus dem Bereich Mittel-Ost- und Süd-Ost-Europa beim Aufbau von Laienorganisationen innerhalb dieser Militärseelsorgen.

Seit dem Jahre 2002 ist Generalmajor Mag. Norbert Sinn – wir beide kennen uns schon seit einigen Jahren und sind uns schon des Öfteren begegnet – Präsident der AKS. Ihre ganz persönlichen Schwerpunkte, lieber Herr General Sinn, sind die Sorge um die Soldatenfamilien, das Wahrnehmen der sozialen Verantwortung und die Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Militärpfarrgemeinderäten. Vor

allem die durch die Auslandseinsätze und den sicherheitspolizeilichen Assistenzeneinsatz an der Staatsgrenze häufig gewordene Fernbeziehung stellt für die Soldaten und deren Familien ein erhebliches Problem dar.

Mit der Problematik von Fernbeziehungen bedingt durch häufig wiederkehrende Auslandseinsätze oder durch das Verweigern des dienstlich bedingten Umzugs mit der Familie haben wir uns auch in der Bundeswehr und damit in der GKS vermehrt auseinanderzusetzen. Aufgrund dieses Erkenntnis hat unser Militärbischof eine Kooperation mit dem Institut für Ehe und Familie an der Katholischen Universität Eichstätt abgeschlossen, die mit einigen wissenschaftlichen Mitarbeitern dieses Phänomen näher untersucht haben, und uns für unsere tägliche Arbeit mit Rat und Tat in Form von Referenten für Vorträge und Aussprachen zur Verfügung stehen. Hier hat sich besonders Herr Dr. theol. Wendel inzwischen aufgrund seiner Kompetenz einen Namen gemacht und hierzu ein Buch herausgegeben mit dem Titel „Fernbeziehungen“.

Herr Dr. Wendel ist in diesem Kreis hier in Österreich auch bereits durch seine Vorträge bekannt. Hier empfehle ich, wenn immer es möglich ist und in die gesamte Problematik passt, Herrn Dr. Wendel zum Vortrag und Gespräch einzuladen. Es ist eine wirkliche Bereicherung, ich habe ihn schon mehrfach gehört.

Was wäre ein katholischer Verband ohne ein klar definiertes Leitbild zur Identifikation seiner Mitglieder. So hat sich auch die GKS in ihrem Leitershofer Grundsatzprogramm von 2007 zu ihren 10 Leitsätzen bekannt. Lassen Sie mich diese Leitsätze hier kurz nennen:

- Im Glauben verwurzelt
- Für Recht und Freiheit
- Sittlich gebunden
- Politisch gebildet
- Fachlich kompetent
- Gewissenhaft im Gehorsam
- Dem Frieden verpflichtet
- Offen für Gleichgesinnte
- Um Zusammenarbeit bemüht
- Ökumenisch aufgeschlossen.

Diese Leitsätze stehen in direkter Verbindung mit den Prinzipien der GKS:

- Spiritualität
- Solidarität
- Subsidiarität
- Pluralität

Ganz ähnlich ist das Leitbild der AKS: „Das Wort Gottes glaubhaft vorleben und vermitteln“ mit Sinn und Inhalt gefüllt, dazu einige Ausführungen. Ich beschreibe die aktuelle Situation in der Gesellschaft:

Es ist festzustellen, dass die Gesellschaft in den letzten Jahren sehr oberflächlich geworden ist. Das Streben nach materiellen Gütern hat im Leben vieler Menschen einen sehr breiten Raum eingenommen, nicht ausgenommen davon sind auch die Soldaten. Diese vermeintlichen Wünsche können in dieser Form nicht erfüllt werden, die Folge ist große Unzufriedenheit. Egoismus, Werteverfall, Gewinnstreben, Materialismus sowie Starrheit sind

ihre Merkmale und stehen im Vordergrund. Der Mensch als Geschöpf Gottes tritt dabei in den Hintergrund. Abtreibung und Sterbehilfe, nichts anderes als Euthanasie, sowie Genmanipulation haben das Leben als solches zur Disposition gestellt. Für Glauben, Frömmigkeit und Frohbotschaft scheint da nur wenig Platz und Echo zu sein. Vor diesem Hintergrund muss sich das Bundesheer neuen Aufgaben stellen. Jeder von uns wird davon betroffen sein, ohne genau zu wissen, wohin dabei seine eigene Lebensreise geht. Vermehrte Auslandsaufgaben und Zunahme der Inlandsaufgaben führen zu immer höherer Personalbelastung. Dienst und Familie lassen sich immer weniger miteinander vereinbaren. Dies führt häufig zu Überforderung. Unsere Soldaten im Ruhestand werden vielfach vernachlässigt und fühlen sich ins Abseits gestellt. Sie gehören aber auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst als wichtiger Teil der Gesellschaft zu uns. Sie wollen sich mit ihren Erfahrungen einbringen und haben jetzt auch die nötige Zeit dafür. Vor allem bei der Jugend, aber auch bei den Älteren führt das alles zu großer Verunsicherung, Orientierungslosigkeit und der berechtigten Frage nach dem Sinn des eigenen Lebens. Viele werden damit kaum fertig, greifen zu Drogen und Alkohol oder flüchten in den Suizid.

Gott sei Dank gibt es aber immer noch sehr viele, die Orientierung für ihr Leben suchen, aber noch nicht auf den Glauben an den Schöpfergott gestoßen sind, diesen Glauben suchen, ihn aber noch nicht wirklich finden können und solche, die an Gott glauben, diesen Glauben aber nicht vertreten können.

In dieser Kenntnis um die von mir geschilderten Sachverhalte, denen sich die AKS besonders entsprechend ihrem Leitbild kümmern will, widmet die GKS in diesem Jahre ihr Seminar der Oberst Helmut Korn Akademie, das wir alle zwei Jahre durchführen und seit dem letzten Jahre auch für Teilnehmer befreundeter ausländischer Streitkräfte geöffnet haben, dem Thema „Kann der persönliche Glaube an Jesus Christus für den Soldaten hilfreich sein im täglichen Dienst – auch im Einsatz?“ Damit wenden wir uns erstmalig – 11 Seminare wurden bereits durchgeführt – einem reinen Glaubenthema zu, bisher haben wir uns im weitesten Sinne mit ethischen Fragen bezüglich des Soldatenberufes beschäftigt. Auch in diesem Jahre werden wieder Vertreter der AKS in Fulda an diesem Seminar teilnehmen. Da die Verantwortung in Vorbereitung und Durchführung in meiner Hand liegt, freue ich mich schon auf diese ganz unterschiedlichen Begegnungen.

Zurück zum Leitbild der AKS:

Indem wir „Das Wort Gottes glaubhaft vorleben und vermitteln“, wollen wir ihnen helfen und Suchende für den Weg des Glaubens als Antwort auf ihre Sinnfrage gewinnen. Entsprechend ihrem Leitbild bekennen sich die Mitglieder der AKS ganz bewusst und gewollt zu den folgenden Aussagen:

Wir sind eine Gemeinschaft katholischer Soldaten. Wir suchen den christlich orientierten Soldaten und wollen ihm in Beruf und Ruhestand Heimat bieten. Unser Wirkungsbereich ist dort, wo Soldaten leben und handeln.

Wir wollen in Lebens- und Glaubensfragen beistehen, den christlichen Glauben als Lebensorientierung näher

bringen und Partner sein auf der Suche nach Gott. Die Eucharistie ist hierbei das zentrale Element, Gebet und Schrift unsere Grundlagen.

Im Sinne christlicher Nächstenliebe wollen wir Hilfestellung zur Lösung der Dienst- und Alltagsprobleme geben. Die Vereinbarkeit von Dienst und Familie sowie die Betreuung von Familie und Angehörigen sind uns wichtige Anliegen. Bei uns ist jeder Willkommen, wenn er dazu den persönlichen Wunsch verspürt.

In diesem Zusammenhang gerade auch im Hinblick auf das ganz konkrete Leitbild der AKS drängt sich die entscheidende Frage auf, ob grundsätzlich katholische Verbände auch in Zukunft noch Zuspruch finden und weiterhin innerhalb der Gesellschaft Einfluss haben. Hierfür müssen nach meiner Bewertung zwei zentrale Voraussetzungen erfüllt sein:

Die Menschen in den Verbänden müssen erstens die Weltorientierung des Christentums ernst nehmen und bereit sein, sich einzumischen, mitzugestalten, statt sich immer nur zu verweigern. Katholische Verbände müssen zweitens die Zeichen der Zeit erkennen. Sie müssen die jeweilige konkrete gesellschaftlich-politische Situation, Werthaltungen und Orientierung der Menschen genau im Blick haben und bereit sein, Organisations- und Tätigkeitsformen darauf einzustellen.

Ich denke, die AKS wird beiden Fragestellungen hinreichend gerecht, was aus dem Leitbild deutlich erkennbar wird und aus ihrem konkreten Tun und Handeln. Damit ist die AKS auf gutem Wege, besonders was die Zukunftsfähigkeit betrifft.

Soweit meine konkreten Ausführungen zum Leitbild der AKS, wo eine unmittelbare Übereinstimmung mit den eben von mir angeführten Leitsätzen der GKS deutlich wird.

Abschließen möchte ich meinen Vortrag mit einem Zitat aus der neuen Enzyklika Papst Benedikt XVI. *CARITAS IN VERITATE*, wo er die Ziffer 72 der Friedenthematik, die für uns Soldaten eine besondere Bedeutung hat, widmet. Hier schreibt der Papst:

„Damit diese Bemühungen – hier geht es um die Bemühungen zum Frieden – dauerhafte Wirkungen hervorbringen können, müssen sie sich allerdings auf Werte stützen können, die in der Wahrheit des Lebens verwurzelt sind. Das heißt man muss die Stimme der betreffenden Bevölkerung hören und sich ihre Lage anschauen, um ihre Erwartungen entsprechend zu deuten. Hier muss man sich ständig in eine Linie mit der anonym geleisteten Anstrengung so vieler Menschen stellen, die sich sehr dafür engagieren, die Begegnung zwischen den Völkern zu fördern und die Entwicklung ausgehend von Liebe und gegenseitigem Verständnis zu begünstigen. Unter diesen Personen sind auch gläubige Christen, die an der großen Aufgabe beteiligt sind, der Entwicklung und dem Frieden einen volllauf menschlichen Sinn zu geben.“

Soweit das Zitat aus *CARITAS IN VERITATE*.

Bleibt mir zum Abschluss nochmals der AKS meine persönlichen Glückwünsche zu diesem herausragenden Ereignis zum Ausdruck zu bringen, verbunden mit der Hoffnung, auch zukünftig weiterhin so gut zusammenzuarbeiten. □

AMI tagt erstmals in Österreich

VON OBERSTLEUTNANT MICHAEL JEDLIČKA

Das Apostolat Militaire International (AMI) führte vom 10. bis zum 16. Oktober 2009 erstmals in Österreich (Kärnten) die Jahreshauptversammlung durch. Rund 50 Delegierte aus Europa, Afrika, Amerika und Asien haben an dieser Konferenz teilgenommen. AMI ist ein internationaler katholischer Verband mit der Zielsetzung, Sprachrohr und Instrument zur Umsetzung der Auffassungen katholischer Soldaten in Kirche, Streitkräften und Öffentlichkeit zu sein und steht nunmehr seit 4 Jahren unter deutscher Präsidentschaft. Das Generalsekretariat wechselte von Österreich zu den Niederlanden und wird seit 2009 von Nelleke Swinkels van de Forst geleitet.

Die AMI Jahreshauptversammlung, die im Katholischen Bildungshaus St. Georgen am Längsee stattgefunden hat, war inhaltlich von Vorträgen und Fachgesprächen rund um das Thema: „Der christliche Soldat, Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker“ im Sinne der internationalen christlichen Verständigung und Zusammenarbeit geprägt. Beeindruckend waren vor allem die Vorträge zum Themenbereich: „Interkulturelle Kompetenz in Auslandseinsätzen“, welche von 3 Vortragenden in unterschiedlichen Ansätzen beleuchtet wurden. Univ. Prof. DDr. Christian Stadler konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf den philosophischen Aspekt, Bischofsvikar Monsignore



Bild 1: BrigGen Dipl.-Inform. Reinhard Kloss bei der Überreichung der AMI Medaille an Generalvikar Monsignore Mag. Dr. Fahrner

Dr. Werner Freistetter (geistlicher Assistent des AMI und Leiter des Instituts für Religion und Frieden im Österreichischen Militärbischofsamt) befasste sich mit dem theologischen Aspekt und Brigadier Mag. Thomas Starlinger (Kommandant der 7. Jägerbrigade des Österreichischen Bundesheeres) beleuchtete den militärischen Aspekt. Als wichtigste Erkenntnis der Vorträge sei bemerkt, dass sich Soldaten im Rahmen von Auslandseinsätzen bewusst sein müssen, nicht zu versuchen, eine fremde Kultur durch die eigene Kultur zu ersetzen, sondern dass es vielmehr notwendig ist, fremde Kulturen zu verstehen und zu respektieren. Grundvoraussetzung dafür ist natürlich, dass man über die eigenen kulturellen Wurzeln und Eigenheiten Bescheid weiß und sich in weiterer Folge mit den kulturellen und historischen Gegebenheiten im Einatzenraum auseinandersetzt. Als katholischer Soldat sollte man sich bewusst sein, dass Religion ein integraler Bestandteil von beinahe allen Kulturen ist denen man begegnet und deshalb respektiert werden muss.

Alle Konferenzteilnehmer, vor allem aber auch für die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS), haben es als eine besondere Auszeichnung empfunden, dass sich der ranghöchste Offizier des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) General Mag. Edmund

Entacher die Zeit genommen hat, um persönlich bei der AMI- Jahreshauptversammlung zu erscheinen. In seiner Grußbotschaft bekundete er seine Wertschätzung gegenüber dem Katholischen Laienapostolat im ÖBH und auf Internationaler Ebene, sowie sein Interesse an den Ergebnissen dieser AMI-Jahreshauptversammlung.

Im Auftrag des AKS Präsidenten Generalmajor Mag. Norbert Sinn (*Bild 1*) zeichneten Oberstleutnant Michael Jedlička und Oberstabswachtmeister Markus Stromberger mit ihrem Team für die Vorbereitung und Durchführung der Konferenz verantwortlich. Generalvikar Monsignore Mag. Dr. Franz Fahrner informierte über die Aufgabenstellung und Herausforderungen der Militärseelsorge im ÖBH.

Ein attraktives Rahmenprogramm trug wesentlich zum Gelingen dieser Konferenz bei:

- Eröffnungsgottesdienst mit dem Militärbischof aus der Slowakei, S.E. Frantisek Rabek, als Hauptzelebanten in der Stadthauptpfarrkirche Klagenfurt/St. Egid
- Besichtigung des berühmten Gurker Domes
- Briefings durch höchste Vertreter des Österreichischen Bundesheeres und eine Gefechtsvorführung eines Szenarios für friedenserhaltende Einsätze durch das Jägerbataillon 25 in der Klagenfurter Khevenhüllerkaserne
- Empfang des Landeshauptmannes von Kärnten im Wappensaal des Kärntner Landhauses
- Platzkonzert der Militärmusik Kärnten im Stiftshof von St. Georgen und Abschlussgottesdienst in der Stiftskirche mit dem Militärbischof von Österreich, S.E. Mag. Christian Werner, dem Diözesanbischof von Gurk, S.E. Dr. Alois Schwarz und dem Militärbischof der Philippinen, S.E. Leopoldo Tumalak

Alle Konferenzteilnehmer sprachen den Organisatoren dieser Konferenz höchstes Lob für die professionelle Abwicklung dieser Veranstaltung aus. Der AMI Präsident, Herr Brigadegeneral Dipl.-Inform. Reinhard Kloss von der Deutschen Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), bedankte sich vor allem auch beim Gastgeber, dem AKS Präsidenten Generalmajor Mag. Norbert Sinn, beim Team des Katholischen Bildungshauses St. Georgen am Längsee, beim Österreichischen Militärbischof und den Vertretern der Militärseelsorge, beim Diözesanbischof von Gurk, beim Militärkommando Kärnten, bei der Stadt Klagenfurt und beim Land Kärnten für die hervorragende Unterstützung. □

GKS – Kreis Ahlen

Körper – Geist – Seele

Unter diesem Motto stand das Familienwochenende des GKS-Kreises Ahlen, das in Kooperation mit dem GKS-Kreis Köln durchgeführt wurde. Ort der Maßnahme war der Klaukenhof in Lennestadt. Im idyllischen Sauerland abseits von großen Verkehrsstraßen und Industriegebieten konnten die Teilnehmer den Körper, die Seele und den Geist stärken.

den Körper: durch Waldlauf, Stiefelweitwurf oder Tannenzapfenzielwerfen; Alle Familien traten den Wettkampf gegeneinander bei der Bauern-Olympiade an. Einige Laufbegeisterte liefen mehrere Kilometer hoch und runter durch den Wald.

den Geist: durch Atemarbeit mit Frau U. Broermann, um sich als Einheit von Körper und Geist zu erfahren.

die Seele: durch Teilnahme an der hl. Messe; der Standortpfarrer Ahlen Martin Tilles reiste trotz Überschneidung



Bei dieser weder militärischen noch olympischen Disziplin waren Humor und Durchhaltefähigkeit gefragt. Da es sich um ungetragene Stiefel handelte, benötigten die Teilnehmer keinen ABC-Schutz



Mit dem Planwagen fuhren die Familien zur sogenannten Bauernolympiade, um sich in Disziplinen wie Gummistiefelweitwurf und Tannenzapfenzielwerfen zu messen.

verschiedener Termine am Samstagabend an, um in der kleinen Dorfkapelle einen Familiengottesdienst zu feiern. Spontan boten die Kinder ihre Hilfe am Altar an. Die Dorfkapelle wird nur noch selten genutzt, da auch im Erzbistum Paderborn nicht mehr jede Gemeinde einen eigenen Pfarrer hat, erwachte aber durch das Familienwochenende wieder kurzzeitig zum Leben.

Nach diesem erholsamen Wochenende traten die Teilnehmer am Sonntagnachmittag die Rückfahrt an, gestärkt an Körper, Geist und Seele für die kommenden Wochen.

(Text und Bilder: Magdalene Berners)

Bereiche Bremen/Niedersachsen und Ost

Aufbruch in eine gemeinsame Zukunft

GKS Niedersachsen / Bremen und GKS Ost fusionieren

Gemeinsam mit dem Dekanatsrat des Katholischen Militärdekanats Erfurt tagten die GKS Bereiche Niedersachsen/ Bremen und der Bereich Ost auf der Huysburg, in der Nähe von Halberstadt. In den ehrwürdigen Gemäuern des Benediktinerklosters traf man sich vom 30.10. bis 1.11.2009 unter der Leitung des Leitenden Militärdekans Erfurt, Msgr. Hartmut Gremler. Das Benediktinerkloster wurde im Jahre 1080 gegründet und hatte Bestand bis zur Aufhebung durch den preußischen König 1804 und wurde 1972 wieder gegründet. Seitdem gehört das Kloster Huysburg zur internationalen „Benediktinerkongregation von der Verkündigung“. Im Kloster lebte der einzige Benediktinerorden auf dem Gebiet der DDR. Die Gemeinschaft war im Schatten eines Priesterseminars entstanden, das der damalige Erzbischof von Paderborn gründete, nachdem eine Spaltung Deutschlands absehbar war. Die angehenden Priester und Ordensbrüder waren damals nicht alleine auf dem Höhenzug der Huy. Sie mussten sich das Klostergebäude mit einem staatlichen Pflegeheim teilen. Mit der Wiedervereinigung begannen bessere Zeiten für das Kloster. Der Magdeburger Bischof richtete hier ein kirchliches Zentrum für das neu gegründete Bistum Magdeburg ein. Private und staatliche Förderer entdeckten nicht nur den kirchlichen, sondern auch den kulturellen Wert der Huysburg. Der Magdeburger Bischof weihte 2007 das Tagungs- und Gästehaus ein.

In diesen Mauern spürte man den Geist des Hl. Benedikt und die Tagungsteilnehmer fühlten sich sehr wohl.

Aus dem Dienstaufsichtsbereich des Leitenden Dekans aus Erfurt berichtete Dekan Gremler. Das Militärdekanat Erfurt erstreckt sich von Wittmund und Leer im Westen bis Frankenberg und Dresden im Osten. (600 km) Er hat 19 Militärpfarrämter in seinem Aufsichtsbereich. Neben der Größe seines Bereiches kommt noch hinzu,



Der neue Vorstand (v.l.n.r.) OStFw a.D. Lang, Hptm Soltner, Hptm Grundmann, Oberstlt Kisters, Oberstlt Lidl

dass es sich hier um ein ausgesprochenes Diasporagebiet handelt. Von der Zentralen Versammlung in Hamburg berichtete der Moderator Oberstlt Dieter Graßler aus dem Katholikenrat. Der noch Bereichsvorsitzende Niedersachsen / Bremen Hptm Michael Grundmann berichtete von der Bundeskonferenz der GKS.

Es galt nun die Bereiche Niedersachsen und Ost zu fusionieren. Nach einer längeren Aussprache wurde ein Wahlvorstand gewählt. Parallel zu unseren Beratungen gab es ein Damenprogramm. Von dem Projekt „Angriff auf die Seele“ berichtete HptFw Eggen vom KMBA.

Am Samstagnachmittag fuhren wir nach Halberstadt und besichtigten unter suchkundiger Führung den Dom zu Halberstadt und das Dommuseum. Der Dom St. Stephanus und Sixtus wurde zwischen 1236 und 1486 errichtet. Er gehört zu den schönsten gotischen Kirchenbauten. Am Halberstädter Dom kann ein Kunstschatz unmittelbar bei seinem ursprünglichen Nutzungsort studiert werden. Es handelt sich um ein einzigartiges Ensemble mittelalterlicher Kunstwerke – das größte, das in Deutschland bei einer Kirche erhalten geblieben ist. Die Bewahrung dieser Ausstellungsstücke ist einem gemischten Domkapitel zu verdanken, das zwischen 1591 und 1810 für die Kathedrale und ihre Ausstattung Sorge trug.

Ein weiterer Bildungsteil schloss sich nach der Dombesichtigung an. Dekan Gremler hielt einen Vortrag über die Ökumene und ging dabei besonders auf das Thesenpapier von Bischof Feist ein, der Ökumenebeauftragte der Deutschen Bischofskonferenz. Nach der Aussprache ging es zum geselligen Beisammensein in die Kellergewölbe.

Am Sonntag vor dem Gottesdienst in der Klosterkirche fand die Wahl des Bereichsvorsitzenden der GKS und dessen Vertreter statt. Als Vorsitzender für den neuen GKS-Bereich Mitte, wurde Hptm Michael Grundmann gewählt. Seine Stellvertreter sind die Oberstleutnante Manfred Lidl und Nobert Kisters, sowie Hptm Michael Soltner. Zum Geschäftsführer wurde OStFw. a. D. Hans Jürgen Lang berufen. Am Sonntag um 10:00 Uhr nahmen wir an der Heiligen Messe in der Klosterkirche teil. Genau an diesem Tag feierten die Benediktiner den 925. Weihtag des Klosters. Die gesamte Gemeinde und wir als Gäste wurden zum anschließenden Empfang eingeladen.

AUFTRAG 276 • DEZEMBER 2009

An diesem Wochenende nahmen auch unser Ehrenbundesvorsitzender Oberstlt. a. D. Paul Schulz und der stellvertretende Bundesvorsitzende Hptm Jörg Klauck teil. Als weiteren Gast konnten wir den Capitan Carlos Pérez Inclan, spanischer Offizier von der Deutsch-Französischen Ausbildungseinrichtung TIGER aus Faßberg, begrüßen.

Mit Gottes Hilfe hoffen alle auf eine gute Zusammenarbeit in dem großen GKS Bereich Mitte. Brechen wir auf in eine gemeinsame Zukunft.

(Text und Bild: Hans Jürgen Lang)

Bereich NRW

Familienwerkwoche 2009 in Brakel – Gehrden

Familie – gemeinsam sind wir stark

Vom 18. bis 23. Oktober 2009 fand letztmalig die Familienwerkwoche der GKS – NRW statt. Die GKS-NRW unter der Leitung von Oberstlt Albert Hecht hatte in das Schlosshotel Gehrden eingeladen. 13 Familien mit insgesamt 21 Kindern nahmen das Angebot an.

Gehrden ist ein Ortsteil von Brakel und liegt zwischen Egge und Weser in Ostwestfalen, einer kulturgeschichtlich interessanten Gegend. Träger des Hauses ist das Familienenerholungswerk im Erzbistum Paderborn e. V. Das Haus hat eine wechselvolle Geschichte. Bereits 1142 bauten die Benediktinerinnen ihr Kloster in Gehrden. Im Zuge der Säkularisation verließen die Ordensfrauen 1810 das Kloster. Ein weltlicher Herr, Graf Bocholtz zu Niesen, baute das Kloster zu einem Schloss mit barockem Park aus. Seit Mitte der 60er Jahre nutzt das Familienbildungswerk im Erzbistum Paderborn das Anwesen als Bildungsstätte. Die historische Bausubstanz, eine individuelle Gestaltung der Zimmer mit antiken Möbeln und zeitgenössischer Komfort bieten ein außergewöhnliches Ambiente.

Ein vielfältiges Bildungsprogramm erwartete die Teilnehmer:

- Familienpädagogik
- Kunstgeschichte
- Technik
- Geschichte / Geografie
- GKS / GKS e.V. / FGKS

Frau Diplom-Sozialpädagogin Martina Müller von der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS) erarbeitete mit uns das Thema dieser Woche „Familie – gemeinsam sind wir stark“ unter verschiedenen Aspekten.

Wie sah die Familie früher aus?

Das Wort „Familie“ stammt aus dem lateinischen und bedeutet „Hausgemeinschaft“. Erst im 11. Jahrhundert wurde die Ehe als Sakrament eingeführt. Somit bestanden Rechte und Pflichten. Die Kindheit als eigene Lebenspha-

se wurde in der Zeit der Aufklärung eingeführt. Der Begriff der Erziehung taucht auf, zum anderen wird ein Familienideal definiert. Im Zeitalter der Industrialisierung gibt es eine Trennung von Arbeit und Wohnen. Familie ist ein Raum der Intimität und Emotionalität. Liebe ist ein ehestiftendes Motiv. Im 20. Jahrhundert herrscht ein traditionelles, bürgerliches Familienbild. Bedingt durch die Kriege konnte es aber nicht gelebt werden. Die private Lebensführung wird frei gestaltet. In den 60iger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden neue Familienstrukturen. Heute ist die Ehe oft kinderorientiert. Die Selbstverständlichkeit wird hinterfragt. Der Beruf erfordert oft



eine hohe Mobilität. Die nicht-verwandtschaftlichen Beziehungen werden wichtiger.

Mit Hilfe eines Fragebogens stellten wir fest, dass die Herkunft der Eltern, der gesellschaftliche Status und die Erziehungsziele einen erheblichen Einfluss auf unsere Familien haben. In der Erziehung werden Werte vermittelt. Dies geschieht durch Vorleben. Die Kinder benötigen Übungsfelder und müssen Grenzen kennenlernen. Mut zu seinen Fehlern und ein Feed-back sind wichtig.

Über die Reflexion der eigenen Kindheit mit positiven und negativen Erfahrungen in der eigenen Erziehung erarbeiteten wir verschiedene Erziehungsstile:

- autoritär
- demokratisch
- laissez-faire

Am Ende dieser Arbeitseinheiten stand die Frage: Was macht nun meine Familie stark? Diese Frage wurde mit Hilfe eines Hauses erarbeitet:

- Was bildet den Boden / die Basis?
- Was sind die tragenden Säulen, was die stützenden Verstrebungen?
- Was heizt meine Familie im positiven Sinn an (Qualm aus dem Schornstein)?
- Was ist um meine Familie herum?

Diese Fragen können einfach nicht allgemein beantwortet werden. Hier sind Einzelfallbeurteilungen gefragt.

Bei einer solchen Werkwoche können die Eltern natürlich nur ungestört arbeiten, wenn sie wissen, dass

ihre Kinder gut betreut sind. So bastelten die Kinder z.B. unter fachkundiger Anleitung herbstliche Gestecke. Die Jugendlichen spielten Karten oder halfen den Kleineren.

Der Besuch der Umgebung ist bei einer Werkwoche selbstverständlich. Paderborn hat viel zu bieten. Die Besichtigung des Paderborner Doms St. Liborius war für uns keine lästige Pflicht. „Ecclesia mirae magnitudinis“ – „eine Kirche von erhabener Größe“ – ließ Karl der Große (768-814) im Jahr 799 an der Stelle bauen, an der auch der heutige Hohe Dom zu Paderborn steht. In seiner gegenwärtigen Gestalt ist er zwischen 1225 und 1270 entstanden. Mit seinem langen Dachfirst, seinen vier Quergiebeln auf



Die Teilnehmer zeigen, dass man zusammengehört. Gemeinschaft, auch die katholische, muss nicht nur gelebt, sondern auch gezeigt werden.

jeder Seite, dem West- und Ostquerhaus sowie dem mächtigen Westturm mit den flankierenden Rundtürmen und Ecktürmchen verweist er auf das himmlische Jerusalem. Besondere Aufmerksamkeit schenkten wir dem Flügelaltar von Gert van Loon, dem Fürstenberggrabmal, dem Grab des Hl. Liborius und dem drei-Hasen-Fenster („der Hasen und der Ohren drei, und doch hat jeder Hase zwei.“).

Als Gegenpol zur Kunstgeschichte besuchten wir eine Technik-Ausstellung. Das Heinz Nixdorf Museums Forum ist das größte Computermuseum der Welt. Auf 6.000 qm Ausstellungsfläche präsentieren sich 5.000 Jahre Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Informationstechnik, von der Entstehung der Zahl und Schrift 3.000 v.Chr. bis in das Computerzeitalter des 21. Jahrhunderts. Die mehr als 2.000 ausgestellten Objekte werden in einem breit angelegten sozial- und wirtschaftshistorischen Kontext gezeigt, so dass die Ausstellung nicht nur für Computerspezialisten interessant ist. An vielen Objekten kann experimentiert werden, wo man als älterer Mensch kein Experiment vermutet. Bei unseren Kindern und Jugendlichen tauchte z.B. die Frage auf: Wie bedient man ein Telefon mit Wählscheibe?

Nicht nur in Paderborn sondern auch in Detmold konnten wir viel besichtigen. Das Hermannsdenkmal soll an den Cheruskerfürsten Arminius und die so genannte Schlacht

im Teutoburger Wald erinnern. In dieser Schlacht (auch: Varus-Schlacht oder Hermannsschlacht genannt) im Herbst des Jahres 9 n. Chr. erlitten drei römische Legionen samt Hilfstruppen und Tross unter Publius Quinctilius Varus eine vernichtende Niederlage gegen ein germanisches Heer unter Führung des Arminius („Hermann“), eines Fürsten der Cherusker. Der Plan, dem Cheruskerfürsten an dieser Stelle ein weithin sichtbares Denkmal zu setzen, geht zurück auf Ernst von Bandel (1800 – 1876). Trotz vielfacher Widerstände hatte Bandel mit den Bauarbeiten auf dem von ihm ausgewählten Berg 1838 begonnen. Unterbau: 26,89 m, Standbild bis zur Schwertspitze: 26,57m, Gesamthöhe: 53,46 m, Länge des Schwertes: 7,00 m, Gewicht des Schwertes: 550 kg. Bei diesen imposanten Zahlen ist es nicht verwunderlich, das erst 37 Jahre später, im Sommer 1875, das Denkmal vollendet wurde. Das Hermannsdenkmal besteht als Ganzes vorwiegend aus gotischen Elementen, besonders in der sogenannten „Ruhmeshalle“, die im Sockel untergebracht ist. Hier sollten berühmte Deutsche verewigt werden, jedoch blieb dieser Teil des Monuments unvollendet. Am Unterbau des Denkmals sind verschiedene Inschriften zu finden. Sie reichen von Auszügen aus den Annalen des Tacitus bis zu Bezugnahmen auf die Befreiungskriege und die Reichsgründung.

Ein paar Kilometer entfernt trafen wir auf eine weitere Sehenswürdigkeit im Teutoburger Wald: Die Externsteine. Sie sind eine markante Sandstein-Felsformation und als solche eine herausragende Natursehenswürdigkeit Deutschlands. Die parkartige Anlage lud uns bei trockenem Wetter zu einem ausgiebigen Spaziergang ein.

Abends in der Gemeinschaft ist das Bingo-Spiel ein unterhaltsamer Programmpunkt der Werkwoche. Viele große Preise gab es zu gewinnen. Wie spannend ist es, wenn bei mehreren Mitspielern nur noch eine Zahl offen ist. Welche Zahl wird gezogen?

Traditionell ist der Mittwochabend etwas Besonderes. In der Pfarrkirche St. Peter und Paul feierte der Ortspfarrer eine Familienmesse mit uns. Die historische Orgel wurde von unserem Mitglied Markus Wolters geschlagen unter Begleitung von Mareike Wedekin mit der Querflöte. Selbstverständlich kamen die Messdiener aus unseren Reihen. In der Predigt wurde uns vom Ortspfarrer die schöne alte Kirche erklärt. Die 1180 fertig gestellte romanische Klosterkirche ist das einzige noch erhaltene Gebäude dieser Zeit, da die Klostergebäude im 17. Jahrhundert durch modernere Bauten ersetzt wurden. Die Kirche ist eine der wenigen Kreuzkirchen Deutschlands und in ihrem Turm schlägt das größte historische Glockengeläut Westfalens. Der wunderschöne Hochaltar wurde von Johann Georg Rudolphi (1633 - 1693) gestaltet, ein bedeutender Maler des Fürstbistums Paderborn. Aus der Zeit um 1200 stammt die mit reichem Eisenbeschlag versehene Tür im Nordportal der Kirche. Der Abend endete mit einem Candlelight-dinner in stilvollem Ambiente. Auch hier wurden viele Gespräche geführt.

Die letzte Familienwerkwoche der GKS-NRW war eine runde Sache. Aber seien wir nicht traurig: die Familienwerkwoche in den Herbstferien wird es weiter geben, dann als Familienwerkwoche der GKS West.

(Text und Bilder: Magdalene Berners)

GKS-Kreis Bonn

„Fernbeziehung – Väter / Mütter im Einsatz“ – Familienwochenende in Wermelskirchen

Vom 21. bis 23. August hat die Gemeinschaft Katholischer Soldaten Bonn zu einem Familienwochenende ins Tagungszentrum Maria in der Aue, Wermelskirchen eingeladen. Im Bildungsteil des Wochenendes referierte



Die Teilnehmer an dem Familienwochenende wandern „mit Kind und Kegel“ zum Altenberger Dom

Dipl. Soz. Päd. Martina Müller über das Thema „Fernbeziehung – Väter / Mütter im Einsatz“.

Nach Begrüßung und Einführung in das Familienwochenende durch OstFw Joachim Lensch leitete Martina Müller, Referentin für Familienbetreuung der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V., die Gruppe an, sich mit dem Thema auseinander zu setzen.

Zunächst erhielten die Teilnehmer eine Vorstellung davon, wie sich die Lebenswelten der Daheimgebliebenen und der Soldatinnen und Soldaten während eines Auslandseinsatzes gestalten. Deutlich wurde, dass sich Einsatzzzeiten stark auf das emotionale Erleben und Handeln aller Beteiligten auswirken. Die veränderten Lebens- und Gefühlssituationen zu Hause beeinflussen auch die Kinder. Sie reagieren möglicherweise mit verändertem oder auffälligem Verhalten. Frau Müller vermittelte einen Einblick in typische altersbedingte Reaktionsweisen der Kinder. Die Gruppe ergänzte mit Vorschlägen, wie man Kinder gut auf Einsätze vorbereiten kann, um in ihnen trotz der familiären Veränderungen das Gefühl von Sicherheit und Stabilität zu bewahren.

Nach dieser sehr interessanten und mit Arbeit erfüllten Zeit, wanderte die Gruppe bei strahlendem Sonnenschein zum Altenberger Dom und feierte mit Militärdekan Benno Porovne auf der Domwiese einen „Feldgottesdienst“, der von Oberstabsärztin Dr. Karin Schrödl und Hauptmann Stefan Mittelhaus mit Gitarrenmusik bereichert wurde.

Am Abend wurde beim gemütlichen Zusammensein auf der großen Terrasse des Tagungszentrums dieser interessante und abwechslungsreiche Tag abgerundet. Militärdekan Porovne stand zu Gesprächen für die Soldatenfamilien über den gesamten Zeitraum zur Verfügung.

Nach dem gemeinsamen Morgenlob am Sonntag dankte die Gruppe der Referentin Martina Müller und dem Vorsitzenden des GKS Kreises Bonn Joachim Lensch, für die hervorragende Organisation bzw. Durchführung und man war sich einig: „Auf ein solches Familienwochenende im kommenden Jahr freut man sich schon heute.“

(Text: OTL Preuss, Bild: OF Bosbach)

Standort Bonn

Patrozinium und Goldenes Priesterjubiläum

Im Rahmen der Feierlichkeiten des Patroziniums im Bonner Münster, feierte die Militärgemeinde des Standortes Bonn einen Standortgottesdienst. Während die zivile Gemeinde alljährlich den Stadtpatronen Cassius und Florentius (Bild 1) gedenkt, zweier römischer Legionäre, die für ihren christlichen Glauben den Martyrertod erlitten, feierte die Militärgemeinde in diesem Jahr das Goldene Priesterjubiläum

des langjährigen Militärgeneralvikars Apostolischer Protonotar Dr. Ernst Niermann. Der Gesundheitszustand des Jubilars ließ eine Teilnahme an dem Gottesdienst nicht zu, deshalb würdigte ihn der Zelebrant Msgr. Rainer Schnett-



Bild 1: Die Reliquien der beiden Stadtpatrone Cassius und Florentius werden während des Patroziniums im Bonner Münster ausgestellt



Bild 2: Der feierliche Einzug zum Standortgottesdienst mit Weihrauch, Kreuz, Leuchtern und Fahnen in das Bonner Münster

ker zu Beginn der Messe und wünschte mit der Gemeinde Dr. Niermann gute Besserung.

Durch die Unterstützung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) in Bonn bekam der Gottesdienst mit Ministranten in Uniform und den Fahnen der Militärseelsorge und der GKS einen würdigeren Rahmen als normale Standortgottesdienste (Bild 2). Musikalisch umrahmt wurde die Feier durch ein Bläserensemble des Heeresmusikkorps III aus Koblenz. Die Kollekte wurde dem Projekt Nachbarschaftshilfe des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof der Deutschen Bundeswehr gewidmet. Im Rahmen von Renovabis werden hier Gelder der Caritas in Georgien zur Verfügung gestellt, damit vor Ort Jugendliche ausgebildet werden können, die sonst keine Chance hätten. So werden diese „Problemkinder“ in Werkstätten zu Handwerkern ausgebildet und erhalten eine Grundlage für ihr weiteres Leben.

Aus dem Bereich der Hardthöhe nahmen Generalleutnant Günter Weiler, stellvertretender Inspekteur des Heeres, und Ministerialdirektorin Alice Greyer-Wieninger, Abteilungsleiterin Wehrverwaltung, an der Feier teil.

(Text und Fotos: Bertram Bastian)

Bereich Süd – Nürnberg

Dank für Unterstützung

In den Seminaren zur Vorbereitung auf die Dritte Lebensphase wird den Teilnehmern unter anderem auch ein Unterricht erteilt, in dem die angehenden Pensionä-



OSFw a.D. Johann Schacherl (links) nach der Übergabe der Tischuhr an RA Dipl.-Vww (FH) Thomas Hörmann

re mit ihren Ehepartnern die Möglichkeiten des Sozialdienstes der Bundeswehr nahe gebracht werden. Dieses trockene und schwierige, jedoch äußerst wichtige Thema wird in den Seminaren die in Nürnberg stattfinden, seit Jahren mit großem Erfolg von Regierungsamtmann Thomas Hörmann unterrichtet. Er leistet seinen Dienst bei dem Sozialdienst der Bundeswehr in Roth und kann so die Seminarteilnehmer immer mit den neuesten Vorschriften

vertraut machen. Zum Dank für seine ehrenamtliche und unentgeltliche Tätigkeit in diesen Seminaren wurde Diplom-Verwaltungswirt (FH) Hörmann am 24. April 2009 vom Haushaltsbeauftragten der GKS OStFw a.D. Johann Schacherl die Tischuhr der GKS überreicht.

(Text und Foto: Johann Schacherl)

Ökumene im Bereich Nord

Chor der Militärseelsorge in Garlstedt

JustChorFun gab Wohltätigkeitskonzert



Der Chor der Militärseelsorge - JustChorFun - bei seinem Auftritt in der Kirche

So hatte sich der neue evangelische Militärpfarrer beim Militärpfarramt in Osterholz-Scharmbeck, Uwe Kolesch, die Zeit seiner Einarbeitung sicher nicht vorgestellt. Schon wenige Wochen nach seinem Amtsantritt konnte er in der Kirche der Lucius-D.Clay-Kaserne, dem Sitz der Logistikscheule der Bundeswehr, mit dem Chor der Militärseelsorge – JustChorFun – ein Wohltätigkeitskonzert zugunsten des Soldatenhilfswerkes der Bundeswehr moderieren. Aber nicht nur das. Als ausgebildeter Kirchenmusiker stand er mitten zwischen den Mitgliedern dieses Chors der Militärseelsorge, einem in der Bundeswehr vielleicht einmaligen Projekt, und verstärkte den Tenor.

Schon beim Einzug der Sängerinnen und Sänger von JustChorFun in den Kirchenraum des Fréré-Roger-Hauses, dem Kirchenzentrum in der Kaserne in Garlstedt, ahnten die 180 Besucher des Wohltätigkeitskonzertes, welcher Spannungsbogen auf sie zukommen würde. Das Konzert begannen die Frauen und Männer des Chors beim Einzug in die Kirche fast meditativ mit „This little light of mine“, um dann, nach dem Erreichen des Altarraumes, in den rhythmisch geprägten Teil des Liedes überzugehen. Die-

ser Spannungsbogen, von der musikalischen Leiterin, Irina Nesterenko, und Uwe Kolesch durchaus so gewollt, prägte diesen außergewöhnlichen Konzertabend.

Die erfreulich hohe Besucherzahl des Konzertes zugunsten des Soldatenhilfswerkes begrüßte Uwe Kolesch gemeinsam mit dem Kommandeur der Logistikscheule der Bundeswehr, Brigadegeneral Harry Richter. Richter betonte, welche hohen Stellenwert Aktionen wie derartige Konzerte haben, da sich das Soldatenhilfswerk ausschließlich aus Spenden finanziert, um unverschuldet in Not geratenen Angehörige der Bundeswehr und ihren Familien zu helfen. Gerade in jungen Familien sei die plötzliche Erkrankung, der Unfall usw. häufig Grund für eine finanzielle Existenzbedrohung, deren Abwendung sich das Soldatenhilfswerk zur Aufgabe gemacht habe.

Uwe Koleschs Moderation des Konzerts von JustChorFun war geprägt von der Absicht des Chores, ihre Freude am Singen von Liedern des Glaubens den Zuhörern mitzuteilen. Bewusst beziehen sie deshalb die unterschiedlichsten Formen dieser Lieder in ihr Repertoire ein. Ob ruhige Taizé-Lieder oder Lieder der deutschen Kirchentage, Lieder in afrikanischen Rhythmen, Spirituals oder Gospels, JustChorFun gelingt es immer wieder, der Interpretation eine besondere Aussagekraft zu verleihen.

Dabei ist der Spannungsbogen zwischen meditativer Ausdruckskraft und natürlicher, volkstümlicher Rhythmik ein unnachahmliches Merkmal dieses Chors. Und dass sich die Freude, die Begeisterung an diesen Liedformen vom Chor auf die Zuhörer, ob in Gottesdiensten oder bei Konzerten, überträgt, ist fast greifbar. Bei dem bekannten Lied „Amazing grace“ war außer der Musik des Chors während des Vortrags, aber auch lange danach, kein Laut in der Kirche zu hören. Der Beifall der ergriffenen Zuhörer setzte erst verhalten, aber dann umso heftiger ein.

Mit „Come, let us sing“, einem mitreißenden, fetzigen Lied, das einfach zum Mitklatschen, Mitbewegen auffordert, verabschiedete sich JustChorFun von den Besuchern dieses Wohltätigkeitskonzertes. Natürlich war die mit Standing Ovationen eingeforderte Zugabe vorbereitet. „Rhythm of life“ riss die Besucher endgültig von ihren Stühlen, und mit „Freedom is coming“ verließen die Besucher nach einem fesselnden, beeindruckenden Abend die Kirche und spendeten 900,-- € für das Soldatenhilfswerk. Wie schrieb eine Kritikerin im Anschluss an ein früheres Konzert von JustChorFun in Bezug auf ein Lied im Programm: „My Lord, what an evening...“

Auch dieses Mal: Recht hatte sie! Dazu passt auch die Überschrift des Artikels mit der Ankündigung des Konzertes in der örtlichen Presse: „JustChorFun – Ein Chor der Extraklasse!“

Und dann ist da noch die Geschichte des Mannes, der Militärpfarrer Kolesch bat, Friedensflugblätter verteilen zu dürfen. Der verwies ihn wegen der Genehmigung natürlich an den „Hausherrn“ der Kaserne, Brigadegeneral Richter. Ob dieses Gespräch stattgefunden hat, ist nicht überliefert. Derselbe Herr fragte aber nach dem Konzert Uwe Kolesch, ob er nach diesem Ereignis, das er an dem Abend in der Garlstedter Kaserne erlebt habe, nicht Mitglied bei JustChorFun werden dürfe.

(Text und Bild: Manfred Heydeck)

Loslassen und Freispielen

Vom 23. bis 25.10.2009 fand im Bonifatiushaus Fulda das erste Familienwochenende des GKS – Kreises Wildflecken statt. Organisiert wurde das Familienwochenende vom ersten Vorsitzenden des Kreises, Hauptfeldwebel Christian Hüfner.



Mit großem Engagement wirkten die Erwachsenen beim Freispielen mit

Da der Alltag von vielen Zwängen bestimmt ist, wurde an diesem Wochenende zum „Loslassen und Freispielen“ eingeladen. Mit Methoden und Übungen des Improvisationstheaters sammelte die Gruppe neue Erfahrungen und erlebte vor allem zwei Dinge: Spaß und Leichtigkeit.

Durchgeführt wurde der Freitagabend sowie der Samstagvormittag von Angelika Küppers, Dipl.-Sozialpädagogin/Theaterpädagogin und Martina Müller, Dipl.-Sozialpädagogin von der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS). Am Freitag nach dem Einchecken und Abendessen wurde sich „spielerisch“ vorgestellt. Dabei hatten ganz besonders die Kinder ihren Spaß. Der Samstagvormittag wurde durch die Erwachsenen „improvisiert“. Das sogenannte „Freispiel“ brachte sehr viel gute Laune und Erfahrungen für die Teilnehmer (siehe Abb).

Die Kinder wurden in dieser Zeit von Michael Przewdzink und Yvonne Hüfner betreut. Hierbei stand unter anderem ein Besuch des Feuerwehrmuseums in Fulda auf dem Programm. Eine Domführung gestaltete den Nachmittag. Am Sonntag besuchte man die Eucharistiefeier im Dom zu Fulda.

Bei Kaffee und Kuchen setzte man sich am Sonntagnachmittag zusammen, um das vergangene Wochenende Revue passieren zu lassen. Die positive Resonanz der Teilnehmer führt dazu, dass weitere Veranstaltungen dieser Art organisiert werden.

(Text und Bild: Christian Hüfner)

Familienbetreuung der KAS e.V. Bonn

Die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS) ist ein gemeinnütziger katholischer Verein. Im In- und Ausland betreut er im Dienst der katholischen Militärseelsorge und im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium der Verteidigung die Angehörigen der Bundeswehr, ihre Familien und die Bevölkerung an den Bundeswehrstandorten. Es ist dabei unerheblich, welcher Konfession oder Dienstgradgruppe sie angehören.

Die KAS betreibt zwölf Soldatenfreizeitheimen. Als Freizeit-, Kultur- und Begegnungsstätten verfügen sie über ein Restaurant, einen Veranstaltungssaal, Konferenzräume und Kegelbahnen. Im Rahmen des Familienbetreuungskonzepts werden die Häuser zukünftig familienfreundlich ausgestattet. Alle erhalten kindgerechtes Mobiliar und Spielbereiche. Das gesamte Betreuungsangebot soll Bedürfnisse von Familien berücksichtigen. Die Infrastruktur kann von der Truppe z.B. für Angebote im Bereich „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ genutzt werden.

Für mögliche Familienveranstaltungen der Bundeswehr stellt die KAS Materialien wie Hüpfburgen, Schokokusswurfmaschinen oder Schminkkoffer leihweise zur Verfügung.

31 Familienbetreuungscentren (FBZ) der Bundeswehr stehen Familienangehörigen der deutschen Streitkräfte rund um die Uhr als Ansprechpartner und Unterstützer bei einsatzbedingten Trennungen zur Verfügung. Sie informieren

über die Auslandsmissionen und bieten eine Plattform zum Erfahrungsaustausch. Die KAS ist dem Netzwerk der Hilfe angeschlossen, welches die Aktivitäten der FBZ durch unterschiedliche Maßnahmen unterstützt. An sechs FBZ ist derzeit das Projekt „Leihen Sie Ihr Ohr“ installiert. Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen telefonisch Kontakt zu betroffenen Familien auf, fragen nach Befindlichkeiten und bieten Raum für vertrauliche Gespräche. Gemeinsam mit ihrem evangelischen Pendant sorgt die KAS für eine Grundlagenausbildung in Gesprächsführung, bietet weiterführende Qualifikationsseminare an und organisiert begleitende Supervisionen.

Manche Soldatenfamilien befinden sich in Not, suchen Gesprächspartner, lehnen aber Angebote der Bundeswehr für sich ab. Ihnen bietet das Projekt „Familienleben – Familie leben“ schnelle Zugangswege zu Unterstützungsmaßnahmen kirchlicher Einrichtungen. Die KAS knüpft derzeit in Zusammenarbeit mit der Militärseelsorge ein Netzwerk mit den Sozialdiensten Katholischer Frauen und baut das Projekt in Köln, Paderborn und Eutin auf.

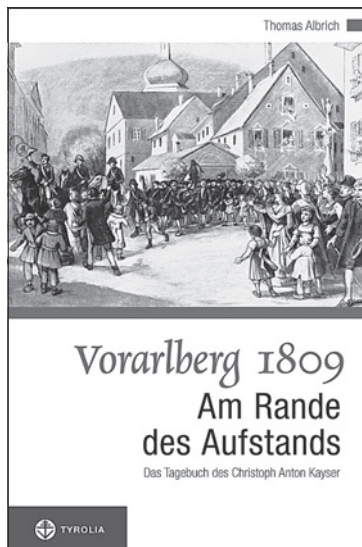
Gemeinsam mit der Militärseelsorge gestaltet die KAS Familienwochenenden, derzeit schwerpunktmäßig mit den Themen „Fernbeziehung“ und „Auswirkungen von Auslandseinsätzen auf Partnerschaften und Kinder“.

Ansprechpartnerin für die Familienarbeit der KAS ist Martina Müller (www.KAS-Bonn.org).

Buchbesprechung

Vorarlberg 1806 – Am Rande des Aufstandes

Europa wurde Anfang des 19. Jahrhunderts durch Napoleon neu gestaltet. Ländereien wurden verteilt wie Weihnachtsgeschenke, das mit verbündete Bayern wurde Königreich. Manche Ländereien wehrten sich gegen die neuen Unterstellungsverhältnisse und der Aufstand der Tiroler unter Andreas Hofer wurde weltbekannt. Unbekannt geblieben ist die Tatsache, dass auch Vorarlberg sich gegen den Wechsel von den Habsburgern zu den Wittelsbachern gewehrt hat. Erhalten geblieben ist der sehr persönliche Bericht des Bregenzer Beamten Christoph Anton Kayser, der in seinen tagebuchähnlichen Notizen die Eindrücke und Geschehnisse dieser bewegten Zeit festgehalten hat. Nachdem dieses Tagebuch lange Zeit im Familienbesitz war, gelangte es schließlich in das Stadtarchiv in Bregenz und wurde dort erst vor kurzem „entdeckt“. Der Tagebuchautor Kayser beschreibt, wie sich der Landstrich gegen die neuen Herren gewehrt hätte. Durch die detaillierten Schilderungen des Schreibers wird der



Leser mitgenommen in die Zeit von damals und erlebt die alltäglichen Kümernisse mit. Besonders beachtenswert ist die heute

nicht mehr vorstellbare Praxis der Rekrutierung der kämpfenden Truppe und die Wahl derer Führer. Es wird in dem Tagebuch geschildert, wie die Aushebung des Landsturms vorstatten ging, wie die einzelnen Jägerbataillone zustande kamen und wie ihre Führer ausgewählt wurden. Detaillierte Ergänzungen des Autors übersetzen die damals gebräuchlichen Begriffe in die heutige Zeit, so dass der Leser mitverfolgen kann, wie man zum Zwecke der Verteidigung oder des Angriffs

Kanonen gegossen hat oder Haubitzen ausbohrte, damit man zu einer Artillerie kam. Die Probleme der Verpflegung der kämpfenden Truppe werden wie die disziplinarischen Probleme nach Niederlagen geschildert. Das Zusammenspiel mit dem benachbarten und nicht zu trennenden Aufstand der Tiroler Bauern unter Andreas Hofer wird dargestellt wie die Schwierigkeiten der Kom-

munikation und der Verifizierung von Meldungen. Dokumentarisch belegt werden die Schilderungen durch die Bekanntmachungen der damaligen Verwaltung bzw. jeweiligen Herren.

Der Buchautor Thomas Albrich hat diesem Tagebuch eine historische Betrachtung der Zeit vor diesem Jahr 1809 vorangestellt. Er schildert kurz die drei Koalitionskriege 1792 bis 1797, 1798 bis 1801 und 1805 bevor er aus der Sicht des Historikers die ersten drei Jahre der neuen Herrschaft schildert, die letztendlich in die Erhebung von 1809 münden.

Nachdem dann das Originaltagebuch des Oberschreibers im Königlich Baierischen Rentamt zu Bregenz den Leser in die damalige Zeit mitnimmt, schildert der Historiker Albrich im vorletzten Teil des Buches die Auswirkungen des Aufstandes und des Sieges über Napoleon 1815 für die betroffene Gegend. Wie das Tagebuch die Jahre bis heute überstand und wie man den politischen Köpfen der Erhebung gedenkt, beschließt dieses Buch. Es ist ein einzigartiges Zeitdokument, das hier einer breiten Leserschaft angeboten wird.

(Bertram Bastian)

Vorarlberg 1809 Am Rande des Aufstands, Das Tagebuch des Christoph Anton Kayser, 288 Seiten, Tyrolia Verlag, Innsbruck-Wien 2009, ISBN 978-3-7022-2998-6

Buchbesprechung:

Mehr nützen als herrschen!

Diese Biographie über Raphael Walzer, OSB hat das Zeug zu einem Thriller. Während des Ersten Weltkriegs mit 29 Jahren zum jüngsten Erzabt von Beuron gewählt, hatte es der aus einfachen Verhältnissen stammende Raphael Walzer unter seinen Mitäbten in der Kongregation nicht leicht. Zu gerne wären die mächtigen und deutlich älteren Äbte von Gerleve und Maria Laach selbst Erzabt von Beuron geworden. Aber lange ging alles gut. Schwierig wurde es für ihn erst, als er ab 1933 in offene Gegnerschaft zum Nationalsozialismus trat, nachdem er schon lange der geistliche Begleiter von Edith Stein gewesen war. Er trieb jetzt eine Klostergründung in Japan voran, und im Zusammenhang damit lastete ihm das Regime Devisenvergehen an. Wieweit seine innerklösterlichen Gegner dabei mit der Gestapo zusammen gearbeitet hatten, muss offen bleiben.

Erzabt Walzer ging nach Frankreich und 1940 von dort nach Algerien, wo er die

französische Staatsbürgerschaft erhielt. In den Diensten der französischen Militärseelsorge baute er in Algerien ein Priesterseminar für deutsche Kriegsgefangene auf, das bis Kriegsende existierte. Einig Jahre verbrachte er in einer Abtei in der Normandie, bevor es ihn erneut nach Nordfrankreich zog. Sein Versuch, dort ein Benediktinerkloster zu gründen, scheiterte jedoch. Erzabt Walzer starb 1966 in der Abtei Neuburg bei Heidelberg.

Die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes erzählen sein Leben in seiner ganzen Vielschichtigkeit, zugleich quellengestützt

und ohne Spekulationen, wo die Quellen nichts hergeben. Zugleich ist das Buch aber spannend und gut lesbar – ein Zeugnis für die Irrwege auch in der Kirche des 20. Jahrhunderts. Ein empfehlenswertes Buch!

(Winfried Heinemann)



Mehr nützen als herrschen! Raphael Walzer OSB, Erzabt von Beuron, 1918-1937, hg. von Jakobus Kaffanke und Joachim Köhler, Berlin: Lit 2008 (=Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, 17), 420 S., Ill., ISBN: 978-3-8258-1327-7

Buchbesprechung

Mit diesen Daten verbindet man jederzeit die Gründung des Deutschen Reiches im Spiegelsaal von Versailles, den Endpunkt der Bismarck'schen zur Lösung der Deutschen Frage. Die Vorgeschichte dieses Krieges erstreckt sich in weiten Kreisen des geschichtlich interessierten Publikums nur auf die Seite des Norddeutschen Bundes und bleibt bei diesem Publikum auch rechts des Rheins. Welche Vorgeschichte dieser Krieg in Frankreich hatte, bleibt im Dunkeln, einzig in Verbindung mit der Emser Depeschen erinnern sich wenige daran, dass da mehr war.

Die Herausgeber haben in bewundernswerter Weise und Vollständigkeit die Aufsätze mehrerer Autoren zusammengefasst und legen jetzt ein Werk vor, dass die Vorgeschichte dieses Krieges, die politischen und militärischen Aktionen der Auseinandersetzung aus allen Blickwinkeln beleuchten. Dabei erstaunt es den Leser, aus welchen Gründen die Marine des norddeutschen Bundes so und nicht anders eingesetzt wurde. Weiß man doch viel über die Landoperationen, amüsiert sich über die Versuche mit Montgolfieren und Ballons militärisch zu wirken und vergisst, dass damals schon eine Marine existierte. Nicht zuletzt

die Erfahrungen aus diesem Krieg hatten Nachwirkungen in dem späteren Konzept der Reichsmarine. Die Waffentechnik wird genauestens untersucht und auch die Tatsache, warum trotz überlegener Technik beim Infanteriegewehr die französischen Streitkräfte letztendlich unterlagen. Wer wissen möchte, ob der Säbel des Uroßvaters jetzt von der Artillerie stammte oder von einer anderen Truppengattung, wird durch Bilder über die Lösung des Problems informiert. Eine Seltenheit in solchen kriegsgeschichtlichen Publikationen, die aber den Leserkreis sehr gut informieren und den Kreis der Interessierten vergrößern. Ein Exkurs in die wirtschaftlichen Seiten des Krieges, vor allem über den Sieg in diesem Krieg ergänzt sinnvollerweise das Werk.

Sehr interessant ist eine große Abhandlung der kriegsvölkerrechtlichen Seite dieses Waffenganges, war doch Solferino schon geschehen, aber die Haager Landkriegsordnung war noch in weiter Ferne. So ist es spannend zu lesen, wie in diesem Krieg die Fragen der Behandlung von Kriegsgefangenen zum Beispiel geregelt wurden. Abgerundet wird dieses interessante und lesenswerte Buch durch ein gutes Quellen- und Literaturverzeichnis. (Bertram Bastian)

Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, Hrsg: Jan Ganschow, Olaf

Haselhorst, Maik Ohnezeit, 472 Seiten, Ares Verlag, Graz 2009, ISBN 978-3-902475-69-5



Buchbesprechung:

Sachbuch Religion

Dieses Sachbuch ist eine sehr gute Informationsquelle, die in nahezu erreichter Objektivität über die fünf großen Religionen dieser Welt berichtet. Der Hinduismus, der Buddhismus, das Judentum, das Christentum und der Islam werden „emotionslos“ geschildert, ihre Entstehung, ihre Verbreitung, ihre Geschichte und ihre Bedeutung. Dabei wird der Gesamtdarstellung eine philosophische Betrachtung über den Begriff Religion und seine nicht existierende Definition vorangestellt, sodass dieses Buch wirklich zu einem Nachschlagewerk wird, welches man jedem der angesprochenen Jünger in die Hand geben kann,

ohne irgendjemand zu bevorzugen.

Die Religionen werden in den Schritten vorgestellt: Wo kommen sie vor, was ist ihr Hauptanliegen, wie verwirklichen sie dies, Fazit/Zusammenfassung. Da die

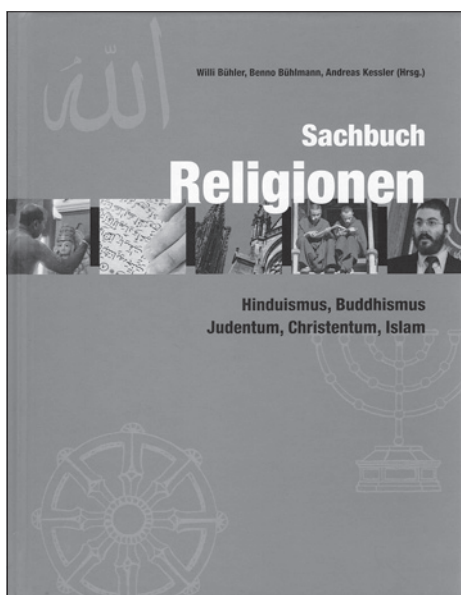
Themen wirklich nur knapp und informativ beschrieben werden, sind die weiterführenden Hinweise am Ende jeden Kapitels sehr gut geeignet, den Suchenden, der vertiefen möchte, die Quelle zu erschließen, wo er sich weitere Informationen holen kann. Dann in aller Regel bei den beschriebenen Religionen selbst, so dass mit Anklicken der Querverweise die Objektivität dieses sehr

guten Sachbuches verlassen werden muss.

Es ist hervorragend geeignet, dem interessierten, nicht vorbelasteten Leser einen Überblick zu geben über das, was Religion leistet, wie sie aufgebaut ist und was man davon erwarten kann. Gerade deshalb wäre dem Buch eine Verbreitung auch in den Unteroffiziersschulen und Offiziersschulen der Bundeswehr zu wünschen, damit die konfessionslosen Mitglieder der Gesellschaft sich ein Bild über die gesamte Breite der Religiosität bilden können, ohne dass beeinflusst werden kann, sie würden beeinflusst. Dann liegt es an den Christen, ihre Freude am Glauben und am Leben zu zeigen und sich so als Gemeinschaft vorzustellen, die es geschafft hat, das alte Europa zu dem zu machen, was es ist.

(Bertram Bastian)

Sachbuch Religion, Hinduismus, Buddhismus, Judentum, Christentum, Islam, Hrsg: Willi Bühler, Benno Bühlmann, Andreas Kessler, 286 Seiten, db-Verlag GmbH 2009, Horw/Luzern, ISBN (Softcover) 978-3-905388-25-1





Termine für das Laienapostolat in der Kath. Militärseelsorge



2010 Allg. Termine u. Bundesebene

21.01.	Internationaler Soldatengottesdienst Köln
23.01.	Sitzungen KR-Vorstand, EA-GKS, Jahresempfang MGK in Berlin
28.01.	Friedensgottesdienst, Würzburg
04.02.	Weltfriedenstag, Hildesheim
05.-07.03.	DAK West 01 / 10, Vallendar
06.-11.03.	Dienstbesprechung Ausland, Berlin
12.-14.03.	DAK Ausland, Berlin
19.-21.03.	DAK Nord 01 / 10, Stapelfeld
25.03.	Weltfriedenstag Bonn
26.-28.03.	DAK Süd 01 / 10, Lambach
16.-17.04.	VV ZdK
21.-25.04.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
12.-16.05.	2. Ökumenischer Kirchentag in München
09.-13.06.	Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
12.-13.06.	Außerordentliche Bundeskonferenz in Fulda
18.-20.06.	Seminar für Funktionsträger, Mülheim / Ruhr
02.-04.07.	Bundesvorstandssitzung, Berlin
16.-18.07.	Bereichskonferenz Süd, Leitershofen
12.-13.09.	Vorkonferenz für 50. WdB
13.-18.09.	50. Woche der Begegnung, Bensberg
24.-26.09.	DAK Süd 02 / 10, Teisendorf
18.-22.10.	55. Gesamtkonferenz, Potsdam
21.-24.10.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
28.-29.10.	DAK West 02 / 10, Vallendar

05.-07.11.	DAK Nord 02 / 10, Parchim
06.-07.11.	Bundesvorstandssitzung, Mülheim / Ruhr
13.11.	Vorstand KR, Berlin
19.-20.11.	VV ZdK, Bad Godesberg

Bereichs- / Arbeitskonferenzen / Familienwochenenden

KMild Kiel / GKS Nord / Küste

Noch nicht bekannt

KMild Mitte

Noch nicht bekannt

KMild West

Noch nicht bekannt

KMild Süd

Noch nicht bekannt

GKS-Sachausschüsse

SA »Innere Führung«

18.-20.06.10 gemeinsam mit SA S&F, Berlin

SA »Sicherheit und Frieden«

19.02. Sitzung in Bonn (geplant)

16.04. Sitzung in Bonn (geplant)

18.-20.06.10 gemeinsam mit SA IF, Berlin

05.11. Sitzung in Bonn (geplant)

Vorschau 2011

07.-11.11. Akademie Korn,
Fulda
dabei Festakt 50 Jahre GKS (geplant)

Vorschau 2012

2012 98. Deutscher Katholikentag
in Mannheim

Regionale Zuständigkeit der Katholischen Militärdekanate

KMild Kiel: Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Dienststellen im Bereich des Flottenkommandos

KMild Mainz: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland

KMild München: Bayern, Baden-Württemberg

KMild Erfurt: Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Niedersachsen

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz der GKS, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **DAK** – Dekanatsarbeitskonferenz im Bereich ..., **EA** – Exekutivsausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der kath. Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **IThF** – Institut Theologie und Frieden, Hamburg, **KMild** – Kath. Militärdekanat, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFu** – Sachausschuss »Innere Führung«, **SA S+F** – Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **KR** – Katholikenrat beim Militärbischof, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Paul Schulz (PS), Oberstlt a.D., Redakteur,
Klaus Brandt (bt), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Verlag Haus Altenberg GmbH,
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf.
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843